

UNTERSUCHUNG EINES MODELLS ZUR BURGERPARTIZIPATION
AM BEISPIEL DER PLANUNG DES FREIZEITZENTRUMS
KIRCHHEIMBOLANDEN(PFALZ)

Diplomarbeit von
Michael Bruch
Helmut Dreesmann
Georg Lind

Mai 1973

Übersicht

Teil I

Vorwort

Einleitung	1 - 3
Fragestellung	4 - 7
Kap.1 Zur Notwendigkeit und Möglichkeit von Partizipation	8 - 26
Kap.2 Möglich-keiten der Partizipation	27 - 41
Kap.3 Theoretische Aspekte zum Freizeitverhalten	42 - 74
Kap.4 Eine Umweltstudie hinsichtlich der kommunalen Kommunikation...	75 - 93
Kap.5 Schematischer Plan der empirischen Untersuchung (Design)	94 - 99
Kap.6 Ablauf und Durchführung	100 - 111

Teil II

Kap.7 Empirische Ergebnisse über Freizeit und Freizeitbedürfnisse in der Region Kirchheimbolanden	112 - 254
Kap.8 Die Faktorenanalyse	255 - 289

Teil III

Kap.9 Empirische Ergebnisse zur Kommunikationsstruktur	290 - 344
Kap.10 Ergebnisse der Expertenbefragung	345 - 354
Kap.11 Ergebnisse des organisierten Konflikts	355 - 360
Kap.12 Zusammenfassung zum Partizipationsmodell	361 - 364
Kap.13 Kritik der Studie	365 - 366
Literatur	367 - 370
Anhang 1	371 - 397
Anhang 2	398 - 423
Fragebogen	424 - 444

VORWORT

Die vorliegende Untersuchung wurde im Zeitraum zwischen Januar 1972 und Mai 1973 von Michael Bruch, Helmut Dreesmann und Georg Lind als Arbeit zur Prüfung zum Hauptdiplom am Psychologischen Institut der Universität Heidelberg durchgeführt.

Während die empirischen Untersuchungen von den Autoren zusammen ausgeführt wurden, arbeitete jeder weitgehend selbstständig bei der Auswertung und der Verfassung der einzelnen Kapitel. Da hieraus gewisse Unterschiede im Stil und im Aufbau der Kapitel resultieren, sind die Namen der Autoren zu den einzelnen Abschnitten im Inhaltsverzeichnis angegeben.

Zu großem Dank sind die Autoren gegenüber Herrn Dipl. Psych. Dr. Ahrens verpflichtet, der jederzeit bereitwillig die Arbeit beratend unterstützte und dafür viel Zeit opferte.

Weiterhin danken die Autoren Herrn Dr. Krauch von der "Studiengruppe für Systemforschung", Heidelberg, für seine Beratung sowie Herrn Dipl. Psych. Möbus und Herrn H. Walter (Konstanz) für ihre Hilfe bei den Auswertungsarbeiten.

Ohne die finanzielle Unterstützung des "Donnersbergkreises" und der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden wäre die Durchführung dieser Arbeit nicht möglich gewesen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	(H.Dreesmann)
Fragestellung	(H.Dreesmann)
1. Notwendigkeit der Bürgerpartizipation (liegt noch nicht vor)	(M.Bruch)
2. Möglichkeiten der Partizipation	(H.Dreesmann)
2.1 Bisherige Möglichkeiten	
2.2 Notwendige Voraussetzungen für eine Partizipation	
2.3 Das System "ORAKEL"	
2.4 Kritik des System "ORAKEL" und Ent- wicklung eines kommunalen Partizipa- tionsmodells	
3. Aspekte der Freizeit (liegt noch nicht vor)	(M.Bruch)
4. Eine Umweltstudie hinsichtlich der kommunalen Kommunikation in der Ver- bandsgemeinde Kirchheimbolanden	(G.Lind)
4.1 Informelle Kommunikation	
4.1.1 Gaststätten	
4.1.2 Nachbarschaft	
4.1.3 Vereine	
4.1.4 Sonstige Orte informeller Kommunik.	
4.2 Politische Entscheidungsinstanzen und Verwaltung	
4.3 Ein Massenmedium: Die Lokalzeitung	
4.4 Das Bereichsplanungsgutachten von Fischer (1968)	
4.5 Die Bürgerinitiative Freizeitzentrum Kirchheimbolanden e.V.	
5. Schematischer Plan der empirischen Untersuchungen	(H.Dreesmann)
5.1 Die repräsentative Bevölkerungsbefrag.	
5.2 Die Befragung von Experten	
5.3 Der organisierte Konflikt	
5.4 Zweite Bevölkerungsbefragung	
5.5 Begleituntersuchung kommunikat. sozialpsycholog. u. ökolog. Bedingungen	
6. Ablauf und Durchführung der empirischen Untersuchungen	(H.Dreesmann)
6.1 Die Bevölkerungsbefragung	
6.2 Interviewer-Rekrutierung und Schulung	
6.3 Die Stichprobe	

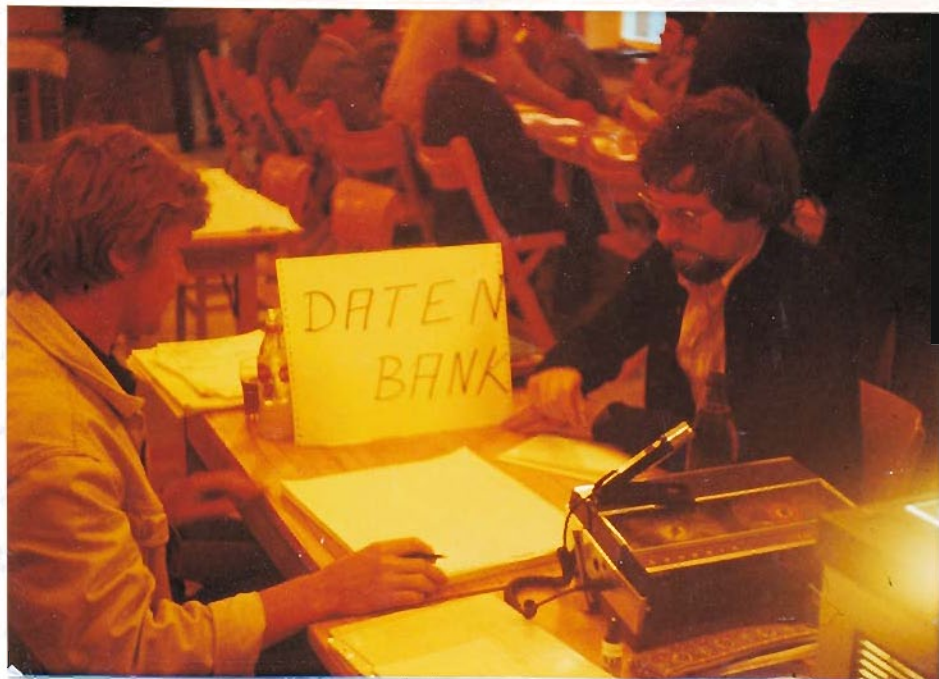
- 6.4 Die Expertenbefragung
- 6.5 Der organisierte Konflikt
- 6.6 Informationsweitergabe
- 6.7 Auswertung
- 7. Ergebnisse zum Freizeitverhalten in der Region Kirchheimbolanden (M.Bruch)
(liegt noch nicht vor)
- 8. Die Faktorenanalyse (H.Dreesmann)
 - 8.1 Methodische Erläuterungen
 - 8.2 Die Faktoren
 - 8.3 Vergleiche zwischen einzelnen Faktoren
 - 8.4 Zusammenfassung
- 9. Empirische Ergebnisse zur Kommunikationsstruktur (G.Lind)
 - 9.1.1 Statistische Modelle zur Auswertung der Untersuchung
 - 9.2.2 Operationale Definition einiger zentraler Begriffe
 - 9.2 Interesse an Kommunalpolitik
 - 9.3 Informationsstand bezüglich kommunalpolitischer Sachverhalte
 - 9.4 Informationsstand bezüglich der Diskussion um ein geplantes Freizeitzentrum
 - 9.5 Kommunikationskanäle und Informiertheit bezüglich Freizeitzentrum und Kommunalpolitik
 - 9.6 Die Meinungsbildung
 - 9.7 Theoretische Reflexion zur Kommunikationsstruktur
- 10. Ergebnisse der Expertenbefragung (H.Dreesmann)
- 11. Ergebnisse des organisierten Konflikts (H.Dreesmann)
- 12. Zusammenfassung zum Partizipationsmodell (H.Dreesmann)
- 13. Kritik an der Studie (H.Dreesmann)
- Literaturverzeichnis

BINLEITUNG

Im Frühjahr 1971 veröffentlichte die "Donnersbergausgabe" der "Rhein-Pfalz" Zeitung die gemeinsamen Vorstellungen der CDU und der Freien Wählergruppe Kirchheimbolanden zum Bau eines Freizeit-zentrums. Die Stadt Kirchheimbolanden-Mittelpunkt einer verbands-gemeinde mit 20 000 Einwohnern-brauche als Ergänzung oder als Ersatz ihres alten Freibades ein modernes Hallenbad und einige zusätzliche Einrichtungen zur Hebung ihres Freizeit-und Erholungs-wertes, argumentierten die beiden politischen Gruppen. Wenig später zog die SPD nach mit der Veröffentlichung eines Planes zumglei-chen Thema.

Das Projekt Hallenbad+Freizeitzentrum fand in einigen Teilen der Bevölkerung großes Interesse und die Unterschiedlichkeit der Konzeptionen von CDU/FWG und SPD führte zu einer lebhaften Diskussion in der Öffentlichkeit. Während die CDU/FWG die Erwei-terung des bisherigen Freibades im "Judental" durch ein Hallen-bad sowie verschieden andere Einrichtungen und damit eine klei-nere, finanziell billigere Lösung anstrebte, war die Konzeption der SPD umfassender und teurer. Sie enthielt die Schaffung eines Freizeitparks mit einem See vor den Toren der Stadt im "Gutleut-bachtal" und den Neubau von Frei-und Hallenbad. In dem SPD-Plan spielte die Nähe zum Gymnasium und die Bedeutung eines größeren Freizeitparks für den Fremden verkehr und die Ausbaufähigkeit des Geländes für die Zukunft eine Rolle. Die CDU/FWG berücksich-tigte in ihren Überlegungen mehr die eingeschränkte Finanzlage der Gemeinde und die mit dem Freibad schon vorhandenen Einrich-tungen. Der Planung für die nähere und die fernere Zukunft von der SPD setzte die CDU/FWG die Erfordernisse der Gegenwart ent-gegen.

Die Erörterung dieser verschiedenen Argumente in der Öffentlich-keit führte im Herbst 1971 zur Bildung einer "Bürgerinitiative für ein Freizeitzentrum" in Kirchheimbolanden durch einen Kreis von Bürgern, die an der Realisierung des Freizeitentrums interes-siert waren. Die Bürgerinitiative etablierte sich, indem sie sich



Das Bild oben zeigt den Ausschnitt "Datenbank" des während der 3. Bürgerversammlung zum Thema Freizeitzentrum organisierten Konflikts. (vgl. Kapitel 6).

Auf dem Bild Helmut Dreesmann (links) und Michael Bruch.

Foto: Lind

eine Satzung gab und den Status eines eingetragenen Vereins annahm. Von nun an bestritt die Bürgerinitiative den größten Teil der öffentlichen Diskussion; sie hielt Versammlungen ab und verschickte Rundbriefe an ihre Teilnehmer. Nach einiger Zeit kam die Bürgerinitiative zu dem Schluß, daß die Ermittlung der Bedürfnisse der Bevölkerung für das Freizeitzentrum in den Mittelpunkt gestellt werden müsse.

An diese Problemstellung schloß sich die gegenwärtige Arbeit an. Die Autoren sahen in der Frage "Was für ein Freizeitzentrum will die Bevölkerung?" und in dem recht rege scheinenden Bevölkerungsecho eine gute Ausgangsbasis für eine sozialpsychologische Studie. Erste Überlegungen gingen dahin, die Ausgangsfrage "Was wollen die Bürger?" mit einer Befragungsaktion zu beantworten, jedoch wurde man bald aufmerksam auf die mit einer einfachen Ermittlung der Wünsche und Bedürfnisse verbundenen Problematik. Es tauchten die Fragen auf, was eigentlich ermittelte Wünsche und Bedürfnisse bedeuten und welche Funktion sie im politischen Entscheidungsprozeß haben. Dies veranlaßte die Autoren, die Untersuchung der Wünsche und Bedürfnisse in den größeren Rahmen der Bürgerpartizipation zu stellen. Hierin liegt der Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit.

Aufbau der Studie

Die sich in einem relativ neuen Rahmen bewegendende Problemstellung erfordert zunächst eine Erarbeitung theoretischer Grundlagen, auf der die empirischen Untersuchungen vorgenommen werden können. Entsprechend gliedert sich die Studie in einen theoretischen Teil (A) und einen empirischen Teil (B)

Fragestellung

A Theoretischer Teil

1. Notwendigkeit der Partizipation

2. Möglichkeiten der Bürgerpartizipation

3. Freizeit

4. Kirchheimbalden und die kommunikativen sozialpsych. und ökol. Bedingungen für Partizipation

B Empirischer Teil

5. Schema des empirischen Vorgehens

6. Ablauf und Durchführung der empirischen Unters.

7. Ergebnisse zur Freizeit aus der Bevölkerungsbefr.

8. Faktorenanalyse

9. Ergebnisse zur Kommunikationsstruktur

10. Ergebnisse zur Expertenbefragung

11. Ergebnisse zum org. Konfl.

12. Zusammenfassung zum Partizipationsmodell

13. Kritik der Studie

Bearbeitung der Frage nach der Notwendigkeit der Partizipation und ihrer Rolle in der Gesellschaft

Untersuchung verschiedener Formen der Beteiligung der Bürger an kommunal. Probl. und die Erarbeitung eines neuen Modells als Grundlage für die Partizipation auf kommunaler Ebene

Darstellung der Freizeitproblematik als inhaltl. Aspekt der Studie in Ausschnitten, die für die Studie relevant sind.

Dieser Abschnitt stellt den Übergang vom theoret. zum emp. Teil dar mit einer Schilderung der kom. sozialpsych. und ökol. Aspekte, die relevant sind für d. Durchf. des Part. Modells

Schematische Planung der emp. Untersuchungen auf der Grundlage der theoret. Überlegungen
Darstellung der einzelnen Phasen der Unters. wie Fragebogenkonstr., Interviewerschulung etc.

Kap. 7-9 werten die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung aus.

Kap. 10-12 beschäftigen sich mit den Ergebnissen der übrigen Elemente des Partizipationsmodells.

Fragestellung

Die Unzufriedenheit über die Entwicklung der Städte in den vergangenen Jahren ist weitverbreitet. Die Städte werden den ihnen zukommenden Funktionen immer weniger gerecht und die Bedürfnisse des Menschen, insbesondere das Bedürfnis nach Entspannung und Erholung, werden keineswegs optimal befriedigt. Dies zeigt, daß das Verhältnis Planung/Umwelt ungelöst ist. Es mangelt besonders an empirisch bewährten, theoretischen Konzepten und Methoden, die in der Stadtplanung und beim Aufbau kommunaler Einrichtungen angewandt werden könnten. Es besteht aber auch eine unzureichende Kenntnis bestimmter Faktoren für "gewünschte gesellschaftliche Möglichkeiten" (vgl. Nahrstädt, 1971), an denen man die Planung orientieren könnte. In zunehmenden Maße wird dabei nach Erkenntnissen und Ergebnissen auf dem Gebiet der Freizeit verlangt. Zwar liegt zur Freizeit eine Vielzahl von Büchern vor (Weber, 1963; Wittig 1964; Strzelewicz 1965; Blücher 1962; Andrae 1970; Lüdtke, 1972 u.a.), die es aber bis jetzt nur unzureichend ermöglichen, übergreifende Konzepte zum Freizeitverhalten zu entwickeln, die empirisch verankert sind und in die Planung einfließen können.

Bisherige Praxis im Städtebau zeichnet sich dadurch aus, daß es auf der einen Seite Personen, Gruppen und Institutionen gibt, die planen - "die Planer" - und auf der anderen Seite diejenigen, für die geplant wird - "die Beplanten" -. Eine Kommunikation zwischen beiden ist selten und es existieren nur inadäquate Formen, in denen diese verlaufen könnte.

"Umweltplanung stellt sich dar als ein technokratischer Entscheidungsmechanismus, der sich eher an Profitmaximierung ökonomischer und machtpolitischer Kriterien orientiert als an den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung" (Hoffmann, Patellis, 1971)

Wir sehen in dem praktischen Ausschluß der Bevölkerung, der "Beplanten", von der Planung einen Grund für die Misere, zu der in vielen Fällen die städtebauliche Entwicklung geführt hat.

Eine Änderung der Situation, in Form einer Beteiligung der Bürger an der kommunalen Planung, erfordert zunächst grundlegende Überlegungen zur Rolle der Beteiligung im gesellschaftlichen Rahmen. In diesem Zusammenhang verstehen wir unter der Beteiligung der Bevölkerung, den Einbezug der Bürger als einen aktiven gleichberechtigten Teil in den Planungs- und Entscheidungsprozeß.

Um ein Mitwirken der Bürger am Planungsprozeß zu verwirklichen, ist eine geeignete Form zu finden, in der die Wünsche, Bedürfnisse, Interessen und Meinungen der Bürger in die Planung integriert werden können. Hierzu entwickelte H. Krauch das System "ORAKEL", das eine Kommunikation zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen herstellt und insbesondere auch die Artikulation von Bedürfnissen und Interessen außerhalb der politisch gut organisierten und repräsentierten Einflußgruppen ermöglicht. Das ORAKEL bietet einen guten Ansatz für die Bürgerpartizipation, ist aber umzuformen und zu verändern, um es praktikabler in seiner Durchführung zu machen und den Bürger noch mehr einzubeziehen.

In der Praxis besteht jedoch eine Schwierigkeit darin, daß nichts über die Bedingungen und Voraussetzungen für die Anwendung von einem Partizipationsmodell bekannt ist. Da insbesondere Kommunikation eine Voraussetzung für die Partizipation ist, kommt der Erfassung ihrer Struktur eine besondere Bedeutung zu. Nicht weniger bedeutsam ist der sozialpsychologische und ökologische Rahmen des Partizipationsmodells (vgl. Argyle; Goffmann; Barker, 1968). Diese Gesichtspunkte sind für die gegenwärtige Studie wichtig, als sie stattfindet in einer pfälzischen Kleinstadt mit umliegenden Gemeinden, deren Struktur bezüglich Kommunikation und Bevölkerung sehr spezifisch ist. Es gilt also, nicht nur eine Form oder ein Modell der Partizipation zu untersuchen, das eine Beteiligung von Bürgern zuläßt, sondern gleichzeitig auch die kommunikativen, sozialpsychologischen und ökologischen Voraussetzungen dafür.

Die Güte, mit der es gelingt, diese Bedingungen zu erfassen, bestimmt gleichzeitig die Zuverlässigkeit und die Gültigkeit, mit der Folgerungen aus der Untersuchung des Partizipationsmodells gezogen werden können. Da die Methodik, die bisher zur Erfassung des sozialpsychologischen und ökologischen Rahmens von der Wissenschaft verwandt wurde, kompliziert und kaum praktikabel ist für eine Studie

die dieser Art, liegt hier ein wesentliches Problem. Das traditionelle Vorgehen, soziographische Daten als Parameter für einen Kommunikationsprozess anzuwenden und damit eine Brücke zu schlagen zwischen Kommunikation und sozialer und ökologischer Umwelt, ist unbefriedigend, da der statische Charakter der Daten dem dynamischen Prozess der Kommunikation nicht gerecht wird. Somit wäre eine praktikable Kombination zwischen verschiedenen Methoden zu finden, um sowohl die Untersuchung eines Modells als auch seiner Bedingungen zu erlauben.

Der inhaltliche Aspekt ist durch den konkreten Gegenstand der Untersuchung - Planung eines Freizeitentrums - mit der Freizeit gegeben. Dieser Aspekt steht mit dem methodischen direkt in Verbindung, da Partizipation als aktives politisches Verhalten der Bevölkerung sich immer vollzieht an konkreten Situationen und Problemzusammenhängen. Ziel der Partizipation in unserer Studie ist es, daß erfahrbare gesellschaftliche Bedingungen mit den eigenen Wünschen und Bedürfnissen der Bürger bezüglich der Freizeit in Einklang gebracht werden! Dem Argument, daß Bedürfnisse immer schon das Produkt der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind und aus diesem *circulus vitiosus* kein Entkommen sei, muß entgegengehalten werden, daß Bedürfnis, Bedürfnisbefriedigung und die Entwicklung von Bedürfnissen in einem dialektischen Verhältnis stehen" (Hoffmann, Patellis, 1971). Bezüglich der Freizeit geht die Entwicklung dieses Verhältnisses von dem praktischen Verhalten und den konkreten Verhaltensmöglichkeiten in der Freizeit aus. Diese beiden Momente zu erfassen, ist eine Aufgabe der Studie, und zwar in einer Weise, die es ermöglicht, Verbindungen zu anderen Studien herzustellen. Nur dadurch kann abgeschätzt werden, ob das Freizeitverhalten und die damit zusammenhängenden Probleme eine besondere Ausprägung in der Region Kirchheimbolanden haben, und welche praktischen Konsequenzen zu ziehen sind für das Projekt des Freizeitentrums in Kirchheimbolanden.

Zusammenfassung

Mit dem globalen Ziel der Studie - Untersuchung der Möglichkeit, ein Freizeitzentrum unter der Mitwirkung der Bevölkerung zu

planen - verbinden sich verschiedene Aspekte:

- wie ist eine Beteiligung der Bürger an der kommunalen Planung im gesellschaftlichen Rahmen zu sehen.
- kann ein Modell entwickelt und realisiert werden, das zum Ziel hat, Bürger aktiv in die Planung einzubeziehen
- welche kommunikativen Strukturen existieren als Grundlage für eine Bürgerpartizipation
- welche Voraussetzungen sozialpsychologischer und ökologischer Art sind gegeben für die Anwendung eines Partizipationsmodells
- wie ist das Verhalten der Bürger in der Freizeit in der Region Kirchheimbolanden und in welcher Beziehung steht dies mit den angebotenen Möglichkeiten
- welche Orientierungshilfen kann man gewinnen für den Bau eines Freizeitentrums aus dem Verhalten, Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung zur Freizeit

2. MOGLICHKEITEN DER PARTIZIPATION

In diesem Abschnitt untersuchen wir einige Formen bisher praktizierter Bürgerpartizipation. Wir beschränken uns dabei auf die Möglichkeiten der Beteiligung der Bürger an der Planung und Entwicklung von kommunalen Vorhaben und Projekten, da nur dieser Abschnitt für unsere Arbeit relevant ist. Es wird versucht, das Scheitern der bisherigen Partizipationsformen zu analysieren, Kriterien für eine echte Bürgerpartizipation aufzustellen und ein Modell zu erarbeiten, das wir in unserer Untersuchung praktisch anwenden können.

2.1 Bisherige Möglichkeiten

Das wesentlichste Merkmal der Bürgerbeteiligung an der Planung und Entwicklung in den Kommunen war in der Vergangenheit, daß sie nicht stattfand. Die Rathausbürokratie erarbeitete Planungen und bereitete Entwicklungsvor, die der Bevölkerung in Modellen oder Skizzen vorgestellt wurden und "vom x. bis zum y. des Monats im Bauamt an- und einzusehen" waren. Dem Bürger wurde dann zugestanden, Eingaben zu machen über deren Berechtigung aber wieder diejenigen entschieden, die die Planung initiiert hatten. Eingaben sind bisher die einzige Form institutionalisierter Teilnahmemöglichkeit von Bürgern an Planungen. Aber auch als nicht-institutionalisierte Möglichkeit wurden nur selten Bürgerversammlungen anberaumt, auf denen Entwicklungen diskutiert wurden, und noch viel seltener wurden dabei Abstimmungen vorgenommen, die jedoch auch in keiner Weise bindend waren.

Allein zu den Wahlzeiten erachteten die Politiker es für notwendig, den Bürgern Vorstellungen und Pläne genauer zu erörtern und die Vertretung ihrer Interessen durch die politischen Parteien zu versprechen, was meistens nichts anderes als eine leere Phrase blieb, da sich das versprochene nach der Wahl der Kontrolle durch die allgemeine Öffentlichkeit entzog. Den Kommunalparlamentariern einen Vorwurf daraus zu machen, wäre aber nicht ganz gerecht, da deren Stellung gegenüber der Bürokratie meistens auch sehr schwach ist. Dabei darf dann aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß der Handlungsspielraum der Kommunen aufgrund von finanziellen Abhängigkeiten gegenüber Bund und Ländern und auch der Wirtschaft sehr

zusammengeschrunpft ist. Abgesehen von diesen Problemen ist die Bevölkerung das weitaus schwächste Glied in der Reihe von Instanzen, die kommunale Entwicklung und Planung betreiben. Die schwache Position der Bürger resultiert nicht zuletzt daraus, daß sie den Instanzen vereinzelt gegenüberstehen und in ihrer Individualisierung kein Machtpotential darstellen. Ob bei Eingaben oder Bürgerversammlungen, es verlor sich die Kraft der Bevölkerung in ihrer Vereinzelung, die nicht zu beachten, zu umgehen, der Bürokratie und der Verwaltung dann nicht schwer fiel.

Eine Lehre daraus ist in den letzten Jahren mit den immer häufiger gegründeten Bürgerinitiativen gezogen worden. Eine größere zusammengefaßte, mit einer Stimme sprechende Anzahl von Bürgern konnte von den Rathäusern nicht so leicht ignoriert werden, und so haben Bürgerinitiativen häufig dazu beigetragen, Entwicklungen zu beeinflussen (vgl. Grossmann, 1971). Wollte man den Bürgerinitiativen jedoch einen größeren Stellenwert in einer Bürgerpartizipation zuordnen, würde man ihren Charakter verkennen. Die überaus große Zahl von Bürgerinitiativen ist zustande gekommen, um Mißstände aufzuheben, die den Bürger aktuell bedrängen, oder um bedrohliche Entwicklungen aufzuhalten.; demnach sind sie meistens reaktiv. In den Fällen, in denen Bürgerinitiativen aktiv zukünftige Entwicklungen beeinflussen wollen, wie etwa die Bürgerinitiative für ein Freizeitzentrum in Kirchheimbolanden, finden sich häufig kommunale Größen wie Vereinsvorsitzende oder Parteifunktionäre in ihrer Spitze, die die Ziele der Bürgerinitiative für ihr persönliches Streben ausnutzen. Somit bleibt die große Zahl der Bürger wiederum im Hintergrund gegenüber einigen wenigen, wobei sowieso nicht angenommen werden kann, daß eine Bürgerinitiative einen Querschnitt der Bevölkerung umfaßt. Da Bürgerinitiativen zudem auf dem Vertrauen basieren, "daß der Staat bzw. die kommunale Verwaltung, wenn ihnen der Wille der Bürger nur mit hinreichendem Nachdruck präsentiert werden, sich beeilen wird, ihm stattzugeben" (Offe, 1971), scheinen sie uns nach ihrem gegenwärtigen Charakter für eine Partizipation nicht geeignet. Trotzdem können Bürgerinitiativen einen wichtigen Beitrag leisten für die Politisierung der Bevölkerung, die eine Grundlage bildet für die Bürgerpartizipation.

Bürgerinitiativen, wie auch den anderen bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung, mangelt es zunächst an einer wesentlichen Voraussetzung, die zugleich auch zu der schwachen Position der Bürger gegenüber der Bürokratie führt: Information über die mit der Planung und Entwicklung zusammenhängenden Aspekte. Solange der Bürger auf die vom Rathaus verteilten Informationen angewiesen ist, kann eine echte Partnerschaft und Mitbestimmung an Planungen kaum entstehen. "Wer über Planungswissen verfügt, verfügt auch über Planungsmacht (und umgekehrt) und bestimmt, was als Interesse gilt" (Hoffmann/Patellis, 1971). Heute besitzt die Bürokratie sowohl Macht als auch Wissen. Aber auch wenn Informationen gegeben werden, ist die Transparenz des Weges erforderlich, auf dem die Information zustande gekommen ist, um mit ihr verbundene Interessen beurteilen zu können. Denn auch heute schon ist es Taktik der Planertechnokraten, in einer Weise zu informieren, "daß die Betroffenen es lernen, ihr eigenes Problem aus der Sicht des Planers zu sehen" (Hoffmann/Patellis, 1971).

"Es ist besser, Kraft zu investieren, um von vornherein zu werben, zu überzeugen und zu erreichen, daß die öffentliche Meinung die Grundlinien einsieht, selbst für notwendig hält und sie sich dann auch selbst zu eigen macht" (Vogel, OB München 1966).

Solche Information ist eine Farce und man macht damit die Partizipation zu einem Akklamationsorgan eines unverändert laufenden Planungsprozesses.

Das Maß an Information und Transparenz, das als Grundlage rationaler Entscheidungen der Bürger verwirklicht wird, kann als Gradmesser gewertet werden, wie weit Partizipation der Bürger möglich ist und wie weit sie von der Bürokratie und den politischen Instanzen gewünscht wird. Welche Problematik aber mit der Information verbunden ist, zeigt K. Jutzlar (Hamburg, 1970):

"Informationsbesitz erscheint ganz wie Geldbesitz oder Waffenbesitz mit Macht gekoppelt. Informationsarmut bedeutet wie andere Armut auch Ohnmacht und Preisgegebensein. Folglich läßt sich bei den Machttägern aller Zeiten das Bestreben beobachten, über möglichst viele Informationskanäle zu verfügen, umgekehrt aber möglichst wenig, bzw. nur genau bemessene und zurechtgemachte Information abzugeben, damit der Machtvorteil der Herrschenden über die Beherrschten gewahrt bleibt."

Die Weitergabe von Information erfordert Kommunikationskanäle, die jeden erreichen. Auch daran mangelte es den bisherigen Formen der

der Partizipation, denn das meist einzige Instrument, mit dem Information der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, ist die Zeitung. Damit unterliegt die Informationsverbreitung aber den redaktionellen Prinzipien und der Auflagenhöhe des Blattes. Wer über besondere informelle Informationskanäle verfügt, genießt ein Privileg. Nicht zuletzt deshalb ist es nur eine kleine Zahl von Bürgern, die Eingaben bei den Behörden machen, sich an Diskussionen oder Aktionen beteiligt; es sind meistens diejenigen, die an den Kommunikationskanälen teilhaben.

In einer funktionierenden Partizipation soll aber mit der Kommunikationsstruktur nicht nur Information den Bürgern zugänglich gemacht werden, sondern umgekehrt muß auch Information den Planern zufließen. Es muß ein permanenter gegenseitiger Austausch stattfinden, der es ermöglicht, daß sowohl Planer wie auch Bürger zu jeder Zeit übereinander informiert sind, Konflikte in direktem Kontakt ausgetragen und Lösungen gefunden werden können.

Die Kommunikation miteinander und die Information übereinander hängt eng zusammen mit der Motivation der Bürger als einer weiteren wichtigen Voraussetzung für die Partizipation. Es überrascht nicht, daß das Desinteresse an Bürgerforen und an anderen Formen der Beteiligung an Kommunalpolitik so gering ist, wenn man bedenkt, wie gering die Rückmeldung ist, die alle Beteiligten darüber orientiert, wo sie im Planungs- und Entscheidungsprozeß stehen. Werden Bürgerversammlungen abgehalten, die Wünsche und Forderungen an das Rathaus richten, besteht die Rückmeldung entweder darin, daß die Berücksichtigung der Forderungen vage in Aussicht gestellt wird, daß mit technokratischen Argumenten abgewiegelt wird oder daß schlichtweg keine Reaktion erfolgt. Eine klare Antwort über die Stellung der Forderungen zum Konzept des Rathauses bekommt man selten. An

Andererseits ist auch das Rathaus manchmal tatsächlich daran interessiert, Rückmeldungen aus der Bevölkerung zu erhalten. Dann aber, wenn die Planer aus ihrem Verfügungsdenken einmal herauskommen, mangelt es an direkten Kommunikationskanälen und es werden Umfragen bei Meinungsforschungsinstituten in Auftrag gegeben, die quantifizierte Einheiten schaffen. Über diese kann dann wieder jenseits von jeder direkten Auseinandersetzung mit den Bürgern verfügt werden. Diese Praxis ist sicher nicht angetan dazu, den

Bürger zu motivieren und zu interessieren für eine Mitwirkung. Die anderen vielfältigen Aspekte, die sich mit der Motivation verbinden, wollen wir hier nicht weiter behandeln, da der empirische Teil der Arbeit dem nicht entsprechen könnte.

Individualisierung, mangelnde Information und Transparenz, fehlende Kommunikationskanäle und die geringe Motivation der Bürger haben wir bisher als wesentliche Merkmale für das Dilemma bisheriger Bürgerpartizipation erkannt und gleichzeitig ihre gegenteilige Veränderung zur Voraussetzung erhoben für eine echte funktionierende Bürgerbeteiligung. Zweifellos würde die Erfüllung der Bedingungen für sich noch keine Partizipation ausmachen, denn es ist wesentlich, in welchem Rahmen diese Elemente zueinander stehen und welche Konsequenzen sie haben.

In den letzten Jahren und besonders nachdem der Deutsche Bundestag das Städtebauförderungsgesetz (StBauFG) und mit ihm die Sozialplanung beschlossen hatte, wurden von mehreren Kommunen eine Art von Partizipation praktiziert, die aber im Kern nichts anderem diente, als mit der Beteiligung der Bürger vorgefaßte Ziele konfliktfrei zu realisieren und die Verantwortung für die Folgen der Planung breiter zu streuen. In Diskussionen und Planungsbeiräten wird der Bevölkerung suggeriert, sie könne an der Planung mitwirken. "Wünsche und Interessen der Bürger werden aber nicht berücksichtigt oder mit Sachzwängen entschuldigt" (vgl. Städtebauwelt, 33, 1972). Dies vor allem macht deutlich: welche Folgerungen und Konsequenzen aus dem gezogen wird, woran die Bürger mitgearbeitet haben, entscheiden diejenigen, die auch schon früher entschieden haben. "Die da oben machen ja doch, was sie wollen," sagte uns eine Frau in Kirchheimbolanden, und sie war sicherlich nicht die einzige, die das gedacht hat. Diese pessimistische politische Perspektive für die Partizipation sollte jedoch nicht daran hindern, Experimente zu unternehmen und Formen zu erproben, in denen eine Bürgerpartizipation ablaufen könnte, um so möglicherweise eine Entwicklung einzuleiten und nicht auf den Tag X warten zu müssen, an dem Bürgerpartizipation von den politischen Instanzen möglich gemacht wird.

2.3 Das System "ORAKEL"

Für die Beteiligung der Bürger an Planung und Entwicklung entwickelte H.Krauch ein Modell, das wir etwas genauer betrachten wollen, da einige Überlegungen daraus für uns von grundlegender Bedeutung sind:

"Das System "ORAKEL" (Organisierte Repräsentative Artikulation Kritischer Entwicklungslücken) hebt sich von den bisher zur Anwendung kommenden Planungs- und Prognoseverfahren ab, die dadurch gekennzeichnet sind, daß bei dem Prozeß der Erstellung von Prognosen und Programmen nur die Planer, die Experten und die organisierten Interessengruppen beteiligt werden und diese die Entscheidungen über mögliche Alternativen treffen, ohne daß dieser Entscheidungsprozeß durch die Öffentlichkeit ausreichend kontrolliert werden könnte" (SfS, 1971). Das ORAKEL geht davon aus, daß die Wünschbarkeit und Realisierbarkeit von Entwicklungen repräsentativ in Bezug auf die gesellschaftliche Bedürfnislage zu beurteilen sind. Diese Aufgabe erfordert auch die Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen bzw. der Öffentlichkeit in den Prognose- und Planungsprozeß. Dementsprechend ist es das Grundprinzip von ORAKEL, sich bei der "Artikulation und Prognostizierung wünschbarer Entwicklungstrends" nicht nur auf wissenschaftlich-technische Experten zu stützen, sondern darüber hinaus alle Beteiligten und Betroffenen und die Öffentlichkeit zu beteiligen" (SfS, 1972). Dies wird erreicht durch die Integration der folgenden Methoden:

- Expertenbefragung
- Repräsentativbefragung
- organisierter Konflikt

Die Expertenbefragung dient zur Gewinnung des planungsrelevanten Expertenwissens. Es geht aber weniger darum, einen Konsensus zwischen den Experten herbeizuführen, sondern in erster Linie darum, alternative Meinungen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen und technisch-wissenschaftliche Realisierungsschwierigkeiten herauszustellen. Die durch eine solche Expertenbefragung gewonnenen Informationen werden als Input für den sich anschließenden organisierten Konflikt verwendet.

Der Konflikt wird so organisiert, daß daran Vertreter aller direkt oder indirekt betroffenen Gesellschaftsgruppen beteiligt sind, die

in ihrem Bereich und zur Vertretung ihrer Interessen über "ausreichenden Sachverstand und Fachwissen" (Krauch 1972) verfügen. Dieser Personenkreis beginnt zu streiten und versucht dabei, die gegensätzlichen Standpunkte möglichst deutlich herauszustellen. "Das Ziel des Konfliktes ist zunächst die Artikulation von neuen Problemen, die die Gesellschaft als ganze oder einzelne Gruppen betreffen, sowie die Durchleuchtung von manifest gewordenen Problemen, um in einem gemeinsamen Lernprozess Lösungsmöglichkeiten vorzubereiten" (SfS, 1972). Jeder Bürger hat die Möglichkeit zur direkten Teilnahme, indem er zu kontroversen Fragen, die sich im Laufe der Diskussion ergeben haben, Stellung nimmt. Der Bürger, der zu Hause die Diskussion am Fernsehen mitverfolgt, kann dann seine Meinung zu den gestellten nach einem zu Beginn der Sendung gelernten Schlüssel per Telefon mitteilen, wobei er auch bestimmte Sozialdaten anzugeben hat. Die Meinungen der Zuschauer werden per EDV sofort ausgewertet und in die Diskussion eingegeben. Die diskutierenden Teilnehmer des organisierten Konflikts müssen die Meinungen und Bewertungen der Zuschauer in ihrer Argumentation berücksichtigen und gegebenenfalls Inhalt und Richtung ihrer Diskussion ändern. Zur Überprüfung des "phone-ins" wird gleichzeitig die Meinung eines repräsentativen 'Panels' eingeholt und ausgewertet, d.h. eines Panels, das im Hinblick auf Sozialdaten vor der Veranstaltung ausgewählt und aufgefordert worden ist, zu den Fragen Bewertungen abzugeben und auch direkt in die Diskussion verbal -allerdings auch nur per Telefon- einzugreifen.

Bei der Durchführung des ORAKEL in einem kleineren Rahmen, etwa in einer Kommune, läßt Krauch die Repräsentativitätsprüfung durch ein Panel weg und das phone-in wird ersetzt durch Abstimmungen auf Kärtchen unter den im Saal anwesenden Bürgern.

Zur Kontrolle der sachlichen Korrektheit der in der Diskussion verwendeten Argumente fungiert eine 'Datenbank'. Diese besteht aus einigen Fachleuten, die ausgerüstet sind mit sorgfältig strukturierten Unterlagen, Karteikästen und Nachschlagewerken. Ihre Aufgabe ist es, einzugreifen, wenn von einer Seite sachlich falsche Argumente vorgebracht werden und diese zu berichtigen. Andererseits können auch die Diskutierenden die 'Datenbank' um Informationen zur Untermauerung ihrer Argumente bitten.

Das Streitgespräch und die Planungsarbeiten im organisierten Kon-

flikt werden also auf zweierlei Weise kontrolliert. Einmal durch die Datenbank, die das für das jeweilig strittige Problem relevante Wissen in die Diskussion einspeist, zweitens durch die Kontrolle der teilnehmenden Öffentlichkeit und des repräsentativen Panels, deren Werturteile und kritische Meinungsäußerungen den organisierten Konflikt steuern, (vgl. zum Orakel Schaubild 2.1 und 2.2)

2.4 Kritik am "ORAKEL" und Entwicklung eines kommunalen Partizipationsmodells

Im Prinzip halten wir das System "ORAKEL" für eine Bürgerpartizipation für anwendbar, meinen aber, daß zum Teil gewisse Veränderungen notwendig sind, um es zu einem funktionierenden Instrument der Bürgerbeteiligung zu machen und eine stärkere Berücksichtigung der von uns oben besprochenen und als notwendig erachteten Voraussetzungen zu verwirklichen.

Zunächst haben wir einen Einwand gegen die nur im organisierten Konflikt stattfindende Bevölkerungsbefragung: da der organisierte Konflikt erst stattfinden kann, wenn gewisse Überlegungen und Vorbereitungen zur Planung und Entwicklung stattgefunden haben, kann die Bedürfnislage der Bevölkerung nicht von Anfang an als Grundlage der Planung einbezogen werden. Stattdessen kann sie zu einem späteren Zeitpunkt nur noch in die bisher schon gemachten Überlegungen eingepaßt werden. Nachteilig dabei ist auch, daß außer der Bevölkerung jede Interessengruppe über die von ihr zu dem Thema eingenommene Position im klaren ist. Die Position der Bürger schält sich erst im Laufe des Konflikts mit den Befragungen heraus und kann dementsprechend nicht von Anfang an von allen Beteiligten als eine der Grundlagen des Gesprächs miteinbezogen werden. Eine Trennung der Ermittlung der allgemeinen Bedürfnisse und Meinungen vom organisierten Konflikt halten wir daher für unbedingt notwendig. Eine Ermittlung vor dem organisierten Konflikt bringt den Vorteil mit sich, daß alle Seiten über die Haltung der Bürger informiert sind und diese nicht kurzfristig auf dem organisierten Konflikt integriert werden muß.

Ein weiterer Einwand gegen das Modell liegt darin, daß die Information der Öffentlichkeit sich nur auf den organisierten Konflikt beschränkt. Bietet man der Bevölkerung aber nur oder

hauptsächlich im Rahmen dieser Veranstaltung Informationen an, kann nicht erwartet werden, daß sie optimal verarbeitet wird und man ihren Hintergrund ausreichend erfaßt. Wird in einer relativ kurzen Zeitspanne viel 'Neues' vermittelt, ist derjenige, der aufzunehmen hat, zunächst damit beschäftigt, das 'Neue' einzuordnen, zu assimilieren und somit gehindert daran, aktiv in die Diskussion einzugreifen. Der Prozeß des Verarbeitens bis hin zur Fähigkeit, das neu Aufgenommene zusammen mit den persönlichen Einstellungen und Wünschen aktiv in die Diskussion einzubringen, verläuft zwar bei manchen recht schnell, dauert aber bei anderen länger. Da Bürgerpartizipation keine elitäre Angelegenheit sein soll, hat sie gerade dies zu berücksichtigen und demnach sollte die Information zeitlich so vermittelt werden, daß es jedem Bürger möglich ist, sie zu überdenken und mit seinen Interessen, Wünschen und Einstellungen abzustimmen und daraus eine Position zu gewinnen, die er in der Diskussion vertreten kann.

Es ist zudem zu berücksichtigen, daß das, worüber informiert werden soll - Planung und Entwicklung - ein fortschreitender Prozeß ist, dem eine einmalige Information nicht gerecht wird. Das permanente Einbeziehen der Bürger wird damit nicht gewährleistet und ebenso wenig die Möglichkeit, sich ständig an der Planung beteiligen zu können. Eine Zentrierung der Information auf den organisierten Konflikt kann sich somit hemmend auswirken.

Da neben der Informationsvermittlung die Herausarbeitung von Interessenkonflikten, die Erarbeitung von Lösungen der Konflikte, die Ermittlung der Bürgerwünsche und die Berücksichtigung aller Standpunkte Aufgabe des organisierten Konflikts sein soll, scheint uns dieser zu überladen und es ist zu bezweifeln, ob er seinen Funktionen in dieser Form gerecht werden kann. Dieser Zweifel wird verstärkt durch ein Experiment mit dem ORAKEL, das H. Krauch (Krauch, 1972) schildert: bei dem in einer Bürgerversammlung durchgeführten organisierten Konflikt zeigte sich, daß "nicht alle Bürger genügend Zeit und guten Willen haben, sich den Spielregeln zu unterwerfen. Trotz geschickter Bemühungen des Moderators gelang es ihm nicht, die Stellungnahmen des Plenums zur Diskussion über das Ausfüllen von Kärtchen laufen zu lassen. Vielmehr mußte er mehrfach dem Druck des Plenums nachgeben und aus dem organisierten Konflikt heraus, zur offenen Diskussion übergehen". Das weist auf

die Gefahren hin, die entstehen, wenn der organisierte Konflikt zu organisiert ist. Einerseits führt der streng geplante Ablauf entweder zur Passivität oder er provoziert ungewollte Aktivität, andererseits ist ein technokratisch geplanter Ablauf notwendig, um die vielen Funktionen und Aufgaben zu erfüllen. Eine Erleichterung des organisierten Konflikts um einige der Aufgaben könnte den positiven Effekt haben, den Konflikt nicht als ein rigides System steuern zu müssen. Eine Möglichkeit sehen wir -wie schon oben angedeutet- darin, die Informationsweitergabe weitgehend vor den organisierten Konflikt zu legen. Ebenso könnte eine vorher stattfindende Befragungsaktion in der Bevölkerung über Wünsche, Meinungen und Einstellungen den organisierten Konflikt davon entlasten, diese herausfinden zu müssen. Weiterhin würde die Aufhebung der zwanghaften Trennung zwischen Bevölkerung und Podium den Ablauf für alle Beteiligten interessanter und ergiebiger machen. Wenn die Teilnehmer des Podiums nicht elitär diskutieren, und gerade das sollen sie ja nicht, ist es kaum einzusehen, warum das Plenum nicht an der Diskussion beteiligt werden sollte. Es ist zweifelsohne wichtig, daß auf dem Podium besonders engagierte Vertreter aller Gruppen gegenseitig ihre Interessenstandpunkte verdeutlichen, andererseits würde eine offene Diskussion von eingeschränkter Dauer zu bestimmten Phasen den organisierten Konflikt sicherlich beleben. Einen positiven Effekt dürfte das auch auf die Motivation der Bürger haben, sich zu beteiligen. Es wäre etwas weltfremd, anzunehmen, daß viele Bürger sich dafür interessieren, sie sich artig und brav in einen geplanten Ablauf einzureihen und sich nur über eine künstliche Art und Weise mit Hilfe von Kärtchen an der Diskussion beteiligen zu dürfen.

Noch von einem anderen Gesichtspunkt halten wir eine Veränderung des ORAKEL für notwendig, um es zu einem Instrument der Bürgerpartizipation zu machen: es dürfte wohl kaum der Fall sein, daß alle Bürger an einem organisierten Konflikt teilnehmen. Auch bei der Einschaltung der Massenmedien würde es nur ein Teil der Bevölkerung sein. Da aber Partizipation nicht beschränkt bleiben soll auf einen Teil und allen zumindest die Chance gegeben werden soll mitzuwirken, ist es notwendig, allen Bürgern die Ergebnisse des organisierten Konflikts mitzuteilen. Damit könnte die Diskussion wieder in die gesamte Bevölkerung getragen werden und sich fortentwickeln. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, per Befragung eine

Rückmeldung über die Aufnahme der Ergebnisse der Ergebnisse des organisierten Konflikts einzuholen und eine echte Repräsentativitätsprüfung der erarbeiteten Lösungen erlauben. Die von Krauch erdachten Hilfskonstruktionen zur Überprüfung der Repräsentativität -das Panel- und allein das Ziel, eine Repräsentativität im organisierten Konflikt zu erreichen, beruht auf der Annahme, daß die von den Teilnehmern am organisierten Konflikt erarbeiteten Lösungen gleichzeitig repräsentativ sind für denjenigen Teil der Bevölkerung, der nicht teilgenommen hat. Ohne diese Annahme wäre das Panel reiner Selbstzweck. Da aber mit der Teilnahme am organisierten Konflikt eine sozialpsychologische, situationsspezifische dynamische Eigengesetzlichkeit verbunden ist, der jeder unterliegt, ist zu bezweifeln, daß die Ergebnisse und Lösungsmöglichkeiten für die gesamte Bevölkerung stehen können.

Als weitere Begründung für die angestrebte Repräsentativität soll mit ihr der Erfolg des im ORAKEL ablaufenden Lernprozesses kontrolliert werden. Es ist aber äußerst problematisch, dem ORAKEL die Funktion eines Lernprozesses zuzuordnen, denn wer wollte definieren in einem Partizipationsprozess, wer was zu lernen hat und dann beurteilen, wer wann was wie gut gelernt hat. Die Lernpsychologie zeigt die hiermit verbundene Problematik sehr deutlich.

Ein uns praktikabel erscheinendes Modell einer Bürgerpartizipation enthält neben den zwei Grundelementen des ORAKEL -Expertenbefragung und organisierter Konflikt- noch die Bevölkerungsbefragung und Information als gesonderte Elemente.

Die Information ist so zu geben, daß sie die gesamte Bevölkerung erreicht und ihr zu jedem Zeitpunkt eine Orientierung über das Planungsgeschehen ermöglicht. Um eine Verarbeitung und ein Überdenken der Information zu gewährleisten, ist zwischen ihr und den anderen Elementen des Modells eine zeitliche Trennung nötig.

Zu überdenken wäre dabei, ob nicht mehr Kommunikationskanäle erschlossen werden können, außer der Zeitung, über die Information an alle verbreitet werden kann. Eine Möglichkeit bietet sich darin, daß man Informationsblätter auslegt an Punkten, die jeder aufsucht, wie etwa Geschäfte, Haltestellen, Cafés und Gaststätten. Dies wäre billig und einfach zu praktizieren. Über jede Veränderung im Planungsgeschehen könnte auf diese Weise die Bevölkerung schnell und einfach informiert werden von denjenigen,

die sich hauptamtlich mit der Planung befassen. Auf demselben Weg könnte auch Information von der Bevölkerung an diejenigen gelangen, die die Planung durchführen. Der Bürger brauchte dafür nur seine Meinung aufzuschreiben und in Kästchen an den genannten Stellen werfen. So könnte bequem ein Kommunikationssystem erstellt werden, das bevölkerungsnah ist und es erlaubt, die an der Planung Beteiligten in unmittelbarem Kontakt zu bringen. Dieses würde sicherlich die Motivation der Bevölkerung verstärken, an der Planung und Entwicklung teilzunehmen.

Nach der ersten Information kann eine Bevölkerungsbefragung zu dem entsprechenden Gegenstand vorgenommen werden, die in kontrollierter Form Wünsche, Bedürfnisse, Einstellungen und Meinungen repräsentativ erfaßt und die Grundlage für weitere Überlegungen schafft.

Parallel dazu könnte eine Expertenbefragung laufen, die Wissen und Kenntnisse von Fachleuten über das entsprechende Problem gewinnt und auch von Vertretern bestimmter Interessengruppen die Ausgangspositionen einholt.

Über die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung und der Expertenbefragung ist einmal die Öffentlichkeit vor dem organisierten Konflikt zu informieren, zum anderen gehen die Ergebnisse als Grundlage in den Konflikt ein.

Der Ablauf des Organisierten Konflikts unterscheidet sich insofern von dem Modell von Krauch, als die Information zum großen Teil schon vorher gegeben ist, als wichtige Aspekte der Bevölkerungsmeinung vorher erhoben worden sind und die Zuhörer aktiv in die Diskussion eingreifen können. Eine Repräsentativität wird nicht unbedingt angestrebt, wenngleich sie wünschenswert ist.

Über die im organisierten Konflikt gewonnenen Lösungsmöglichkeiten von Problemen und die klargewordenen Interessenstandpunkte ist die Bevölkerung wiederum zu informieren.

Eine sich anschließende repräsentative Befragung in der Bevölkerung beendet dann eine Etappe des Partizipationsprozesses und gibt Klarheit darüber, welche Wege im weiteren Planungsprozess anzustreben sind.

Die einzelnen Elemente 'Information-Bevölkerungsbefragung-Expertenbefragung-organisierter Konflikt-Bevölkerungsbefragung' können verstanden werden als ein "Partizipationsblock", der ent-

sprechend der Länge des Planungsprozesses und der darin auftretenden Problematiken mehrmals durchgeführt werden kann.

Wir glauben, damit ein praktikables Modell entwickelt zu haben, das eine Bürgerbeteiligung an der Planung ermöglicht und es zuläßt, daß Wünsche der Bevölkerung angemessen in die Planung einfließen.

Gleichzeitig sehen wir aber auch, daß dieses Modell und seine Praktizierung noch keine Partizipation schafft, sondern daß diese davon abhängt, ob die politischen Instanzen einer Bürgerpartizipation den ihr angemessenen Platz im Entscheidungsprozess einräumen.

Von der Regierung

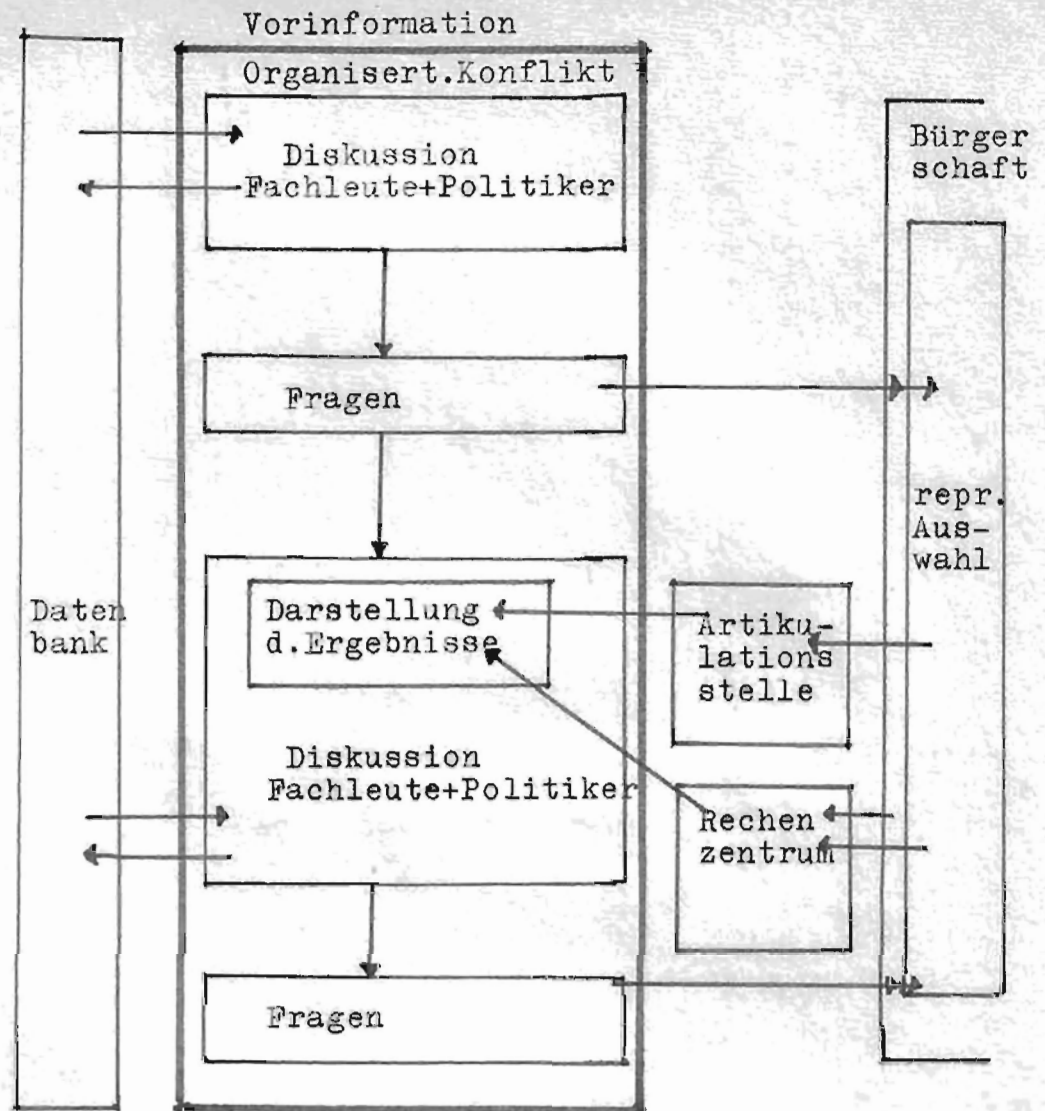
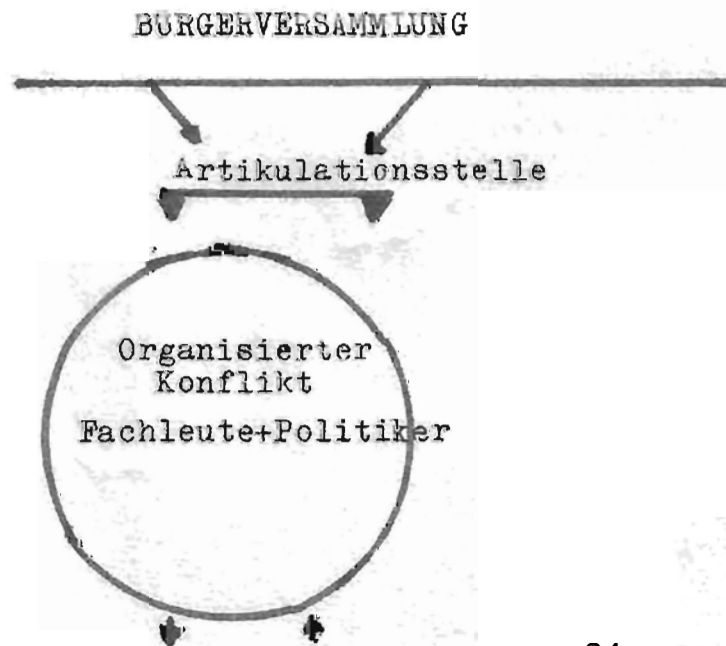
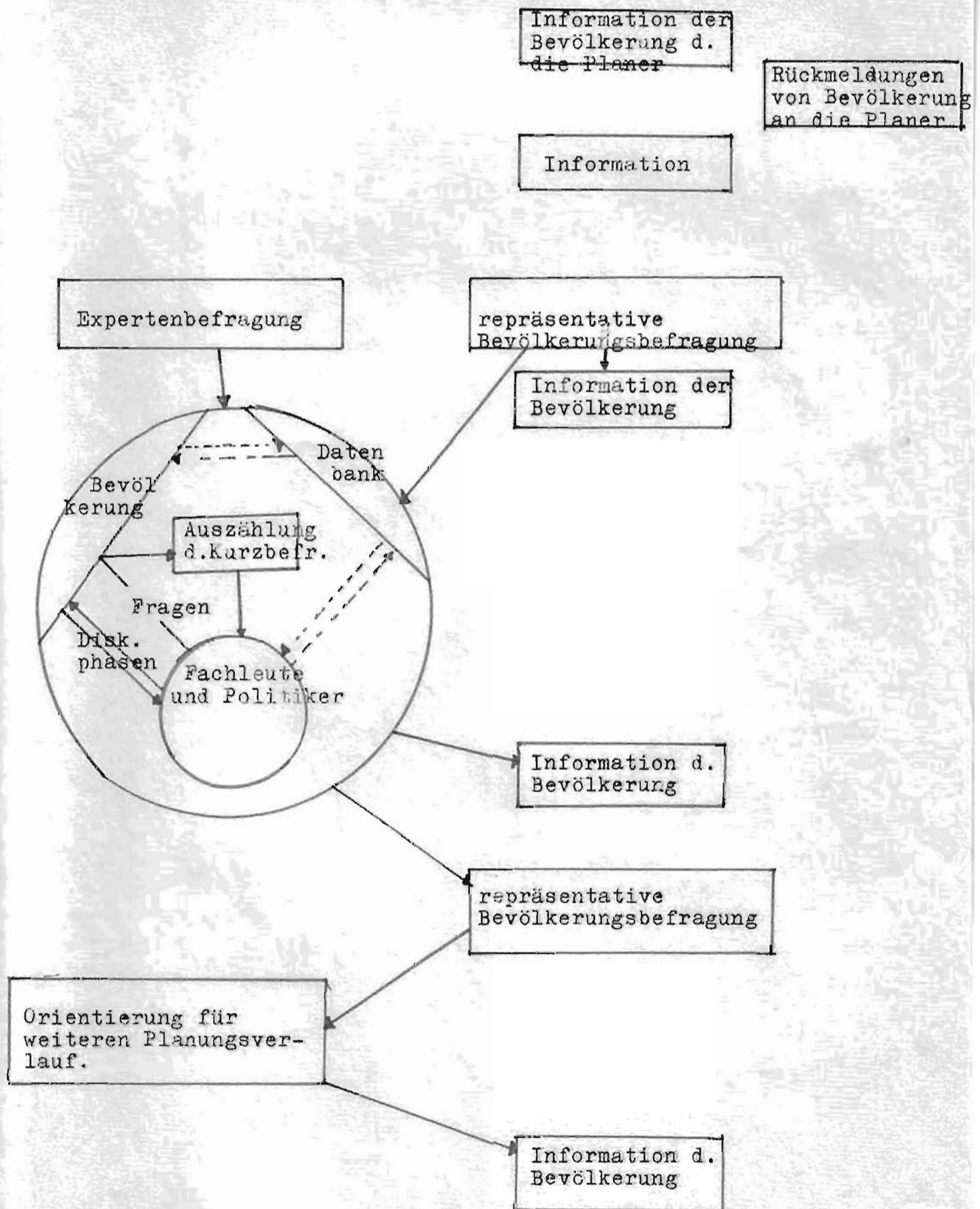


Schaubild 2.2 ORAKEL in einer Bürgerversammlung (nach:Krauch 1972)





4. Eine Umweltstudie hinsichtlich der kommunalen Kommunikation in der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden.

Aufbauend auf die relevanten Ausführungen in den Kapiteln 1 und 2 sollen in den folgenden Abschnitten mit der Darstellung von Umwelt- und ökologischen Aspekten das Verständnis und d. Diskussion der Ergebnisse im empirischen Teil (Kap. 9) auf die spezifischen Gegebenheiten des V-Gemeindegebiets relativiert werden. Dabei beschränken wir uns hier auf die Darstellung solcher Ergebnisse, die mit der kommunalen Kommunikation in Beziehung stehen. Für weitere Information über soziale, wirtschaftliche und politische Fakten sei auf den Anhang verwiesen. Bei der Wahl der Überschriften für die folgenden Abschnitte werden wir auf eine begründete Systematisierung verzichten und stattdessen einprägsame Stichworte wählen. Der Begriff der "Kommunikation" wird hier in einem weiteren Sinne verwendet, als dies in den Kapiteln 1, 2, 6 und 9 der Fall ist.

4.1. Informelle Kommunikation

Unter diesen Überbegriff wollen wir eine Reihe von Orten der vorwiegend informellen Kommunikation subsummieren. Die Bildung der Unterabschnitte leitet sich aus der jeweiligen Menge an Information her, die dem Autor zugänglich war, und hätte auch unter einem anderen Gesichtspunkt vorgenommen werden können. Weiter gaben wir dem Begriff "informell" eine andere als sonst übliche Akzentuierung. Wir heben besonders auf die durch ("non-intentional" zustande gekommenen) Kontakte ermöglichte Kommunikation ab, weil diese m.E. größte Bedeutung für die individuelle Bewertung der vermittelten Information hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit hat, was für die Kommunikationspartner eine ~~etwa~~ Voraussetzung für adäquate Urteilsbildung darstellt. Dieser Meinung liegt jedoch kein einheitliches Konzept zugrunde, sieht man von wertvollen Anregungen durch die Arbeit von BADURA (1970) ab. Wie es mit der Versorgung des Untersuchungsgebiets mit Orten der informellen ('non-intentionalen') Kommunikation bestellt ist, darüber versuchen wir im Folgenden zu berichten.

4.1.1. GASTSTÄTTEN

Die Versorgung des VG-Gebietes mit Gaststätten ist hinsicht-

lich ihrer Funktion als kommunikationsstiftender Ort unterschiedlich einzuschätzen, je nachdem man die Stadt oder die umliegenden Gemeinden betrachtet. Außer dem Ort Bennhausen (113 Einwohner) hat jede Gemeinde eine oder mehrere Wirtschaften mit Stammtisch, Skatrunden, evtl. Kegelbahn und Nebenräumen. Für Vereine oder vereinsähnliche Gruppen sind sie die einzigen Möglichkeiten sich zu treffen, falls kein Vereinshaus vorhanden ist. Hinsichtlich der Differenzierung nach Besucherkategorie gibt es in Stadt und Land deutliche Unterschiede. In den Dörfern hängt die Zusammensetzung der Wirtshaus-Besucher weitgehend von der Tageszeit ab: während tagsüber in erster Linie männliche Jugendliche und Erwachsene sich in Gaststätten aufhalten, sind abends besonders am Wochenende fast alle sozialen Gruppen darin zu finden. Zurückhaltender sind allenfalls neu zugezogene Einwohner, die mit höherem sozio-ökonomischen Status eher auf Gaststätten der nahegelegenen Städte ausweichen. In der Stadt Kirchheimbolanden dagegen ist neben einer progressiven Entleerung der Wohnbeide von Gaststätten und damit von Möglichkeiten, sich informell zu treffen und miteinander zu kommunizieren, infolge der (oder eines Fehls einer) Bebauungspolitik von Seiten der Stadt eine beginnende Entmischung der Besucherstruktur der Gaststätten zu beobachten. Bildung von "Subkulturen" und die Erschwerung der Kommunikation innerhalb der Gemeinde sind Begleiterscheinungen dieses Prozesses. So gibt es Lokale, Eiscafés und Diskotheken, die fast nur von Randgruppen ("Rocker", amerikanische "GI's", Gymnasiasten, Jugendliche von den umliegenden Gemeinden) besucht werden. Vertreter der "oberen Mittelschicht" (vgl. SCHEUCH, 1970) suchen dagegen zunehmend Gaststätten außerhalb der Stadt ("im Grünen") auf, die mit dem gehobenen Standard auch gehobene Preise bieten.

4.1.2. Nachbarschaft

Gerade für die "non-intentionale" Möglichkeit der Interaktion mit Mitbürgern scheint der Bereich der Nachbarschaft ein wichtiger Raum der kommunikativen Erfahrung ("Tratschen", "Plauschen", "Klatschen" oder wie man es nennen will). Als Kommunikationsorte im Bereich der Nachbarschaft sind vor allem zu nennen:

Straßen,
Plätze,
Paterrefenster,
Kinderspielplätze,
Gärten,
Lebensmittelgeschäfte ("Tante-Emma-Laden") u.ä.

In den Dörfern ist die kommunikationsstiftende Funktion der oben genannten Orte noch weitgehend erhalten. Dies ist es besonders wegen der Bauweise der Straßenzüge mit ihren angrenzenden Einrichtungen wie Gartenzaun, Eingangstüren (Haus- und Hof-türen), Wohnraumfenster im tiefergelegenen Paterre, Straßenecke u. ähnliches mehr, die eine gehäufte Interaktion der Anwohner ermöglichen, ja geradezu provozieren. Mit der zunehmenden Verdichtung des Verkehrs in der Stadt (aber auch in manchen Dörfern) und der damit verbundenen Unfall- und Abgasgefahren, mit der überwiegenden Bewirtschaftung der Paterre-Wohnungen in der Stadtmitte, den zu engen Gehsteigen und mit der Verlegung der Hauseingänge entweder auf die (Rück-)Seite der Neubauten oder hinter Sichtblenden (Mauerwerk, Büsche u.ä.) wird die Straße als Lebensraum der kommunikativen Funktion weitgehend beraubt. Besonders negativ wirken sich neuere Maßnahmen der Stadtverwaltung im Bereich der Innenstadt aus. So werden schutzwürdige Altbauten zugunsten von Parkplätzen abgerissen, womit die Verkehrsbelastung der Altstadt immer unerträglicher wird.

4.1.3. Vereine

Vereine, die sich hauptsächlich der "Geselligkeit verschrieben haben, gibt es unseren Wissens heute nicht mehr (vgl. KIRCHHEIM-BOLANDEN, 1968) im Verbandsgemeinde-Gebiet. Jedoch darf angenommen werden, daß neben anderen Zielsetzungen die kommunikative Funktion eine große Rolle spielen. So konnte u.a. bei Sportvereinen beobachtet werden, daß sich die Teilnehmergruppen nach den Veranstaltungen in Gaststätten zusammensetzten und dort oftmals mehr Zeit verbrachten als mit dem eigentlichen Anlaß der Zusammenkunft. Wie in 4.8. noch gezeigt werden wird, stellen die Vereine ein wichtiger Wirkungsbereich für lokale Prominezen aus Wirtschaft und Politik dar. Dies gibt Vereinsangehörigen die Möglichkeit außerhalb formeller Kanäle mit kom-

munalen Funktionsträgern zu kommunizieren, politisch relevante Informationen zu erhalten oder den Instanzenweg abzukürzen. Andererseits bietet das Vereinsleben aber nicht nur eine Möglichkeit sondern auch manchmal einen Zwang zur Interaktion, was die politischen Entscheidungen vom Gemeindeparlament weg in die Vereine verlegt und dadurch der öffentlichen Kontrolle entzieht. Manche Vereine meinen genügend gesellschaftlichen Druck ausüben zu können, um Politiker zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen drängen zu können, um dadurch mehr Publizität zu erhalten (wobei der Autor Augenzeuge wurde). konnte).

4.1.4. Sonstige Orte informeller Kommunikation

Bei den meisten hierunter zu nennenden Orte scheint die Entwicklung (in den kleinen Gemeinden schwächer als in der Stadt) dahin zu führen, daß a) Kommunikation a) erschwert und immer formeller wird und b) sich zusehends auf sozial eng umschreibbare Gruppen beschränkt und zwischen den Gruppen abnimmt. Dafür gibt es für die verschiedenen Einrichtungen reichlich Indizien. Einige davon sollen im Folgenden berichtet werden:

So fallen in den Einkaufsgeschäften mit zunehmender Selbstbedienung räumliche und situative Kontexte für informelles kommunikatives Verhalten weg. Beispiele für solche Kontexte sind die in kleinen Läden anzutreffende gegenseitige Bekanntheit und Bekanntmachung (Käufer werden mit Namen angesprochen, sodaß Dritte ihn erfahren können), die räumliche Gedrängtheit, wodurch kommunikative Kontakte auch ohne "triftigen" Grund in sozial akzeptierter Weise möglich werden, und die Heterogenität der Käufergruppe, wodurch eine Kommunikation über soziale Schichten hinweg zumindest nicht unmöglich gemacht wird. Durch die Differenzierung des Warenangebots, die Vergrößerung der Läden und unterschiedliche Preisniveaus wird in den größeren Gemeinden insbesondere in der Stadt der jeweilige Kundenkreis immer homogener hinsichtlich der sozialen Strata, der sie entstammen. Dieser Prozeß wird durch wohngeographische Ausdifferenzierung nach sozialen Merkmalen (arm-reich, deutsch-ausländisch, eingewachsen-zugezogen) unterstützt.

Besonders die Funktionsdifferenzierung der Einrichtungen für Sport und Spiel stellt nicht nur ein ökonomisches Problem

dar (optimale Nutzung, Instandhaltung und verkehrstechnische Anbindung), sondern wirkt auch im Sinne einer Be-Schränkung der Kommunikation zwischen der Bevölkerung.¹⁾

Wenn auch die Schule im Zuge der Zusammenfassung von Grund- und Hauptschule an kommunikativen Funktionen gewonnen hat, so steht dem die innere Differenzierung nach Leistungsklassen entgegen. Wenn diese Differenzierung hinsichtlich ihres pädagogischen Wertes noch umstritten ist, so scheint sie für die Möglichkeit der informellen Kommunikation eindeutig abträglich zu sein. Häufig auf Drängen der Eltern bilden die Schüler Freundeskreise innerhalb der Leistungsgruppen und selten über diese Grenzen hinweg. Neid und Überlegenheitsgefühle tun das ihre dazu. Auch bilden architektonische Merkmale der Schulbauten -gewollt oder ungewollt- Erschwernisse für informelle Kontakte.

Auch im kirchlichen Bereich gibt es neben der zu beachtenden Multiplikatoren-Funktion (vgl. LEWIN, 1963) der beamteten Amtsinhaber ein weiten Bereich der informellen Kommunikation. Zu nennen sind insbesondere die Versammlungen nach den Gottesdiensten an der Kirchentür oder beim "Frühschoppen", und die Veranstaltungen der konfessionellen Gemeinden mit Podiumsdiskussionen und Aussprachen. Bei der evangelischen Gemeinde spielt das Presbyterium hinsichtlich der Ansammlung an lokaler Prominenz eine ähnliche Rolle wie die Vereine.

4.2. Politische Entscheidungsinstanzen und Verwaltung

Sind Nachbarschaft, Gaststätten, Straßen u.ä. und die dort stattfindende Kommunikation eher mittelbar von Bedeutung für eine Partizipation der Bürger, so wollen wir nun versuchen, diejenige Kommunikationsstrukturen in der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden (kurz: VG Kibo) schildern, die von unmittelbarem Interesse für die Diskussion über eine Beteiligung der Bürger an der Politik und der Verwaltung sind. Dabei stützen wir uns auf Gespräche mit Bürgern und Vertretern der öffentlichen Verwaltung, auf Erfahrungen mit Ratssitzungen und das Studium der Lokalzeitung (der ein eigener Abschnitt unten gewidmet ist). Bei der gegenseitigen Einschätzung von Bürgern und Gemeindevertretern haben wir immer wieder Argumente gegen eine Partizipation gehört, die in der Hauptsache in gegenseitigen Vor-

würfen derart gipfelten, daß einerseits "die da oben sich doch nichts sagen lassen" und andererseits in dem Verweis auf "das Desinteresse der Bevölkerung". Mit der Bestandsaufnahme wollen wir indes nicht über die Richtigkeit der obigen Argumente befinden (darüber bleibt in Kap. 9 einiges zu sagen), sondern nur Interaktionen zwischen Bevölkerung und Politiker beschreiben.

Außer in den oben beschriebenen Fällen der informellen Kommunikation (Verein, Nachbarschaft oder ähnlichem) spielt sich die Kommunikation zwischen Bürger und Politiker (hier synonym mit der Spitze aus Verwaltung, Ratsfraktion und Parteien gebraucht) auf einer mehr restringierten Weise und formellen Wegen ab. Besonders seit Bildung der VG-Verwaltung und der damit verbundenen Auflösung der Gemeindeverwaltungen hat sich nicht nur die geographische sondern auch die "kommunikative" Distanz zwischen Bürger und Verwaltung vergrößert. Anträge können nicht mehr "face-to-face" vermittelt werden, sondern sind standardisierten Formularen anzupassen, durchlaufen mehr Instanzen, verlieren an kommunikativer Substanz und reduzieren die Möglichkeiten der argumentativen Verteidigung. Nur mit zeit- und geldaufwendigen Maßnahmen ist zu erreichen, was vorher schnell und präzise durchführbar war. Über die Vorteile, die für die Verwaltung ungleich größer sind als für die Bürger, ist schon anderorts viel verlautbart worden, so daß wir darauf nicht weiter eingehen wollen.

Durch die starke Rolle, die der Bürgermeister in der pfälzischen Gemeindeordnung (vgl. Abschnitt 2 der Beschreibung von Kirchheimbolanden im Anhang) hat, und durch die Beschneidung des Entscheidungsspielraums durch Verordnungen durch übergeordnete Instanzen (vgl. ebda.) spielen die Parteien im Meinungsbildungsprozeß nicht die durch das Grundgesetz vorgesehene Rolle. Für die meisten Parteimitglieder spielen Parteiversammlungen eher die Rolle von Freizeitveranstaltungen. Lediglich Partei- und Fraktionsvorstand versuchen, Einfluß auf die Entscheidungen der Verwaltung zu nehmen. Nur sie werden von Fall über Interna der Verwaltung informiert. Von einer Multiplikatorenfunktion kann hinsichtlich relevanter und rechtzeitiger Information von Partei und Öffentlichkeit keine Rede sein.

Dazu trägt nicht zuletzt die Handhabung der Zulassung der Öff-

fentlichkeit bei den Gemeinderatssitzungen bei. Diese wird in der Regel zu allen wichtigen Punkten ausgeschlossen und nur zu deklamatorischen Akten hinsichtlich beschlossener Sachen zugelassen. In der Regel waren bei Ratssitzungen zu erhaltende Informationen nächsten Tags fast vollständig in der Zeitung nachzulesen. Auch unter erheblichen Verständnisschwierigkeiten leidet ein Bürger, der es schafft, eine Ratssitzung zu besuchen. Er hat dazu keine Möglichkeiten, durch Rückfragen größeren Gewinn aus seinem Zuhören zu beschaffen. Ihn irritiert das häufige Nennen von Paragraphen, Verordnungen und Drucksachen, die er nicht vor sich liegen hat wie die Ratsmitglieder, das Reden in "Kürzeln" und das "zum Fenster" hinausreden", wenn gerade mal wieder etwas "zum Wohle der Bürger draußen" beantragt oder beschlossen werden soll. Daß es ihm eigentlich dabei nicht viel besser geht als dem einfachen Ratsmitglied, tröstet ihn wenig. Die geringe Besuchszahlen bei Ratssitzungen lassen sich m.E. größtenteils auf solche und ähnliche aversive Reize zurückführen. Daß durch eine "attraktivere" Gestaltung der Ratssitzungen sehr viel mehr Bürger anzulocken sind, zeigt die vom Stadtrat einberufene Bürgerversammlung (in unserem Kontext die 2., vgl. Zeitplan im Anhang), wo 50-70 Bürger kamen und über Belange ihrer Stadt diskutierten. Hier konnten die Politiker durch gezielte Fragen gezwungen werden, ihren "exotischen" (vgl. BADURA, 1972) Sprachgebrauch aufzugeben, um sich mit Einwänden zu der Sache auseinanderzusetzen.

Von einer generellen Praxis der öffentlichen Aussprache in Anschluß an Ratssitzungen mit der Möglichkeit, einen Versammlungsleiter zu wählen und durch kritische Fragen die durch Fraktionsdisziplin sterilisierte Atmosphäre bei Ratssitzungen zu durchbrechen, ist meines Erachtens eine stetige Ausweitung der bei Sitzungen anwesenden Öffentlichkeit zu erwarten. Solange in dieser Richtung keine Schritte von Seiten der Politiker unternommen werden, fordert man genau das, was man eigentlich gar nicht will: das Interesse der Öffentlichkeit. Zu diesem Punkt sind in Kap. 8 und 9 einige interessante Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung nachzulesen (besonders 9.4.4.)

4.3. Ein Massenmedium: die Lokalzeitung

Das einzige Massenmedium mit lokaler Bedeutung ist die "Kirchheimbolander" und die "Donnersbergrundschau" der Regionalausgabe der "RHEINPFALZ", einer Tageszeitung mit Sitz und Verlag in Ludwigshafen am Rhein (Die Zeitung besitzt infolge Aufkauf von unabhängigen Lokalblättern das Monopol in den meisten pfälzischen Gemeinden und Städten). Der Teil, der sich inhaltlich auf das Untersuchungsgebiet bezieht, umfasst in der Regel eine DIN A3 Seite. Redigiert wurde diese Seite zur Zeit der Untersuchung von einer Redakteurin und einem Volontär in der Redaktionsaußenstelle Kirchheimbolanden.

Zur Beschreibung der Art und Weise wie Kommunikation durch dieses Medium vermittelt wird, ziehen wir hier eine eigene Auswertung zweier kompletter Monatsausgaben der "Kirchheimbolander Rundschau" heran. Da sich der Zeitraum der Erhebung der Daten für die Gesamtarbeit etwa über ein Jahr erstreckten, wählten wir dafür aus dem Sommer- und Winterhalbjahr jeweils einen Monat per Zufall aus, während denen der Autor die Ausgaben der RHEINPFALZ sammelte und auf ihren Inhalt hin prüfte. Die sogewonnene Stichprobe umfaßte 51 Ausgaben mit 481 Beiträgen. Nicht berücksichtigt wurden dabei ständig wiederkehrende Nachrichten über Kinoprogramme, Gottesdienste, ärztlicher Notdienst u.ä.m.

Nach den Erhebungen waren ein Viertel bis ein Drittel der Seiten durch Bildbeiträge, Skizzen und Impressum angefüllt¹⁾. Von den Textbeiträgen stammten aus dem Bereich

Vereinsleben über ein Drittel,
Kultur und Kirche ein weiteres Sechstel,
Wirtschaft (inclusive Annoncen) ein Zwanzigstel,²⁾ und aus
Politik und Verwaltung ein Sechstel.

Der Rest verteilt sich auf Berichte über

Unfälle und Straftaten, etwa ein Zehntel, und Nachrichten mit
allgemein öffentlichem Belang und
Leserbriefe mit einem fünftel der Themen.

1) Anm.: Für den laienhaften Umgang mit Termini technici aus der Zeitungswissenschaft bittet der Autor um Nachsicht.

2) Anm.: Der Großteil der Annoncen befindet sich gesondert auf anderen Seiten der Zeitung.

Die Ergebnisse sind noch einmal in der Tabelle 4.1 unten zusammengefaßt und nach kleinen, mittelgroßen und großen Beiträgen getrennt aufgeführt. Diese Aufgliederung erfolgt nach folgenden Kriterien:

<u>Bezeichnung:</u>	<u>Beitragsumfang und Aufmachung:</u>
"kleine Beiträge"	= unter 60 cm ²
"mittlere Beiträge"	= zwischen 60 und 120 cm ² oder kleine Beiträge mit großer Aufmachung
"große Beiträge"	= über 120 cm ² oder Beiträge mit großer Aufmachung, Bilder, Kasten u.s.w.

Eine differenziertere Aufschlüsselung der Themen findet sich in der Tabelle 4.2 auf der nächsten Seite. Die Zuordnung zu den in Tab. 4.1 aufgeführten Kategorien erfolgte mehr aus Gründen der Übersicht als aus theoretischen Überlegungen heraus.

Tab.: 4.1 Anteil der Themenbereiche an den Beitragszahlen zweier kompletter Monatsausgaben des Lokalteils der RHEINPFALZ (in %)

Themenbereich:	Anteil an Beiträgen (abs.= 481):			
	alle Beiträge	große B.	mittl. B	kl. B.
	%	%	%	%
1. Vereinsleben	37	1,9	10,0	25,0
2. Politik u. Verwaltung	16	4,5	5,5	6,2
3. Kultur u. Kirchen	16	1,7	4,8	9,4
4. Unfälle u. Straftaten	9	0,6	1,6	7,1
5. Wirtschaft	5	1,0	3,5	2,1
6. allg. Belange u. Leserbriefe	18	2,3	5,0	10,4
insg. (N=481)	101 % ¹⁾	11,7	30,3	60,2

1) Anm.: Wegen Rundungsfehler addieren sich die Werte nicht auf 100 %.

Bei den großen Artikeln dominieren die Themen aus Verwaltung und Politik des Kreises und der Stadt bzw. der VG. Die mittelgroßen und kleinen Beiträge umfassen größtenteils Berichte aus den Vereinen des Bereichs. Die relativ große Zahl

von Berichten über "allgemeine Belange" kommt u.a.durch eine Aktion der RHEINPFALZ-Redakteurin H.NIST im Februar 1972 zustande,mit der diese mit mehreren Aritikeln für Spenden zugunsten eines Kinderspielplatzes im Obdachlosenquartier der Stadt warb. Im Ganzen gesehen kann man die Beiträge nicht als repräsentativ für die berichtenswerten Vorgänge in der VG Kibo ansehen.Organisierte Individuen haben eine extrem hohe Chance als Nachrichtenobjekt in den durch die Zeitung vermittelten Kommunikationsprozeß einzugehen.Von diesen wiederum sind die "Vorsitzenden" wesentlich stärker berücksichtigt als das "einfache Fußvolk".Dies schränkt auch die Objektivität der Informationsübermittlung ein,sieht man von subjektiven Entstellungen durch den Berichterstatter ab.Nicht absehen kann man dabei aber von der Stellung der Berichterstatter,wenn diese als freie Mitarbeiter tätig sind.Diese sind häufig mit hochgestellten Personen derjenigen Vereinigungen identisch,über die der Artikel jeweils berichtet.D.h.,daß durch die Artikel die Meinung der ohnehin Einflußreicheren noch einmal einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden,ohne Gegenmeinungen und anderen Sichtweisen die Chance der Artikulation zu lassen. Der Versuch mit Hilfe eines Leserbriefes verzerrte Darstellungen korregieren zu wollen,hat immer die Autorität des redigierten Beitrags gegen sich.

So bleibtn großen Teilen der Bevölkerung,die überspitzt formuliert nur Kulisse für das Kommunikationsbedürfnis einiger weniger sind, der Zu-,Un- oder Straffall,um an dem Medium Zeitung zu partizipieren.Eigentliches Kommunikationsmedium,d.h. Rückkopplung ermöglichendes technisches Hilfsmittel ist es nur für wenige.Die Kommunikationspartner entstammen vermutlich der lokalen "Führungsschicht" (hohes Einkommen,höhere Schulbildung u.ä.). (Vgl.Kap.9).

4.4. Das Bereichsplanungsgutachten von FISCHER(1968)

Viele Fakten und Zahlen für diese Arbeit wurden dem Gutachten von Fischer entnommen(vgl.Anhang:Über Kirchheimbolanden).Weil es außerdem zur Planungsvorbereitung im Untersuchungsbereich von der damaligen Kreisverwaltung in Auftrag gegeben wurde,erscheint es uns gerade im Zusammenhang mit Partizipation und Kommunikation wichtig genug,zusammenfassend und kritisch,darüber zu berichten.Ergänzend zu diesem Gutachten für die gesamte Bereichsplanung hat FISCHER 1971 ein Gutachten über die "Regionale und kommunale Entwicklungsplanung zu Freizeit,Erholungswesen und Fremdenverkehr" angefertigt,welche uns im Zusammenhang mit der Diskussion um ein zu bauendes Freizeitzentrum beschäftigt.

Der Untersuchungsraum des Bereichsplanungsgutachtens umfaßt den Nordteil des früheren Landkreises Kirchheimbolanden,welcher sich zum großen Teil mit der heutigen Verbandsgemeinde deckt(vgl.Anhang:Über Kibo).Der als Herausgeber fungierende Landrat NICKLAS streicht "die Tatsache (hervor),daß hier - basierend auf planungstheoretischen Überlegungen - quantitative Daten und konkrete Fakten gegeben werden,die auch in der Praxis Verwendung finden können oder für unsere kommunalpolitische Arbeit im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge von erheblicher Bedeutung sind.Nicht nebulöse Idealkonzeptionen helfen weiter,sondern substantiierte Planungshinweise,die sich auch realisieren lassen."(vgl.Vorwort zu FISCHER,1968).

Der Stellenwert des Gutachtens im politischen Planungsprozeß soll durch einige Zitate und kritische Anmerkungen dazu erhellt werden.Bei der Formulierung der Entwicklungsziele schließt sich FISCHER dem von DITTRICH(1961) als Grundprinzip für ein gesellschaftspolitisches Leitbild entwickelten Slogan an:"Soviel Freiheit,wie möglich,soviel sozialer Ausgleich und Sicherheit,wie nötig."(FISCHER,1968,S.6).Eine Überführung dieses Leitbildes in "konkrete Forderungen der Raumordnungspolitik(...S.7) sieht FISCHER im Bundesraumordnungsgesetz (BROG) verwirklicht.Dieses spricht von "Angleichung der Lebensbedingungen in der Gesamtheit",regelt die Funktion der

"Gemeinden mit zentralörtlicher Bedeutung",sorgt sich um eine "ausreichende Bevölkerungsdichte" und die wirtschaftliche

und zwei Frauen zusammen. Auch die Zusammensetzung dieser Versammlung kann durch die Ergebnisse einer Zettelumfrage dokumentiert werden:

Tab.: 4.4 Zusammensetzung der 1. Sitzung d. Bürgerinitiative am 12.7.71 (Quellen: Befragung)

			N=
ALTER	17-19	Jahre alt	3
	20-29	J. alt	1
	30-39	J. alt	6
	40-49	J. alt	2
	50-59	J. alt	1
	60 J. und älter		1
	----- insg. 15 -----		
BERUFE	Diplom-Chemiker		1
	Bauingenieur		2
	Pfarrer		1
	Studienrat		2
	Schüler (Gymn.)		3
	Hausfrau		2
	Agraringenieur		1
			insg. 12
			keine A. 3

Innerhalb eines Jahres (vom 30.6.71 bis zum 30.6.72) haben acht Sitzungen der Bürgerinitiative stattgefunden, wobei die Teilnehmerzahl bis zur vorletzten Sitzung (am 2.6.72) auf 10 Männer und zwei Frauen schrumpfte. Die letzte Sitzung der B.i. bildet dabei insofern eine Ausnahme, als diese zusammen mit den Autoren dieser Arbeit als "organisierter Konflikt" organisiert wurde und aufgrund der Werbung in der Öffentlichkeit noch einmal ca. 50 Einwohner aktivierte (am 30.6.72). Danach ist die Bürgerinitiative nicht mehr in Erscheinung getreten. Was waren die Gründe für das Scheitern der Initiative? M.E. waren es mehrere Gründe, einige seien thesenartig aufgeführt:

1. Nach den Wahlen zum VG-Rat und der Bildung neuer Koalitionen an der Spitze der Stadt und auf VG-Ebene haben sich die

(Fußnote S. ,Forsetzung:)

Erwerbspersonenanzahl, am Ort arbeitende Erwerbspersonen und nichtlandwirtschaftlich Beschäftigtenzahl. Vgl. FISCHER, 1968, S. 92

Es wird empfohlen", so folgert FISCHER, "die Standortchancen im Wirtschaftsschatten der drei Verdichtungsräume mehr als bisher zu nutzen", aber auch "ihren eigenen Wohn- und Freizeitwert zu sichern" (vgl. ... S. 191). Wie der Freizeitwert z.B. zu sichern sei, erhofft man vergebens aus dem oben schon erwähnten Freizeitgutachten zu erfahren. Er sieht Freizeit in diesem Gutachten als Marktlücke und behandelt folgerichtig das Thema Fremdenverkehr (Auch dies war eine Auftragsarbeit). Einzig die Folgeeinrichtungen im Sozial- und Gesundheitswesen werden erwähnt. Dazu fordert er "eine größere Schwimmhalle (Standort Kirchheimbolanden) und zwei weitere Campingplätze (Oberwiesen und Dannefels). Kindergärten werden für Kirchheimbolanden (bereits im Bau, d. Verf.), Dannefels und Bolanden (bereits erstellt) / Marnheim (schleppend im Bau) empfohlen; etwa 100 Plätze in Altenheimen (das inzwischen fertig eingerichtete Altenheim steht zur Zeit wieder leer) und 80 Plätze in Altenpflegeheimen wären ebenfalls in Zukunft bereitzustellen." (... , S. 205). Im Weiteren werden medizinische Betreuung, Schwesternstationen u.ä. zum Ausbau empfohlen. Für "ländliche Bildungszentren (Gesamtschule)" werden Weierhof/Bolanden, wo bereits eine Internatsschule besteht, und Kirchheimbolanden als Standort vorgeschlagen.

Mit Ausnahme des zaghaften Vorschlags in Richtung Gesamtschule sind in diesem Katalog der Empfehlungen keine Einrichtungen erwähnt, die nicht schon von den Kommunen selbst ins Auge gefaßt worden sind. Ohne den übrigen Teil des Gutachtens mit seiner Vielzahl an Erhebungen, Tabellen und Vorschläge begründet würdigen zu können, kann von den hier herausgegriffenen Teilen behauptet werden, daß von ihnen keine Innovation für neue Lösungen kommunaler Probleme geboten wird (z.B. Kommunikationszentren wie in Dronten/NL, Erwachsenenbildung, Sozialstation, Jugend- und Altenzentren, 'Community-School' u.ä.m.). Will man ökonomische Argumente gelten lassen, so ist die Förderung des Fremdenverkehrs m.E. nicht die einzig sinnvolle Maßnahme auf dem Freizeitsektor. Die Landflucht der Jugend, die

Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften und die Dissoziation der Bevölkerung verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten, D.h., es wäre m.E. genauso sinnvoll zu fragen, welche Maßnahmen auf dem Freizeitsektor z.B. in der Lage wären, bei angemessenem Aufwand zur Senkung dieser Kosten beizutragen.

4.5. Die Bürgerinitiative Freizeitzentrum Kirchheimbolanden e.V.

Teile der vorliegenden Arbeit (Bürgerversammlung, organisierter Konflikt, Fragebogenkonstruktion) sind in enger Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Bürgern der Stadt Kirchheimbolanden entstanden, die sich im Anschluß an die 2. Bürgerversammlung zu einer Bürgerversammlung zusammengeschlossen haben. Daraus resultierte manchmal eine wechselseitige Behinderung aber auch Anregung. Die Schilderung der Bürgerinitiative (kurz: B.i.) gliedert sich im Folgenden in a) Entstehung und Ziele und b) Teilnehmerstruktur.

4.5.1. Entstehung und Ziele der B.i. F-Z-Z Kibo e.V.

Nachdem das Konzept eines Freizeitentrums im Gutleutbachtal schon zwei Jahre vor der öffentlichen Diskussion (März 1971) von der SPD Kirchheimbolanden entwickelt und im Stadtrat vorgebracht worden war (ohne Konsequenzen, da die SPD in der Opposition war), griffen die CDU und die Freie Wählergruppe Dr. Brand rechtzeitig zum Wahlkampf (Verbandsgemeindevertretung) die Idee auf und legten ihrerseits einen Alternativvorschlag der Öffentlichkeit vor. Trotz Bedenken (Bodenpreisspekulation!) stieß nun die SPD nach und veröffentlichte ebenfalls ihren Plan. (Beides im März 71)¹⁾ Mit einer Briefwurfsendung an alle Haushalte lud sie zu einer Bürgerversammlung, um "Ihre Ansicht zu hören und mit uns ... zu diskutieren" (Aus der Einladung). Bei dieser Versammlung forderten einige unter Beifall des Großteils der Anwesenden, ein Bürgerkomitee oder etwas ähnliches zu gründen. Um eine politisch ausgewogene Zusammensetzung eines

solchen Komitees zu erreichen, sollte die Gründung während einer vom gesamten Stadtrat einberufenen Bürgerversammlung stattfinden. Diese fand dann auch tatsächlich statt (am 30. 6. 1971), und zwar in einem Saal einer Gaststätte. Annähernd siebzig Einwohner nahmen daran teil. Als Gäste sprachen Dr. K. FISCHER als Geschäftsführer der Planungsgemeinschaft Westpfalz und Regierungs-Dir. K. SCHMITT als Vertreter des zuständigen Sozialministeriums in Mainz. Die sich an die Ansprachen anschließende Diskussion erbrachte keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich des Streits um den Standort eines von allen Seiten befürworteten Freizeitentrums (vgl. hierzu die RHEINPFALZ-"Kirchheimbolandener Rundschau" vom 3. 7. 71). Die beabsichtigte Gründung einer Bürgerinitiative geriet dabei beinahe zur Farce. Auf Vorschlag eines Anwesenden wurden deren Mitglieder von der Versammlung "gewählt", obwohl man sich ebenfalls darüber einig war, daß jeder Interessierte an ihr teilnehmen können sollte.

Auf einer anschließenden konstituierenden Sitzung wurde über Ziele und Organisationsform diskutiert. Sich im baldigen Besitz hoher Spendenbeträge wähnend entschied man sich verantwortungsbewußt für die Form des eingetragenen Vereins. Bei der Zielsetzung war man sich über Grundsätzliches schnell einig, nur mit den konkreten Unternehmungen ging es anfangs sehr schleppend voran. Immerhin, der Anspruch der B.i. war hoch gesteckt. Als § 2 wurde er in die Satzung der B.i. aufgenommen: "Zweck und Ziel der BFK (B.i. F-Z-Zentrum Kirchheimbolanden) ist die Schaffung eines neuzeitlichen Freizeitentrums im Raume Kirchheimbolanden. Sie wird dazu 1. Die Planung auf demokratische Weise vorbereiten, 2. nach geeigneten Lösungen suchen unter Berücksichtigung technischer und finanzieller Sachzwänge, 3. die Bedürfnisse der Bevölkerung ermitteln, und 4. die Öffentlichkeit und die entscheidenden Gremien möglichst umfassend informieren. Die BFK verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke." (Satzung vom 12. 7. 71; vgl. auch RHEINPFALZ vom 19. 7. 71).

Um über den Hintergrund der Bildung der B.i. etwas aufzuhellen, hat der Autor während der 2. Bürgerversammlung (am 30. 6. 71) eine kleine Befragung durchgeführt, deren Ergebnisse hier kurz dargestellt werden sollen. Von den ausgegebenen 70-80 Frage-

bogen wurden 58 vollständig ausgefüllt zurückgegeben und ausgewertet. Danach hielten 4/5 der Anwesenden die Bildung einer B.i. für wünschenswert und 1/5 für unnötig (wenn nicht anders angegeben, immer bezogen auf N=58). Noch einige mehr hielten die Diskussion über das Freizeitzentrum in der Öffentlichkeit für notwendig, 5% für "überflüssig und 9% für "schädlich". Als Begründung für die Notwendigkeit der Diskussion gaben 52 % an, "weil es alle Bürger betreffe" und 12 % gaben an, "weil Diskussion prinzipiell zur Demokratie gehöre".

Die Anwesenden waren weder repräsentativ für die Bevölkerung noch waren sie nach Parteienproporz vertreten. Wir können aber annehmen, daß fast alle kommunalpolitisch interessiert und informiert waren. So schien es dem Autor besonders interessant, nach der Präferenz der Anwesenden hinsichtlich der Standortfrage zu fragen, und zwar vor und nach der Diskussion. Leider wurden nach der Diskussion nur noch von der Hälfte zu dieser Frage Stellung bezogen, so daß nur noch 27 Antworten ausgewertet werden konnten. Die Tab. 4.2 gibt Aufschluß über das Ergebnis der Befragung.

Tab. 4.2 Die Standortfrage. (2. Bürgerversammlung)

Vorschlag der	Anteil der Befragten	
	vor und nach	
	der Diskussion	
	N= (in%)	N= (in%)
1. SPD (Gutleutbachtal)	30 (52%)	17 (63%)
2. CDU/FWG (Judental)	14 (24%)	10 (37%)
3. keinem der beiden Vorschläge	7 (12%)	- ⁺⁾
4. keine Antwort	7 (12%)	- ⁺⁾
insg.	58 (100%)	27 (100%)

⁺⁾ Anm.: hierzu können keine Angaben gemacht werden, da einige Teilnehmer vorzeitig gingen.

Die Meinungen waren ziemlich stabil. Nur einer wechselte ins Lager des 1. Vorschlags und zwei in das des 2. Vorschlags. Die entsprechenden Ergebnisse aus der repräsentativen Befragung sind in Kap. 9 Abschnitt 6.1. zu finden. Der verwendete Fragebogen befindet sich im Anhang.

4.5.2. Die Teilnehmerstruktur der B.i.

Wie schon berichtet, rekrutierten sich die meisten Mitglieder der Bürgerinitiative aus den Teilnehmern der 2. Bürgerversammlung. Die Zusammensetzung dieser Teilnehmer ist aus der Tabelle 4.3 unten ersichtlich. Es waren in der Überzahl Männer mittleren Alters, die entweder beamtet oder angestellt waren.

Tab. 4.3 Zusammensetzung der 2. Bürgerversammlung

(ca. 15 - 20 Anwesende verweigerten d. Befragung)

		Nennungen		
		abs.	in %	
GESCHLECHT:	Männer	50	93 %	
	Frauen	4	7 %	
		keine A. 4		
ALTER:	16-19 J. alt	3	5 %	
	20-29 J. alt	14	25 %	
	30-50 J. alt	34	61 %	
	51 J. u. älter	5	9 %	
	keine A. 0			
BERUF:	Angestellte	13	22 %	zum Vergleich: Volkszählung '71 14 %
	Beamte	17	29 %	4 %
	Selbstständige	10	17 %	8 %
	Schüler, Hausfrauen, Rentner, u.a.	12	21 %	
	Arbeiter	3	5 %	
	keine Angaben	3	5 %	
Parteien- gehörigkeit	nein	38	72 %	
	ja	15	28 %	
		keine A. 5		
Vorher pol. Veranstal- tungen be- sucht	oft	29	50 %	
	manchmal	23	40 %	
	noch nie	6	10 %	
	keine A. 0			

Von diesen Teilnehmer wurden 17 in oben beschriebener Weise in die Bürgerinitiative "gewählt". Zu der konstituierenden Sitzung am 12.7.71 (vgl. RHEINPFALZ v. 19.7.71) kamen 13 Männer

und zwei Frauen zusammen. Auch die Zusammensetzung dieser Versammlung kann durch die Ergebnisse einer Zettelumfrage dokumentiert werden:

Tab.: 4.4 Zusammensetzung der 1. Sitzung d. Bürgerinitiative am 12.7.71 (Quellen: Befragung)

			N=
ALTER	17-19	Jahre alt	3
	20-29	J. alt	1
	30-39	J. alt	6
	40-49	J. alt	2
	50-59	J. alt	1
	60 J. und älter		1
	----- insg. 15 -----		
BERUFE	Diplom-Chemiker		1
	Bauingenieur		2
	Pfarrer		1
	Studienrat		2
	Schüler (Gymn.)		3
	Hausfrau		2
	Agraringenieur		1
			insg. 12
			keine A. 3

Innerhalb eines Jahres (vom 30.6.71 bis zum 30.6.72) haben acht Sitzungen der Bürgerinitiative stattgefunden, wobei die Teilnehmerzahl bis zur vorletzten Sitzung (am 2.6.72) auf 10 Männer und zwei Frauen schrumpfte. Die letzte Sitzung der B.i. bildet dabei insofern eine Ausnahme, als diese zusammen mit den Autoren dieser Arbeit als "organisierter Konflikt" organisiert wurde und aufgrund der Werbung in der Öffentlichkeit noch einmal ca. 50 Einwohner aktivierte (am 30.6.72). Danach ist die Bürgerinitiative nicht mehr in Erscheinung getreten. Was waren die Gründe für das Scheitern der Initiative? M.E. waren es mehrere Gründe, einige seien thesenartig aufgeführt:

1. Nach den Wahlen zum VG-Rat und der Bildung neuer Koalitionen an der Spitze der Stadt und auf VG-Ebene haben sich die

Fronten im Streit um den Standort eines zu bauenden Freizeitentrums verwischt. SPD und CDU bildeten nun die Mehrheit und waren nicht daran interessiert, Konflikte auszutragen.

2. Nach den Wahlen war der Enthusiasmus der Parteien ohnehin verflogen, das Thema entpuppte sich als Wahlkampfspektakel.
3. Der Diskussionsstil innerhalb der B.i. war auf den Vorsitzenden und ein paar couragierte Teilnehmer zugeschnitten und stieß besonders ~~die~~ jüngere Teilnehmer und weniger eloquente Bürger ab.
4. Es wurde kein Versuch gemacht, den Teilnehmerkreis systematisch zu erweitern (außer ein paar allgemeinen Aufrufen in der Zeitung).
5. Einige Teilnehmer verstanden sich mehr als "Beobachter eines Experiments" denn als aktive Gestalter.
6. Durch das Nachrücken des Vorsitzenden in den VG-Rat war die parteiliche Neutralität des Vorsitzenden in Gefahr geraten.

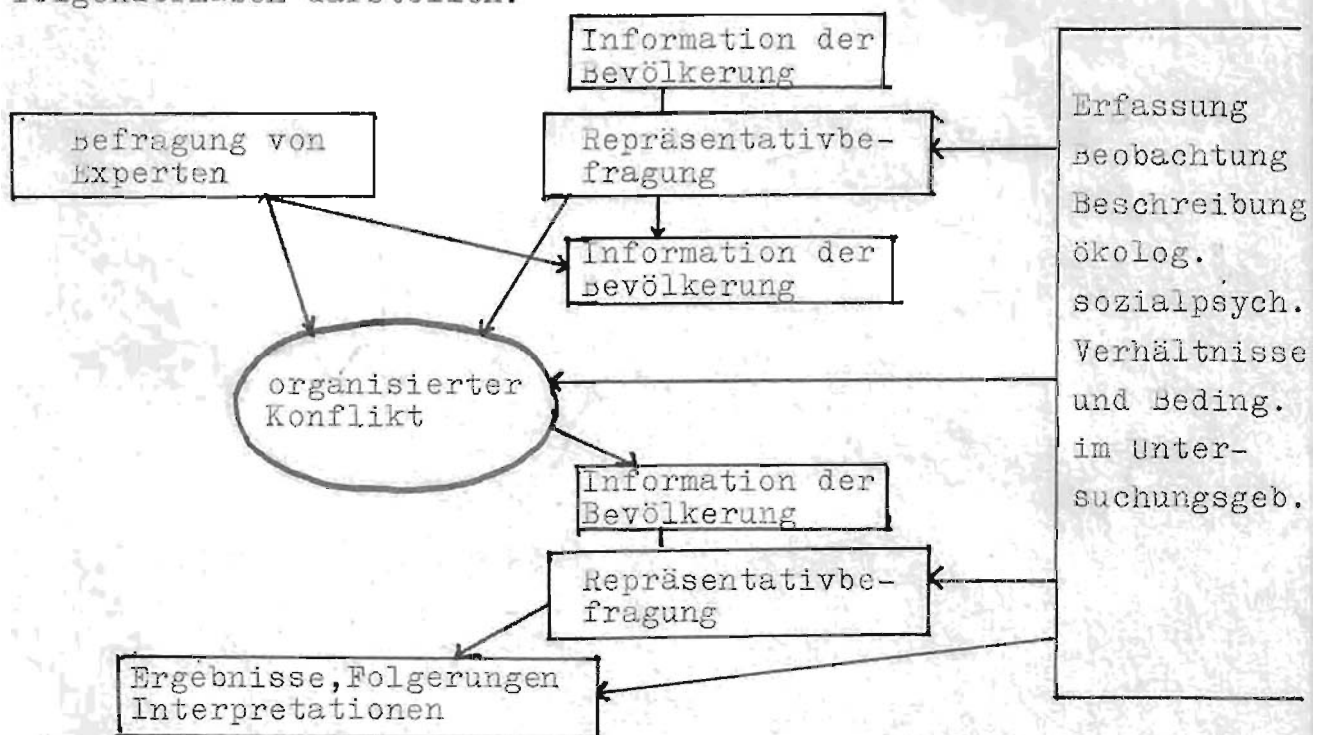
Zu der Beurteilung der Funktion der Bürgerinitiative und einige Anmerkungen zu den gemeinsamen Anstrengungen zusammen mit den Autoren ,Bürger zur Partizipation zu verhelfen, finden sich Ausführungen in Kapitel 2 und 12.

5. Schematischer Plan der empirischen Untersuchungen (Design)

Der Plan für die empirischen Untersuchungen baut im wesentlichen auf den Überlegungen aus Kap.2 auf. Dort wurde theoretisch ein Modell der Bürgerpartizipation entwickelt, dessen einzelne Elemente -Bevölkerungsbefragung, Expertenbefragung, organisierter Konflikt, Information- hier einer empirischen Untersuchung zugänglich gemacht werden sollen. Ergänzt wird das Modell durch eine ökologische sozialpsychologische Begleitstudie, um die besonderen Verhältnisse in der Region Kirchheimbolanden erfassen und die Ergebnisse der anderen Elemente mit ihnen zusammenhängend interpretieren zu können.

Übergeordnetes Ziel der empirischen Studien ist es, ein Modell zu überprüfen, das es leisten soll, Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung zusammen mit sachlich qualifizierten Argumenten als Orientierungsgrundlage zu einem Teil der kommunalen Planung zu machen.

Schematisch ließe sich der Plan der empirischen Untersuchungen folgendermaßen darstellen:



5.1 Die repräsentative Bevölkerungsbefragung (B1)

Ziel der Befragung ist es, ein klares Bild über das Freizeitverhalten der Bevölkerung bzw. der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu gewinnen und Angaben zu erhalten über die Wünsche, Einstellungen und Bedingungen zur Freizeit. Daneben gilt es, die Stellung des Befragten im kommunalen Kommunikationsgeschehen zu erfassen, seine Informiertheit über Kommunalpolitik und sein Interesse daran. Hieraus sind später Rückschlüsse abzuleiten zur Kommunikationsstruktur und zur Beurteilung von Partizipationsmöglichkeiten.

Um einen ausreichend umfassenden Überblick über die Bevölkerung und deren verschiedene Gruppen zu erhalten, ist eine Repräsentativität der zu befragenden Stichprobe erforderlich. Als Methode, die Repräsentativität zu erreichen, wird das geschichtete Zufallsverfahren für geeignet gehalten (vgl. Noelle-Neumann, 1968).

Da es nicht klar war, ob das Freizeitzentrum nur für Kirchheimbolanden oder auch für die Umgebung geplant werden sollte, ist neben der Bevölkerung Kirchheimbolandens auch die der umliegenden Orte in die Befragung einzubeziehen. Aus materiellen und personellen Gründen wäre es aber nicht möglich gewesen, alle 16 Orte der Verbandsgemeinde miteinzubeziehen und so ist eine Auswahl unter ihnen zu treffen nach Gesichtspunkten der Größe und der Entfernung von Kirchheimbolanden als voraussichtlicher Platz eines Freizeitentrums.

Angesichts der inhaltlich heterogenen Gegenstände der Befragung, wie Freizeitverhalten, Bedürfnisse und Wünsche zur Freizeit, zeitliche und materielle Voraussetzungen, Informiertheit und Stellung im Kommunikationsprozeß, wird kein einheitlicher Modus für die Fragen im Fragebogen und für deren Beantwortung angestrebt. Nach dem Prinzip, maximale Information zu erhalten und eine Vergleichbarkeit zwischen Gruppen und Individuen hinsichtlich bestimmter Fragestellungen zu ermöglichen, sollen verschiedene Beantwortungsmodi wie Rating-Skalen, Alternativantworten und freie Antworten angewandt werden. Für freie Antworten wird vorgesehen, sie später zu kategorisieren und einer statistischen Auswertung zugänglich zu machen.

Bei der Auswertung der Daten sind bivariate und multivariate Methoden heranzuziehen, die es erlauben, Verbindungen zwischen zwei und mehr Variablen aufzudecken und zu analysieren. Um Strukturen zwischen den Variablen aufdecken zu können, ist die Technik der Faktorenanalyse anzuwenden.

5.2 Die Befragung von Experten

4 Ziele sind mit der Befragung anzustreben:

1. Gewinnung von Wissen, Information, Ansichten und Vorschlägen zur Freizeitgestaltung und zur Planung eines Freizeitentrums von Fachleuten verschiedener Disziplinen, die für das Thema relevant sind. Im Gegensatz zu der aus der Literatur gewonnenen Information, kommt der auf diese Weise gewonnenen Information eine viel höhere Relevanz zu für die zu bearbeitende Aufgabe, da sie direkt auf diese abgestimmt ist.
2. Untersuchung, wie weit sich das gewonnene Expertenwissen in die Diskussion der Bürger einbringen läßt und mit der Bevölkerungsmeinung für den Planungsprozeß integriert werden kann,
3. Gewinnung von fundierten Alternativen, die im organisierten Konflikt klargemacht und ausdiskutiert werden sollen.
4. Klarheit zu gewinnen, zur Interessenlage bestimmter Gruppen.

Als Experte gilt, wer fachkompetent ist und Klarheit besitzt über die mit seinem Fach verbundenen Interessen.

Die Befragung kann mit Fragebogen, als die ökonomischste Form, vorgenommen werden.

Die Zahl der zu befragenden Experten hängt zusammen mit den Disziplinen, die in einem engen Verhältnis zu dem Thema stehen. Für unsere Studie wären dies:

Soziologie	Medizin
Psychologie	Architektur
Pädagogik	Kommunalpolitik

Weiterhin sind Vertreter verschiedener Interessenverbände wie Kirche, Vereine, Gewerkschaft zu befragen.

Aus jedem Gebiet sollen mindestens 2 Experten einbezogen werden, um einen ausreichenden Überblick über das Wissen zu bekommen und

eine umfassende Sammlung von Ideen, Vorschlägen und Alternativen zu erhalten.

Eine Auswertung der Befragung nach statistischen Prinzipien wird nicht angestrebt, da jeder Experte seine Fachdisziplin als Hintergrund für die Beantwortung der Fragen nehmen soll, und somit zu sehr verschiedenen Ausgangspositionen bestehen. Eine statistische Auswertung würde der primären Funktion der Expertenbefragung, Wissen und Ideen zu gewinnen, nicht gerecht werden.

5.3 Der organisierte Konflikt

Der organisierte Konflikt ist nach folgenden Prinzipien zu gestalten:

1. Alle Bevölkerungsgruppen werden gleichgewichtig vertreten.
2. Jeder Anwesende greift aktiv in die Diskussion ein.
3. Ein Kommunikationskreislauf wird entwickelt mit Rückkoppelungsmechanismen, so daß jeder Teilnehmer weiß, wie seine Meinung aufgenommen wird und entsprechend wieder in die Diskussion eingreifen kann.
4. Es wird informiert über Alternativen zu den zu diskutierenden Problemen und über deren Grundlagen.
5. Interessen, die sich mit den Alternativen verbinden, werden klargestellt.
6. Es findet eine Kontrolle der Diskussion statt, durch die sachlich falsche Diskussionsbeiträge korrigiert werden.

Die Diskussion ist folgendermaßen aufzubauen:

- Ein Moderator, der selber nicht in die Diskussion eingreift, vermittelt mit Hilfe von Schaubildern, Informationstexten, Dias etc. Information zu dem anstehenden Punkt. Er zeigt dabei wesentliche Probleme auf, die es gilt, in der Diskussion zu erörtern. Anschließend wird eine Kurzbefragung unter den Anwesenden durchgeführt, wobei vorformulierte Fragen zu beantworten sind.
- Auf dem Podium diskutieren 6 Personen, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen angehören, unterschiedliche Interessen vertreten und ausreichenden Sachverstand besitzen. Ihre Aufgabe ist es, die Interessenlagen der Gruppen, die sie vertreten, deutlich zu machen und deren Zusammenhang mit den vertretenen Standpunkten aufzu-

zeigen. Die andere Funktion des Streitgesprächs ist es, möglichst viele Aspekte des angeschnittenen Problems, darinsteckende Alternativen und Möglichkeiten zur Lösung des Konflikts zwischen Alternativen zu erörtern.

- Die Ergebnisse der Kurzbefragung werden in die Diskussion der Podiumsteilnehmer eingegeben und sind von diesen zu berücksichtigen.
- Die Anwesenden im Saal können zu bestimmten Phasen mitdiskutieren und Fragen stellen. Solche Phasen sind je nach Bedarf und Länge der Diskussion einzuschalten oder an das Streitgespräch auf dem Podium anzuschließen. Mit einer solchen Phase kann jeweils eine Kurzbefragung über Zettel verbunden werden, wobei die zu beantwortenden Fragen aus der Diskussion heraus formuliert und auf Schautafeln für alle gut sichtbar gemacht werden. Die Befragungsergebnisse fließen sofort in die Diskussion ein.
- Eine Datenbank, versorgt mit einem umfassenden Katalog von Fakten zu den zu diskutierenden Problemen, greift korrigierend in die Diskussion ein, wenn falsche Argumente vorgebracht werden. Sie kann auch von den Diskussionsteilnehmern als Informationsquelle in Anspruch genommen werden.
- Der Ablauf der Diskussion sollte eine eingehende Behandlung des Diskussionspunktes erlauben, und nicht die Quantität der in der Diskussion behandelten Punkte, sondern die Zufriedenheit der Teilnehmer über die Berücksichtigung ihrer Meinung sollte Maßstab für den Erfolg sein.
- Wie die im Saal Anwesenden sich nach soziographischen Daten zusammensetzten, ist aus den Angaben auf den Kurzfragebögen zu entnehmen.

5.4

Zweite Bevölkerungsbefragung

In einer zweiten Repräsentativbefragung ist zu erforschen, wie die Ergebnisse des organisierten Konflikts von der Gesamtbevölkerung beurteilt werden und welche Meinung sie zu den angeschnittenen Problemen hat. Ergänzend dazu ist die Einstellung zur Freizeit und die Information über das Freizeitzentrum zu erfassen, um Veränderungen gegenüber der ersten Bevölkerungsbefragung beurteilen zu können.

Die Fragen sind so anzulegen, daß ihre Beantwortung die Hauptgrundlage bilden kann für ein abschließendes Gutachten, bzw. die Orientierungshilfe für die Planung, als Gesamtergebnis des Partizipationsprozesses.

5.5 Ökologische und sozialpsychologische Begleituntersuchung

Parallel zu allen Elementen des Partizipationsprozesses verläuft eine Untersuchung der ökologischen und sozialpsychologischen Bedingungen und Verhältnisse für die Kommunikation und Freizeitgestaltung. Zweck dieser Untersuchung ist es, die in den einzelnen Elementen des Partizipationsprozesse gewonnenen Erkenntnisse einordnen und in Beziehung zu einem Gesamtrahmen setzen zu können. In Anlehnung an Barker (Barker, 1968) soll versucht werden, verschiedene 'settings' und das mit ihnen verbundene Verhalten zu beobachten, zu erfassen und zu beschreiben. Insbesondere sind solche 'settings' zu berücksichtigen, die eine wesentliche Bedeutung für die Kommunikation und die Freizeitzeit haben: Gaststätten, Geschäfte, Vereine, Nachbarschaft, Gemeinderatssitzungen, Zeitung. Da die Aufstellung einer Systematik für die Erfassung und Beobachtung von settings außerordentlich zeitraubend ist, ist eine Beschränkung notwendig auf solche Gegebenheiten, die wesentlich sind, für das Verstehender empirischen Daten.

6. Ablauf und Durchführung der empirischen Untersuchungen

Der Zeitraum für die Untersuchung, von der Fragebogenkonstruktion zur Bevölkerungsbefragung als erstem Schritt bis zum Ende der Auswertung, erstreckte sich über den Zeitraum von Februar 1972 bis Januar 1973. Vor Beginn der Untersuchung wurde jedoch schon intensive Vorarbeit geleistet. In dieser Zeit wurden Grundgedanken zum Partizipationsmodell entwickelt und Kontakte für dessen Realisierung geknüpft. Der damalige Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnungs- und Städtebau, Karl Ravens, und der Oberbürgermeister von Ludwigshafen zeigten sich an dem Modellcharakter der Studie interessiert und stellten finanzielle Unterstützung in Aussicht. Das 3. Fernsehprogramm des Südwestfunks war bereit, den organisierten Konflikt im Fernsehen zu übertragen.

Somit war zunächst in Aussicht genommen worden, die Untersuchung in großem Stil durchzuführen, d.h. umfassende Befragungen und einen vom Fernsehen übertragenen, organisierten Konflikt mit aktiver Beteiligung der Seher. Der SWF machte bei späteren Gesprächen jedoch seine Zusage rückgängig wegen des Einsatzes der Übertragungswagen für die Olympischen Spiele und konnte nur einen für uns nicht akzeptablen Termin zur Verfügung stellen. Die Finanzierung verlief schließlich ebenso negativ, da die Bearbeitung der Forschungsanträge sich solange hinzog, daß die Arbeit an der Untersuchung nicht länger auf einer unsicheren Finanzierungsgrundlage weitergeführt werden konnte und der Antrag zurückgezogen wurde. Es wurde dann ein den personellen und materiellen Voraussetzungen entsprechendes Minimalprogramm aufgestellt, dessen schematischer Plan im vorigen Kapitel beschrieben worden ist.

Die Arbeit an der Konstruktion des Fragebogens zur ersten Bevölkerungsbefragung konnte so erst im Februar 1972 beginnen. Der fertige Fragebogen lag im April vor.

Anschließend wurde bis Ende Mai die Befragung durchgeführt.

Im April bewilligte der Kreistag des Donnersbergkreises und der Stadtrat von Kirchheimbolanden jeweils 500,-DM, die es möglich machten, die Befragung mit Interviewern durchzuführen.

im Zeitraum April-Mai wurde ebenfalls die Expertenbefragung durchgeführt. Anschließend wurde mit der Vorbereitung des organisierten Konflikts begonnen, der am 30. Juni stattfand. Die Vorbereitungen wurden zunächst mit der "Bürgerinitiative Freizeitzentrum" getroffen, später wurden von ihr aber ohne Absprache Veränderungen an der terminlichen und inhaltlichen Planung vorgenommen, die es uns nicht möglich machten, den von uns ursprünglich intendierten Ablauf einzuhalten.

Wegen der Veränderungen des organisierten Konflikts und wegen Veränderungen der kommunalpolitischen Situation - der Gemeinderat hatte sich ohne die Beteiligung der Bürger auf einen Kompromiß geeinigt - und auch aus finanziellen Gründen mußte die für das Partizipationsmodell wichtige Befragung B2 ganz entfallen.

Bis Januar 1973 wurden die Daten ausgewertet, was wegen der Aufwendigkeit zum größten Teil an elektronischen Rechnern durchgeführt wurde. Dabei waren uns das Rechenzentrum Heidelberg, das Institut für Hochenergiephysik in Heidelberg und das Rechenzentrum der Universität Konstanz von großer Hilfe.

6.1 Die Bevölkerungsbefragung

Bei der Entwicklung des Fragebogens leisteten die Studien von EMNID und von Hanhard sowie Untersuchungen zur Freizeit in Leonberg und Friederichshafen Orientierungshilfe (vgl. EMNID, 1970; Hanhard, 1964; Leonberg, 1971; Schilling, 1972).

Die Konstruktion des Fragebogens durchlief mehrere Phasen: aus den genannten Studien, aus der Literatur, aus Gesprächen mit der Bevölkerung von Kirchheimbolanden und aus der dortigen Lokalpresse wurde zunächst eine Vorform entwickelt. Diese wurde in Diskussionen immer wieder verändert und schließlich einer Voruntersuchung unterworfen. Daran anschließend wurden einige Formulierungsänderungen für die Endform vorgenommen. Der endgültige Fragebogen gliederte sich in 4 Teile: Information, Erhebung zur Freizeit, Erfassung des Informationsstandes, soziographische Daten.

Der Informationsteil wurde auf eine Seite beschränkt, um die Geduld der Befragten nicht zu arg zu strapazieren. Er enthielt in aller Kürze die wichtigsten Informationen über das Freizeitzentrum und über die Möglichkeiten des Befragten, an der Planung

teilzunehmen. Ergänzende Information gab der Interviewer mündlich vorweg, um die Atmosphäre zwischen Frager und Befragtem zu lockern.

Der Befragungsteil beginnt mit den Freizeitbeschäftigungen. Wir machten uns hierbei die Erfahrung von Blücher zunutze, "daß mangels Bewußtheit seitens der Befragten Freizeitphänomene ganz grundsätzlich nicht mit Hilfe von offenen Fragen zu klären versucht werden sollte" (vgl. Blücher 1966). Wir stellten einen Katalog von 27 Freizeitaktivitäten zur Auswahl, der alle von uns im Befragungsgebiet registrierten Freizeitbeschäftigungen enthielt und außerdem mit in anderen Studien erfragten Freizeitbeschäftigungen so abgestimmt war, daß ein späterer Vergleich möglich wurde. Zunächst wurde auf einer 6-Punkte Skala erfragt, wie gern man die einzelnen Beschäftigungen ausübt. Im Gegensatz zu Hanhard, der nur nach der liebsten Freizeitbeschäftigung fragt, schien uns dieses Vorgehen angemessener, um die relative Beliebtheit, interindividuell wie intraindividuell, bestimmter Aktivitäten feststellen zu können. Die Frage "Wie gern" macht eine Analyse der Diskrepanzen möglich zwischen der Beliebtheit von Beschäftigungen und der Häufigkeit, mit der sie ausgeübt werden, wonach anschließend gefragt wurde. Bei dieser Frage zogen wir es vor, die einzelnen Häufigkeitskategorien mit festen Begriffen zu verbinden wie "täglich" oder "mehrmals in der Woche", um nicht, wie in der EMNID-Studie, es den Befragten zu überlassen, selbst einzuschätzen, was 'selten', 'oft' oder 'häufig' ist.

Um Angaben zu möglichen Entwicklungstendenzen in den Freizeitbeschäftigungen zu erhalten, wurde ergänzend zur Häufigkeit gefragt, welche Beschäftigungen der Befragte noch häufiger und noch mehr ausüben möchte.

Die folgenden Fragen beschäftigten sich mit Bedingungen für die Freizeitgestaltung und mit Vorschlägen für die Freizeitplanung. Frage 7 erfaßt die zeitlichen Bedingungen, und zwar die frei zur Verfügung stehende Zeit. Zeitspannen für halbfreie Tätigkeiten, wie Essen oder Waschen etc., waren vorher abzuziehen (vgl. Dumazedier, 1960). Es wurde eine Grobeinteilung nach 30-Minuten-Abschnitten für Vormittags, Nachmittags und Abends an Werktagen, Samstagen und Sonntagen. Genauere Angaben waren einmal nicht zu erwarten (vgl. Rutenfranz, 1960), und zum anderen kam es uns darauf an, die größeren Zeiträume zu ermitteln, in denen möglicherweise ein

Freizeitzentrum benutzt würde.

Die räumliche Aufteilung der Freizeitaktivitäten wurde in den Fragen 12,14,15 erfaßt,um Aufschluß zu gewinnen,wo man Freizeit verbringt oder verbringen würde.

Das Bedürfnis und die Bereitschaft zu sozialem Kontakt ist eine, für die Planung eines Freizeitzenrums außerordentlich wichtige Komponente.Auf diesen Komplex richteten sich die Fragen 13,16,17, 18,19,20 (vgl.Schilling,1972).

Die Region Kirchheimbolanden weist eine hohe Zahl von Pendlern auf,über deren spezielle Bedingungen für die Freizeit wenig bekannt ist.Um Aufschlüsse darüber zu erhalten,schien uns eine Erfassung der Lage des Arbeitsplatzes,des sozialen Kontaktes am Arbeitsplatz und die Art der Arbeit wesentlich,Die Fragen 22 bis 26 beschäftigen sich mit diesem Problem.

Die Einstellungen und die allgemeine Grundhaltung zur Freizeit und zum Bau des Freizeitentrums wurden in den den Fragen 30, 31a,31b und 32 erfaßt.Die daraus gewonnenen Daten sollten auch als vergleichswerte zu der zweiten Bevölkerungsbefragung fungieren, die dann aber nicht stattfinden konnte.

Informiertheit über die Kommunalpolitik und über die Planung des Freizeitentrums wurde in den Fragen 35-41 behandelt.Informiertheit wurde dabei erfaßt über die Kenntnis der Parteizugehörigkeit einiger Kommunalpolitiker.Hier war die Ausgangsbasis für alle Befragten relativ gleich,da die Politiker zum Wahlkampf von den Parteien der Öffentlichkeit vorgestellt worden waren.Die Frage nach der Art der Informationsbeschaffung wurde gestellt,um Aufschlüsse über Kommunikationsmerkmale zu erhalten.

Der Fragenkatalog wurde abgeschlossen mit Fragen zur Person und den häuslichen Verhältnissen.

Insgesamt dauerte die Befragung zwischen 40 und 70 Minuten.Wie sich zeigte,wurde diese Länge nur in wenigen Fällen als negativ empfunden.Dies ist wohl auch auf die Auflockerung des Fragenkatalogs durch die verschiedenen Themen und die abwechselnden Frage-und Beantwortungsmodi zurückzuführen,und auch darauf,daß die Befragten den Katalog selber ausfüllen konnten,wobei der Interviewer lediglich zu assistieren und,wenn nötig,zu erklären hatte.

Um mögliche Hemmungen der Befragten gegenüber der Befragung zu

Freizeitzentrum benutzt würde.

Die räumliche Aufteilung der Freizeitaktivitäten wurde in den Fragen 12,14,15 erfaßt,um Aufschluß zu gewinnen,wo man Freizeit verbringt oder verbringen würde.

Das Bedürfnis und die Bereitschaft zu sozialem Kontakt ist eine, für die Planung eines Freizeitentrums außerordentlich wichtige Komponente.Auf diesen Komplex richteten sich die Fragen 13,16,17, 18,19,20 (vgl.Schilling,1972).

Die Region Kirchheimbolanden weist eine hohe Zahl von Pendlern auf,über deren spezielle Bedingungen für die Freizeit wenig bekannt ist.Um Aufschlüsse darüber zu erhalten,schien uns eine Erfassung der Lage des Arbeitsplatzes,des sozialen Kontaktes am Arbeitsplatz und die Art der Arbeit wesentlich,Die Fragen 22 bis 26 beschäftigen sich mit diesem Problem.

Die Einstellungen und die allgemeine Grundhaltung zur Freizeit und zum Bau des Freizeitentrums wurden in den den Fragen 30, 31a,31b und 32 erfaßt.Die daraus gewonnenen Daten sollten auch als vergleichswerte zu der zweiten Bevölkerungsbefragung fungieren, die dann aber nicht stattfinden konnte.

Informiertheit über die Kommunalpolitik und über die Planung des Freizeitentrums wurde in den Fragen 35-41 behandelt.Informiertheit wurde dabei erfaßt über die Kenntnis der Parteizugehörigkeit einiger Kommunalpolitiker.Hier war die Ausgangsbasis für alle Befragten relativ gleich,da die Politiker zum Wahlkampf von den Parteien der Öffentlichkeit vorgestellt worden waren.Die Frage nach der Art der Informationsbeschaffung wurde gestellt,um Aufschlüsse über Kommunikationsmerkmale zu erhalten.

Der Fragenkatalog wurde abgeschlossen mit Fragen zur Person und den häuslichen Verhältnissen.

Insgesamt dauerte die Befragung zwischen 40 und 70 Minuten.Wie sich zeigte,wurde diese Länge nur in wenigen Fällen als negativ empfunden.Dies ist wohl auch auf die Auflockerung des Fragenkatalogs durch die verschiedenen Themen und die abwechselnden Frage-und Beantwortungsmodi zurückzuführen,und auch darauf,daß die Befragten den Katalog selber ausfüllen konnten,wobei der Interviewer lediglich zu assistieren und,wenn nötig,zu erklären hatte.

Um mögliche Hemmungen der Befragten gegenüber der Befragung zu

reduzieren, und um nicht mit waschmittelwerbern verwechselt zu werden, wurde 14 Tage vor der Befragung an die zu befragenden Personen ein Rundbrief mit Informationen und der Ankündigung des Interviews verschickt. Zusätzlich wurde in der Regionalzeitung auf die Befragung aufmerksam gemacht und den Interviewern eine Empfehlung vom Bürgermeister der Verbandsgemeinde mitgegeben.

6.2 Interviewer-Rekrutierung und Schulung

Die uns von der Stadt und dem Kreis Kirchheimbolanden zur Verfügung gestellten 1000,-DM ermöglichten es, die Befragung mit Interviewern durchzuführen. Eine Fragebogenaktion per Post, als Alternative zu einer direkten Befragung, hätte nach allen Erfahrungen (vgl. Noelle Neumann, 1968) nur eine geringe Rücklaufquote gehabt, größere Verzerrungen gegenüber der Repräsentativität gebracht und ein nicht optimales Verständnis der Befragten gegenüber der gesamten Aktion sichergestellt.

Das Thema "Freizeitzentrum" war im Gemeinschaftskundeunterricht der oberen Klassen des Gymnasiums besprochen worden und auf großes Interesse bei den Schülern gestoßen. Wir hielten deshalb diese Gruppe für besonders geeignet, Interviews durchzuführen und warben in den Klassen mit einer Darstellung unserer Untersuchung, an der Befragung teilzunehmen. Außerdem veröffentlichten wir einen Aufruf in der Regionalzeitung für alle Interessierten, aktiv an der Befragung teilzunehmen. Als Anreiz wurde mit einer Prämie von 3,-DM pro Interview geworben.

Es stellten sich 20 Personen als Interviewer zur Verfügung, die in zwei Schulungsetappen mit ihrer Aufgabe vertraut gemacht wurden. In der ersten Etappe wurde das Projekt Freizeitzentrum und das von uns geplante Partizipationsmodell diskutiert. In der zweiten Sitzung kamen praktische Probleme der Befragung zur Sprache und die Beantwortung des Bogens wurde geübt. Besonders besprochen wurde dabei die Rolle, die der Interviewer gegenüber dem Befragten einzunehmen hat und die Phase des ersten Kontakts, also die Begrüßungsworte und das einleitende informierende Gespräch.

Jeder Interviewer erhielt den Auftrag, bei 10, ihm vorgegebenen Adresen, Befragungen durchzuführen. Das ergab, unter Hinzurechnung der Autoren, 300 verteilte Zieladressen.

Bei den Angaben, die wir zu den Zielpersonen besaßen, war auch das Geburtsdatum. Indem wir die Frage nach dem Lebensalter mit in den Fragebogen aufnahmen, hatten wir ein wirksames Mittel, die Interviewer zu kontrollieren, ob sie die Befragung tatsächlich durchgeführt hatten. Es ergaben sich später bei der Nachprüfung in 11 Fällen Unstimmigkeiten, woraufhin diese Fragebögen ausgeschieden wurden.

6.3 Die Stichprobe

Zunächst legten wir nach Größe und Entfernung 6 Gemeinden fest, in denen, neben Kirchheimbolanden, Befragungen vorgenommen werden sollten. (vgl. Anhang). In den 7 Orten benutzten wir dann die Einwohnerkarteen und zogen hieraus die Adressen. In Kirchheimbolanden wurde jede 24. Karte registriert und in den anderen Orten jede 12. Karte. Auf den Karten war der Name vermerkt, die Adresse und das Geburtsdatum. Ausgeschieden wurden Personen unter 14 Jahren und über 75. Insgesamt wurde auf diese Weise 300 Adressen ermittelt, wobei eine Drätfel in Kirchheimbolanden und die andere in den umliegenden 6 Gemeinden ermittelt wurde.

Im Ganzen konnten 158 verwertbare Interviews gewonnen werden, in Tabelle 6.1 sind die soziographischen Daten der Gesamtpopulation, der Stichprobe und der erhaltenen Interviews aufgeführt.

Die hohe Ausfallquote gegenüber der beabsichtigten Zahl von 300 Interviews wurde von uns auf folgende Gründe zurückgeführt:

- trotz der Schulung handelte es sich bei den Interviewern um ungeübte Personen, die es z.B. sicherlich nicht schaffen konnten, Unwillige zum Mitmachen zu überreden.
- Die Befragung wurde im Frühjahr durchgeführt, zu einer Zeit, in der viele mit dem Bestellen ihres Ackers oder mit dem großen Hausputz beschäftigt waren. Insbesondere bei Pendlern, die nach Feierabend die Gartenarbeit verrichteten, erschwerte dies die Befragung.
- Verweigerungen kamen häufig vor, da "man sowieso keine Minute Freizeit" habe. Äußerungen dieser Art waren häufig zu hören in den umliegenden Gemeinden von Kirchheimbolanden. Sie stehen in Einklang mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der Region, die zu den schwächsten Gebieten in der Bundesrepublik gehört.

Tab.6.1 Zusammensetzung der Grundgesamtheit, der Stichprobe
und der erhaltenen Interviews zur Bevölkerungsbefragung

	Grundgesamtheit ¹⁾	Stichprobe	erh.Interv.
Insgesamt (abs)	15 580	300	158
(%)	100	100	100
Anteil der... (%)			
Männer	47,8	49	54
Frauen	52,2	51	46
Bewohner in... (%)			
Kibo-Land	64,6	61	58
Kibo-Stadt	35,4	39	42
Altersgruppen (%)			
15-17	9,8	10	11
18-20	14,8	11	8
21-44	28,8	35	43
45-59	16,0	30	24
60-64	6,0	15	5
65-74	9,5	9	9

- 1) Die Zahlen über die Grundgesamtheit sind entnommen aus den Angaben des Statistischen Landesamtes, Bad Ems, zur Volkszählung 1970.

- Viele Verweigerungen wurden etwa so begründet: 'was brauchen wir ein Freizeitzentrum? Wir brauchen erst einmal eine richtige Schule, damit die Kinder nicht schon um 6 Uhr morgens aufstehen müssen, um den Bus zu erreichen'. Tatsächlich ist die Schulstruktur in dem Untersuchungsgebiet außerordentlich schlecht, so daß die Einwände durchaus zu verstehen sind.
 - viele wiesen darauf hin, besonders in den umliegenden Gemeinden, daß sie in der Freizeit genügend Beschäftigungen hätten und kein Freizeitzentrum brauchten. Das ist nicht verwunderlich, denn die Betätigungsmöglichkeiten und die Anknüpfungspunkte für soziale Kontakte sind in den Dörfern naturgemäß viel größer als in der Stadt.
 - Andere nannten als Grund für ihre Verweigerung, daß 'die da oben doch machen, was sie wollen'.
- Aus den 169 gemachten Interviews mußten 11 ausgeschieden werden, da die Kontrolle zeigte, daß die Daten möglicherweise fingiert waren.
- Eine Nachbefragung zur Bereinigung der durch die Ausfälle aufgetretenen Verzerrungen konnte nicht stattfinden, da die Zeit drängte und die Vorarbeiten für den organisierten Konflikt geleistet werden mußte.

6.4 Die Expertenbefragung

Um einen Überblick über das Wissen und die Vorschläge von Fachleuten aus verschiedenen Gebieten zur Planung des Freizeitentrums und zu allgemeinen Aspekten der Freizeitgestaltung zu erhalten, stellten wir einen Fragebogen auf mit insgesamt 16 Fragen. Er gliederte sich in 2 Teile:

Im ersten Abschnitt wurde das Partizipationsmodell dargestellt mit einer Erläuterung der Funktion der Expertenbefragung. Dazu wurden die sozialen, wirtschaftlichen, kommunalpolitischen und die, die Freizeit betreffenden Verhältnisse im Gebiet Kirchheimbolanden dargestellt. Diese Information sollte es den Befragten ermöglichen, sich ein Bild von den Gegebenheiten in der Region zu machen, für die das Freizeitzentrum gebaut werden sollte.

Der Befragungsteil, als zweiter Abschnitt, wurde so entworfen, daß

jeder Befragte zu jeder Frage Stellung nehmen konnte. Es wurde vermieden, für Experten aus verschiedenen Fachgebieten unterschiedliche Fragen zu stellen, da nicht klar abgegrenzt werden konnte, wer zu welchen Fragen besonders kompetent ist. Außerdem bot sich so die Möglichkeit, zu einer Frage verschiedene Ansichten auf dem Hintergrund verschiedener Fachgebiete herauszufinden.

Die Fragen richteten sich auf die folgenden Komplexe: Planungsgesichtspunkte für ein Freizeitzentrum (Fragen 1, 4, 5, 9, 11a, 13), allgemeine Aspekte der Freizeit (Fragen 3, 8, 9, 11, 15), Spezielle Probleme der Freizeitgestaltung in Kirchheimbolanden (Fragen 2, 10, 12, 14, 16) und Planungsbeteiligung der Bürger (Fragen 6, 7).

Für die Beantwortung der Fragen 1, 4, 5, 7, 12, 14, wurden 6-Punkte-Skalen verwendet. Dies sollte nicht als Grundlage für eine statistische Auswertung dienen, sondern die Beantwortung erleichtern und ökonomisieren und auch ermöglichen, die freien Antworten besser in die individuelle Prioritätenliste des Beantworters einordnen zu können.

Vor der Erstellung der Endform des Fragebogens wurden einige Interviews mit einer Vorform gemacht. Diese zeigte die Praktikabilität des vorgehens und machte nur wenige Veränderungen erforderlich.

Aus den Gebieten Psychologie, Soziologie, Pädagogik, Medizin, Architektur und Kommunalpolitik wurden jeweils 2 Experten befragt. Zusätzlich wurden Interviews gemacht bei 8 Bürgermeistern von Orten, die zur Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden gehören. Die Befragungen wurden von den Autoren vorgenommen. Es wurde dabei versucht, neben der Beantwortung der Fragen, in Gesprächen über die einzelnen Themen ergänzende Information zu erhalten. Im Durchschnitt dauerte ein Befragungsgespräch 45 Minuten.

6.5 Der organisierte Konflikt

Unmittelbar nach den Befragungen wurde mit der Vorbereitung des organisierten Konflikts begonnen.

Eine Grobauswertung ergab einen ersten Überblick über die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung und der Expertenbefragung. Aus dieser Orientierung und aus der Entwicklung der öffentlichen Diskussion schienen der Bürgerinitiative und uns 3 Themenkreise

bedeutsam zu sein, und wir stellten diese in den Vordergrund der Vorbereitung für den organisierten Konflikt:

- A. Soll das Freizeitzentrum für regionalen oder auch für über-regionalen Gebrauch geplant werden?
- B. Ist die Planung und Realisierung eines Freizeitentrums anzustreben oder zunächst nur eines Hallenbades? Soll dies abhängig oder unabhängig von einem Freizeitzentrum geplant werden?
- C. Welchen Standort soll ein Freizeitzentrum und ein Hallenbad haben?

Besonders zu diesen Punkten wurde dann Informationsmaterial gesammelt, ein Faktenkatalog für die Datenbank zusammengestellt und Informationstexte vorbereitet (vgl. dazu Anhang).

Die organisatorische Vorbereitung der Veranstaltung erfolgte zusammen mit der "Bürgerinitiative Freizeitzentrum", was einige Schwierigkeiten mit sich brachte. Die Bürgerinitiative hatte zum Teil andere Vorstellungen vom Ablauf der Diskussionsrunde und stimmte erst spät unserem Konzept des organisierten Konflikts zu. Es war nicht zu übersehen, daß dabei die kommunalpolitischen Ambitionen einiger führender Vertreter der Bürgerinitiative eine Rolle spielten. Die späte Einigung über das Konzept und der ungünstige, von der Bürgerinitiative festgesetzte Termin machte es unmöglich, rechtzeitig Experten für die Podiumsdiskussion einzuladen. Somit mußte das Streitgespräch wegfallen.

Als Moderator konnte ein in Diskussionen erfahrener, von allen Seiten in Kirchheimbolanden akzeptierter Pfarrer gewonnen werden. Durch den Wegfall des Podiumsgesprächs kam ihm allerdings weniger die Funktion des Moderators zu, als eines Diskussionsleiters. Da die Busverbindungen zu den einzelnen Orten der Verbandsgemeinde sehr schlecht waren, wurde von uns eine Buslinie organisiert, die kostenlos benutzt werden konnte.

Zu der Veranstaltung erschienen 47 Personen (vgl. Kap. 11).

Nach einer Einleitung durch den Moderator, der die Regeln und den Verlauf der Veranstaltung erklärte, wurde von einem der Autoren allgemeine, auf die Diskussion vorbereitende Information gegeben, die aus den beiden Befragungsaktionen gewonnen worden war.

Tabellen und Daten, mit einem overhead-Projektor für alle sichtbar gemacht, veranschaulichten die Information. Zum ersten Diskussionspunkt wurde dann spezielle Information gegeben. Da das

Podiumsgespräch wegfiel, begann sofort die Diskussion unter den Anwesenden. Nach einer 3/4 Stunde, als sich keine neuen Aspekte mehr ergaben, verteilten 6 Helfer Fragezettel zu dem diskutierten Punkt, sammelten sie ein und werteten sie sofort aus. Die Ergebnisse wurden dann ohne Verzug wieder in die Diskussion eingegeben. Da das Ergebnis die schon in der Diskussion deutlich gewordene Tendenz bestärkte, konnte die Behandlung des ersten Punktes abgeschlossen werden.

Die Kurzbefragung ließ sich gut in den Ablauf integrieren und stellte keine wesentliche Störung dar. Das Auswerten mit Hilfe von Strichlisten und Prozentrechnungen vollzog sich sehr schnell und erwies sich als praktikabel. Die Ergebnisse wurden jeweils mit dem Projektor für alle sichtbar gemacht und erläutert.

In entsprechender Weise wurden die anderen Diskussionspunkte behandelt: auf einleitende Information folgte die Diskussion, in der gegen Ende eine Kurzbefragung mit Ergebnismeldung stattfand.

Die Datenbank, die von den 3 Autoren geführt wurde, brauchte nur einmal berichtend eingreifen und wurde auch nur einmal als Informationsquelle von den Diskussionsteilnehmern in Anspruch genommen.

Die gesamte Veranstaltung wurde schriftlich protokolliert und mit einem Tonbandgerät aufgenommen. Die Auswertung und Analyse findet sich in Kap. 11.

6.6 Informationsweitergabe

Die von uns ursprünglich geplante Informationsweitergabe über Zettel in Geschäften, Cafés, Gaststätten und an Haltestellen konnte nicht durchgeführt werden aufgrund von mangelnden organisatorischen Voraussetzungen. Somit erfolgte die Informationsverbreitung an die Bevölkerung über Rundbriefe, Zeitung und im organisierten Konflikt:

- 14 Tage vor der Bevölkerungsbefragung erhielt jede Zielperson ein Rundschreiben mit Information und der Ankündigung des Interviews.
- der erste Teil des Fragebogens enthielt Informationen zur Planung des Freizeitentrums. zusätzlich hatten die Interviewer mündlich Information zu geben.
- in der Regionalzeitung wurde mehrere Male informiert über die

Entwicklung der Diskussion zum Freizeitzentrum.

- erste Ergebnisse der Befragungen wurden vor dem organisierten Konflikt in der Zeitung veröffentlicht.
 - auf dem organisierten Konflikt wurden ausführliche Informationen über die Bevölkerungsbefragung, die Expertenbefragung und deren Ergebnisse gegeben.
 - das Resultat des organisierten Konflikts wurde in der Zeitung veröffentlicht.
- (vgl. dazu Anhang)

6.7 Auswertung

Die Auswertung wurde in 2 Phasen vorgenommen: eine grobe Auswertung 'per Hand' diente zur ersten Orientierung über die Ergebnisse und zur Vorbereitung des organisierten Konflikts, die feinere und differenziertere Auswertung wurde nach Beendigung aller empirischen Untersuchungen begonnen.

Genaue Angaben zu den Methoden finden sich in den Ergebniskapiteln

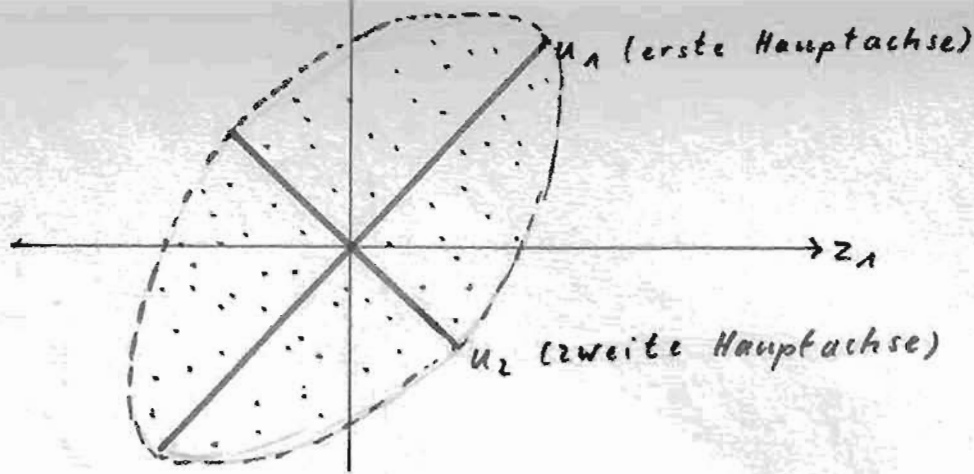
8. Die Faktorenanalyse

Die Faktorenanalyse war geplant worden, um Strukturen und Verbindungen erkennen zu können, die zwischen den in der Bevölkerungsbefragung gewonnenen Daten zur Freizeit, zur Informiertheit und zu soziographischen Merkmalen bestehen, um die Spezifität dieser Strukturen für Kirchheimbolanden feststellen und Vergleiche mit anderen Studien anstellen zu können.

Statistische Analysen, die nur eine oder zwei Variablen analysieren oder in Zusammenhang miteinander bringen, haben den Nachteil, innere Zusammenhänge komplexer Verhaltensgebilde aufzulösen. Die Anwendung solcher statistischer Methoden in fast allen bisher zur Freizeit gemachten Untersuchungen hat demnach auch mehr die Mannigfaltigkeit und Verzweigung des Freizeitlebens deutlich gemacht, als übergreifende Strukturen und Zusammenhänge aufgewiesen. Nach Burton (Burton, 1968) nehmen jedoch Menschen wahrscheinlich an verschiedenen Aktivitäten innerhalb einer vorgegebenen Gruppe von Tätigkeiten teil und nicht an sehr verzweigten Einzelaktivitäten. Nicht jeder betreibt alles, sondern die Freizeit eines Menschen ist zumeist ein in sich harmonisches, aufeinander abgestimmtes Strukturgebilde. In der EMNID-Studie von 1968 konnte für die Bevölkerung des Ruhrgebietes die Struktur des Freizeitverhaltens mit 13 Faktoren beschrieben werden. In ähnlicher Weise versuchen wir, die Struktur des Freizeitlebens in Kirchheimbolanden herauszufinden. Als Technik, die Strukturen aufzudecken, verwendeten wir die Faktorenanalyse nach der Hauptkomponentenmethode (Hotelling, 1933; Fruchter 1954; Harman 1960; Lienert 1961; Lawley & Maxwell, 1963.).

8.1 Methodische Erläuterungen

Anschaulich könnte man sich den Vorgang der Hauptkomponentenmethode so klar machen: die Meßwerte liegen in einem Variablenraum (bei 2 Variablen in einem 2-dimensionalen Raum). Sind die Variablen normal verteilt, bilden die Meßwertpunkte in den ursprünglichen Variablenachsen z_1, z_2 einen elliptischen Punkteschwarm, dessen Form von der Enge des korrelativen Zusammenhanges abhängt. Bei der Hauptachsenlösung werden die Achsen z_1 und z_2 so rotiert, daß die neuen Achsen u_1 und u_2 wieder orthogonal zueinander stehen und die Varianz der Meßwerte auf der Hauptachse ein Maximum wird. Die restliche Variation wird wiederum maximal auf die zweite Achse



abgebildet. Bei einer größeren Anzahl korrelierter Merkmale "extrahiert" man so viele Achsen, bzw. Faktoren, bis die Hinzunahme weiterer Achsen keine nennenswerte Varianzaufklärung leistet. Jeder dieser Achsen ist ein "Eigenwert zugeordnet", der in seiner Größe der jeweils aufgeklärten Merkmalsvarianz entspricht. Der korrespondierende Eigenvektor enthält die Gewichte der Merkmale auf der jeweiligen Achse, entspricht also den Faktorenladungen (nach Ahrens, 1970)

2 Gegenüber der in der EMNID-Studie verwendeten Centroid-Methode bietet die Hauptkomponentenmethode den Vorteil, daß keine Hypothesen über die Werte gemacht zu werden brauchen (Lawley & Maxwell, 1963). Dies kommt unserem Ziel entgegen, aus einer Anzahl von recht heterogenen Variablen Strukturen aufzudecken.

Unser Ansatz für die Faktorenanalyse unterscheidet sich von der EMNID-Studie ausßerdem dadurch, daß wir neben den Freizeitbeschäftigungen auch noch andere Variablen einbeziehen. Wir gehen dabei von der Annahme aus, daß Freizeitverhalten nicht isoliert vorkommt, sondern Verbindungen bestehen zur Einstellung gegenüber der Freizeit, zur Informiertheit und zu Merkmalen der persönlichen Umgebung.

Insgesamt wurden in die Faktorenanalyse 53 Variablen einbezogen. Sie sind in Tabelle 8.1 aufgeführt.

Bei den Variablen zur Freizeitbeschäftigung haben wir nicht die Daten zur Häufigkeit der Ausübung bestimmter Aktivitäten in die Faktorenanalyse aufgenommen, sondern die Angaben, wie gern jemand eine bestimmte Aktivität ausübt. Das geschah, weil die Häufigkeit der Ausübung an vielfältige äußere Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft ist, die in Kap. 7 analysiert werden. Die Angaben zu den persönlichen Präferenzen können jedoch relativ frei betrachtet werden von den konkreten äußeren Bedingungen und sind damit von größerer Relevanz, wenn es darum geht, Strukturen

der Freizeitbeschäftigungen aufzudecken, die als Orientierung für die zukünftige Planung dienen können.

Da die Ausgangsdaten verschiedenes Skalenniveau besaßen, mußte eine Umformung vorgenommen werden, da in die Faktorenanalyse nur Daten eines Typs eingehen können. Die Daten zur Freizeitbeschäftigung wurden im Fragebogen z.B. mit einer 6-Punkte-Skala gewonnen, während sich beim Geschlecht nur 2 Antwortkategorien ergeben. Die Umformung geschah durch die Dichotomisierung aller Variablen, die mehr als 2 Kategorien besaßen. Bei den Freizeitbeschäftigungen wurden die Skalenpositionen 1-3 zusammengefaßt und mit einer 2 codiert und die Positionen 4-6 bekamen eine 1 als Kennziffer für die Verrechnung. (vgl. Anhang zur Dichotomisierung)

Zwischen den dichotomisierten Variablen wurde dann der Phi-Koeffizient als Maß des Zusammenhanges der Variablen errechnet. Die Korrelationsmatrix ist in Tabelle 8.2 dargestellt.

Auf der Grundlage der Korrelationsmatrix wurde die Hauptkomponentenanalyse gerechnet. Aus der unrotierten Faktorenmatrix von 52 Faktoren wurden dann durch Rotationsukzessive Faktoren gewonnen, die jeweils die größtmögliche Varianz unter den Variablen aufklären. Der erste Schritt bei der Rotation besteht also darin, eine Dimension so in den Raum zu legen, daß sie möglichst viel Varianz aufklärt. Danach wird eine zweite, orthogonal zu der ersten stehende Dimension hinzugenommen und rotiert, bis sie aus der übriggebliebenen Varianz möglichst viel aufklärt. In dieser Weise wird die Prozedur fortgeführt, wobei jeweils das Prinzip gilt, mit der Anzahl der Dimensionen maximal viel Varianz aufzuklären. Ein mathematisches Kriterium, welches anzeigt, wieviel Faktoren die im Raum verstreuten Variablen optimal erklären gibt es nicht.

Für unsere Zwecke ergab die Erklärung der Variablenvarianzen durch 10 Faktoren die beste Lösung. Es ist kritisch zu vermerken, daß diese Lösung insgesamt nur 49% der Gesamtvarianz der Variablen erklärt. Bei Hinzunahme weiterer Faktoren erhöht sich die aufgeklärte Varianz aber jeweils nur unwesentlich (vgl. Anhang). Aus Tabelle 8.3 sind die Varianzanteile der 53 Variablen, die durch die 10 Faktoren aufgeklärt werden, ersichtlich. Bei manchen ist das h^2 recht niedrig; das bedeutet, daß die Faktoren die Varianzen der Va-

Eigenwertabfall? Beste Lösung?

Variable	Bezeichnung	Codierung	
1	Lesen von Sachbüchern	gern=2	weniger gern=1
2	Lesen von Romanen		
3	Unterhaltungssendungen im Radio oder TV		
4	Informationssendungen im Radio oder TV		
5	Gartenarbeit und Tierzucht		
6	Basteln und Reparieren		
7	Nadelarbeit		
8	Musizieren		
9	Malen		
10	Keramik		
11	Laienspiel		
12	Fortbildung		
13	aktiver Sport		
14	passiver Sport		
15	Spiele wie Schach, Skat, Quartett		
16	geselliges Beisammensein mit Freunden und Bekannten		
17	an Diskussionen teilnehmen		
18	Tanzparties besuchen		
19	ins Kino gehen		
20	Theater, Konzerte		
21	Museen, Ausstellungen besuchen		
22	im Verein, Club oder Arbeitskreis betätigen		
23	im Haushalt mithelfen		
24	wandern		
25	spaziergehen		
26	schwimmen		
27	zuschauen wenn andere spielen, aus dem Fenster schauen		
28	Suchen Sie Gleichgesinnte für ein Hobby?	ja=2	nein=1
29	Haben sie Langeweile	nein=2	ja=1
30	Alleinesein in der Freizeit	gern =2	weniger gern=1
31	mit Freunden und Bekannten zusammen sein in der Freizeit	gern =2	weniger gern=1

- 32 mit der Familie in der Freizeit zusammensein gern=2 weniger gern=1
- 33 mit Freunden und Bekannten treffen woanders =2 zu Hause =1
- 34 gern neue Bekanntschaften machen =2
der Bekanntenkreis genügt =1
- 35 Clubzugehörigkeit ja=2 nein= 1
- 36 Einkommen über Ø =2 unter Ø = 1
- 37 lieber eine Arbeitszeitverkürzung =2
lieber eine Lohnerhöhung =1
- 38 bei mehr Zeit, für Freizeitinteressen mehr Zeit aufwenden =2
bei mehr Zeit, sich vermehrt sich mehr Familie, Garten
oder Nebenverdienst wid =1
- 39 bei mehr Geld, mehr % als Ø davon für Freizeit ausgeben =2
bei mehr Geld, weniger % davon für Freizeit ausgeben =1
- 40 gehört vom Bau des Freizeitentrums ja=2 nein=1
- 41 Bürgerinitiative Freizeitzentrum bekannt ja=2 nein=1
- 42 Information über Kommunalpolitik über Ø =2 unter Ø=1
- 43 interessiert an Kommunalpolitik mehr=2 weniger =1
- 44 Alter 14-30 Jahre =2
30-70 Jahre =1
- 45 Alter 31-50 Jahre =2
jünger als 31 u, älter 50 =1
- 46 Alter älter als 50 J.=2
jünger als 50 =1
- 47 wird ein eigenes Zimmer besessen ja=2 nein=1
- 48 Personen unter 14 Jahren im Haushalt keine =1 einen mehr=2
- 49 Umgebung des Hauses schöner =2 weniger schön=2
- 50 Wie gefällt das Freizeitangebot in der Region besser=2 schlechter=1
- 51 Standort für das Freizeitzentrum Gutleutbachtal=2
Judental =1
- 52 männlich=1 weiblich=2
- 53 Wohnort in Kirchheimbolanden =2
nicht in Kirchheimbolanden =1

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1			.28																		.21
2						.28															
3															.22.34						
4					.22-21						.26.22				.30						.31
5																					
6							.20.24.25				.21.22										
7							.22										.22.27				
8									.27		.34								.33		
9									.29		.21						.22		.22		
10																					
11											.24.32									.24	
12											.38						.31				.23
13																	.29.35.27.31				
14																					
15																.24					
16																					
17																	.26		.25.22		
18																	.42				
19																					
20																					
21																					
22																					
23																					
24																					
25																					
26																					
27																					
28																					
29																					
30																					
31																					
32																					
33																					
34																					
35																					
36																					
37																					
38																					
39																					
40																					
41																					
42																					
43																					
44																					
45																					
46																					
47																					
48																					
49																					
50																					
51																					
52																					
53																					

Die Korrelationen sind ab .20
nach dem CHI-Quadrat-Test bei
158 Vpn auf dem 1% Niveau sig-
nifikant.

22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53

.22

.22

-27

.25

.45

.20

.25

.25

.31

.23

.30

.24

.38

.23

.27

.23

.32

.27

.29

.20

.20

.26

-21

.23

.24

.25

.30

-20

.36

.22

.20

.24

.24

	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53
1					.23										
2														.26	
3											.21				
4				.23	.30	.23								-20	
5				.20	.25	.25	-36	.20							
6														-34	
7														.67	
8															
9															
10															
11															
12														-24	
13						.26		-32							
14														-20	
15															
16															
17								-25							
18						.37		-37							
19					-23	-26	.39	-27							
20															
21					.21										
22															
23														.43	
24								-21							
25															
26								-31	.30					-21	.21
27															
28															
29						-35									
30															
31															
32						-29									
33															
34						.30									
35														-24	
36											.20			-20	.24
37															
38															
39						.37	.29								
40						.35	.32	-22	.24						.21
41						.25			.25						
42							-33		.23						
43								-63	-42	.23				-26	
44									-44						
45										.20					
46									.21	-36					
47															
48															
49															
50												.23		-22	
51															
52															
53															

Tabelle 8.2 Korrelationsmatrix von 53 Variablen

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1				.28																	.21			
2							.28																	
3															.22	.34						.22		
4												.26	.22			.30					.31			
5							.22	.21																
6												.21	.22											
7											.20	.24	.25											
8											.22							.22	.27				.45	
9											.27	.34						.33						
10											.29	.21						.22	.22					.25
11																								
12																								
13																								
14																								
15																								
16																								
17																								
18																								
19																								
20																								
21																								
22																								
23																								
24																								
25																								
26																								
27																								
28																								
29																								
30																								
31																								
32																								
33																								
34																								
35																								
36																								
37																								
38																								
39																								
40																								
41																								
42																								
43																								
44																								
45																								
46																								
47																								
48																								
49																								
50																								
51																								
52																								
53																								

Die Korrelationen sind ab .20 nach dem CHI-Quadrat-Test bei 158 Vpn auf dem 1% Niveau signifikant.

Die Korrelationen sind ab .20 nach dem CHI-Quadrat-Test bei 158 Vpn auf dem 1% Niveau signifikant.

25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40

.22

-27

.25

20

.25

.31

.38

.23

.30

.27

20.20

-21

.23

.26

.24

-20

36.22

.30

.20

.24

.24

.33 .27

41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53
.23

23.30.23
20.25.25-36.20

.21

.26

-28

-34

.67

.26 -32

-24

-20

-25

.37 -37

-23-26.39 -27

.21

-21

.43

-31 .30

-21.21

-35

-29

.30

.20

-24
-20.24

37.29
.35.32-22.24

.25 .25

-33 .23

-63-42.23

-44

.20
.21-36

-26

.23

-22

Tab. 8.3 Rotierte Faktorenmatrix mit 10 Faktoren

Var.

1	-.07	-.06	-.07	-.47	.18	-.17	.13	-.27	-.25	-.09	0.383
2	-.00	.42	-.27	-.07	.03	.22	.16	.14	.10	-.04	0.352
3	-.05	.09	-.65	-.07	-.13	.12	.06	.08	-.06	-.04	0.487
4	.08	-.25	.03	-.67	-.06	-.12	-.01	-.02	-.19	.11	0.584
5	.14	.05	-.07	-.06	-.08	-.55	.17	.03	-.08	-.19	0.428
6	.33	.29	-.21	-.16	.22	.05	.01	-.28	-.13	.08	0.423
7	.17	.83	-.01	.03	.02	-.03	.01	-.01	.01	.02	0.737
8	.56	.20	.10	-.03	.13	-.07	-.01	.02	-.02	.11	0.421
9	.52	-.02	-.00	.08	.07	.06	.06	-.14	-.17	.11	0.349
10	.50	-.07	-.14	-.07	.19	.06	.13	.04	-.19	-.02	0.372
11	.56	.04	.08	-.05	-.04	.01	-.11	.10	.16	-.15	0.403
12	.34	-.27	-.02	-.45	-.27	.08	-.30	-.06	-.02	-.01	0.514
13	.53	-.05	-.16	-.27	-.24	.13	-.15	-.07	.14	.16	0.545
14	-.11	-.18	-.18	.02	-.62	-.01	.09	.01	-.21	-.07	0.519
15	.14	.11	-.19	-.14	-.26	.07	.01	.12	-.33	.12	0.329
16	-.04	.06	-.70	.00	-.02	-.16	-.01	.01	.06	.07	0.525
17	.33	-.09	-.05	-.56	-.03	.24	.00	.05	-.07	.09	0.514
18	.37	.15	-.07	.01	-.28	.40	.07	-.12	.02	.24	0.495
19	.17	.32	-.06	-.02	-.37	.40	.09	-.12	.26	.27	0.544
20	.49	.28	.06	-.25	-.08	-.01	-.11	.02	-.16	-.11	0.463
21	.13	-.03	-.17	-.42	-.17	-.26	.03	-.17	-.09	-.05	0.387
22	.50	-.39	-.45	-.15	-.14	-.04	.16	.17	.21	-.22	0.619
23	-.05	.53	-.08	.20	-.17	-.11	-.10	.26	-.08	-.03	0.488
24	.36	.15	-.12	-.15	-.23	-.18	.18	-.19	.03	.23	0.406
25	.17	.29	-.21	-.04	-.34	-.10	.24	-.00	.12	.00	0.419
26	.50	-.19	.14	-.07	-.20	.03	-.25	-.22	-.00	.10	0.507
27	-.03	.38	-.07	-.05	-.52	-.20	-.00	-.19	.18	-.00	0.457
28	.29	-.15	-.21	.13	.10	.08	.19	-.20	-.27	.35	0.473
29	-.04	-.03	.12	-.02	-.31	-.08	.13	.13	-.06	-.10	0.376
30	.15	.23	.38	-.23	.24	-.20	-.01	.20	-.03	-.22	0.469
31	.15	.08	-.12	.04	.03	.01	.28	-.43	.02	-.11	0.335
32	-.07	.12	-.42	.10	.02	-.53	-.24	.03	.10	.04	0.526
33	.10	-.22	-.10	.52	-.15	.13	.09	.02	-.16	-.06	0.452
34	.34	.06	.25	.11	-.25	.24	.11	-.27	-.19	.03	0.454
35	.30	-.22	.00	.05	-.29	-.18	.34	.13	-.10	.09	0.489
36	.10	-.32	-.05	-.08	.03	-.14	-.45	.03	-.22	-.12	0.413
37	-.12	-.06	.13	-.05	-.16	-.06	-.08	-.50	-.05	.05	0.331
38	.06	-.07	.05	.02	.01	.15	-.09	-.58	.02	-.02	0.389
39	.13	-.01	-.02	-.18	.03	.13	-.19	-.56	-.01	-.08	0.433
40	.18	-.02	-.10	.12	.07	-.07	-.28	-.06	-.67	-.04	0.536
41	.01	.07	.02	-.14	-.00	-.16	-.08	-.04	-.62	.20	0.552
42	.06	-.20	.21	-.15	-.14	-.18	.02	.18	-.52	-.05	0.472
43	.02	-.14	-.12	-.31	-.03	-.40	.11	-.01	-.35	-.14	0.425
44	.23	-.02	-.06	.07	-.07	.82	-.02	-.05	-.12	-.00	0.763
45	.11	-.08	.08	-.06	.08	-.60	.01	-.03	-.02	.63	0.804
46	-.39	.12	-.02	-.02	-.00	-.25	.01	.02	-.11	-.72	0.783
47	-.10	-.07	.14	-.11	-.05	.13	.19	-.20	-.56	-.30	0.563
48	-.13	.06	-.07	-.14	-.04	.20	.00	.17	-.11	.68	0.594
49	-.08	-.02	-.12	-.06	.03	-.18	.55	.08	-.22	-.04	0.398
50	-.26	-.04	-.27	-.09	-.10	-.24	.58	-.04	.20	.06	0.467
51	.07	.04	-.01	-.20	-.02	.08	.22	.26	.04	-.00	0.198
52	-.01	.78	.00	.09	.10	.06	.02	.08	.14	-.02	0.671
53	-.06	-.03	-.13	-.10	.06	-.14	-.63	-.17	-.17	.03	0.531

Varianz: 7.43; 4.74 4.00 4.12 6.60 3.82 3.52 4.57 3.86
 Anzahl- 6.65
 Aufklärung pro Faktor

Kumulierte Varianzaufklärung: 49.35

Tabelle 8.4 Übersicht über 10 Faktoren und ihre höchsten Ladungen

FAKTOR I			FAKTOR II		
Var.			Var.		
8	Musizieren	.56	7	Nadelarbeit	.83
9	Malen	.52	23	Hausarbeit	.52
10	Keramik	.50	52	weiblich	.78
11	Laienspiel	.56	2	Romane	.42
13	aktiver Sport	.52	22	im Verein betät.	.39
26	Schwimmen	.52	27	Zuschauen	.38
20	Theater	.49			
46	Alter unter 50	.39			
22	im Verein betät.	.39			
18	Tanzparties	.37			
34	neue Bekanntschaften machen	.35			
12	Fortbildung	.34			
17	Diskussionen	.33			
FAKTOR III			FAKTOR IV		
16	geselliges Beisammensein	.69	4	Informationssendungen im Radio+TV	.67
3	Unterhaltungssendungen i. Radio+TV	.65	17	Diskussionen	.56
22	im Verein betätigen	.45	33	Zu Hause treffen mit Freunden u. Bekannten	.52
30	Alleinesein in der Freizeit	-.37	1	Sachbücher	.47
32	mit der Familie zusammen sein	.42	12	Fortbildung	.45
			21	Museen, Ausstellungen besuchen	.42
FAKTOR V			FAKTOR VI		
14	passiver Sport	.62	44	Alter unter 30	.82
27	Zuschauen	.52	5	keine Gartenarbeit	.55
19	Kino	.37	29	Langeweile	.48
25	Spazieren	.35	18	Tanzparties	.40
			32	mit der Familie zusammen sein	-.53
			19	Kino	.40
			43	Kommunalpolitik interessiert	-.40

Die Richtung der Variablen wurde, wenn möglich, so gelegt, daß die Ladungszahlen positiv wurden

FAKTOR VII

49	schönere Umgebung des Hauses	.55
50	besser zufrieden mit dem Freizeitangebot	.58
53	nicht in Kirchheimbollen wohnen	.63
36	Einkommen unter Ø	.45
35	Clubzugehörigkeit	-.43

FAKTOR IX

40	Bürgerinitiative bekannt	.67
41	gehört vom Bau des Freizeitentrums	.62
42	informiert über Kommunalpolitik	.53
43	an Kommunalpolitik interessiert	.35

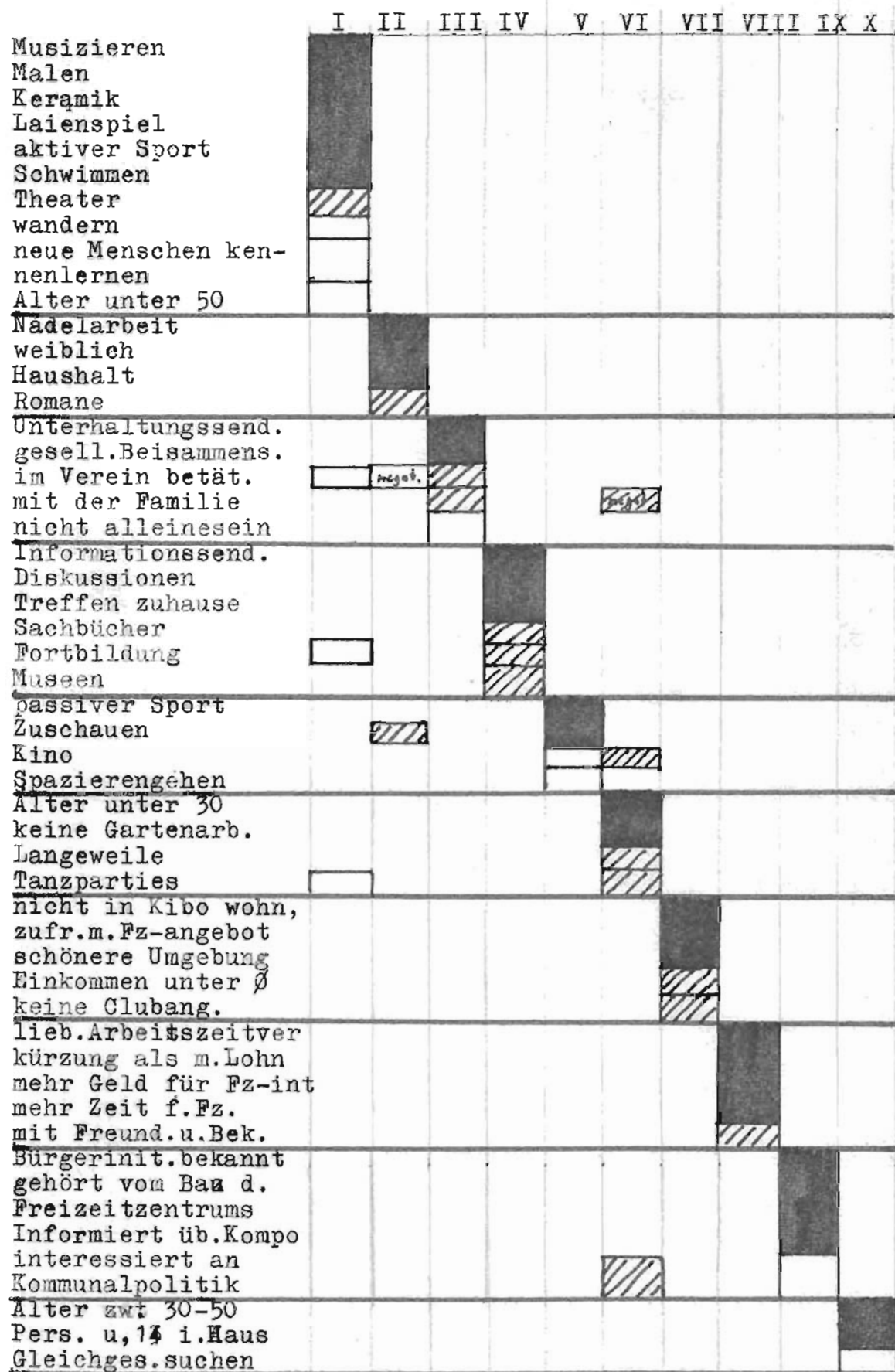
FAKTOR VIII

37	eher Arbeitszeitverkürzung als mehr Lohn	.50
38	mehr Zeit für FZ-interessen aufwenden	.58
39	mehr % des Geldes für FZ-interessen ausgeben	.56
31	gern mit Freunden und Bekannten zusammen sein	.43

FAKTOR X

45	Alter zwischen 30-50	.63
48	Personen unter 14 J. im Haushalt	.68
28	Suchen von Gleichgesinnten für ein Hobby	.35

Tabelle 8.4 Anschauliche Darstellung der 10 Faktoren



starke Ladungen ■ (über.50)
 ausgeprägte Ladungen ▨ (.40-.49)
 vorhandene Ladungen □ (.35-.39)

riablennur unzureichend erklären. Trotz dieser Nachteile wurde die Lösung mit 10 Faktoren als optimal angesehen, da sie psychologisch sinnvoll zu interpretieren ist und plausible Zusammenhänge aufweist. Zudem bleiben bei einer größeren Anzahl von Faktoren die Grundkonstellationen dieser Lösung bestehen.

Bei den Ergebnissen der Faktorenanalyse ist vor allem zu berücksichtigen, daß sie nichts eigenständiges darstellen, sondern nur eine Möglichkeit der Ordnung von Daten durch gewisse formale mathematische Prinzipien.

8.2 Die Faktoren

Faktor 1

Der Faktor zeigt hohe Ladungen auf den Variablen "Musizieren", "Malen", "Keramik", "Laienspiel", "Theater und Konzert" sowie "aktiver Sport" und "Schwimmen". Man ist musisch orientiert, widmet sich dem kulturellen Leben und betreibt auch Sport. Weiter mittelhoch Ladungen auf "Fortbildung", "Diskussionen" und "Tanzparties", legen nahe, daß es sich hier um einen recht vielseitigen Typus der aktiven Freizeitgestaltung handelt. Die Ladung auf der Altersvariable "jünger als 50" zeigt, daß die in diesem Faktor aufgeführten Tätigkeiten hier im jüngeren Lebensalter ausgeübt werden.

Ein Blick auf die Korrelationsmatrix macht uns das Zustandekommen des Faktors deutlicher. Die höchsten Korrelationen der Variablen sind folgende:

Musizieren	.27	Laienspiel
Musizieren	.34	aktiver Sport
Musizieren	.33	Theater
Malen	.31	Schwimmen
Laienspiel	.32	aktiver Sport
aktiver Sport	.31	Theater
aktiver Sport	.38	Schwimmen

Zwischen den Variablen, die die höchsten Ladungen auf dem Faktor haben besteht eine innige, allseitige korrelative Verflechtung.

Der von uns gefundene Faktor verteilt sich in der Faktorenanalyse der EMNID-Untersuchung auf 3 Faktoren.

Laienspielen, Malen und Musizieren gruppieren sich in einem Faktor zusammen, Schwimmen und Sport in einem anderen und Theaterbesuch findet sich in einem Faktor der "Klassischen Unterhaltung" wieder, zusammen mit Konzertbesuch. Die Aufgliederung der Beschäftigungen auf verschiedene Faktoren könnte man vorsichtig so interpretieren, daß bei der Bevölkerung des Ruhrgebietes eine stärkere Entmischung und Spezialisierung in den Freizeitbeschäftigungen eingetreten ist, während bei der kleinstädtischen und dörflichen Bevölkerung der Region Kirchheimbolanden eine vielseitigeres und breiteres Freizeitbewußtsein vorhanden ist. Es ist hier aber auch zu berücksichtigen, daß die im Raum Kirchheimbolanden gebotenen Möglichkeiten eine Spezialisierung nicht zulassen.

Die Unterschiede zur Bevölkerung des Ruhrgebiets mögen zum Teil auf methodischen Ursachen beruhen, jedoch kann für Kirchheimbolanden festgehalten werden, daß eine Reihe von Verbindungen bestehen zwischen den in diesem Faktor zusammengefaßten Variablen.

Faktor 2

Der zweite Faktor greift mit den Kernvariablen "Haushalt", "weiblich" und "Nadelarbeit" einen Bereich heraus, dem die sogenannte Hausfrau zugerechnet werden kann. Er ist charakterisiert durch seine Geschlechtsspezifität und bestätigt die traditionelle Zuteilung des Haushaltsbereiches zur Frau und die Nadelarbeit als eine weibliche Beschäftigung. Weiterhin deckt dieser Faktor deutlich andere Merkmale auf, die mit geschlechtsspezifischer Erziehung und der Zuteilung bestimmter Tätigkeits- und Lebensbereiche einhergehen: eine negative Ladung auf der Variablen "Betätigung im Verein" zeigt, daß Frauen weniger dazu neigen, sich zu organisieren, und die mittlere Ladung auf "Zuschauen" weist auf die weitverbreitete passive Haltung der Frauen hin, mit der die mittlere Ladung auf "Lesen von Romanen" gut in Einklang zu bringen ist. (vgl. dazu Lehr, 1965; Maccoby 1966).

Die korrelativen Zusammenhänge der Variablen verdeutlichen das durch den Faktor geschaffene Bild:

Nadelarbeit	.27	Theater
Nadelarbeit	.45	Haushalt

Nadelarbeit	.25	Zuschauen
Haushalt	.43	weiblich
Lesen von Romanen	.28	Nadelarbeit
weiblich	.26	Lesen von Romanen
weiblich	-.29	Informationssendungen
weiblich	-.24	Fortbildung
weiblich	-.24	mit Freunden und Bekannten zusammensein
Haushalt	-.20	Schwimmen

Der Faktor und die Korrelationen geben uns einige Aufschlüsse zur Freizeit von Hausfrauen, über die bisher wenig bekannt ist. Zwar liegen zahlreiche Beobachtungen vor, aber mit dem Faktor bietet sich ein Ansatz zu einer systematischen Erfassung der Freizeit von Hausfrauen.

Überraschend stark tritt die negative Verbindung zwischen "weiblich" und "Informationssendungen" und "Fortbildung" hervor. Sie steht aber in Einklang mit den Ergebnissen von Schmitz-Scherzer, der ebenso herausfand, daß Frauen mehr Illustrierte und Romane lesen (vgl. Schmitz-Scherzer, 1972). Die negativen Verbindungen zwischen "weiblich" und "gern mit Freunden und Bekannten zusammensein" sowie mit "Schwimmen" runden das Bild ab von Frauen, die im häuslichen Bereich ihre Aufgaben sehen und anderen Beschäftigungen recht unbedarft gegenüberstehen.

Die Frage muß unbeantwortet bleiben, ob der Faktor hier so ausgeprägt auftritt, weil möglicherweise die Emanzipation der Frau in der ländlichen Gegend weniger Fortschritte gemacht hat.

Faktor 3

Entsprechend der hohen Ladungen könnte man dem Faktor die Bezeichnung "Fröhliche Geselligkeit" geben. Man pflegt alle Formen der Geselligkeit, das informelle Beisammensein mit Bekannten, das Teilnehmen am Vereinsleben und auch das Zusammensein mit der Familie. Auch an der Geselligkeit, die über das Fernsehen und das Radio vermittelt wird, nimmt man gern teil. Alleine ist man nicht gerne

Die Korrelationen der Variablen:

Unterhaltungssendungen	.22	Betätigen im Verein
Unterhaltungssendungen	.34	Geselliges Beisammensein
Betätigung im Verein	.30	Zugehörigkeit zu einem Verein
gern mit der Familie zusammensein	.29	Alter über 30
Unterhaltungssendungen	.22	Spiel
geselliges Beisammensein	.22	Betätigen im Verein
mit der Familie zusammen sein	-21	Tanzparties

Die Korrelationen bringen noch die plausible Verbindung zwischen "Unterhaltungssendungen" und "Spiel", die sich in die anderen Zusammenhänge gut einfügt. Es entsteht damit ein Netz von Beziehungen zwischen vielfältigen Gesellungsformen.

Die positive Korrelation zwischen "gern mit der Familie zusammen sein" und "Alter über 30" weist darauf hin, daß der Faktor, aber insbesondere die Variable "...Mit der Familie..." den schon etwas Älteren zuzuordnen ist. Die negative Korrelation zwischen "...mit der Familie..." und "Tanzparties", wobei letztere wiederum positiv korreliert mit "Alter unter 30", bestätigt den Zusammenhang.

Faktor 4

Der Faktor wird bestimmt durch die hohen Ladungen auf "Informationssendungen", "an Diskussionen teilnehmen" und "zu Hause treffen". Man ist interessiert an Dingen, die in der Welt passieren und informiert sich darüber, das Interesse ist breit und umfaßt auch den Besuch von Museen und Ausstellungen. Man ist aktiv und engagiert sich, indem man Sachbücher liest, sich fortbildet und diskutiert. Dazu trifft man sich überwiegend zu Hause. Die Interkorrelationen geben weiteren Aufschluß über den Faktor:

Lesen von Sachbüchern	.23	an Kommunalpolitik interessiert
Lesen von Sachbüchern	.28	Informationssendungen
Informationssendungen	.30	an Diskussionen teilnehmen
Informationssendungen	.31	Museen besuchen
Informationssendungen	.27	zu Hause treffen

Informationssendungen	.30	informiert über Kommunalpolitik
Informationssendungen	.29	männl. Geschlecht
Fortbildung	.38	aktiver Sport
Fortbildung	.31	Diskussionen
Diskussionen	.26	Tanzparties
Diskussionen. 32	.32	im Verein betätigen
Diskussionen	.27	Schwimmen
Diskussionen	.25	jünger als 50
Informationssendungen	-.21	Nadelarbeit

Die Korrelationen zeigen eine enge Verwobenheit der Variablen "Informationssendungen"- "Diskussionen"-Fortbildung". Sie zeigen andererseits auch, daß jede Variable noch eine Anzahl von Korrelationen mit anderen Variablen hat, die nicht auf dem Faktor repräsentiert sind. Hierbei ist zu bedenken, daß der Faktor aus dem Netz von Bezügen zwischen den Variablen nur eine Konstellation zeigt, und zwar die, die am meisten Varianz aufklärt, das heißt die Verbindungen zwischen den auf diesem Faktor zusammengefaßten Variablen ist in der Realität relativ am engsten. Andere Konstellationen sind aber durchaus denkbar.

Der Faktor und die Korrelationen weisen uns auf ein breites Spektrum von Interessen und Tätigkeiten hin. Wesentlich dabei ist, daß die Aufnahme von Information durch Sendungen im Fernsehen oder Radio, durch Sachbücher, durch Fortbildung oder durch den Besuch von Museen verbunden ist mit einer aktiven Haltung, die sich deutlich widerspiegelt in der Neigung, an Diskussionen teilzunehmen, im Interesse an Kommunalpolitik und in der Beteiligung am Vereinsleben. Die aktive Haltung bezieht sich aber nicht allein auf den geistigen Bereich, sondern wird ergänzt durch körperliche Aktivitäten im Sport, Schwimmen und Tanzen.

Die Korrelationen zwischen "Informationssendungen" und "männlich" sowie zwischen "Informationssendungen" und "Nadelarbeit" deuten wieder auf die geschlechtsspezifische Problematik hin, die wir zu Faktor 2 besprochen haben.

Die Korrelation der Altersvariable "jünger als 50" zeigt, daß die ältere Generation weniger gern diskutiert, andererseits macht das Fehlen einer Altersvariable auf dem Faktor deutlich, daß die zusammengefaßte Variablenkonstellation unabhängig vom Alter zu

sehen ist.

Die EMNID-Faktorenanalyse rechnet die von uns gefundene Variablenkonstellation einem Faktor "moderne Bildung" zu, auf dem die Variablen "sich weiterbilden", "anspruchsvolle Bücher lesen" und "sich über Politik und Kulturleben informieren" hoch laden. Man kann also eine recht gute Übereinstimmung feststellen.

Faktor 5

Der Faktor umfaßt einige Aspekte der passiven Freizeitgestaltung: Zuschauen, Kino und Sportveranstaltungen ansehen. Als aktive Komponente kommt Spaziergehen hinzu.

Die Interkorrelationen der Variablen sind folgende:

passiver Sport	.23	Langeweile
Kino	.26	zuschauen
Kino	-.26	Interesse an Kommunalpolitik
Kino	-.23	informiert über Kommunalpolitik
Kino	.24	Alleinesein in der Freizeit
Kino	.30	jünger als 30 Jahre
Kino	.27	aktiver Sport
Kino	.42	Tanzparties
Spazieren	.25	wandern

Die Korrelation "passiver Sport" mit "Langeweile" verstärkt den passiven Charakter des Faktors.

Bei den zahlreichen Interkorrelationen der Variable "ins Kino gehen" fällt jedoch auf, daß sich einmal damit passive, unengagierte Haltungen und Tätigkeiten damit verbinden wie zuschauen, wenig informiert und interessiert an Kommunalpolitik und gern alleinesein in der Freizeit zum anderen aber auch aktive Tätigkeiten wie Tanzparties und aktiver Sport. Aus diesen Verbindungen greift der Faktor 5 offensichtlich die mehr passiven heraus.

Faktor 6

In diesem Faktor ist "Alter unter 30" die höchstladende Variable. Diese Altersgruppe arbeitet weniger gern im Garten, kennt das Gefühl der Langeweile, geht gern zu Tanzparties und ins Kino, ist

aber an Kommunalpolitik weniger interessiert.

Während die Variable "Kino" in Faktor 5 als Teil der passiven Freizeitgestaltung eingezogen wurde, bildet sie in Faktor 6 einen Aspekt des jugendlichen Freizeitverhaltens. Der Faktor zeigt daneben als weitere Charakteristiken jugendlicher Freizeitgestaltung die Langeweile und die kommunalpolitische Desinteressiertheit. Letzteres bestätigt viele, in dieser Richtung gemachte Erfahrungen, zu denen auch die relativ geringe Wahlbeteiligung der jüngeren Bürger gehört. Die Langeweile kann man als Hinweis verstehen, daß für diesen Typ der jugendlichen Freizeitgestaltung nicht genügend Möglichkeiten geboten werden in Kirchheimbolanden und Umgebung. Ebenso mag man die Langeweile aber auch in Zusammenhang bringen mit der jugendlichen Phase der Persönlichkeitsentwicklung.

Eine gute Interpretationsmöglichkeit bietet Faktor 6 auch, wenn man ihn in umgekehrter Richtung betrachtet. Der Faktor würde dann aussagen, daß Personen über 30 lieber im Garten arbeiten, mehr an der Kommunalpolitik interessiert sind, lieber mit der Familie zusammensind und weniger Langeweile verspüren, jedoch nicht so gerne tanzen und ins Kino gehen.

Betrachtet man diese Interpretation mit der vorherigen, tritt recht deutlich zutage, daß die Zugehörigkeit zu einer Altersgruppe und das Ausüben bestimmter Tätigkeiten anderen Tätigkeiten und Einstellungen direkt entgegensteht. Während die Älteren mit der Familie gern zusammen sind und sich der Gartenarbeit widmen, haben die Jüngeren eine Abneigung dagegen und zeigen eine Vorliebe für Beschäftigungen, die im öffentlichen Bereich stattfinden.

Diese Unterscheidung kann als bedeutsam betrachtet werden für die Planung eines Freizeitzentrums.

Die EMNID-Faktorenanalyse bringt ebenfalls "Kino" mit "Tanzen" zusammen, ergänzt diese beiden Variablen aber noch mit "Musik hören". Insgesamt wird der Faktor dann als amüsierfreudiges Freizeitleben bezeichnet.

Die Interkorrelationen der auf unserem Faktor zusammengefaßten Variablen sind folgende:

Gartenarbeit	.36	Alter über 30
Tanzparties	.42	Kino
Tanzparties	.29	wandern
Tanzparties	.39	Alter unter 30
Kino	.26	zuschauen

Langeweile	.26	an Kommunalpolitik desinteressiert
Langeweile	.35	jünger als 30
gern mit der Familie zusammen	.29	älter als 30
an Kommunalpolitik interessiert	.37	älter als 30

Faktor 7

Zunächst mutet der Faktor etwas seltsam an, da er recht heterogene Variablen zusammenbringt. Die Interkorrelationen machen das Zustandekommen des Faktors deutlicher:

Clubangehörigkeit	.24	nicht in Kirchheimbolanden wohnen
Clubangehörigkeit	.20	Alter zwischen 30 und 50
Clubangehörigkeit	.30	im Verein betätigen
höheres Einkommen als Ø	.27	gehört vom Bau des Freizeitentrums
höheres Einkommen	.24	in Kirchheimbolanden wohnen
zufrieden mit dem Freizeitangebot in der Region	.23	Alter zwischen 30 und 50
Schönere Umgebung des Wohnhauses	.22	nicht in Kirchheimbolanden wohnen

Der Faktor beschreibt somit folgende Variablenkonstellation: nicht in Kirchheimbolanden wohnen, geht einher mit niedrigerem Einkommen, mit einer als schön bezeichneten Umgebung des Wohnhauses, mit einer größeren Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot in der Region und mit der Tendenz, eher einem Club anzugehören.

Der Faktor und die Korrelationen weisen auf mehrere Aspekte hin:

- wie auch in der Untersuchung zur Struktur der Region Kirchheimbolanden festgestellt wurde (vgl. Fischer, 1968), zeigt sich hier, daß in der Umgebung Kirchheimbolandens das Einkommen geringer ist als in der Stadt.
- die mittlere Altersgruppe zwischen 30 und 50 Jahren ist eher mit dem Freizeitangebot in der Region zufrieden. Das mag damit zusammenhängen, daß diese Gruppe auch eher bereit ist, sich einem Verein anzuschließen und in ihm aktiv zu sein.

- die Tendenz, sich einem Verein anzuschließen ist in der Umgebung größer als in der Stadt, eventuell als Folge mangelnder anderweitiger Betätigungsmöglichkeiten, die in der Stadt geboten werden.
- die Menschen in der Umgebung Kirchheimbolandens finden die Umgebung ihres Wohnhauses schöner als die Stadtbewohner

Faktor 8

Der Faktor bringt die Einstellung zu Aspekten der Freizeit zusammen. Man würde lieber eine Verkürzung der Arbeitszeit haben wollen als eine Lohnerhöhung, man würde bei einer Verlängerung der Freizeit mehr Zeit für Freizeitinteressen aufwenden und wenn man mehr Geld bekäme, würde man einen höheren Prozentsatz davon für Freizeitinteressen ausgeben. Diese Einstellungen verbinden sich damit, daß man gerne mit Freunden und Bekannten zusammen ist. Die korrelative Verbindung der Variablen untereinander wie auch mit anderen Variablen ist schwach:

lieber Arbeitszeitverkürzung als Lohnerhöhung	.33	bei mehr Geld, einen höheren Anteil davon für Fz ausgeben
gern mit Freunden und Bekannten zusammensein	.22	Lesen von Romanen
lieber Arbeitszeitverkürzung als Lohnerhöhung	.22	gehört vom Bau des Freizeit- zentrums
lieber Arbeitszeitverkürzung als Lohnerhöhung	.24	Bürgerinitiative bekannt
lieber Arbeitszeit verk....	.25	an Kommunalpolitik interessiert

Den interessanten Zusammenhang zwischen der Einstellung zur Freizeit und Kommunalpolitischer Interessiertheit und dem Wissen um die Bürgerinitiative wollen wir im nächsten Faktor besprechen.

Unsere Erwartung, daß eine Verbindung besteht zwischen der Einstellung zur Freizeit und gewissen Freizeitbeschäftigungen kann dieser Faktor nicht bestätigen. Die Einstellungen bleiben relativ isoliert für sich, d.h. die Verbindungen zwischen den Einstellungen und anderen Freizeitvariablen ist mehr zufällig und folgt keiner Systematik. Es bedürfte weiterer Untersuchungen, ob diese Ergebnis zurückzuführen ist auf methodische Eigenarten unserer Studie.

Faktor 9

Faktor 9 zeigt einen Zusammenhang auf zwischen kommunalpolitischem Engagement und der Informiertheit über die Dinge, die mit dem Freizeitzentrum zusammenhängen. Wer kommunalpolitisch interessiert und informiert ist, weiß eher, daß ein Freizeitzentrum gebaut werden soll und daß eine Bürgerinitiative existiert. Zahlreiche Interkorrelationen weisen uns aber auf weitere interessante Verbindungen mit Variablen hin, die nicht auf dem Faktor repräsentiert sind,

gehört vom Bau des Freizeitentrums	.27	Einkommen über Ø
gehört vom Bau des Freizeitentrums	.37	Bürgerinitiative bekannt
gehört vom Bau des Freizeitentrums	.35	über Kommunalpol.inform.
gehört vom Bau des Freizeitentrums	.27	lieber Arbeitszeitverkürzung als Lohnerhöhung
Bürgerinitiative bekannt	.25	lieber Arbeitszeitverkürzung als Lohnerhöhung
Bürgerinitiative bekannt	.35	über Kommunalpolitik inf.
Bürgerinitiative bekannt	.32	an Kommunalpol. interess.
Bürgerinitiative bekannt	.23	Informationssendungen
Bürgerinitiative bekannt	.20	Gartenarbeit
Informiert über Kommunalpolitik	.25	Gartenarbeit
Informiert über Kommunalpolitik	.30	an Kommunalpol. interessiert
an Kommunalpolitik interessiert	.33	Alter über 30
an Kommunalpolitik interessiert	.23	Sachbücher
an Kommunalpolitik interessiert	.23	Informationssendungen
in Kirchheimbolanden wohnen	.20	vom Bau des Freizeit-
an Kommunalpolitik interessiert	.25	zentrums gehört.
		"

Der enge Zusammenhang zwischen Kommunalpolitik und dem Freizeitzentrum wird durch die Korrelationen bestärkt. Hinzu kommen aber noch Korrelationen zwischen dem Wissen um den Bau des Freizeitentrums und höherem Einkommen und dem Wohnort Kirchheimbolanden. Das weist darauf hin, daß die Diskussion um das Freizeitzentrum mehr in Kirchheimbolanden aktuell ist und dort von denen geführt wird, die besser verdienen.

Die schwachen Korrelationen zwischen der Einstellung, eher eine Arbeitszeitverkürzung als eine Lohnerhöhung haben zu wollen und dem Wissen um das Freizeitzentrum sowie kommunalpolitischer Interessiertheit und dem Wissen um das Freizeitzentrum macht

eine weitere Tendenz deutlich: Leute, die eine positive Einstellung zur Freizeit haben, wissen eher von dem Bau des Freizeitentrums und der Bürgerinitiative; eine positive Einstellung zur Freizeit ist häufiger mit kommunalpolitischer Interessiertheit verbunden. Man könnte hieraus die Frage ableiten, ob kommunalpolitisches Interesse, das wiederum verbunden ist mit dem Lesen von Sachbüchern und dem Sehen und Hören von Informationssendungen, generell verbunden ist mit einem bestimmten Bewußtsein gegenüber der Freizeit. Nach der Gruppierung, die der Faktor vornimmt, kann man die Frage allerdings noch nicht beantworten.

Ebenso bedürfte der Einfluß des Alters auf diese Zusammenhänge weiterer Untersuchungen. Nach den vorliegenden Korrelationen können wir lediglich die Aussage machen, daß kommunalpolitische Interessiertheit mit höherem Alter einhergeht. Weiterhin können wir über die recht altersspezifische Variable "Gartenarbeit" schließen, daß auch die Bekanntheit des Freizeitentrums und der Bürgerinitiative zusammenhängt mit höherem Alter.

Für eine detaillierte Analyse dieser Variablen verweisen wir auf das folgende Kapitel.

Festzuhalten bleibt, daß der Faktor das Wissen um das Freizeitzentrum zusammenbringt mit kommunalpolitischer Engagiertheit. Diese Verbindung legt nahe, daß das Interesse für das Freizeitzentrum mehr eine Sache von kommunalpolitisch Interessierten ist und weniger eine Grundlage hat bei der übrigen Bevölkerung.

Faktor 10

Auf diesem Faktor werden die Variablen "Suchen sie Gleichgesinnte für ein Hobby", "Alter zwischen 30 und 50" und "Personen unter 14 Jahren im Haushalt" zusammengeführt. Bei Menschen der mittleren Altersgruppe, die Kinder haben, besteht eher ein Bedürfnis, Kontakt mit Leuten aufzunehmen, die gleiche Interessen haben.

Suchen von Gleichgesinnten für ein Hobby	.30	Alter zwischen 30 und 50
Alter zwischen 30 und 50	.36	Kinder unter 14 im Haushalt
Suchen von Gleichgesinnten	.25	Basteln

Die Korrelationen weisen darauf hin, daß Leute, die gern basteln eher Gleichgesinnte für ein Hobby suchen.

Dies würde die Diskrepanz erklären, die mit dem im nächsten Kapitel

zitierten Ergebnis auftaucht, daß eine negative Beziehung besteht zwischen den Variablen "Alter zwischen 30 und 50" und "Machen sie gern neue Bekanntschaften". Das würde bedeuten, daß man in der mittleren Altersgruppe recht zufrieden ist mit dem Bekanntenkreis, daß jedoch diejenigen, die gerne basteln eher gerne jemanden kennenlernen würden, mit dem sie ein Hobby ausüben können.

8.3 Vergleiche zwischen einzelnen Faktoren

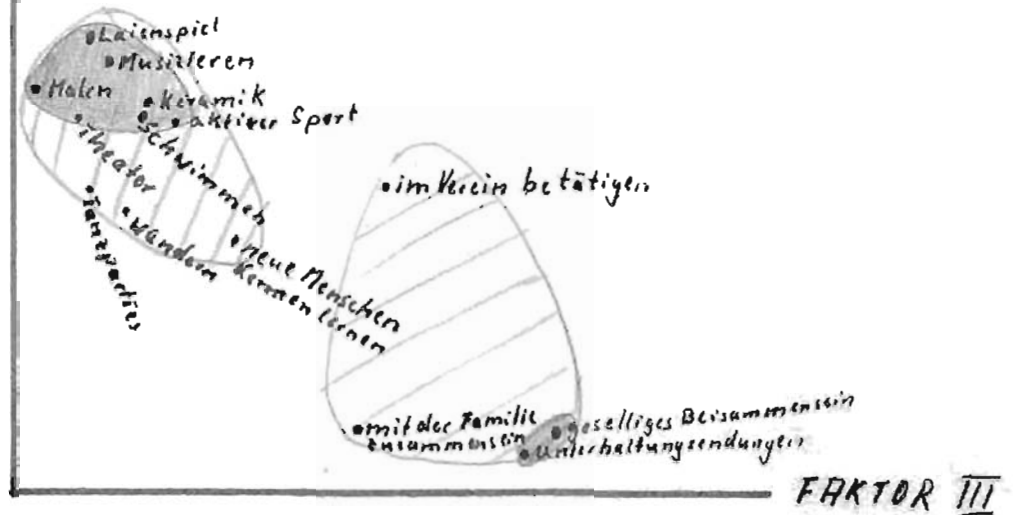
2 | Man könnte sich die Faktorenanalyse so vorstellen, daß die Faktoren
1 | die in einem dreidimensionalen, kugelförmigen Raum verteilten
' | Ausgangsvariablen orten. Jede Variable erhält einen Wert auf dem
Faktor, der die Lage der Variablen im Raum zu dem Faktor beschreibt.
Um den Vergleich zwischen 2 Faktoren durchführen zu können, be-
nötigt man als Betrachtungsebene einen Schnitt durch die Achsen der
beiden Faktoren. Die Schaubilder 8.1 bis 8.14 zeigen solche Schnit-
te, wobei der Schnittpunkt zwischen Ordinate und Abszisse den Mit-
telpunkt des kugelförmigen Raums angibt.

Die Schnitte veranschaulichen recht gut die Interpretationen zu den Faktoren und geben uns vor allem Aufschluß über die Zusammenhänge von Variablengruppen im zweidimensionalen Raum, der aufgespannt wird durch die zu vergleichenden Faktoren:

Die Schaubilder 8.1-8.4, 8.12 und 8.14 stellen deutlich dar, wie eng der Zusammenhang ist zwischen den Variablen "Laienspiel", "Malen", "Keramik", "aktiver Sport", "Schwimmen" und "Theater". Diese Variablen gruppieren sich eng zusammen und bilden einen Block. Aus ihm weicht "aktiver Sport" etwas aus im Vergleich mit Faktor IV (Bild 8.2), d.h. aktiver Sport hängt sowohl mit den in Faktor I als auch mit den in Faktor IV zusammengefaßten Variablen zusammen. In diesem Vergleich wird noch eine weitere Überschneidung deutlich, die sich daraus ergibt, daß "Fortbildung" und "Diskussionen" auf beiden Faktoren laden. Dagegen haben das "Lesen von Sachbüchern" und

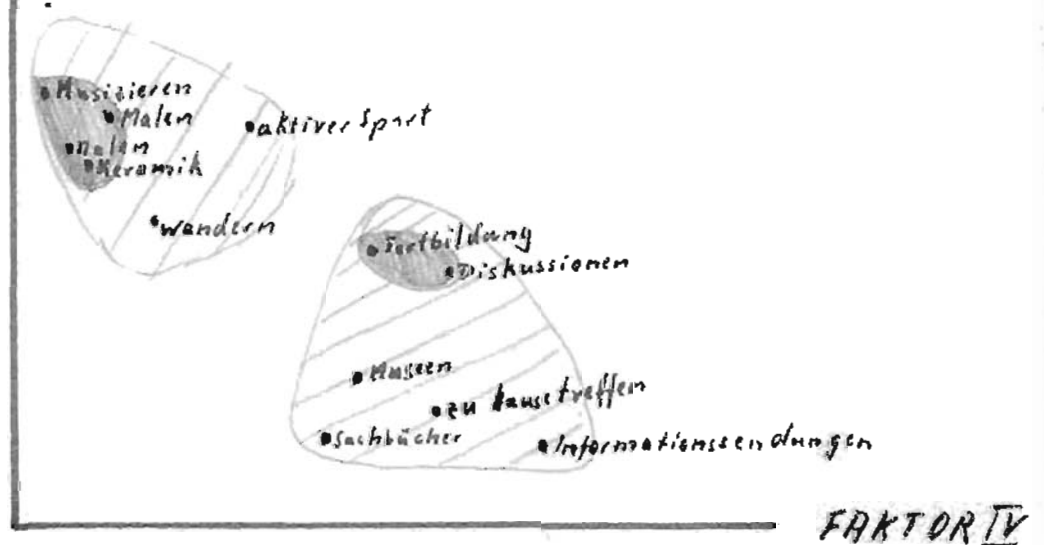
FAKTOR I

Schaubild 8.1



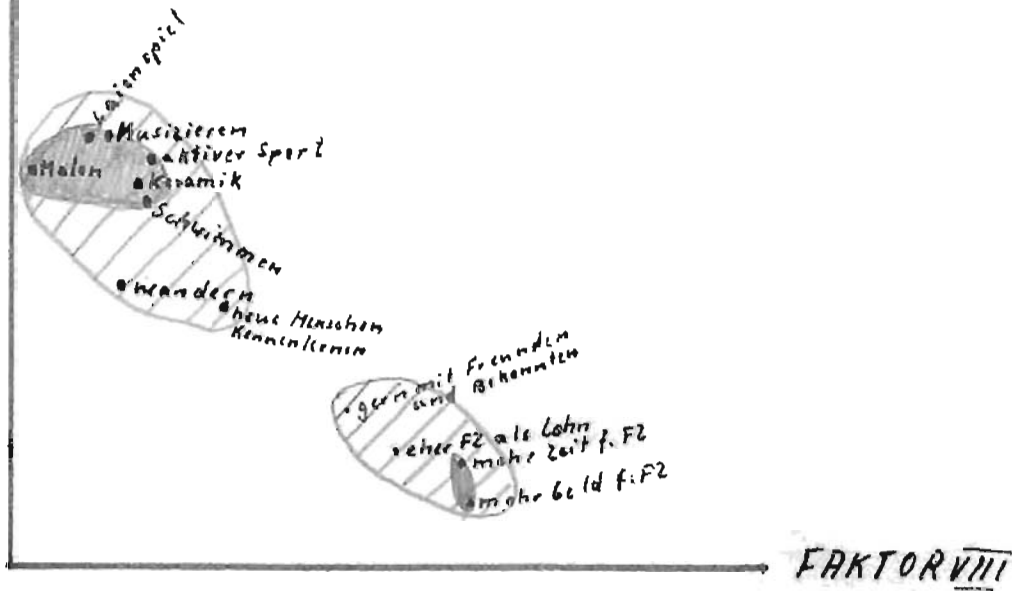
FAKTOR I

Schaubild 8.2



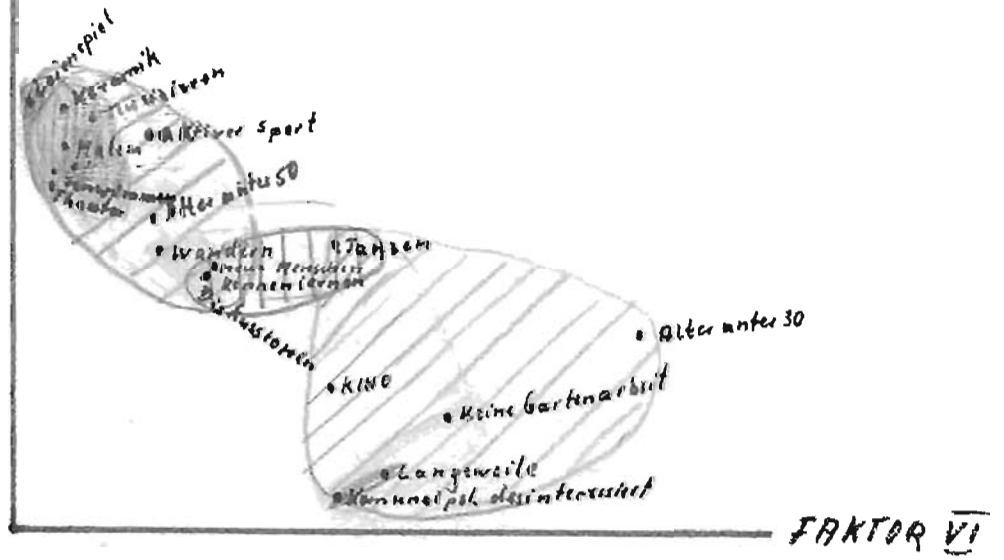
FAKTOR I

Schaubild 8.3



FAKTOR I

Schaubild 8.4

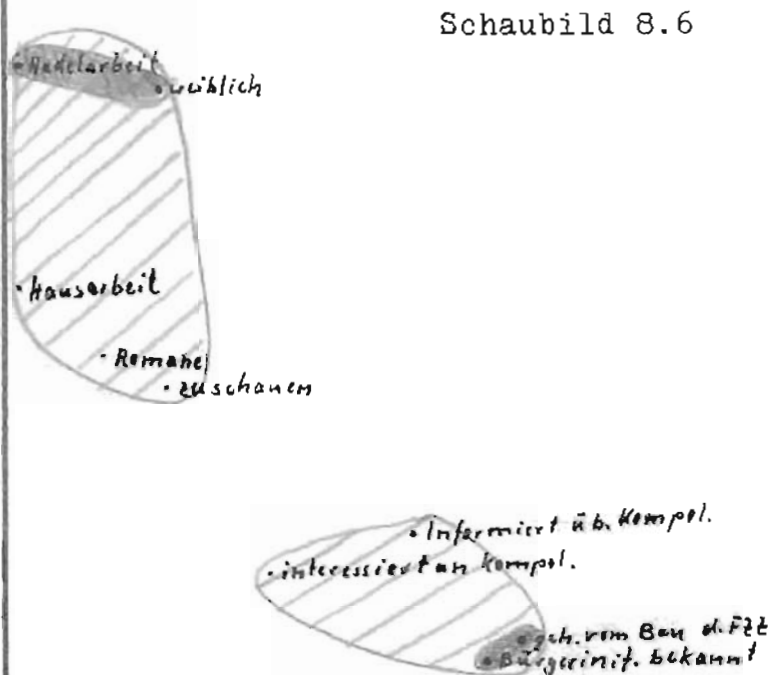


FAKTOR II



FAKTOR I

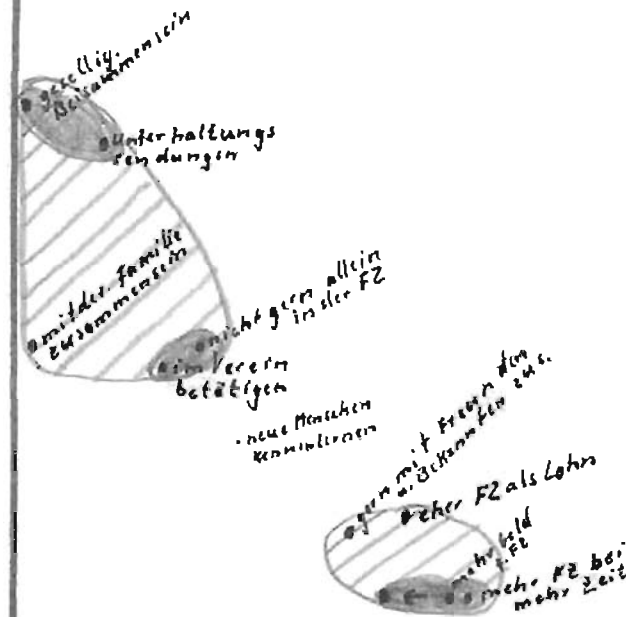
FAKTOR II



FAKTOR I

FAKTOR III

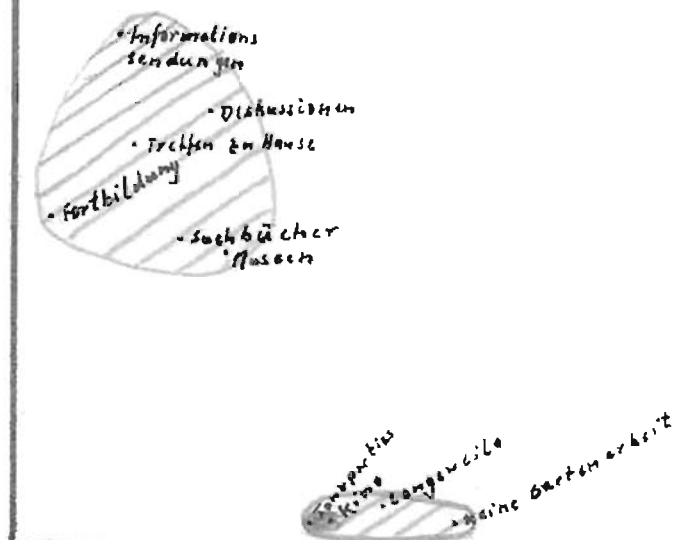
Schaubild 8.7



FAKTOR VIII

FAKTOR IV

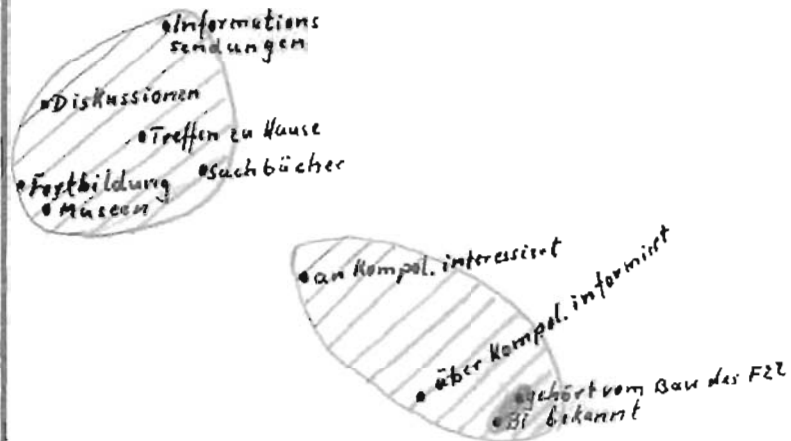
Schaubild 8.8



FAKTOR VI

FAKTOR IV

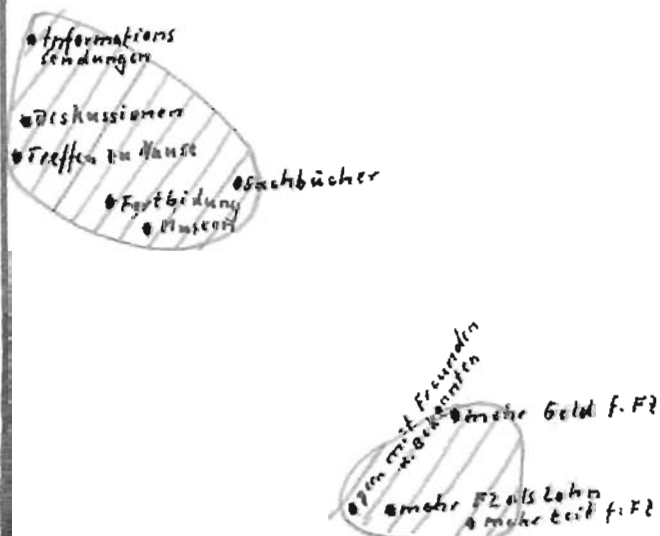
Schaubild 8.9



FAKTOR IX

FAKTOR IV

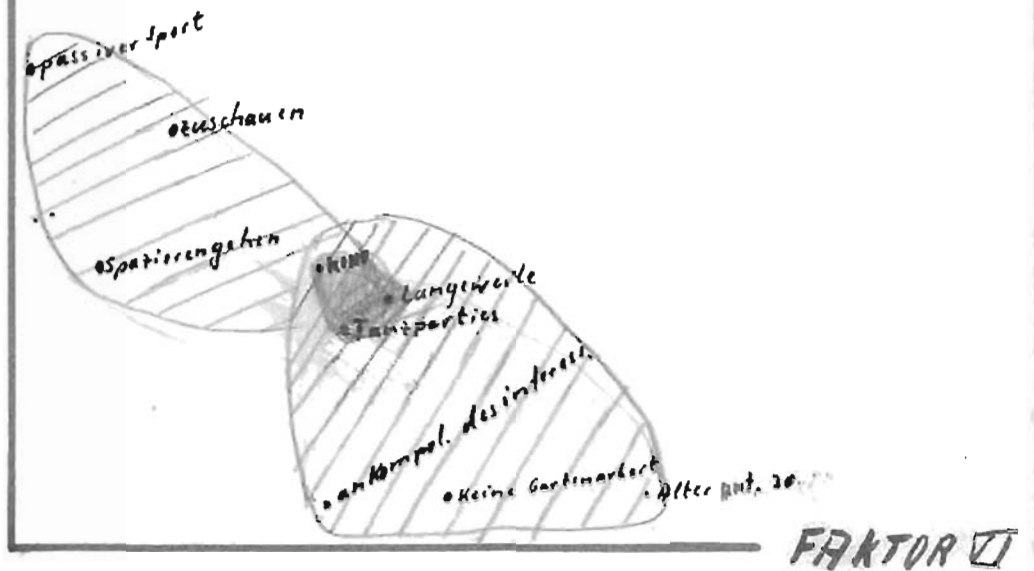
Schaubild 8.10



FAKTOR VIII

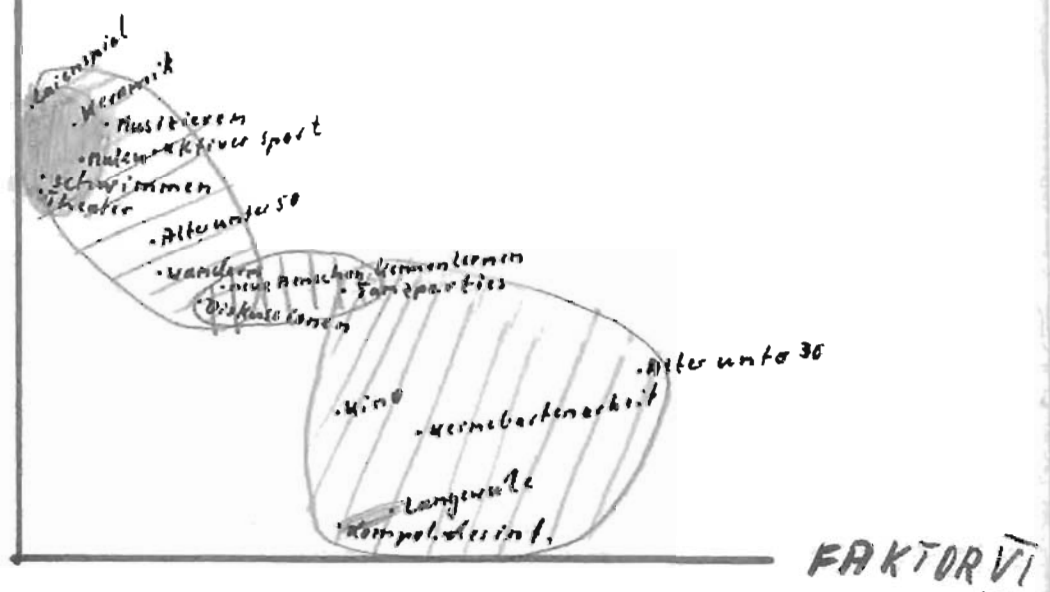
FAKTOR V

Schaubild 8.11



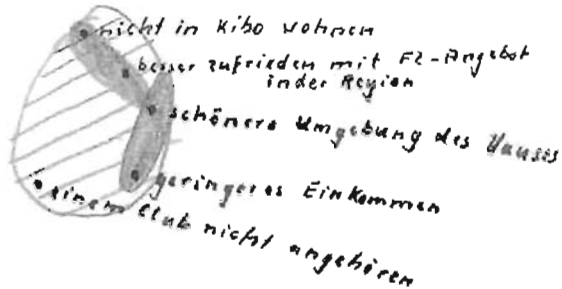
FAKTOR I

Schaubild 8.12



FAKTOR VII

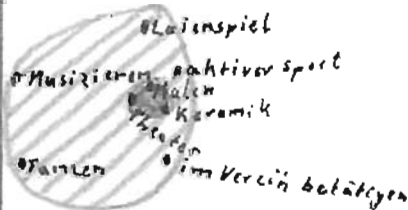
Schaubild 8.13



FAKTOR IX

FAKTOR I

Schaubild 8.14



FAKTOR IX

FAKTOR VIII

Schaubild 8.15

- sehr mehr Zeit
 - mehr Zeit für B.-Interessen
 - mehr Geld f. FZ
 - eher Arbeitszufriedenheit
 - mehr Lohnerhöhung
 - mehr mit Freunden
 - Bekannten zusammen sein

- informiert über
 - Kompul.
 - gehört vom Band. FZ
 - nicht bekannt
 - an Kompul.
 - interessiert

FAKTOR IX

"Informationssendungen" wenig mit Faktor I gemeinsam. Bild 8.1 zeigt, daß die Variable "im Vereinbetätigten" den Faktoren I und III beinahe gleichrangig zukommt. Ebenso hat die Variable "neue Menschen kennenlernen" eine Beziehung zum Faktor III, was plausibel ist, da es in Faktor III um Geselligkeitsformen geht. Dagegen werden die Variablen "geselliges Beisammensein" und "mit der Familie gern zusammensein" von Faktor I kaum geteilt.

Bild 8.3 stellt dar, daß die Einstellung zur Freizeit wenig gemeinsam hat mit den Variablen des Faktors I. Eine geringe Annäherung ergibt sich lediglich durch die Variable "neue Menschen kennenlernen" und "gern mit Freunden und Bekannten zusammensein".

Bild 8.4 verdeutlicht, daß "Tanzparties" nicht nur auf Faktor I eine mittelhohe Ladung hat, sondern auch auf Faktor VI. Damit ergibt sich in der Mitte der Fläche, die durch die beiden Faktoren aufgespannt wird, praktisch eine neue Gruppierung mit den Variablen "Tanzparties", "Diskussionen", "wandern" und "neue Menschen kennenlernen", die aber möglicherweise eine Scheingruppierung ist auf diesem Bild ist, da über die Verteilung der Variablen im dreidimensionalen Raum nichts bekannt ist.

Bild 8.5 und 8.6 veranschaulichen unsere Interpretation zu Faktor II. Der geschlechtsspezifisch geprägte Faktor II hängt relativ eng zusammen mit dem als "passive Freizeitgestaltung" charakterisierten Faktor V, dagegen liegen Faktor II und Faktor IX (Bild 8.6), in dem es um kommunalpolitische Engagiertheit und Wissen über das Freizeitzentrum geht, weit auseinander.

Der Abstand in Faktor II zwischen "Nadelarbeit", "weibliches Geschl." und "Hausarbeit" mag aus der Frageform im Fragebogen resultieren. Dort wurde gefragt, "wie gern..." man etwas tut. Es ist anzunehmen, daß eine Reihe von Hausfrauen dieser Tätigkeit nicht so eindeutig positiv gegenüberstanden, woraus dann die schwache Ladung auf dem Faktor zustande kommt.

Aus Bild 8.6 ist weiterhin ersichtlich, wie eng die beiden Variablen zum Wissen um das Freizeitzentrum und die Bürgerinitiative zusammenliegen. Durch sie wird Faktor IX am stärksten geprägt.

Bild 8.7 zeigt, daß es im Faktor III, bei dem Vergleich mit Faktor

VIII, zwei eng zusammenliegende Gruppen gibt. "Geselliges Beisammensein" und "Unterhaltungssendungen" liegen eng zusammen, prägen den Faktor III und haben wenig mit Faktor VII zu tun, während die beiden Variablen "nicht gern alleine sein" und "im Verein betätigen" dem Faktor VIII näher liegen. In diesem Faktor sind es jedoch wiederum nur zwei Variablen, die etwas mehr Verbindung zu dem Faktor III haben, nämlich "gern mit Freunden und Bekannten zusammensein" und "lieber eine Arbeitszeitverkürzung als Lohnerhöhung". Die Variablen "mehr Zeit für die Freizeit" und "bei mehr Geld, einen höheren Anteil davon für die Freizeit ausgeben" prägen den Faktor VIII und sind nur ihm zu eigen. Dies verdeutlicht unsere vorherige Interpretation, daß die Einstellung zur Freizeit nur wenig mit anderen Freizeitvariablen zu tun hat.

Das Verhältnis zwischen dem Faktor IV, der die 'moderne Bildung' erfaßt, und anderen Faktoren wird in den Bildern 8.8-8.10 dargestellt. Interessant ist die Veränderung der Variablen "Fortbildung", "Diskussionen" und "Informationssendungen" im Verhältnis zu den anderen Faktoren. "Diskussionen" hat relativ viel mit Faktor VI aber nur wenig mit den Faktoren IX und VIII zu tun. "Fortbildung" läßt wenig auf Faktor VI und IX, mehr aber auf VII. "Informationssendungen" hat kaum eine Beziehung zu den Einstellungsvariablen in Faktor VIII, wohl aber zu den Faktoren IX und VI.

Weiterhin ist aus Bild 8.8 ersichtlich, daß die Variablen des Faktor VI sich im Vergleich mit Faktor IV eng zusammengliedern und mit diesem wenig gemein haben.

Zwischen Faktor IV und Faktor IX wird über die Variable "an Kommunalpolitik interessiert" eine Verbindung geschaffen (Bild 8.9). Diese Variable ist praktisch beiden Faktoren zuzuordnen. Es wird aber auch deutlich, daß zwischen der Interessiertheit und der Informiertheit über Kommunalpolitik in Bezug auf Faktor IV eine größere Diskrepanz besteht. Es gehört also zur 'modernen Bildung', sich für Kommunalpolitik zu interessieren, aber eine gleichzeitige Informiertheit ist damit nicht verbunden.

Bild 8.10 zeigt, daß die Einstellungsvariablen zur Freizeit auch mit Faktor IV relativ wenig gemeinsam haben. Ein kleiner, aber wesent-

licher Unterschied fällt auf, wenn man Bild 8.10 mit 8.7 vergleicht: dort zeigt von den Einstellungsvariablen "lieber eine Arbeitszeitverkürzung als eine Lohnerhöhung" eine engere Verbindung zum Geselligkeitsfaktor III. Im Vergleich mit dem Faktor der 'modernen Bildung' lädt jedoch die Variable "bei mehr Geld, mehr davon für die Freizeit ausgeben" höher auf dem Faktor. Geselligkeit tendiert also eher dazu, sich mit Arbeitszeitverkürzungen zu verbinden, während 'moderne Bildung' mehr dazu tendiert, mehr Geld für die Freizeit auszugeben.

Ein erstaunlich verändertes Aussehen zeigt Faktor VI in Bild 8.11. Während dieser im Vergleich mit Faktor IV sich eng zusammenschloß, ist er hier weit ausgefächert und zeigt, daß eine enge Verbindung besteht zwischen verschiedenen Variablen der beiden Faktoren. "Langeweile", "Tanzparties" und "Kino" haben eine höhere Ladung auf beiden Faktoren und bilden eine Gruppe für sich, die sowohl etwas mit dem als "passive Freizeitgestaltung" beschriebenen Faktor V als auch mit dem Faktor VI zu tun hat.

Vergleicht man Faktor VI noch einmal mit Faktor I zeigt sich im Gegensatz zu dem vorherigen Vergleich, daß Langeweile nur noch auf Faktor VI lädt und nichts mit Faktor I zu tun hat. Dagegen erreicht die Variable "Alter unter 30" einen höheren Wert auf Faktor I; dieser wird aber immer noch besser durch die Variable "Alter unter 50" bezüglich des Alters beschrieben, d.h. die in Faktor I zusammengefaßten Variablen hängen zusammen mit dem Altersbereich bis zu 50 Jahren und nicht nur bis zu 30. Dagegen beziehen sich die im Faktor VI zusammengefaßten Variablen mehr auf das Alter unter 30 Jahren.

Bild 8.14 macht deutlich, daß auch die Freizeitbeschäftigungen von Faktor I nur in einem schwachen Zusammenhang stehen mit dem Wissen um die Dinge des Freizeitentrums.

Bild 8.15 veranschaulicht, wie wenig das Wissen um das Freizeitzentrum mit einer positiven Einstellung gegenüber der Freizeit zu tun hat.

8.4 Zusammenfassung

Die Faktorenanalyse bestätigte unsere eingangs gemachte Annahme, daß die Verhaltensweisen in der Freizeit nicht zufällig miteinander vorkommen, sondern gewisse Strukturen bestehen.

Wir fanden eng zusammenliegende Blocks von Tätigkeiten für das musische, kulturelle und sportliche Freizeitleben, für Geselligkeit, für die passive Freizeitgestaltung und die moderne Bildung. Es stellten sich Merkmale des Freizeitlebens von Hausfrauen, Jugendlichen und Älteren heraus.

Obwohl es relativ feste Blocks von Freizeitbeschäftigungen gibt, konnten wir die Hypothese aufstellen, daß in der Region Kirchheimbolanden die Freizeitgestaltung relativ 'natürlich' abläuft und weniger spezialisiert und entmischt ist als bei einer großstädtischen Bevölkerung. Die Feststellung für das Ruhrgebiet, "daß scharf voneinander getrennte Bündel von Freizeitgebieten den Schluß nahelegen, daß die integrative Wirkung der Freizeit problematisch ist, und daß relativ kleine Gruppen von Interessenorientierungen eher zu sektiererhaften als zu gesellschaftsintegrierten Verhaltens und Denkweisen führen", können wir für die Region Kirchheimbolanden nicht bestätigen.

Wir fanden, daß ein enger Zusammenhang besteht zwischen kommunalpolitischer Engagiertheit und Informiertheit über das Freizeitzentrum, aber daß kein solcher Zusammenhang besteht zwischen Freizeitbeschäftigungen und der Informiertheit über das Freizeitzentrum.

Die Hereinnahme von soziographischen Merkmalen und Daten zur Einstellung und Informiertheit in die Faktorenanalyse erwies sich als fruchtbar, da eine Reihe von Verbindungen aufgezeigt werden konnten. Dabei muß betont werden, daß wir die Faktorenanalyse recht grob angewandt haben, um eine allgemeine Strukturierung und Orientierung in den vielfältigen Daten zu schaffen. Die feinere und differenziertere Analyse wird in den anderen Kapiteln vorgenommen.

Dieses Kapitel enthält eine Darstellung und Diskussion der Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung¹⁾ insoweit sie uns Hinweise auf Parameter der Kommunikationsstruktur in der Verbandsgemeinde Kirchheimbollen (kurz: VG Ki-bo) geben. Im Wesentlichen interessieren uns dabei Variablen hinsichtlich bestehender und zu erprobender Möglichkeiten zur Partizipation. Die hier zugrundeliegenden Konzepte leiten sich aus den Kapiteln 1 und 2 her. Aus ihnen sollen im Folgenden Variablen konstruiert und als operationale Definitionen festgelegt werden. Zentrale Begriffe der in diesem Kapitel abgehandelten Analyse sind: "Interesse an Kommunalpolitik", "Informiertheit" über Kom.-Politik bzw. Planung und Diskussion hinsichtlich eines Freizeitentrums, und "Kanalmodalität" (informiert durch die Lokalzeitung versus Bekannte und Bekannte). Darüber hinaus behandeln wir den möglichen Einfluß von sozialen und kommunikationsstrukturellen Variablen auf die Bevorzugung bestimmter in der Öffentlichkeit kontrovers beurteilter Alternativen (insbesondere der "Standort" eines Freizeitentrums).

9.1.1. Statistische Modelle zur Auswertung der Untersuchung

Die Darstellung und Interpretation der Untersuchungsergebnisse stützt sich auf zwei statistische Modelle :

- a) auf eine faktorielle Analyse von 53 Variablen (vgl. Kap. 8) und
 - b) auf die Analyse von Ausschnitten der durch die Daten gebildeten Kontingenzstruktur mit Hilfe der Ein- und Zweiebenenanalyse
- In diese Analyse gehen 116²⁾ der 215³⁾ erhobenen Variablen ein, letzteres Modell soll hier näher beschrieben werden.

Da es sich bei der Befragung um ein Feldexperiment handelt und die meisten Variablen in qualitativer Ausprägung vorliegen, haben wir uns dem exploratorischen Charakter der gesamten Studie entsprechend auf eine Kontingenzanalyse beschränkt. Einen methodischen Rigorismus halten wir bei dem jetzigen Stand der Theorienbildung nicht für angemessen, auch wenn wir dabei Gefahr laufen, hinsichtlich der Hypothesen ab und zu falsche Entscheidungen zu treffen. Bei der Vielzahl der überprüften Beziehungen zwischen den Variablen müssen wir ohnehin bei einem festgelegten Signifikanzniveau von 5% genau diesen Prozentsatz an signifikanten Ergebnissen erwarten, auch wenn in Wirklichkeit überhaupt keine Beziehung existiert.

Zur Überprüfung der statistischen Abhängigkeit von zwei Variablen haben wir den χ^2 -Test nach PEARSON⁴⁾ herangezogen. Wenn es nicht erforderlich war, wegen der Darstellung von nichtlinearen

Beziehungen einzelner mehrwertiger Variablen, Kontingenztabellen höherer Ordnung zu reproduzieren, haben wir die Variablen mit mehrwertiger Merkmalsausprägung im Median dichotomisiert (falls die Daten in eine Rangreihe gebracht werden konnten) bzw. zu Gruppen zusammengefaßt (wenn nur Kategoriale Skalenniveau vorlag). Da es uns bei Vierfelderanalysen in jedem Fall sinnvoll erschien, die Richtung der statistischen Abhängigkeit anzugeben, haben wir eine statistisch signifikant nach oben abweichende Zell-Besetzung in der von links-oben nach rechts-unten verlaufenden Diagonalen als "positive Abhängigkeit" definiert⁵⁾ und folgendermaßen kenntlich gemacht:

		positiver Zusammenhang	/	negativer Zusammenhang
Signifikanz-Niveau:				
5%	:	+		-
1%	:	++		--
0,1%	:	+++		---
fast signifik.	:	(+)		(-)
(10%)	:			

Für die Berechnung eines Maßes für den statistischen Zusammenhang wurde der von HAYS (1963)⁶⁾ vorgeschlagenen PHI-Koeffizient (Cramer's stastic) übernommen:

$$PHI = \left(\frac{CHI^2}{L - 1} \right)^{\frac{1}{2}} = \left(\frac{CHI^2}{N(L-1)} \right)^{\frac{1}{2}}$$

dabei ist CHI^2 identisch mit der Testvariable oben

L = die kleinste Anzahl von Spalten bzw. Zeilen

N = die Zahl der Antworten (Individuen) insgesamt

$$PHI^2 = (\text{der Definition nach}) = \frac{E \cdot E}{i \cdot k} \cdot \frac{p(A_i, B_k)^2}{p(A_i)p(B_k)} - 1$$

Fußnoten:

1) Anm.: Für die Durchführungs- und Erhebungsmethoden vgl. Kap. 5 und 6.

2) Anm.: Eine Reihe von Variablen mußte deshalb ausscheiden, weil wir im Nachhinein feststellten, daß die Items zweideutig aufzufassen waren. Andere Variablen lagen zur Zeit der Auswertung auf Grund der inzwischen eingeschränkten Fragestellung außerhalb des unmittelbaren Interesses (vgl. Kap. 5, 6 und 12).

3) Anm.: Eine Liste der Variablen und der dazugehörigen Interviewfragen findet sich im Anhang.

4) Vgl.: HAYS, 1963, S. 589 ff.

5) Vgl.: " , S. 606 f.; Einen anderen Koeffizienten, insbesondere für polytome Variablen schlagen GUILFORD (1965) und KRIZ (1973) vor: den Kontingenzkoeffizienten $C_d = \left(\frac{CHI^2}{CHI^2 + N} \right)^{\frac{1}{2}}$.

6) Anm.: Für "negative Abhängigkeit" gilt ent-

sprechend die
Diagonale von links
unten nach rechts oben.

Neben der beschriebenen bivariaten Methode der Bestimmung eines Punkt-Vierfelder-Koeffizienten, werden wir gegebenenfalls die Mehrebenenanalyse nach LAZARSFELD(1946) anwenden (vgl. hierzu auch OPP, 1970, und KRIZ, 1973, S. 262 f.). Dieses Verfahren dient zur Kontrolle von statistischen Abhängigkeiten durch die sukzessive Konfrontation von alternativen Hypothesen. Dabei wird bei der Überprüfung von Abhängigkeiten zwischen zwei Variablen eine Testvariable eingeführt und dadurch deren Effekt konstant gehalten: Bleibt dabei die ursprüngliche Abhängigkeit (Höhe und Signifikanz der Korrelation) erhalten⁷⁾, so wird die ursprünglich akzeptierte Hypothese durch das neue Ergebnis bestätigt. Die wiederholte Einführung von Testvariablen kann somit den Bestätigungsgrad einer Hypothese erhöhen.

Hebt sich durch Einführung der Testvariable die vorher bestehende Korrelation auf, so ist anzunehmen, daß jene für die Korrelation ausschlaggebend war und eine vorschnelle Zurückweisung der Nullhypothese bzw. ein 'ökologischer Trugschluß' zur Folge hätte, würde keine Mehrebenenanalyse durchgeführt werden.

Nach HAYS(1963) ist die Interpretation des PHI-Koeffizienten hinsichtlich der Vorhersage nur schwer in dem Sinne zu leisten, wie dies mit dem Koeffizienten der Produkt-Momentkorrelation möglich ist (Determinationskoeffizient). Deshalb werden wir die Reduktion der Vorhersage-Unsicherheit mit Hilfe des "index of predictive association" (von GOODMAN und KRUSKEL, 1954, zitiert in HAYS, 1963, S. 608) berechnen. Er wird mit 'Lambda-B' oder einfach 'Lambda' (vgl. KRIZ, 1973, S. 235) bezeichnet:

$$\text{Lambda} = \frac{\sum_i \max_k f_{ik} - \max_k f_{ik}}{N - \max_k f_{ik}}$$

dabei ist f_{ik} = die beobachtete Häufigkeit in Zelle (A_i, B_k)

$\max_k f_{ik}$ = die größte Häufigkeit in Zeile A_i

$\max_k f_{ik}$ = die größte Spaltensumme (B_k).

zu Anm.5): Für die über die Koeffizienten gemachten Annahmen und bezüglich der Voraussetzungen und Eigenschaften, widersprechen sich HAYS und GUILFORD. Wir entschieden uns für die Version von HAYS, nach der PHI aber nicht C_{ϕ} unabhängig von der Größe der Kontingenztafel den Wert '1' erreicht und PHI durchaus für polytome Variablen berechnet werden kann (entgegen den Ausführungen von KRIZ, 1973, S.232). Dies geschah aus zwei Gründen: a) scheint uns GUILFORD's Darlegung mathematisch nicht stichhaltig, wohingegen die HAYS'sche Version überprüfbar ist und b) gilt bei polytomen Variablen für PHI bezüglich der Vergleichbarkeit das gleiche wie für C_{ϕ} , so daß KRIZ's Einwände analog berücksichtigt werden konnten.

9.1.2. Operationale Definition einiger zentraler Begriffe

Für die Definition der von uns verwendeten Begriffe stehen eine Vielzahl von Indikatoren zur Verfügung, unter denen bestimmte auszuwählen, rein willkürlich erscheint, solange keine plausiblen Kriterien für eine Selektion angegeben werden können. Da man durch eine operationale Definition¹⁾ das Problem nur scheinbar umgeht, wollen wir versuchen, sie durch solche Variablen zu ersetzen, die den von OPP(1970, S.130 und 135 ff.) geforderten Kriterien der 'Konsistenz' und der 'Präzision' genügen.

9.1.2.1 "Interesse an Kommunalpolitik"²⁾

Von dem ersten Teil des Begriffes ("Interesse") kann hinsichtlich der Präzision angenommen werden, daß diese Forderung weitgehend erfüllt ist. Um sicher zu gehen, daß auch verstanden wurde, was unter "Kommunalpolitik" zu verstehen ist, haben wir schon in der vorangegangenen Frage (vgl. Fragebogen, im Anhang) formuliert:

"Der kleine Ausflug in die Gemeindepolitik soll fortgesetzt werden mit der Frage:".

Nun ist "Interesse" eher graduell ausgeprägt als dichotom. Häufig werden adverbiale Bestimmungen hinzugefügt, um korrespondierende Einstellungen auszudrücken. Um eine konsistente und hinreichend differenzierte Antwortmöglichkeit zuzulassen haben wir eine 6-Punkte-Skala für die Selbsteinschätzung vorgegeben ("sehr interessiert"=1 bis "gar nicht interessiert"=6). Da aber Bezugsrahmen der Antworten und die Abstände zwischen den Punkten individuell variieren haben wir die Ergebnisse nachträglich für die Auswertung im Median dichotomisiert (eine Mittelwertbildung durch eine arithmetrische Prozedur hätte Intervallskalenniveau vorausgesetzt).

1) Vgl.: OPP, 1970, S.130; KAMLAH & LORENZEN, 1967; LEINFELLNER, 1965; Funkkolleg Päd. Psych. Bd.8, S.61.

2) Anm.: Begriffe werden im Weiteren in Anführungszeichen gesetzt, um Verwechslung mit den Variablen zu vermeiden. Diese ver-

9.1.2.2. "Informiertheit über Kommunalpolitik"

Bei der operationalen Definition des Begriffes der "Informiertheit" konnten wir einigen Schwierigkeiten, wie sie oben aufgetreten sind, dadurch aus dem Weg gehen, daß wir den Begriff zweifach definieren:

- 1.Def.: INFORMIERTSEIN sei die subjektive Einschätzung des Befragten, ob er über bestimmte kommunalpolitische Topoi informiert sei (wobei zwei aktuelle Themen ausgewählt wurden; vgl. Frage 35 im Anhang).
- 2.Def.: INFORMATIONSTAND bezüglich Kommunalpolitik soll der objektiv feststellbare Wissensstand hinsichtlich einer kommunalpolitisch relevanten Sachverhalte sein (hierbei besteht die Aufgabe darin, einige der bekanntesten Kommunalpolitiker richtig ihrer Partei zuzuordnen; vgl. Frage 39 im Anhang).

Wir können davon ausgehen, daß der INFORMATIONSTAND weniger Gefälligkeitsantworten und größere Vergleichbarkeit zwischen den Individuen zuläßt als die Variable INFORMIERTSEIN. Die qualitative Unterscheidung (objektiv versus subjektiv) erlaubt darüberhinaus einige interessante Vergleiche der empirischen Daten.

9.1.2.3. "Informiertheit über Freizeitzentrum"

Dieser Begriff, ausführlicher wiedergegeben durch "Informiertheit über die Planung und Diskussion bezüglich eines zu bauenden Freizeitzentrum", steht ohne Zweifel zu dem vorausgegangenen Begriff der kom.-politischen "Informiertheit" in zweifacher Weise in Beziehung: a) er ist sowohl ein Spezialfall des ersten, als auch b) wie wir sehen werden, 'sächlich' bezogen, wodurch er sich von der personifizierenden Fragestellung (vgl. 2. Definition) inhaltlich abhebt. Analog zu obigem Begriff definieren wir auch "Informiertheit" in zweifacher Weise:

- 3.Def.: INFORMIERTSEIN sei die subjektive Einschätzung, über über bestimmte Frage bezüglich dem Freizeitzentrum (kurz: F-Z-Z) informiert sei (wobei gefragt wurde, ob das F-Z-Z bzw. die Bürgerinitiative F-Z-Z e.V. bekannt sei).
- 4.Def.: INFORMATIONSTAND bezüglich F-Z-Z ist hierbei definitionsgemäß der Grad, in dem Argumente zur Diskussion den beiden Hauptkontrahenten (Koalition versus Opposition im Stadtrat) richtig zugeordnet werden konnten. (Vgl. Frage 38 im Anhang). Bei der Auswahl der Items wurden nur solche herangezogen, die durch Veröffentlichung in der Lokalzeitung und durch häufige Erwähnung in Bürgerversammlungen als öffentlich zugänglich angesehen werden konnten.

9.1.2.4. "Kommunikations-Kanalmodalität"

Die vorbefindlichen Definitionen der "Kanalmodalität", die so komplex wie uneinheitlich sind (vgl. GRAUMANN, 1972, S. 111 f.), haben

wir wiederum auf zweifache Art und Weise in praktikable Fragen für das Interview umzusetzen versucht:

- 5.Def.:GERNE NEUE BEKANNTSCHAFTEN MACHEN(Frage 16),VEREINSZUGEHÖRIGKEIT(18) und IN DER FREIZEIT GERN MIT DER FAMILIE/MIT FREUNDEN UND BEKANNTEN ZUSAMMENSEIN(13) werden als potentiell Kommunikationsfördernd hinsichtlich der Vermittlung von kom.-politisch relevanten Informationen angesehen.Diese Variablen sind unspezifisch definiert,da sie in erster Linie im Zusammenhang mit dem Freizeitgutachten (vgl.Kap.3 und 7) konstruiert wurden.
- 6.Def.:Eine Gegenüberstellung von "natürlichen" Kanälen und technischen Kanälen wurde operational in die Frage umgesetzt, "Woher hatten Sie vom Freizeitzentrum gehört?".Die Variablen tragen entsprechend den Antwortmöglichkeiten die Bezeichnung BEKANNT und ZEITUNG.(Vgl.Frage 41)

9.2. INTERESSE AN KOMMUNALPOLITIK

Bevor wir im Folgenden die Ergebnisse der Untersuchung hinsichtlich der Variable INTERESSE AN KOM.-POLITIK diskutieren,soll auf die Begleitumstände der Befragung hingewiesen werden.Hierbei spielt es m.E. insbesondere eine Rolle,daß nur etwa 51% der Zielpersonen für die Auswertung zur Verfügung standen.Sieht man als Ursache von "höherer Gewalt" einmal ab,so bleibt der Verdacht, daß unter den Verweigerern prozentual weit mehr "wenig interessierte" Personen waren als es der Gesamtpopulation entsprechen würde.Daraus muß eine starke Verzerrung der Stichprobe hinsichtlich dieser Variablen geschlossen werden,will man dafür Repräsentativität fordern.

Dieser Abschnitt behandelt im Wesentlichen drei Kategorien von Beziehungen zu einigen anderen Variablen der Untersuchung.INTERESSE AN KOM.-POLITIK in Abhängigkeit 1.von demographischen Variablen,2.von Zeit-,Einstellungs- und Umweltvariablen und 3.von den genannten Variablen unter Einführung von Testvariablen.

9.2.1. "INTERESSE AN KOM.-POLITIK und demographische Variablen

Sehr deutliche Beziehungen zeigen sich besonders zum Alter der Befragten.Bei Kenntnis des Alters reduziert sich der Vorhersagefehler um 17%.Der umgekehrte Schluß von INTERESSE auf das Alter reduziert vermindert sich die Unsicherheit dagegen nur unwesentlich(5%).Die Stärke des Zusammenhangs zeigt sich außerdem in der Höhe des PHI-Koeffizients($=0,348+$).Wie die folgende Tabelle zeigt,

sind die eben genannten Kennwerte für sieben Altersstufen berechnet, sodaß wir ein relativ detailliertes Bild von der Beziehung erhalten (die Kennwerte sind deshalb auch nicht mit denen aus der Vierfelderanalyse gewonnenen Werten vergleichbar)¹⁾.

Tab. 9.1. INTERESSE AN KOM.-POLITIK und ALTER (in%)

ALTER:						
	14-17J.	18-24J.	25-34J.	35-44J.	45-54J.	55-64J.
INTERESSE AN KOM.-POLITIK						
we.interessiert: (N=91) =100%	20	21	19	12	15	9
interessiert : (N=66) =100%	6	6	16	27	25	13
ALTER(Forts.)						
<u>65J.undälter</u>				PHI = 0,348 (alpha<5%)		
we.interessiert:	4					
interessiert :	7					

Noch deutlicher kommt diese Abhängigkeit (PHI=0,364, alpha 1%) bei einer Zusammenfassung der Daten zu drei Altersgruppierungen zum Vorschein (vgl. Tab. 2, Anhang). Die Gruppierungen entsprechen hierbei ungefähr jenen, die in der Faktorenanalyse verwendet wurden (vgl. Kap. 8).

Die positive Korrelation zwischen INTERESSE und dem Merkmal "männlich" wurde schon in Kap. 8 berichtet. Hinzuzufügen wäre, daß sich immerhin 29% der befragten weiblichen Einwohnern als eher interessiert einschätzen (Punkte 1-3).

Zu dem interessanten Ergebnis bezüglich der Beziehung zwischen INTERESSE und Familien-STATUS (PHI=0,300), wobei die Ledigen sich als "interessierter" einschätzen als die verheirateten Befragten, sei an dieser Stelle auch das Ergebnis nach Hinzufügen der Testvariablen GESCHLECHT angeführt:

Tab.: 9.2. INTERESSE AN KOM.-POLITIK und STATUS, Testvar.: GESCHLECHT

Variable:	INTERESSE AN KOM.-POLITIK	
Ausprägung:	we.inter./	interessiert
(N=)	91	66

weibl. 0,074 n.s.

Variable: STATUS

Ausprägung: ledig
verh.

0,300 ++

Testvar: GESCHLECHT männl.

0,330 ++

Das Einkommen und die Anzahl der minderjährige Kinder(unt.14J.) in der Familie haben nach unseren Zahlen ebensowenig Einfluß auf Selbsteinschätzung(INTERESSE) wie der Wohnort.

Somit kann die Hypothese aufgestellt werden, daß sich die Bewohner der VG-Ki-bo. (unter der Annahme, daß die Daten repräsentativ für die Population sind) mit zunehmenden Alter eher kommunalpolitisch als "interessiert" einschätzen und dies auch in Abhängigkeit zu dem Verheiratetsein steht.

Eine Abhängigkeit zu der werktags(vgl.Tab.:), samstags und sonntags zur Verfügung stehenden "freien Zeit" konnte nicht belegt werden. Daß dennoch ein Effekt besteht, zeigt sich bei der Einführung von Testvariablen (wie ALTER, GESCHLECHT u.s.w.). Um den Umfang der Arbeit nicht über Maßen zu erweitern, haben wir auf eine ausführliche Diskussion dieser Ergebnisse verzichtet (vgl. hierzu jedoch den Abschnitt 9.4.).

9.2.2. INTERESSE AN KOM.-POLITIK und einige Variablen der Einstellung und Umwelt

Die wenn auch geringe positive Korrelation zu der Vereinszugehörigkeit verwundert auf dem Hintergrund der in Kap.8 gefundenen Zusammenhänge wenig. "Vereinsangehörig" sind zumeist Männer und etwas ältere Personen. Mit diesen Variablen wiederum korreliert das INTERESSE bzw. die Selbsteinschätzung ein solches zu besitzen, womit dieser Sachverhalt m.E. hinreichend erklärt ist (Vgl. Tab. ²⁾). In ähnlicher Weise müßte es auch möglich sein, den Zusammenhang zwischen INTERESSE und dem Besitz eines EIGENEN ZIMMERS (vgl. Tab. , im Anhang).

GERNE IN DER DISKOTHEK sich aufzuhalten (vgl. Frage 14, im Anhang) korreliert negativ mit INTERESSE AN KOMMUNALPOLITIK ($\text{PHI}=0,255$ --), ganz übereinstimmend mit der entsprechenden Beziehung des INTERESSES zur Beliebtheit des Kinobesuchs ($\text{PHI}=0,320$ --) (vgl. Tab. , unten und Frage 2, im Anhang).

Die Beziehung zeigt sich jeweils besonders und ausschließlich bei jüngeren Befragten (unter 34 J.) (Vgl. Tab. , im Anhang). Die folgende Tabelle über die Beziehung des INTERESSES zu den Einstellungen zu ausgewählten Freizeitbeschäftigungen ³⁾ zeigt höhere PHI-Werte als jene, die in die Faktorenanalyse (Kap.8). Das ist darauf zurückzuführen, daß wir zur deutlicheren Demonstration der Daten die Polytomie beibehalten haben. (Vgl. Tab. , im Anhang)

1) Anm.: In der Regel sind diese PHI-Werte größer, wobei die Wahrscheinlichkeit, ein sign. Ergebnis zu erhalten kleiner wird. Wenn nicht anders kenntlich gemacht, handelt es sich um

Tab.:9.3. INTERESSE AN KOM.-POLITIK und FREIZEITBESCHÄFTIGUNG
(Einstellung).Stärke des Zusammenhangs(PHI).

		A-Variable : FREIZEITBESCHÄFTIGUNG(Einstellung)	
		Ausprägung: sehr gern / sehr ungern	
		Kodierung: 1 bis 6	
B-			
Variable:		Variabale:	INFORMATIONSENSENDUNGEN
INTERESSE AN		PHI=	0,337 +
KOM.-POLITIK		-----	
Ausprägung:		GARTENARBEIT	
	we.inter.		0,301 +
	Interess.	-----	
		KINOESUCH	
			0,320 --

		LESEN VON SACHBÜCHERN	
			0,308 +

		GESELLIGES BEISAMMENSEIN	
			0,301 +

		MUSEUMBESUCH	
			0,418 +

Die hier in Erscheinung tretenden Variablen lassen sich wiederfinden in den Faktoren I,III,IV,VI und IX(Kap.8).Obige Relationen (Tab.9.3)zeigen unabhängig von der Variablenstruktur,die die Resultate der Faktorenanalyse beeinflussten,welche Einstellungen (zu den Freizeitbeschäftigungen) mit der Selbsteinschätzung,kom.-politisch interessiert zu sein zusammenhängen:positive Einstellung zur Informationsgewinnung aus Radio,Fernsehen und Sachbüchern und mit Einschränkung aus dem Besuch von Museen.Wieweit GESELLIGES BEISAMMENSEIN (bzw. eine positive Einstellung hierzu) in der Absicht,Informationen zu gewinnen und sich kom.-politisch auf dem Laufenden zu halten,"eher gerne" getan wird läßt sich aus den obigen Daten nur schwer schließen.

Über die Ergebnisse der Faktorenanalyse hinausgehend,die aus technischen Gründen auf eine Einbeziehung der tatsächlichen Ausübung der Freizeitbeschäftigungen verzichtet hat,sind in der Tab.9.4 unten die entsprechenden Beziehungen des INTERESSES zu jenen dargestellt.Sie werden anschließend mit obigen Daten verglichen.

Tab.:9.4. INTERESSE AN KOM.-POLITIK und AUSÜBUNG von ausgewählten FREIZEITBESCHÄFTIGUNGEN (Häufigkeit in %)

Variable	:	FREIZEITBESCHÄFTIGUNG (Ausübung)					
Ausprägung:		fast 2-3x	fast j.	fast j.	selte-	nie	
		tägl.wöch.	Woche	Monat	ner		
Kodierung	:	1	2	3	4	5	6

Variable	:	INFORMATIONSENDEUNGEN (vgl.Frage 2.4, im Anhang)					
we. interes.:(100%)		56	29	8	3	3	1

Variable:	interessiert:	29	28	17	9	13	3
INTERESSE AN	PHI=0,321+++	-----					
KOM.-POLITIK		-----					

Variable	:	DISKUSSIONEN TEILNEHMEN (Vgl. Frage 2.17, im Anhang)					
"	(100%=)	9	4	26	17	26	18
"	(100%=)	1	3	14	8	45	29
	PHI=0,327 +	-----					

Variable	:	THEATERBESUCHE (Vgl.Frage 2.20, im Anhang)					
"	o	o	o	29	44	27	
"	2) o	1	1	10	53	35	
	PHI=0,261 +	-----					

Variable	:	GARTENARBEIT (vgl.Frage 2.5, im Anh.)					
"		44	20	15	1	11	9
"		26	14	12	5	24	19
	PHI=0,279 +	-----					

Variable	:	KINOBESUCH (Vgl.Frage 2.19, im Anhang)					
"		0	1	3	12	50	33
"	2) 1	1	15	23	30	30	
	PHI=0,286 -	-----					

2)Anm.: Eigentlich hätte hier das hypergeometrische Modell angewandt werden müssen (vgl. KRIZ, 1973, S.171), da die Voraussetzungen für die Anwendung des CHI²-Modells nicht erfüllt sind. Darauf wurde aber verzichtet, da die Variablen hier nur von marginaler Bedeutung sind.

2)Anm.: die Tabelle ist im Anhang zu finden

3)Anm.: die Freizeitbeschäftigungen, die in diesem Kapitel zu den zentralen Variablen in Beziehung gesetzt werden, sind im Wesentlichen nach ihrer kommunikativen Funktion, ihrem möglichen Erklärwert für Interesse und Informiertheit bezüglich kommunalpolitischer Themen und ihrem Bezug den der Arbeit vorausgegangen Überlegungen ausgewählt worden. Ausnahme: GARTENARBEIT. Hierbei lag eine Einbeziehung nahe, nachdem die Variable in nicht erwarteter Weise in der Faktorenanalyse zusammen mit INTERESSE AN KOM.-POLITIK hoch korrelierte.

Ein Vergleich der Tabellen 9.3 und 9.4 ergibt vier Arten von Beziehungen zwischen dem INTERESSE an Kom.-Politik und den ausgewählten Freizeitbeschäftigungen:

1. Es besteht kein Zusammenhang zwischen INTERESSE und F.Z.-Beschäftigung ,
2. Es besteht ein korrelativer Zusammenhang(signifikant auf dem 5%-Niveau)zwischen INTERESSE und einer positiven Einstellung zu (aber nicht einer häufigeren Ausübung von) der Freizeitbeschäftigung,
3. Es besteht ein korr.Zusammenhang zwischen INTERESSE und der häufigen Ausübung¹⁾ von(aber nicht positiven Einstellung zu)der Freizeitbeschäftigung und
4. INTERESSE korreliert sowohl mit einer positiveren Einstellung zu als auch einer häufigeren Ausübung der F.Z.Beschäftigung.

Unter Ausklammerung der 1.Kategorie sind diese Beziehungen in der folgenden Tabelle(9.5) dargestellt,wobei links die Beziehungen dargestellt, die unter Punkt 2. beschrieben sind und rechts die unter Punkt 3. beschriebenen.Die letzten drei Variablen der F.Z.Beschäftigung(unten in der Tabelle) zeigen den unter Punkt 4. beschriebenen Sachverhalt auf.

Tab.:9.5. INTERESSE AN KOM.-POLITIK und Einstellung und Ausübung einiger Variablen der F.Z.Beschäftigung(PHI;Sign.niveau

A-Variable: INTERESSE AN KOM.-POLITIK		
Ausprägung: we.int./interes. //we.int./interes		
Kodierung : 4-6 /1-3 //4-6 /1-3		
B-Variable:		
Freizeitbeschäftigung: Einstellung Einstellung zu //Ausübung von...		
Ausprägung: sehrgern-sehr ungern //unter 0 - über 0		
2. LESEN VON SACH- BÜCHERN	0,308 +	n.s.
GESELLIGES BEI- SAMMENSEIN	0,301 +	n.s.
MUSEEN BESUCHEN	0,418 ++	n.s.
3. THEATERBESUCH	n.s.	0,261 +
DISKUSSIONEN	n.s.	0,327 +
4. INFORMATIONSSSENDUNGEN	0,337 ++	0,321 ++
GARTENARBEIT	0,301 +	0,279 +
KINOBESUCH	0,320 --	0,286 -

Eine vorläufige Interpretation dieser Ergebnisse versuchen wir in folgender Weise:

- I. Eine an Kom.-Politik interessierte Person ist männlichen Geschlechts und eher über 30 Jahre alt,
- II. hat ein eigenes Zimmer und gehört einem Verein an,
- III. zeigt eher als andere eine positive Einstellung zu Aktivitäten, von denen er sich einen Informationsgewinn verspricht (Lesen von Sachbüchern, geselliges Beisammensein, Museumsbesuch, Informationssendungen;
- IV. nimmt signifikant häufiger an Diskussionen teil, ohne positiver dazu eingestellt zu sein als andere,
- V. gehört vermutlich einer Bevölkerungsgruppe an, die Theaterbesuch bevorzugt und Kino ablehnt. Gartenarbeit ¹⁾ scheint gemäß einer Fitneß-Ideologie auch in hohem Maße ausgeführt zu werden
- VI. und er ist politisch informiert und aktiv, wie dies im Faktorenmodell als Faktor "9" (vgl. Kap.8) hypothetisch postuliert ist.

9.3. INFORMATIONSTAND bezüglich Kommunalpolitischer Sachverhalte

Wie schon aus Tabelle ersichtlich- und erfahrungsgemäß zu erwarten war - besteht zwischen INTERESSE an und INFORMATIONSTAND bezüglich Kommunalpolitik ein signifikanter Zusammenhang; wie er indirekt auch durch den Faktor "9" zur Geltung kommt:

Tabelle 9.6 Faktor "9" (vgl. Kap. 8)

Variablen:	r_{VF}	h^2
43 Kom.Pol. interessiert	.35	
42 Informiert üb. Kom.Pol.	.53	
41 von Bürgerinitiative gehört	.67	
42 von Freizeit-Z. gehört	.62	

1) Anm.: Eine Beziehung zw. "sich gern im Garten aufhalten" (vgl.) und den Variablen INTERESSE u. INFORMATIONSTAND besteht dagegen nicht. (Vgl. Tab. , im Anhang) ; vgl. hierzu auch SPIEGEL vom und ZEITmagazin vom 20.4.73: über Phänomen der Gartenarbeit.

Die Stärke des statistischen Zusammenhangs bzw. die Repräsentativität des Ergebnisses dürfen als unter- bzw. überschätzt angesehen werden, da wir annehmen müssen, daß bei der Auswahl der Stichprobe hinsichtlich des Merkmals INTERESSE ein selektiver Faktor nicht ausgeschlossen werden konnte. ¹⁾ Als Kontingenzen dargestellt, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 9.7 INTERESSE an KOM.-POLITIK und INFORM.STAND bezügl. KOM.-POLITIK

A-Variable: INFORMATIONSSTAND		üb. KOM.-POLITIK		
Ausprägung:		wenig inform. %	informiert %	
B-Variable:				
INTERESSE an KOM.-POLITIK	wenig interessiert (N = 91)	61	38	= 100 %
	interessiert (N = 66)	38	62	= 100 %
PHI = 0,230 ++				

Gegeben unsere Stichprobe, ergibt sich bei Kenntnis der B-Variable ²⁾ eine Reduktion des Vorhersagefehlers von 21% , wenn wir den INFORMATIONSSTAND vorhersagen wollen. Bei Vertauschung von bekannter und vorherzusagender Variable ergeben sich 9% Fehlerreduktion (vgl. Abschn. 9.1.1.). Das Ausmaß der Abhängigkeit dürfte höher liegen, wenn alle Zielpersonen unserer Untersuchung sich an der Befragung beteiligt hätten.

9.3.1. INFORMATIONSSTAND bezügl. Kom.-Politik und einige demographische Variablen.

Die tendenziell gleichen statistischen Abhängigkeiten wie zwischen Interesse an Kommunalpolitik und demographischen Variablen lassen sich auch für die Informiertheit finden. Die in der Tabelle (im Anhang) dargestellten Ergebnisse zeigen jedoch eine wesentlich schwächere Abhängigkeit: nur ALTER und GESCHLECHT

1) Anm.: Man kann annehmen, daß unter den "wenig Interessierten" die "Verweigerer" überproportional vertreten sind.

2) Anm.: Wie schon in den vorangegangenen Tabellen verwenden wir die Termini A- und B-Variable, anstelle von " abhängige u. "unabhängige Variable".

weisen eine signifikante Korrelation mit INFORMIERTHEIT auf. Für die Antwort auf die Frage, ob Freizeitzentrum bzw. (zum Vergleich:) beabsichtigter Neubau des Stadthauses oder der Hauptschule bekannt seien, konnte nur noch das Alter (jüngere Personen sind weniger informiert) und dies nur im Falle der Bekanntheit des beabsichtigten Neubaus des Stadthauses als in signifikanter Abhängigkeit zur INFORMIERTHEIT stehend nachgewiesen werden.¹⁾

9.3.2. INFORMATIONSSTAND über KOM.-POL. und Variablen der Einstellung und Umwelt.

Für das Kriterium Vereinsangehörigkeit läßt sich eine ähnlich starke positive Abhängigkeit wie in Tab. Interesse an Kom.-Politik mit dem INFORMATIONSSTAND bezügl. KOM.-POL. signifikant nachweisen. (vgl. Tabelle im Anhang).²⁾

Für die Einstellungsvariable "Gerne neue Bekanntschaften machen" ergibt sich aus unseren Daten Unabhängigkeit von INFORMATIONSSTAND. Dennoch ist eine Abhängigkeit denkbar. Eine Hypothese könnte ja lauten: "Je eher eine Person bereit ist, neue Bekanntschaften zu machen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß er über kom.-politische Sachverhalte informiert ist". In diesem Zusammenhang läge die Vermutung nahe, daß die hypothetisch für wahr gehaltene Abhängigkeit von anderen Beziehungen zwischen den Variablen kompensiert wird (z.B. vom ALTER,³⁾ da wir wissen, daß mit zunehmendem Alter die Bereitschaft, "neue Bekanntschaften zu machen, abnimmt. Um diese Frage zu entscheiden, führen wir die Testvariable ALTER ein und überprüfen nochmals obige Hypothese.

Tabelle 9.8. INFORMATIONSSTAND bezügl. KOM.-POL. und NEUE BEKANNTSCHAFTEN MACHEN, TEST.-VAR.: ALTER (PHI)

A-Variable: INFORM.-STAND bezügl. KOM.-POL.			
Ausprägung: wenig informiert/ informiert			
B-Variable:			
NEUE BEKANNTSCHAFTEN MACHEN		0,008	n.s.
Testvariable:			
ALTER	14-34 Jahre	0,006	n.s.
	35-55 J. u. älter	0,073	n.s.

Wie aus Tab. 9.8. ersichtlich, konnte die Hypothese auch durch Einführung der Testvariable ALTER nicht bestätigt werden.

9.3.3. Zusammenfassung

Der INFORMATIONSSTAND bezüglich KOM.-POLITIK steht nach diesen Untersuchungsergebnissen in positiver Beziehung (alpha 5%) zu

1. INTERESSE an KOM.-POL., hierbei aber nur bei Befragten mit den Merkmalen "weiblich", "höhere Schulbildung", "über 35J", und "Stadtbewohner" (vgl. Abschn. 9.4.4. Interpretation),
2. dem Merkmal "männlich" (alpha 1%),
3. der Vereinszugehörigkeit und
4. dem INFORMIERTSEIN über andere kom.-pol. Themen (alpha 1%).

Vgl. hierzu Tab. , im Anhang.

-
- 1) Vgl.: hierzu die Frage 35, im Anhang, und die Tabelle
 - 2) Anm.: Eine Berechnung weiterer Kontingenzkoeffizienten auf Grund der vorliegenden Daten steht noch aus. Aus zeit- und arbeits technischen Gründen konnten diese jedoch nicht mehr in die Arbeit aufgenommen werden.
 - 3) Anm.: Von den 14-24-Jährigen gaben 80% an, gerne neue Bekanntschaften zu machen. Bei den über 44-Jährigen sind es nur noch 42%. Vgl. auch Schaubild 9. III, S. . Die Ergebnisse sind über alle Daten ermittelt auf dem 1%-Niveau signifikant.

9.4. INFORMATIONSSTAND bezüglich der Diskussion um ein ge-
plantes FREIZEITZENTRUM

Im folgenden wollen wir diese Variable dort, wo keine Gefahr der Verwechslung besteht, kurz INFORMATIONSSTAND bezügl. F.Z.ZENTRUM nennen. Davon zu unterscheiden ist, wie in 9.1.2. ausgeführt, das INFORMIERTSEIN über das F.Z.ZENTRUM, erfaßt durch die Fragen 35 und 41 des Fragebogens (vgl. Anhang):

Frage 35: "Haben Sie vom Bau eines Freizeitentrums gehört?"
(Antwortmöglichkeit: Nein/Ja)

Frage 41: "Woher haben Sie vom Freizeitzentrum gehört?"
(Antw.möglichkeit: 'heute zum erstenmal' u. andere)

Mit diesen Fragen hatten wir eine Möglichkeit die Konsistenz der Variablen INFORMIERTSEIN bezügl. F.Z.Zentrum abzuschätzen. Während 22% der Befragten angaben, noch nicht vom F-Z-Z gehört zu haben, gaben nur 13% an, heute zum erstenmal davon gehört zu haben. Diese Differenz kann zwei Ursachen haben, einmal in der inkonsistenten Weise in der die Befragten geantwortet haben, und zum andern in der Umformung der Frage. Beides konnte nicht kontrolliert werden und relativiert die Verlässlichkeit und damit auch die Gültigkeit der gesamten Rohwerte der Untersuchung (Vgl. Kap 8), da sich dies in einer Verminderung der möglichen Korrelationskoeffizienten niederschlägt. Der weiteren Verrechnung der Variablen legen wir die Daten aus Frage 35 zugrunde, da diese weniger indirekt ist und m.E. die Verhältnisse realistischer wiedergibt.

Eine Gegenüberstellung von INFORMIERTSEIN und INFORMATIONSSTAND bezügl. F-Z-Z ergibt einen sinnvollen empirischen Bezug zu der unter 9.1.2.3. vorgenommenen Definition des Begriffes "Informiertheit über F-Z-Z" als zwei getrennte Variablen und der Relation zwischen den beiden Variablen. Von den "wenig bezügl. F-Z-Z informierten" Befragten gaben 13/4 an, das F-Z-Z sei ihnen bekannt. Die 4,5% "Informierten", die angaben, ihnen sei das Freizeitzentrum nicht bekannt, müssen m.E. mit einem 'Ratefaktor' erklärt werden.

Tab.: 9.10 INFORMATIONSSTAND und INFORMIERTSEIN bezügl. F-Z-Z

A-Variable :	INFORMATIONSSTAND bezüglich F-Z-Z		
Ausprägung :	wenig inform.	/	informiert
Kodierung :	0	/	1-6
(N=	115	/	45)

B-Variable:	Ausprägung:			
INFORMIERTSEIN				
üb. F-Z-Z-ZENTRUM	Nein	27,7 %	4,5%	PHI= 0,255+HH
	Ja	72,3 %	95,5%	

lichen Einkommens in Stadt und Land reduziert sich die Stärke des Zusammenhangs zwischen den Variablen auf ein als "zufällig" zu interpretierendes Ergebnis. Wodurch die geographische Distanz als letztlich wirksame Variable übrigbleibt.

Tab: 9.11 INFORMATIONSSTAND bezügl. F-Z-Z und EINKOMMEN, Testvariable: WOHNORT

A-Variable: INFORMATIONSSTAND bez. F-Z-Z	
Ausprägung: wenig inf./informiert	
B-Variable:	
EINKOMMEN unt. 1200.-	0,159 +
über 1200.-	
Testvariable:	
WOHNORT 'Land'	0,039 n.s.
'Stadt'	0,105 n.s.

9.4.2. INFORMATIONSSTAND bezügl. F-Z-Z und einige Einstellungs- und Umweltvariablen

Die Einstellung GERNE NEUE BEKANNTSCHAFTEN ZU MACHEN korreliert zu INFORMATIONSSTAND ebensowenig wie im Falle der KOM.-POLITIK. (Vgl. Tab.: 3 u. 5, im Anhang). Anders als in jenem Fall zeigt auch der Umstand, einem Verein anzugehören, keinen Zusammenhang zum INFORMATIONSSTAND bezüglich des F-Z-Z. INTERESSE an KOM.-POLITIK und INF.-STAND korrelieren mit $\Phi = 0,216$ ++ .

9.4.3. Einführung einiger Testvariablen

Wenden wir uns nun einigen interessanten Aspekten der Beziehung zwischen INFORMATIONSSTAND bezügl. F-Z-Z und der Selbsteinschätzung, "kom.-politisch interessiert" zu sein, zu. Gerade wegen der Alters- und Geschlechtsbezogenheit der Selbsteinschätzung mußte die Frage gestellt werden, ob die durch die Daten angezeigte Beziehung in dieser Hinsicht Besonderheiten zeigen. In der Tabelle 9.12 auf der nächsten Seite die Korrelationen (Φ -Koeffizient) dargestellt, einmal für die gesamte Stichprobe und zum andern für einige Teilstichproben (geteilt nach ALTER, GESCHLECHT, WOHNORT, EINKOMMEN und SCHULBILDUNG).

1) Anm.: Die Diskussion war, soweit sie öffentlich geführt wurde zum Zeitpunkt der Befragung genau ein Jahr "alt". Bis dahin erschienen 28 Zeitungsartikel und 3 Radionotizen

A-Variable : INFORMATIONSSTAND bezügl.F-Z-Zentrum	
Ausprägung :	wenig inf./informiert
Kodierung :	0 / 1-6
B-Variable:	Ausprägung:
INTERESSE AN	wenig inter.
KOM.-POLITIK	interessiert
	0,216 ++
Testvariable:	Teilstichprobe:
ALTER	"unter 34 Jahre"
	0,210 (+)
	"über 35 Jahre"
	0,249 +
GESCHLECHT	"männlich"
	0,110 (+)
	"weiblich"
	0,290 +
WOHNORT	"Land"
	0,158 (+)
	"Stadt"
	0,249 +
EINKOMMEN	"unter 1200,-"
	0,180 (+).
	"über 1200,-"
	0,502 +.
SCHULBILDUNG	"Volksschule"
	0,150 (+)
	"höh.Schulabschluß"
	0,351 +

Was ist von der Beziehung zwischen INFORMATIONSSTAND bezügl.F-Z-Zentrum und dem "Interesse" an Kom.-Politik übriggeblieben? Zunächst sehen wir aus den Daten, daß diese Beziehung innerhalb der verschiedenen sozialen Strata durchaus unterschiedlich gestaltet ist. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Konstanthaltung von GESCHLECHT, SCHULBILDUNG, WOHNORT und EINKOMMEN. Gemäß den in Tabelle 9.12 berichteten Ergebnissen können wir nun formulieren:

INTERESSE an KOM.-POLITIK korreliert mit dem INFORMATIONSSTAND bezüglich dem FREIZEITZENTRUM signifikant ($\alpha=5\%$) in den Teilpopulationen mit den Merkmalen "weiblich", "Stadtbewohner", "höhere Schulbildung", "Einkommen über DM 1200,-" und "älter als 35 Jahre". In diesen Daten steckt darüber hinaus eine weitere Variable, nämlich die "Kanalmodalität" (vgl. Abschnitt 9.5.1.5.). Führen wir nun INTERESSE AN KOM.-POLITIK als Testvariable ein, so zeigt sich in der Beziehung zum BESCHÄFTIGUNGSBEREICH ein unerwarteter Effekt. Eine bis dahin unentdeckte Abhängigkeit zwischen INFORMATIONSSTAND und BESCHÄFTIGGS.-BEREICH zeigt sich nach Aufteilung der Stichprobe in "wenig Interessierte" und "Inter-

essierte". Während unter den bei einer Behörde Beschäftigten fast alle "Informierten" in der Gruppe der "Interessierten" auftauchen und alle "wenig Informierten" in der Gruppe der "wenig Interessierten" zu finden sind, verkehrt sich das Verhältnis bei den in Handwerk und Industrie Beschäftigten geradezu um: in der Gruppe der "Interessierten" sind verhältnismäßig weniger "Informierte" zu finden u.s.w. In beiden Beschäftigungsbereichen kehren sich die Abweichungen vom Erwartungswert so um, daß sich die Effekte gegenseitig aufheben.

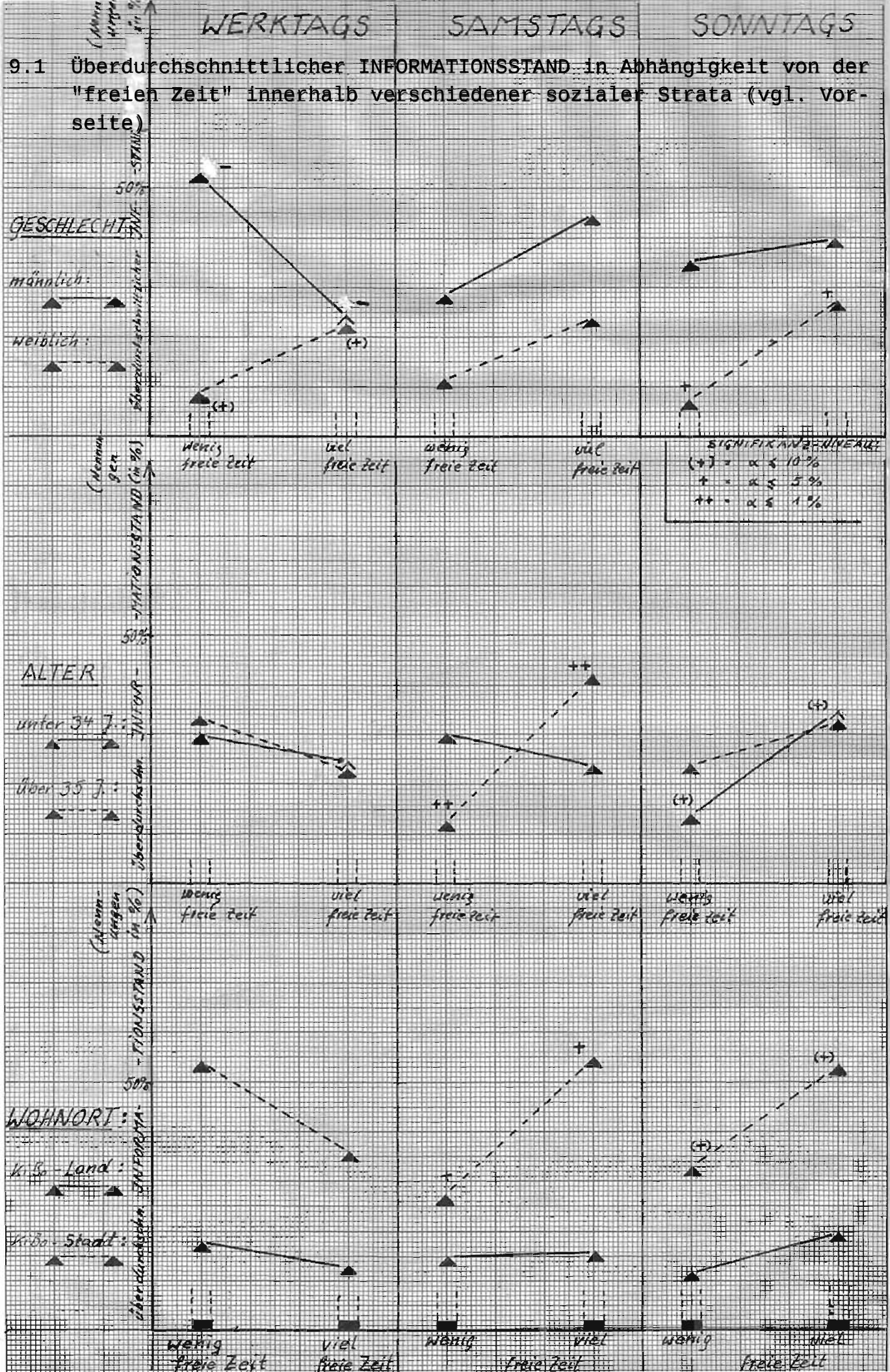
Tab.: 9.13 INFORMATIONSSTAND bezügl. F-Z-Z und BESCHÄFTIGUNGSBEREICHE, Testvariable: INTERESSE AN KOM.-POLITIK

A-Variable: BESCHÄFTIGUNGSBEREICH						
Ausprägung: Behörde Handw. u. Land- u. Handel Sonst. Industrie Forstw. u. Bank.						
B-Variable:	(N=113)	%	%	%	%	%
INFORMATIONSS-	we, inform.	11,5	35,6	9,6	7,7	35,6
STAND bez. F-Z-Z	informiert	17,5	40,0	12,5	7,5	22,5
	(N= 44)					
Testvariable: Teilst. probe: -----						
INTERESSE AN		16,7 ⁺	30,3	6,1	9,1	37,9
KOM.-POLITIK	we, interessiert	0,0	68,7 ⁺	6,3	18,8	6,3
	interessiert	2,6	44,7 ⁺	15,3	15,8	31,6
		29,2 ⁺	20,8	16,7	0,0	33,3
Korrelation A-B : PHI= 0,137 n.s.						
für Teilstichprobe:						
"we. Interessierte" PHI=0,369 (alpha≤5%)						
"Interessierte" PHI=0,434 (alpha≤5%)						

Das Schaubild 9.I. führt zurück zu der Fragestellung in Abschnitt 9.4.1. (siehe nächste Seite). Es zeigt die Beziehung zwischen INFORMATIONSSTAND bezügl. F-Z-Z und der zur Verfügung stehenden "freien Zeit" (vgl. Frage 7, im Anhang). Auf der Ordinate ist jeweils die relative Häufigkeit der Individuen abgetragen, die einen überdurchschnittlichen hohen INFORMATIONSSTAND hatten. Die Daten sind nach überdurchschnittlicher "freier Zeit" und unterd. schnittl. "freier Zeit" auf der Abszisse gruppiert und nach Unterstichproben unterteilt aufgeführt. Die Ergebnisse der Analyse werden unter 9.4.4. diskutiert und in eine zusammenfassende Interpretation integriert.

Schaubild : 9.1 Überdurchschnittlicher INFORMATIONSTAND in Abhängigkeit von der "freien Zeit" innerhalb verschiedener sozialer Strata (vgl. Vor-seite)

Test-variable: GESCHLECHT



9.4.4. Zusammenfassung der Ergebnisse zu
Interesse an Kom.-Politik und Informiertheit über
F-Z-Zentrum und Kom.-Politik

Im Mittelpunkt des Abschnitts 9.4 standen Fragen, die mit der Verwirklichung von Partizipation in essentielltem Zusammenhang stehen. Neben dem motivationalen Aspekt des INTERESSES an Kom.-Politik, wofür wir nur Daten der Selbsteinschätzung vorliegen haben, spielen vor allem der Grad der Informiertheit und einige, diese bedingenden Variablen eine wichtige Rolle bei der Diskussion um ein Einbeziehen der Bevölkerung in Planungsentscheidungen. Wir konnten eine Vielzahl von Beziehungen zwischen der Informiertheit bezügl. Kom.-Politik allgemein bzw. bezüglich der konkreten Planungsabsicht F-Z-Zentrum und verschiedener sozialer Variablen bzw. Einstellungsvariablen finden, die es uns erlauben, Aussagen über die Struktur der Kommunikation in der VG-Kirchheimbolanden zum Zeitpunkt der Datenerhebung zu machen. Wir können diese wie folgt zusammenfassen:

1. Die Selbseinschätzung, an Kom.-Politik 'interessiert zu sein',

- | | | |
|----------------|---|---------------|
| korreliert mit | - 'männlich' | PHI=0,257 ++ |
| | - 'über 35 Jahre alt' | PHI=0,294 +++ |
| | - 'höherer Schulbildung',
wenn 'Landbewohner' | PHI=0,203 + |
| | - 'pos. Einstellung zu
informierender Tätigkeit' | |
| | - 'Theaterbesuch, Gartenarbeit' und | |
| | - 'Diskussionen' | |

2. Der INFORMATIONSSTAND bezügl. Kom. Politik korreliert mit

- | | |
|--------------------------|-------------|
| - 'männlich' | PHI=0,169 + |
| - 'höh. Schulbildung' | PHI=0,194 + |
| - 'Vereinsangehörigkeit' | |

3. Der INFORMATIONSSTAND bezügl. der Diskussion um ein zu bauendes F-Z-Zentrum korreliert mit

- | | |
|--|---------------|
| - 'männlich' | PHI=0,232 ++ |
| - 'Stadtbewohner' | PHI=0,363 +++ |
| - 'hohes Einkommen',
wenn 'kom.-pol. interessiert' | |
| - 'wenig freier Zeit werktags',
wenn 'männlich' | |
| - 'viel freie Zeit samstags',
wenn 'üb. 35 Jahre alt' | |
| " 'Stadtbewohner' | |
| " 'kom.-pol. interessiert' | |
| - 'viel freie Zeit sonntags',
wenn 'weiblich' | |

(Forts. siehe n.S.)

- (- 'viel freie Zeit sonntags',)
- wenn 'Stadtbewohner'
- " 'kom.pol. interessiert'

4. Das INTERESSE an Kom.-Politik korreliert darüberhinaus mit

- 'kom.-politisch informiert' PHI=0,230++
 - wenn 'Stadtbewohner' PHI=0,401 ++
 - wenn 'weiblich' PHI=0,350 ++
 - wenn 'älter als 35 J.' PHI=0,217 +
 - wenn 'hohes Einkommen' PHI=0,401 ++
- 'hinsichtlich F-Z-Z informiert' PHI=0,216++
 - wenn 'weiblich' PHI=0,290 ++
 - wenn 'Stadtbewohner' PHI=0,257 +
 - wenn 'älter als 35 J.' PHI=0,249 +
 - wenn 'hohes Einkommen' PHI=0,302 +
 - wenn 'höh.Schulbildung' PHI=0,351 +
- 'von Stadthaus gehört' haben PHI=0,219 ++
 - wenn 'weiblich' PHI=0,290 ++
 - wenn 'Stadtbewohner' PHI=0,282 +
 - wenn 'jünger als 34 J.' PHI=0,359 ++
- 'von Neubau der Schule gehört' PHI=0,166 +
 - wenn 'Landbewohner' PHI=0,280 ++
 - wenn 'jünger als 34 J.' PHI=0,304 ++
 - wenn 'weiblich' PHI=0,198(+)
- 'von F-Z-Zentrum gehört' PHI=0,103 n.s.
- 'von Bürgerinitiative gehört' PHI=0,305 +++
 - wenn 'weiblich' PHI=0,362 ++
 - wenn 'männlich' PHI=0,262 +
 - wenn 'Stadtbewohner' PHI=0,280 +
 - wenn 'Landbewohner' PHI=0,362 ++
 - wenn 'älter als 35 J.' PHI=0,326 ++
- 'durch die ZEITUNG inform.' PHI=0,171 +
 - wenn 'weiblich' PHI=0,265 +
 - wenn 'Stadtbewohner' PHI=0,238 +

5. Der INFORMATIONSSTAND bezügl.F-Z-Zentrum korreliert weiter mit

- 'kom.-politisch informiert' PHI=0,190 +
 - wenn 'höh.Schulbildung' PHI=0,550 ++
- 'von Stadthaus gehört' PHI=0,140(+)
- 'von F-Z-Zentrum gehört' PHI=0,259++
 - wenn 'kom.-Pol.interessiert' PHI=0,361 ++
 - wenn 'Volksschulabschluß' PHI=0,282 ++
- 'von Bürgerinitiative gehört' PHI=0,244++
 - wenn 'kom.-pol.interes.' PHI=0,311 ++
 - wenn 'Volksschulabschluß' PHI=0,201 ++

9.4.4.2 Versuch einer Interpretation der Ergebnisse

Auf den ersten Blick scheint es so, als seien INTERESSE und INFORMATIONENSTAND Angelegenheit der Männer. Dieses Merkmal korrelierte durchweg mit obigen Variablen (Das Alter spielte nur bei der Selbsteinschätzung, kom.-politisch interessiert zu sein, eine Rolle). Der Effekt läßt sich jedoch durch Konstanthalten jeweils einer Variablen teilweise aufklären. Halten wir z.B. den INFORMATIONENSTAND bezügl. des F-Z-Zentrums konstant, so verschwindet der Zusammenhang zwischen GESCHLECHT und INTERESSE. So zeigt sich denn schließlich 'nur' noch zwischen INFORMATIONENSTAND und 'männlich' ein Zusammenhang und dies ausschließlich bei denjenigen, die sich als kom.-politisch wenig interessiert bezeichneten! Dies steht in vollem Einklang mit der Tatsache, daß sich ein hoher korrelativer Zusammenhang zwischen INTERESSE und INFORMATIONENSTAND bezügl. F-Z-Z und bezügl. Kom.-Pol. nur bei Frauen zeigt. D.h. mit anderen Worten, daß Männer tatsächlich hinsichtlich Kom.-politischer Themen 'informierter' sind, aber dies nicht einem INTERESSE daran zuschreiben, währende 'informierte' Frauen dies eher tun. Dies gilt im Übrigen für den 'Informiertheit' bezüglich aller von uns abgefragten Themen.

Hinsichtlich des erfaßten INFORMATIONENSTANDES gab es noch weitere Gruppierungen, bei denen ein überdurchschnittl. I-Stand mit dem bezeugten Interesse an Kom.-Pol. korrelieren: 'Stadt-bewohner', 'über 35 Jahre alt' und 'Einkommen über 1200.-' und mit Einschränkung 'Befragte mit höh.Schulabschluß'. Diese Teilstichproben scheinen hinsichtlich der Kausalattribution für ein gehobenes Wissen auf einen Nenner gebracht werden zu können: mehr oder weniger Wissen wird implizit mit mehr oder weniger Interesse begründet.

Drei weitere Ergebnisse sind noch hervorzuheben:

- a) In der Gruppe derjenigen mit höh.Schulabschluß hängen die Informiertheit über das F-Z-Z mit der über Kom.Politik sehr eng zusammen (vgl. Punkt 5 in 9.4.4.1.). Die Variable SCHULBILDUNG scheint somit eine zentrale Kommunikationsvariable zu sein, die direkt oder indirekt zu mehr 'Überblick' verhilft.
- b) Die gleiche Variable - dies scheint m.E. kurios - trägt zu Widersprüchen in den Daten bei, indem bei Konstantsetzung dieser Variable innerhalb der Gruppe 'höh.Schulabschluß' die Korrelation zwischen INF.-STAND bezügl. F-Z-Z und dem INF.-SEIN über das F-Z-Z fast völlig verschwindet.

c) Diejenigen, die schon über andere kom.-politische Themen hinreichend informiert waren, waren eher über das F-Z-Z informiert oder es war ihnen eher zu Gehör gekommen als den weniger informierten. Bei Kenntnis der Variablen INFORMIERTSEIN ü.b. F-Z-Z bzw. INFORM.-STAND bezügl. F-Z-Z reduziert sich der Vorhersagefehler hinsichtlich der Variable INFORM.-STAND bezügl. Kom.-Politik um 20% bzw. um 24%. Im umgekehrten Falle konnte bei Kenntnis der Beziehung kein Gewinn an Vorhersagesicherheit hinsichtlich der Informiertheit über das F-Z-Z-Zentrum verzeichnet werden. Daraus können wir die These ableiten, daß schon informierte Personen eine größere Chance haben, über weitere Sachverhalte informiert zu werden.

Für diese drei Ergebnisse und d. thesenhaften Interpretation gilt das gleiche wie für die ganze Untersuchung: Es wurden einige interessante Beziehungen zwischen den Variablen aufgespürt, eine analytische Kausalanalyse müßte erst noch -wenn möglich mit verbesserten Meßinstrumenten- angestellt werden.

9.5. "Kommunikationskanäle" und "Informiertheit bezüglich Freizeitzentrum und Kommunalpolitik"

In diesem Abschnitt sollen a) allgemein relevante Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung und deren Analyse dargestellt werden, soweit diese zu den in Abschnitt 4.5. (ökologische Aspekte der kommunalen Kommunikation) berichteten Beobachtungen in Beziehung zu bringen sind und b) darüber hinaus am Beispiel des Informationsbezugs hinsichtlich der Diskussion um das F-Z-Zentrum zwei wichtige Kommunikationskanäle analysiert¹⁾, welche im Zusammenhang mit der Partizipation hinsichtlich ihrer technischen Aspekte von einiger Bedeutung sind.

9.5.1. Empirische Ergebnisse zu: "ökologische Aspekte der kommunalen Kommunikation"

Von den erfragten Einstellungen und Verhaltensweisen stehen Variablen aus sechs Bereichen in direktem Bezug zur Kommunikationsstruktur :

1. Betätigung im Verein (vgl. Frage 2.22 und 18, im Anhang)
2. Informationssendungen ansehen oder anhören (Frage 2.4, im Anhang)
3. Geselliges Beisammensein (Frage 2.16, im Anhang)
4. An Diskussionen teilnehmen (Frage 2.17, im Anhang)
5. Treff außerhalb der eigenen Wohnung (Frage 15, im Anhang)
6. Gerne in's Lokal gehen (Frage 14.8 und 14.9, im Anhang)

Für einige dieser Bereiche stehen uns Variablen sowohl zur Ausübungshäufigkeit als auch zur Einstellung zur Verfügung. Die Darstellung überschneidet sich aus einsehbaren Gründen mit der, die in den Kapiteln 7 und 8 gegeben wird. Im folgenden werden der Vollständigkeit halber auch diese Ergebnisse noch einmal angeführt.

9.5.1.1. Betätigung im Verein

Insgesamt gehören nach eigenen Angaben etwa 50% der Befragten einem Verein an. Diese Zahl kommt nicht zuletzt durch den relativ hohen Anteil von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zustande, die in Sportvereinen organisiert sind und die Mitgliedschaft oft auch in der berufs- und altersbedingten Passivität beibehalten. Eine Gegenüberstellung der Altersverteilung der Vereinsmitglieder und der der Nichtmitglieder ergab eine Korrelation von $RHI=0,380$ ($\alpha \leq 1\%$). Vgl. hierzu Tab. 9.18 unten.

1) Einfügung: ...werden,

Tab.:9.18 VERINSANGEHÖRIGKEIT und ALTER (Häufigkeiten in%)

A-Variable: ALTER		Ausprägung:14-17J/18-24J/25-34J/35-44J/45-54J./				
B-Variable: VEREINSANGEHÖ- RIGKEIT	Nein (100%=)	4,0	10,7	14,7	20,0	25,3
	Ja (100%=)	23,5	18,5	19,8	16,0	13,6
(Fortsetzung:)		ALTER 55-64J./ 65J.u.älter				
	Nein	17,3	8,0			
	Ja	4,9	3,7			

Ein so hoher Anteil an Vereinsmitgliedern ist jedoch kritisch zu betrachten. Etwa 72 % der Befragten gaben auf die Frage, wie oft sie sich im Verein betätigen, die Antwort, dies seltener als einmal im Monat bzw. überhaupt nicht zu tun (23 % bzw. 49 %). Ist die Zeit für eine aktive Betätigung im Verein vorüber, so ist innerhalb der Vereine ohnehin kaum Raum für die gewandelte Ausgangslage (besonders für das Ausüben einer Sportart) des Mitglieds: die Vorstandsarbeit liegt fest in der Hand einiger Weniger, die dann oft gleichzeitig in mehreren Vorständen sitzen (vgl. Befragung in der 3. Bürgerversammlung, Kapitel 11).

Männer und Frauen scheinen nach den Ergebnissen der Befragung zu gleichen Teilen in Vereinen vertreten zu sein, obgleich die Beliebtheit der Betätigung im Verein negativ mit dem Merkmal "weiblich" korreliert (vgl. Faktor II des Faktorenmodells in Kap. 8). Außerdem sind in den ländlichen Gemeinden relativ mehr Befragte Mitglieder in Vereinen als in der Stadt ($\text{PHI}=0,314++$). Vgl. Kap. 7.

9.5.1.2. Informationssendungen in Radio und Fernsehen

Mehr als 2/3 der Befragten schalten mindestens 2-3 wöchentlich Radio oder Fernsehen ein, um sich zu informieren. Der gleiche Anteil an Befragten gab an, dies genauso oft oder öfter zu tun, um sich Unterhaltungssendungen anzusehen oder -hören. Letzteres wird aber lieber gemacht. Bei U-sendungen gaben 89% an, dies eher gern (Skalenwerte: 1-3) zu tun, bei I-sendungen waren es noch 78%. In diesem Zusammenhang zu vermerken ist, daß die Beliebtheit von Informationssendungen häufig mit erhöhter Kritikbereitschaft zu Fragen des Freizeitangebots (vgl. Frage 5, im Anhang) einhergeht; $\text{PHI}=0,283+$

9.5.1.3. Geselliges Beisammensein

Die Beliebtheit von gesell.B. besteht in statistisch gesicherter Abhängigkeit zum Schulabschluß 'Volksschule'. Befragte mit höherem Schulabschluß neigen weniger zum "geselligem Beisammensein.

PHI= 0,260 + .

9.5.1.4. An Diskussionen teilnehmen

Ähnlich wie bei "Informationssendungen" korreliert auch die Beliebtheit von "an Diskussionen teilnehmen" mit einer kritischeren Einstellung zu dem Freizeitangebot: PHI=0,290 + . Insgesamt ist diese Freizeitbeschäftigung bei unseren Befragten etwas weniger beliebt als "geselliges Beisammensein" (66,5 % versus 81,0 %, die angaben, dies 'eher gern' zu tun¹⁾).

Bemerkenswert erscheint dabei, daß 52 % angaben, selten oder nie an Diskussionen teilzunehmen.

9.5.1.5. Treff außerhalb der eigenen Wohnung

Hierbei sollten diejenigen ermittelt werden, die sich überwiegend außerhalb der eigenen Wohnung mit Freunden oder Bekannten verabreden, um abschätzen zu können, welchen Einfluß ein stärkerer Kontakt mit 'natural settings' außerhalb der Privatsphäre hat. Eine Analyse bleibt einer Überarbeitung des vorliegenden Datenmaterials vorbehalten. Erwähnenswert ist vorerst nur der Anteil an bejahenden Antworten (= 50 %) und die Altersabhängigkeit: jüngere Befragte gaben dieses Verhalten häufiger an als ältere (PHI=0,220 ++). (Vgl. Frage 15, im Anhang).

9.5.1.6. In's Lokal gehen

In's Lokal kann man aus den verschiedensten Gründen gehen. Wir haben uns bei der Erfragung der Gründe auf zwei beschränkt. Diese zeigen schon besonders deutlich, welchem Funktionswandel die Gaststätte durch die Verstädterung unterliegt. Während die Befragten der ländlichen Umgebung von Kirchheimbolanden noch überwiegend in's Lokal gehen, um geselliger Betätigung (Kegeln oder Skat) nachzugehen, sehen die Stadtbewohner zu 3/4 in der Gaststätte nur noch ein Dienstleistungsbetrieb, wo man 'Essen und Trinken' bestellen kann (vgl. Frage 14.8 und 14.9, im Anhang).

1) Anm.: Die 6-Punkteskala wurde zwischen 3 und 4 dichotomisiert und die Ausprägungen mit 'eher gern' (1-3) und 'eher ungern' (4-6) bezeichnet.

A-Variable :GERN IN'S LOKAL GEHEN ...

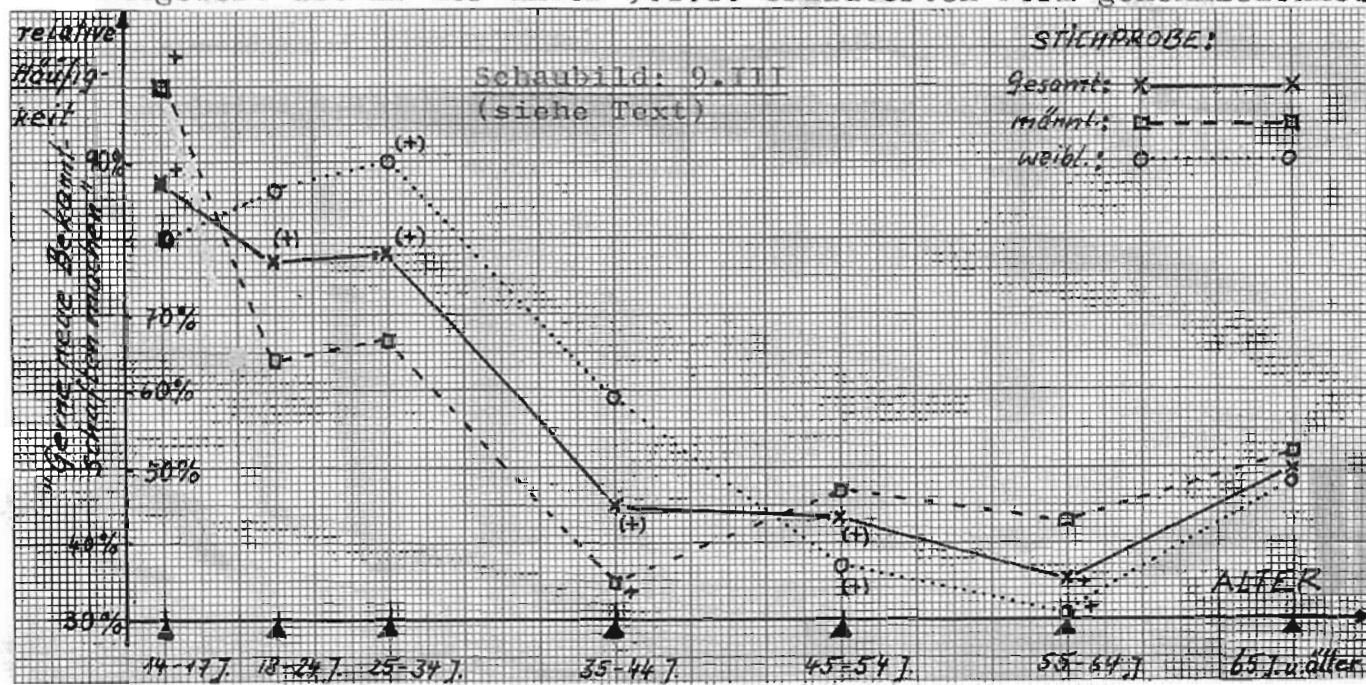
ZUM ESSEN u. TRINKEN ; ZUM KEGELN od.
SKAT SPIELEN

INSGESAMT:	35 (von 158) (=100%)	29 (von 158) (=100%)
B- Variable:		
WOHNORT Kibo-Landt	16 45%	22 75%
Kibo-Stadt	19 55%	7 25%

Mehrfachnennungen waren möglich.

9.5.1.7. Gerne neue Bekanntschaften machen

Ein Maß für die Aufgeschlossenheit und damit für die Chance, neue Innovationen aufzunehmen und zu verarbeiten, ist die Bereitschaft neue Bekanntschaften zu machen. Insgesamt gaben 60 % der Befragten an, 'gerne neue Bekanntschaften zu machen, wobei es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern gab. Besser als jeder Koeffizient der linearen Korrelation, zeigt das folgende Schaubild die Abhängigkeit zwischen der Bereitschaft, 'gerne neue Bekanntschaften zu machen' und dem Alter der Befragten (Schaubild 9.III). Auf der Ordinate sind die relativen Häufigkeiten der Nennungen für die auf der Abszisse abgetragenen Altersgruppen eingetragen. Zur Kenntlichmachung der dargestellten Stichprobe (Insgesamt, Männer und Frauen) sind die entsprechenden Punkte untereinander verbunden. Eine statistisch gesicherte Abweichung vom Erwartungswert ist in der unter 9.1.1. erläuterten Form gekennzeichnet.



Ob die Bereitschaft, neue Bekanntschaften zu machen sich tatsächlich wie oben angenommen auf die Diffusion von Innovation bzw. die Aufnahme von Informations auswirkt, muß für die "Informiertheit" bezüglich des F-Z-Zentrums differenziert beantwortet werden. Einerseits korreliert die Bereitschaft relativ hoch mit den Variablen des INFORMIERTSEINS über F-Z-Z und über Bürgerinitiative (PHI=369 +++ bzw. PHI=0,234 +) in der Gruppe der 'über 35-Jährigen', andererseits korreliert sie nicht mit dem INFORMATIONSSTAND bezügl. F-Z-Z (vgl. Tab. 9.20 unten).

Tab.: 9.20 GERNE NEUE BEKANNTSCHAFTEN MACHEN und "Informiertheit" bezüglich F-Z-Z (Korrelationen, PHI-Werte)

A-Variablen: INFORMIERTSEIN		INFORMATIONSSSTAND		
über F-Z-Z ; über B.i. bezügl. F-Z-Z				
<u>Ausprägung : nein/ja ; nein/ja</u>		<u>we.inf./inform.</u>		
B-Variable:				
GERNE NEUE BEKANNT- SCHAFTEN MACHEN	<u>nein</u> ja	0,135	0,126	0,040

Testvariable: Teilstichprobe:				
ALTER	unter 34 J.	0,112	0,149	0,020
	über 35 J.	0,369+++	0,234 +	0,097
GESCHLECHT	männlich	0,071	0,120	0,075
	weiblich	0,172	0,132	0,030

9.5.2. "Kanalmodalität": ZEITUNG versus BEKANNTHEIT

Nach dem kurzen Überblick über die weniger spezifischen Variablen und einiger Konnektionen mit den zentralen Variablen dieses Kapitels wollen wir ~~wieder~~ dem Kommunikationsgeschehen bezüglich der Diskussion um das zu bauende Freizeitzentrum ~~mehr~~ Beachtung schenken. Welche Kommunikationskanäle waren für die Vermittlung von Information bezüglich des F-Z-Zs relevant und in welcher Weise sind sie bezüglich der "Informiertheit" in den verschiedenen sozialen Strata wirksam?

In einer Gemeinde von der Größe von Kirchheimbolanden oder gar der ganzen Verbandsgemeinde dürfte es unmöglich sein, wesentliche kommunalpolitische Innovationen durch 'face-to-face'-Kommunikation zu vermitteln. Technische Medien übernehmen die Übertragung und Verteilung von Information und Meinung. Um zu erfahren, welche Bedeutung verschiedene Medien in dem Fall der Diskussion um das F-Z-Z zum Zeitpunkt der Untersuchung hatten, gaben wir auf die Frage "Woher haben Sie vom Freizeitzentrum gehört?" (vgl. Frage 41, im Anhang) vier Antworten vor. Die Antworten und die Häufigkeit der Nennungen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Tab.: 9.21 "Kanalmodalität" und Information über das F-Z-Z

Frage: "Woher haben Sie vom Freizeitzentrum gehört?"

Antworten:	N= ¹⁾	%
AUS DER ZEITUNG	107	69%
DURCH D. FERNSEHEN ²⁾	8	5%
VON BEKANNTEN ³⁾	61	39%
DURCH BÜRGERVER- SAMMLUNG	17	11%

1) Anm.: hier waren Mehrfachantworten möglich

2) Anm.: in der Zeit vor der Befragung wurde einmal kurz in der Abendschau des Fernsehens (SWF-Mainz) über das F-Z-Z und die Bürgerinitiative berichtet.

3) Anm.: die Antwort im Fragebogen lautet: "von Bekannten und Verwandten". Sie wurde hier aus Platzersparnis gekürzt.

Wegen der geringen Besetzung der anderen Kategorien, wollen wir uns im Weiteren auf die Kommunikationskanäle ZEITUNG und BEKANNTEN beschränken und diese als exemplarisch für die Unterscheidung in technische Medien und "natürliche" Medien einführen.

Von den 129 auf diese beiden Variablen entfallenden Nennungen läßt sich leicht ein Überblick über das Verhältnis zwischen diesen Variablen konstruieren, indem wir die Antworten in ein Vierfelderschema übertragen. Danach haben sich 30% der Befragten gleichermaßen aus der ZEITUNG und durch BEKANNTEN informiert. Über 50% haben sich ausschließlich aus der ZEITUNG¹⁾ und fast 20% durch BEKANNTEN¹⁾ informiert. 20 Befragte (=13%) hatten angegeben, "heute zum erstenmal" vom F-Z-Z gehört zu haben, sodaß 5 Befragte übrigbleiben, die sich ausschließlich durch das FERNSEHEN bzw. die BÜRGERVERSAMMLUNG informiert haben (vgl. Tab. 9.22 unten).

Tab.: 9.22 "Kanalmodalität" BEKANNTHEIT versus ZEITUNG

		Informiert aus ZEITUNG		
		Nein	/ Ja	
Informiert durch BEKANNTHEIT	Nein	-	68 (=53%)	68
	Ja	22 (=17%)	39 (=30%)	61
		22	107	129 (=100%)

9.5.2.1. WOHNORT und "Kanalmodalität"

Daß der WOHNORT (Land vs. Stadt) Einfluß auf die "Informiertheit" bezüglich des F-Z-Z hat, d.h. daß geographische Aspekte der sozialen Diffusion wirksam werden, konnte schon in Abschnitt 9.4. gezeigt werden. Die über die Kanalmodalität vorliegenden Daten legen jedoch nahe, daß sich die EntfernungsvARIABLE WOHNORT nur dann negativ auf die Informiertheit auswirkt, wenn das Medium ZEITUNG in den Übermittlungsprozeß involviert ist.

Tab.: 9.23 WOHNORT und "Kanalmodalität"

		Kanalvariablen:	
		ZEITUNG nein/ja	BEKANNTHEIT nein/ja
WOHNORT	<u>Land</u> Stadt	0,207 ++	0,002 n.s.

9.5.2.2. GESCHLECHT und "Kanalmodalität"

Die Hypothese, daß die Einbeziehung bestimmter Medien zur Vermittlung der Information bezügl. in den nach Geschlecht unterteilten Populationen gleich sei, konnte nicht widerlegt werden.

9.5.2.3. ALTER und "Kanalmodalität"

Auch ein Einfluß der Variable ALTER auf die Bevorzugung der einen oder der anderen Kanalvariablen konnte nicht gefunden werden.

9.5.2.4. EINKOMMEN und "Kanalmodalität"

Während die Kanalmodalität ZEITUNG nicht (jedenfalls nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit) vom EINKOMMEN der Befragten abhängt (was sich allerdings bei anderer Wahl der Dichotomisierung auch ändern kann), steht der Kanal BEKANNT in relativ gut gesicherter Abhängigkeit zum EINKOMMEN:

Tab.: 9.24 EINKOMMEN und "Kanalmodalität" (PHI-Wert)

Kanalvariable:

ZEITUNG	BEKANNT
nein/ja	nein/ja

B-Variable:

EINKOMMEN	unt. 1200	0,147 n.s.	0,230 ++
	üb. 1200		

An dieser Stelle wollen wir mit der Analyse etwas tiefer in die Beziehungen zwischen den Daten eindringen, nachdem wir uns mit einigen für die Aufteilung der Gesamtstichprobe in Frage kommenden Variablen oben schon vertraut gemacht haben. Hierbei stoßen wir gleich auf ein paar interessante Beziehungen, interessant, weil sie aus der Kenntnis der lokalen Verhältnisse zu erwarten waren: Der Bezug von Information über das F-Z-Z über BEKANNT hängt nur dann von höherem EINKOMMEN ab, wenn es sich um Personen mit den Merkmalen 'männlich' und 'Stadtbewohner' handelt. Mit anderen Worten, für Männer in der Stadt zählt es sich besonders aus, ein höheres EINKOMMEN zu haben, wenn es darum geht, außer der ZEITUNG noch andere insbesondere persönliche Quellen der Information zu haben (vgl. Tab. 8, im Anhang).

9.5.2.5. SCHULBILDUNG und "Kanalmodalität"

Hinweis: SCHULBILDUNG wurde erfragt als "Höchster bisher erreichter Schulabschluß" bzw. "als momentan angestrebter Schulabschluß" (vgl. Frage 47, im Anhang). Um annähernd gleiche Randverteilungen in den untersuchten Kontingenztafeln zu erhalten, wurde diese Variable in die Ausprägungen "Volksschulabschluß (Volkss.)" und "höhere Schulbildung (höh. Sch.)" dichotomisiert.

Als Ergebnis einer Inbeziehungsetzung von "Kanalmodalität" und SCHULBILDUNG gibt es eine gut gesicherte Abhängigkeit des Kanals ZEITUNG von der höheren SCHULBILDUNG des "Empfängers" (aber nicht vom Kanal BEKANNT). Dies scheint bemerkenswert insofern beide Kanalmodalitäten hoch mit dem INFORMATIONSSTAND bezüglich F-Z-Z

korrelieren (für ZEITUNG ist $\text{PHI}=0,322$ +++ ;für BEKANNTTE ist $\text{PHI}=0,236$ ++). Die SCHULBILDUNG korreliert andererseits mit dem INFORMATIONSSTAND nicht, auch nicht mit dem INFORMIERTSEIN über das F-Z-Z ($\text{PHI}=0,076$ n.s. bzw. $=0,084$).

Dies heißt, daß aus verschiedenen Gründen, die wir hier nur andeuten bzw. auf welche wir in Kap. 4 aufmerksam machen können, der Gehalt und der Stil der Lokalzeitung dazu beiträgt, daß eine relativ kleine Schicht hinsichtlich kommunalpolitischer Sachverhalte von der Zeitung profitiert, indem er sie informationsgewinnend nutzen kann. Der weitaus größere Teil der Bevölkerung findet nur geringen Zugang zu der durch die ZEITUNG vermittelten Information oder beschränkt sich auf persönliche Beziehungen betreffende Informationen. Eine Verallgemeinerung dieser These sollte jedoch, darauf sei hinzuweisen, mit verbesserten und umfangreicheren Meßinstrumenten weiter überprüft werden.

Tab.: 9.25 SCHULBILDUNG und "Kanalmodalität" (PHI -Werte)

Kanalvariable:		
	ZEITUNG	BEKANNTTE
	<u>nein/ja</u>	<u>nein/ja</u>
B-Variable:		
SCHULBILDUNG	<u>Volkss.</u> 0,278 +++ <u>höh.Sch.</u>	0,038 n.s.

Im Rahmen dieser Untersuchung lassen sich jedoch obige Beziehungen auch weiter analysieren, indem wir jene in Teilstichproben untersuchen, um Überlagerungen durch andere Beziehungen nach Möglichkeit aufzudecken. Dabei zeigt sich, daß die oben genannten Abhängigkeiten auf weibliche Befragte in noch stärkerem Maße zutreffen (tendenziell, aber nicht signifikant sogar auch für den Kanal BEKANNTTE), ebenso auf die unter 34-Jährigen und die Landbewohner.

Tab.: 9.26 SCHULBILDUNG und "Kanalmodalität";
Testvariablen: GESCHLECHT, ALTER und WOHNORT ($\text{PHI}=$)

Kanalvariablen:		
	ZEITUNG	BEKANNTTE
	<u>nein/ja</u>	<u>nein/ja</u>
B-Variable:		
SCHULBILDUNG		
Testvariable:		
GESCHLECHT	männl.: 0,222 +	0,003 n.s.
	weibl.: 0,338 ++	0,115 (-)

Tab. 9.26 (Forstsetzung)

		ZEITUNG	BEKANNTE
ALTER	unt. 34 J.:	0,291 +	0,044 n.s.
	üb. 35 J.:	0,219 +	0,030 n.s.
WOHN- ORT	Ki-bo, Land:	0,294 +	0,048 n.s.
	Stadt:	0,194 (+)	0,018 n.s.

9.5.2.6. INTERESSE an Kom.-Politik und "Kanalmodalität"

Aus dem oben gesagten und der Kenntnis, daß 'männlich' und 'über 35 Jahre alt' positiv mit dem INTERESSE an Kom.-Politik korrelieren läßt sich die Hypothese ableiten, daß auch das INTERESSE sich positiv auf den Informationsbezug durch die ZEITUNG auswirkt. Wir fanden auch in der Tat ähnliche Beziehungen wie zwischen Schulbildung und Kanalmodalität. Die Hypothese konnte bestätigt werden, wenngleich die Korrelation nicht sehr ausgeprägt ist ($\text{PHI}=0,160 +$). Zum Kanal BEKANNTE besteht auch hier keine Abhängigkeit ($\text{PHI}=0,045 \text{ n.s.}$). Die Beziehung zwischen dem Kanal ZEITUNG und dem INTERESSE an Kom.-Politik ist nur in der weiblichen Teilstichprobe und zum Unterschied zur SCHULBILDUNG eher bei Stadtbewohner ($\text{PHI}=0,238 +$) und bei den älteren (üb. 35 J.) ($\text{PHI}=0,166 \text{ fast s.}$) zu finden. Stark vereinfachend heißt das, daß sich - durch die ZEITUNG - informierte Befragte dann eher das Prädikat "interessiert" zuschreiben, wenn sie aus Stichproben mit den Merkmalen 'weiblich', 'Stadtbewohner' und 'älter als 35 J.' stammen. Dies deckt sich voll mit den Ergebnissen der Analyse von der Beziehung zwischen INFORMATIONSSTAND bzügl. F-Z-Z und INTERESSE an Kom.-Politik, sodaß wir diesen Effekt nicht auf die Kanalmodalität ZEITUNG zurückführen können sondern auf den Grad der Informiertheit. Dieser Einwand berührt nicht die erste Hypothese.

Tab. 9.27 INTERESSE an Kom.-Politik und "Kanalmodalität"

Kanalvariablen:

ZEITUNG	BEKANNTE
Nein/Ja	Nein/Ja

B-Variable:

INTERESSE an	we.inter.	0,160 +	0,045 n.s.
KOM.-POLITIK	interessiert		

Tab. 9.27 (Fortsetzung)

		ZEITUNG	BEKANNTE
Testvariable:			
WOHNORT	Land:	0,119 (+)	0, - 1)
	Stadt:	0,238 +	-
GESCHLECHT	männlich:	0,004 n.s.	0,044 n.s.
	weiblich:	0,265 +	0,135 (+)
ALTER	unt.34 J.:	0,060 n.s.	0,156 (+)
	über35 J.:	0,166 (+)	0,006 n.s.
EINKOMMEN	unt.1200.-:	0,165 (+)	0,049 n.s.
	üb.1200.-:	0,156 (+)	0,004 n.s.

1)Anm.:Hierfür liegen keine Berechnungen vor.

9.5.2.7. INFORMATIONSSTAND bezügl.F-Z-Z und "Kanalmodalität"

Hängen das INFORMIERTSEIN über das F-Z-Zentrum von den Nennungen ,es durch die ZEITUNG erfahren zu haben,in der Gesamtstichprobe in hohem Maße ab($\Phi=0,564$ +++),so zeigt sich für den Zusammenhang zwischen INFORMATIONSSTAND bezügl.F-Z-Z und dem Kanal ZEITUNG ein mittlerer Korrelationskoeffizient von $\Phi=0,326$ +++ . Es bleibt zu berichten,daß sich die Stärke des Zusammenhangs für die "Volksschüler" erhöht($\Phi=0,342$ +++), während sich den Befragten mit "höherer Schulbildung" der Kanal BEKANNTE als Quelle detaillierter Kenntnisse über das F-Z-Zentrum erschließt. Auch diese Ergebnisse seien als Hinweise für eine planmäßige Eruierung der Beziehungen zwischen den Variablen zu verstehen.

Tab.: 9.28 INFORMATIONSSTAND bezügl.F-Z-Z und "Kanalmodalität"

		Kanalvariablen:	
		ZEITUNG	BEKANNTE
		Nein/Ja	Nein/Ja
B-Variable:			
INFORMATIONSS- STAND bez.F-Z-Z	wé.inf.	0,326 +++	0,225 ++ (N=113)
	inform.		
			(N= 44)
Testvariable:			
SCHULBILDUNG	Volkss.:	0,342 +++	0,166 (+)
	höh.Sch.:	0,247 + ¹⁾	0,415 +

1)Anm.:Wegen Unterbesetzung der Zellen wurde die Signifikanz des Ergebnisses mit dem hypergeometrischen Testmodell berechnet (vgl.KRIZ,1973,S.171 f.).

Wie aus Tab. im Anhang zu entnehmen ist hat der Kanal BEKANNT-TE außerdem für Männer und die älteren Befragten eine überragende Bedeutung ($\text{PHI}=0,267^+$ bzw. $=0,375^{+++}$) hinsichtlich ihres Kenntnisstandes. Die Motive für die "Benutzung" des Kanals BEKANNT-TE sind u.a. mit zwei der von uns eingeführten Variablen feststellbar: GERNE NEUE BEKANNTSCHAFTEN MACHEN korreliert positiv mit "durch BEKANNT-TE vom F-Z-Z gehört" ($\text{PHI}=0,226^{++}$) und die ZUFRIEDENHEIT mit dem Freizeitangebot negativ ($\text{PHI}=0,223^{--}$).

9.5.2.8. Zusammenfassung

Die oben dargestellten Daten lassen sich thesenhaft wie folgt zusammenfassen:

1. In den vom Entstehungsbereich der Informationen bezüglich F-Z-Z weiter entfernten Gebieten (Land) spielt die ZEITUNG eine wesentliche Rolle für die soziale Diffusion der Information.
2. Innerhalb der Gruppen "weibliche", "jüngere" und "auf dem Land wohnenden" Befragte hängt die Rolle der ZEITUNG bei der Vermittlung von Information (bezügl. F-Z-Z) stark von einer höheren Schulbildung ab.
3. Innerhalb der beiden letzten Gruppen ("weibl." u. "jünger") trägt die ZEITUNG überdies wesentlich zum INFORMATIONSSTAND bezügl. des F-Z-Zentrums bei.
4. Die Chance aus dieser Quelle (über die ZEITUNG) auch über andere kom.-politische Themen Informationen zu beziehen ist sehr hoch ($\text{PHI}=0,322$; vgl. Tab. 8 im Anhang). Für den Kanal BEKANNT-TE besteht kein Zusammenhang zwischen INFORMIERTSEIN ü. F-Z-Z und dem INFORMATIONSSTAND bezügl. Kom.-Pol.
4. Der Kanal BEKANNT-TE wird eher von denen mit höherem EINKOMMEN "benutzt". Dies konnte für Männer und Stadtbewohner besser gezeigt werden als für Frauen und Landbewohner.
6. Der Kanal BEKANNT-TE hängt im Gegensatz zu dem Kanal ZEITUNG von dem Bedürfnissen, NEUE BEKANNTSCHAFTEN zu machen, und einer kritischen Einstellung zum Freizeitangebot in dem Bereich der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden ab.
7. Das INTERESSE an Kom.-Politik spielt bei der Kanalmodalität insofern eine Rolle, als sich die "in der Stadt wohnenden" und die "weiblichen" Befragten als "eher interessiert" bezeichnen, wenn sie sich aus der ZEITUNG über das F-Z-Zentrum informierten.

Nachdem das unterschiedliche Bedingungsgefüge für die die Informations bezüglich des F-Z-Zentrums vermittelnden Kanäle ZEITUNG und BEKANNTHEIT eingehend dargestellt wurde, wollen wir uns inhaltlichen Problemen zuwenden. Information'per se bildet ein Bezugssystem der Erforschung von Voraussetzungen und Möglichkeiten der Partizipation. Ein weiterer Aspekt muß der Inhalt dessen sein, was vermittelt wird, insbesondere die Konsequenzen aus der Vermittlung von Information. Im Mittelpunkt dieses Abschnittes soll deshalb die Meinungsbildung exemplifiziert an der Kontroverse um den STANDORT des Freizeitentrums stehen. Hierbei werden wir untersuchen, welche Rolle der Grad der INFORMIERTHEIT bezügl. des F-Z-Z spielt und welche Abhängigkeiten zu anderen relevanten Variablen besteht. Der zweite Teil des Abschnitts behandelt die Antworten der Befragten hinsichtlich ihrer "Kritik" am Freizeitangebot, ihren "Präferenzen" bezüglich Lohn und arbeitsfreier Zeit und ihren "Vorschlägen" für die Ausgestaltung des Freizeitangebots.

9.6.1. Die Standortfrage

Lage, Größe und vorbefindliche Einrichtungen der beiden bis zum Zeitpunkt der Befragung wichtigsten zur Diskussion stehenden Standorte für ein zu bauendes Freizeitzentrum dienten den bis dahin im Meinungsstreit liegenden Parteien als Hauptquellen der Argumentation. Die Bürgermeisterkoalition plädierte für das 'Judental' im Norden der Stadt, weil dort schon ein Freibad vorhanden sei, von privater Seite ein moderner Campingplatz mit Reitparcours (oder ähnlichem) und ein Minigolfplatz angelegt werden würde, der Standort windgeschützter sei, der Stadt dort vergleichsweise mehr Bodenfläche schon gehöre als am anderen Standort. Wesentlich waren also 1. Erwägungen der Sparsamkeit und der kurzfristig realisierbaren Fertigstellung des Freizeitentrums. Die Stadt sollte sich nach diesem Plan nur an den Kosten der Erschließung beteiligen und den Bau eines Hallenbades tragen. Die Opposition im Stadtrat wollte neben einem Neubau des Freibads im 'Gutleutbachtal' im

Süden der Stadt, einem angegliederten Hallenbad, der Zulassung von 'Privatinitiative' und einem kurzfristig möglichem Beginn der Realisierung vor allem zwei Dinge: 1. Ausbaufähigkeit zu Freizeitpark mit städtebaulicher Funktion als "grüne Lunge" und zentraler Ort für ein "Groß-Kirchheimbollen" und 2. räumliche Nähe zum Gymnasium, das sie in ihren Plänen zu einer Gesamtschule oder zumindest zum Schulzentrum ausgebaut sahen. Die Struktur dieser beiden Standortvorschläge legt m.E. eine psychologisch und politisch bedeutsame Hypothese über die Entscheidung der Bevölkerung (wenn diese darüber befragt werden würde) nahe: Kann es sein, daß sich die beiden 'Lager' darin unterscheiden, daß derjenige, der besser über die Sachverhalte bzw. die Argumente informiert ist, sich für den "weitsichtigeren" Plan entscheidet, während sich der weniger gut informierte Bürger eher an den Plan hält, der größte Sparsamkeit in den Vordergrund schiebt? Nach den bevorzugenden Nennungen für das Gutleutbachtal (den "weitsichtigeren" Vorschlag, wie wir ihn genannt haben) zu urteilen, scheint die Opposition mit ihren Argumenten weit mehr Bürger überzeugt zu haben, als es dem Anteil ihrer Anhänger unter der Bevölkerung entspräche (vgl. Tab. 9.29 und Abschnitt über die politischen Verhältnisse in Ki-bo; im Anhang). Auch haben sich in den Bürgerversammlungen, wo wir lauter kom.-politisch interessierte und informierte Bürger vermuten durften, durchweg die Hälfte bis Dreiviertel der Anwesenden für das 'Gutleutbachtal' ausgesprochen (vgl. Tab. 9.29 unten).

Ergebnis der Korrelationsanalyse:

Die Nullhypothese, daß sich die hinsichtlich des F-Z-Z 'besser' Informierten ~~im~~ der Entscheidung für den 'weitsichtigeren' Vorschlag von den 'weniger' Informierten nicht unterscheiden, konnte nicht widerlegt werden. Auch nach Trennung der Stichprobe nach ALTER, GESCHLECHT, WOHNORT, SCHULBILDUNG und INTERESSE an KOM.-POL. konnte die Null-Hypothese nicht widerlegt werden (vgl. Tab. ³⁰, im Anhang; und Tab. 9.29 unten).

Für das Nichteintreffen einer Bestätigung für unsere Annahme gibt es sicher mehrere Erklärungen. Einige sollen genannt werden, um Ansatzpunkte für eine weitere Erforschung des Problems zu geben: 1. In der Fragestellung wurde nicht berücksichtigt, welchen politischen Stellenwert die gesamte Diskussion über das F-Z-Z in der Öffentlichkeit hatte (vgl. Kap. 12); 2. Die Hypothese trifft tatsächlich nicht zu; und 3. Es hängt mehr davon ab, welche Information bekannt ist (und glaubhaft ist) und welche

nicht , als von der Menge der Informationen bezüglich des zu beurteilenden Sachverhalts (was zu prüfen wäre, aber hier aus Zeitgründen nur gefordert werden kann).

Tab.: 9.29 STANDORT des F-Z-Z ,Wahlen in %

	Standortvariablen:		/andere Vor- schläge, k.A. (N=)
	GUTLEUTBACHTAL	JUDENTAL	
	(in%)	(in%)	
Erhebung der Daten:			
<u>2. Bürgerversammlung</u>			
1. Befragung: (N=44)	68 %	32 %	N=14
2. Befragung: (N=27)	63 %	37 %	N= 0
<u>3. Bürgerversammlung</u>			
1. Befragung: (N=37)	62 %	38 %	N= 8
2. Befragung: (N=27) ¹⁾	56 %	44 %	N=11

<u>Repräsentativbefragung</u>			
(N=156)	62,2 %	37,8 %	N= 1

1) Anm.: Dieses Ergebnis ist nur bedingt mit den anderen vergleichbar, da sich die Alternativen nach der Diskussion während der 3. Bürgerversammlung änderten (vgl. Kap. 11).

Tab.: 9.30 STANDORT-Wahl in Abhängigkeit vom INFORMATIONS-
STAND bezügl. des F-Z-Zentrums (PHI-Wert)

Standortvariable:	
<u>Gutleutb.tal/Judental</u>	
B-Variable:	
INFORMATIONSSTAND bezügl.	<u>we.inf.</u>
F-Z-Zentrum	inform. 0,072 n.s.

9.6.1.1. STANDORT-Wahl und demographische Variablen

Die kontroversen Meinungen bezüglich des STANDORTS für ein zu bauendes Freizeitzentrum gingen zum Zeitpunkt der Befragung quer durch alle Altersgruppierungen, Geschlechts- und Einkommensverteilungen und zeigten auch keine Korrelation mit der erreichten bzw. gerade angestrebten Schulabschluß (vgl. Tab. 9.31 unten). Einzig der WOHNORT der Befragten zeigte gesicherte wenn auch schwache Korrelation mit der Wahl des Standortes: Landbewohner bevorzugen den Standort 'Gutleutbachtal'.

Tab.: 9.31 STANDORT-Wahl und demographische Variablen

		Variable: STANDORT
		Ausprägung: GUTLEUTB.-/JUDENTAL
B-Variable:		(N= 98 / 59)
GESCHLECHT	männl.	0,068 n.s.
	weibl.	
ALTER	unt. 34 J.	0,072 n.s.
	über 35 J.	
EINKOMMEN	unt. 1200.-	0,078 n.s.
	üb. 1200.-	
WOHNORT	Land	0,164 +
	Stadt	

9.6.1.2. STANDORT-Wahl in Abhängigkeit von "Kanal", "Kritik" und INTERESSE an Kom.-Politik

Im Anschluß an die eingangs diskutierte Hypothese zeigen sich hinsichtlich der Beziehung zwischen "Informiertheit" und der STANDORT-Wahl interessante Aspekte, wenn wir den die "Informiertheit" vermittelnden Kanal näher ansehen. Während die Äußerungen, vom F-Z-Z durch die ZEITUNG gehört zu haben, nicht mit der Entscheidung für den einen oder anderen STANDORT korrelieren, entschieden sich diejenigen, die durch BEKANNTHEIT über das F-Z-Z gehört haben, überzufällig häufiger für das 'Gutleutbachtal' ($\text{PHI}=0,202 +$).

In der Stadt Kirchheimbolanden war außerdem zu beobachten, daß sich diejenigen, die sich für den Standort 'Gutleutbachtal' aussprachen, häufiger als 'kom.-politisch interessiert' bezeichneten. ($\text{PHI}=0,212 +$). Diese Beziehung konnte weder in der Gesamtstichprobe noch in den anderen Teilstichproben nachgewiesen werden (vgl. Tab. 9.40⁴¹). ~~im Anhang~~.

In einer Beziehung jedoch wird das INTERESSE AN KOM.-POL. auch von Bedeutung, dann nämlich, wenn eine Variable der Kritik in Zusammenhang zur STANDORT-Wahl gebracht wird. Die Meinung, daß EINRICHTUNGEN AUSSER HAUS fehlen, um die Freizeit sinnvoll auszunutzen (vgl. Frage 5.7, im Anhang), korreliert positiv mit einer Bevorzugung des Standorts 'Gutleutbachtal' ($\text{PHI}=0,166 +$) und dies je stärker, desto 'interessierter' sich die Befragten einschätzten (vgl. Tab. 9.40⁴¹). ~~im Anhang~~.

Für eine andere Variable der Kritik am Freizeitangebot, der ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FREIZEITANGEBOT (vgl. Frage 53, im Anhang), aber scheint diese Beziehung nicht zu gelten (vgl. Tab. 32 unten).

Variable:		"Standortfrage"	
Ausprägung:		JUDENTAL/GUTLEUTB.-TAL (N= 59 / 98)	
Variable:	Ausprägung: (N=158)	PHI=	Sign.Niveau=
WOHNORT	Land	(92)	
	Stadt	(66)	0,164 -
Testvar.:			
"Interesse an we.inter. Land Kommunalpol." interes. Stadt	Land	(92)	0,257 -
	Stadt	(66)	0,022 n.s.

EINKOMMEN ¹⁾	unt.1200.-	(110)	
	üb.1200.-	(45)	0,078 n.s.

FREIZEIT - EIN- RICHTUNGEN AUS- SER HAUS FEHLEN	Nein	(77)	
	Ja	(78)	0,166 +
Testvar.:			
"Interesse an we.inter. Nein Kommunalpol." interes. Ja	Nein	(92)	0,105 (+)
	Ja	(66)	0,234 +

GESCHLECHT	männl.	(85)	
	weibl.	(73)	0,068 n.s.

ALTER	21 - 59 J.	(86)	
	15 - 20; 60 u. älter	(72)	(Tendenz neg. Abhängk.) n.s.

Kanalmodalität			
ZEITUNG	Nein	(48)	
	Ja	(110)	0,080 (-)
BEKANNTHEIT	Nein	(61)	
	Ja	(96)	0,202 +

GERN NEUE BEKANNT- SCHAFTEN MACHEN	Nein	(65)	
	Ja	(93)	0,057 n.s.

ZUFRIEDENHEIT MIT FREIZEITANGEBOT	we.zufrieden	(37)	
	zufrieden	(121)	0,077 n.s.

1) Anm.: Die Einführung der hier üblichen Testvariablen (Wohnort, Geschlecht) erbrachte keine Änderung der Hypothese, hier handelt es sich um eine zufällige Kontingenz der Daten.

9.41
Tab. 4.40 : STANDORTFRAGE in Abhängigkeit von verschiedenen Variablen (Mehrebenenanalyse; PHI-Koeffizient, Signif.-Niveau)

Variable: (B) "Standortpräferenz" PH1, Signif.
Ausprägung: JUDENTAL/GUTLEUTB.-TAL

Variable: (A) Ausprägung: (N=158) (N=98) (N=59) PHI= Sign.Niveau±

INFORMIERTHEIT wenig inform. (113) 0,069 n.s.
ÜB.FREIZ.-ZENTRUM informiert (44)

Testvar.:

"Wohnort" Land we.inf. (92) 0,084 n.s.
Stadt we.inf. (66) 0,112 (-)

"Geschlecht" männl. we.inf. (85) 0,014 n.s.
weibl. we.inf. (73) 0,133 (-)

"Alter" unt.34 we.inf. (72) 0,092 n.s.
üb.35J. we.inf. (86) 0,075 n.s.

"Schulbildung" Volkss. we.inf. (119) 0,082 n.s.
höh.S. we.inf. (39) 0,021 n.s.

"Interesse an we.int. we.inf. (92) 0,151 (-)
Kommunalpol." inter. we.inf. (66) 0,022 n.s.

INTERESSE AN wenig interes. (92) 0,079 n.s.
KOMMUNALPOLITIK interessiert (66)

Testvar.:

"Wohnort" Land we.int. (92) 0,019 n.s.
Stadt we.int. (66) 0,212 (+) $\lambda(A)=16\%$

"Geschlecht" männl. we.int. (85) 0,093 n.s.
weibl. we.int. (73) 0,093 n.s.

"Alter" unt.34 we.int. (72) 0,096 n.s.
üb.35J. we.int. (86) 0,087 n.s.

SCHULBILDUNG Volksschule (119) 0,081 n.s.
höh.Schulb. (39)

Testvar.:

"Wohnort" Land Volkss. (92) 0,094 n.s.
Stadt Volkss. (66) 0,068 n.s.

"Geschlecht" männl. Volkss. (85) 0,111 (-)
weibl. Volkss. (73) 0,028 n.s.

"Alter" unt.34 Volkss. (72) 0,018 n.s.
üb.35J. (86) 0,145 (-)

Tab.: 9.32 STANDORT-Wahl und "Kanal","Kritik" und INTERESSE
an Kom.-Politik

		Variable: STANDORT
		<u>Ausprägung: JUDEN-/GUTLEUTB.-TAL</u>
B-Variable:		
ZEITUNG	<u>Nein</u> Ja	0,080 n.s.
BEKANNTE	<u>Nein</u> Ja	0,202 n.s.
F-Z-EINRICHTUNGEN	<u>Nein</u>	
AUßER HAUS FEHLEN	Ja	0,166 +
INTERESSE an Kom.-Politik	<u>wenig int.</u> interes.	0,079 n.s.
Testvar.: WOHNORT	Land :	0,019 n.s.
	Stadt:	0,212 +

Nachtrag zu 9.6.1.1. : STANDORT-Wahl und WOHNORT

Eine Erklärung für die Bevorzugung des Standorts 'Gutleutbachtal' durch die auf dem Lande wohnenden Befragten kann in der geographischen Lage der Wohnorte liegen. Ein Großteil der 'Land-Bewohner'-Stichprobe verteilt sich auf zwei größere Gemeinden (Marnheim und Bolanden stellen fast die Hälfte der für die Befragung ausgewählten ländlichen Orte), die südlich an die Stadt Kirchheimbolanden und damit an den Standort 'Gutleutbachtal' angrenzen. M.E. zeigt sich die Bedeutung des "geographischen Distanzfaktors" auch darin, daß sich die Korrelation in der "wenig kom.-pol. interessierten" Teilstichprobe wesentlich erhöht (vgl. Tab. 9.40), ~~im Anhang~~.

9.6.2. Kritik, Präferenzen und Vorschläge, soweit sie für F-Z-Verhalten relevant sind

Die breite Anlage der vorliegenden Untersuchung bedingt, daß neben den Ergebnissen, auf die wir unser Hauptaugenmerk richteten, eine Vielzahl von Möglichkeiten der vertiefenden Analyse bestehen bleiben, die nicht minder bedeutend sind, aber aus zeit- und platzökonomischen Gründen hier nicht wahr genommen werden können. Wir geben deshalb im Folgenden nur einen Überblick.

9.6.2.1. 'Kritik an Freizeitangebot'

Ein relativ wenig differenzierendes Maß für die 'Kritik' an dem bestehenden F-Z-Angebot liefern die Antworten auf unsere Frage: "Wie gefällt es Ihnen hier, wenn Sie daran denken, was Sie in Ihrer Freizeit hier geboten bekommen?" (ZUFRIEDENHEIT mit F-Z-Angebot) (vgl. Frage 53, im Anhang)¹⁾

Wie aus der Faktorenanalyse (vgl. Kap. 8) hervorgeht, sind die Befragten aus dem ländliche Gebiet mit dem F-Z-Angebot "zufriedener" als die aus der Stadt. Ob dies tatsächlich mit der "schöneren Umgebung des Hauses", wie es durch Faktor VII indiziert ist, oder mit einem besseren Freizeitangebot (in welcher Weise "besser", müßte genau untersucht werden), ist schwer auszumachen. Zudem, Problem der Erfassung von "Zufriedenheit" hat NIELSEN²⁾ einige interessante Überlegungen angestellt. Sie zeigt, welche subjektiven und situationsspezifischen (Interview!) - gerade bei der lapidaren Frage nach der "Zufriedenheit" - Fehlerquellen zu berücksichtigen sind. Es kann deshalb nicht verwundern, daß die gefundenen Effekte nur schwer zu interpretieren sind. Wir werden unten unter Heranziehung weiterer Variablen versuchen, diejenigen Komponenten zu isolieren, die zu der ZUFRIEDENHEIT beitragen.

Für die demographischen Variablen GESCHLECHT, ALTER, SCHULBILDUNG und EINKOMMEN konnte bei einer ersten Analyse keine gesicherte Beziehung zu der ZUFRIEDENHEIT gefunden werden. Dies mag auch auf das (hinsichtlich der Variablen) eher zufällige Antworten der Befragten und Mängel des Meßinstrumentes zurückzuführen sein. Eine per Hand berechnete Korrelation förderte jedoch noch eine nichtlineare Korrelation zutage: ein mittleres (25-44 Jahre) ALTER hängt stark mit einer eher "unzufriedenen" Haltung gegenüber dem F-Z-Angebot zusammen ($\text{PHI} = 0,326 ++$). Jüngere und noch ältere Befragte dagegen zeigten sich "zufriedener". Bei der Inaugenscheinnahme des Untersuchungsgebiets ist dagegen keine 'Benachteiligung' gegenüber der mittleren Altersgruppe hinsichtlich des F-Z-Angebots feststellbar (vgl. Abschnitt 3 der Übersicht über Kirchheimbolanden, im Anhang). Die Antworten können m.E. eher als 'mehr Mut, sich auch mal negativ zu äußern', gedeutet werden.

Um festzustellen, auf welcher Basis die Meinungen über das F-Z-Angebot des Bereichs zustande gekommen sind, haben wir aus ZUFRIEDENHEIT und den Beurteilungen einiger konkreter F-Z-Einrichtungen eine Kontingenztafel für diese Variablen erstellt:

Tab.: 9.32 ZUFRIEDENHEIT mit F-Z-Angebot in Abhängigkeit von der Bewertung einiger F-Z-Einrichtungen

A-Variable : ZUFRIEDENHEIT
 Ausprägung : unzufr./zufrieden
 Kodierung : (3-6) /(1-2)

B-Variable:

Bewertung ³⁾ der		schlecht	
ENTFERNUNG	zum SPORTPLATZ	gut	0,212 (+) N=136
"	zur SPORTHALLE	"	0,346 ++ N=128
"	zu GRÜNLANDEN	"	0,239 (+) N=123
"	zu TANZLOKAL	"	0,301 (+) N=112
"	zum FREIBAD	"	0,370 ++ N=137
"	zum HALLENBAD	"	0,301 + N=126
"	zum KINO	"	0,171 (+) N=130
"	zur BÜCHEREI	"	0,270 (+) N=113
"	zum KINDERGARTEN	"	0,115 (-) N=116
"	zu TREFFPUNKT	"	0,575 ++ N=110
"	zum SPIELPLATZ	"	0,199 (+) N=119
GRÖSSE	des FREIBADS	"	0,291 (+) N=124
"	des HALLENBADS	"	0,216 (+) N=113

Wir sehen, daß nur relativ wenige F-Z-Einrichtungen und bei diesen nicht jeder Aspekt gleich stark in der ZUFRIEDENHEIT mit dem F-Z-Angebot innerhalb der VG Ki-bo. angemessen repräsentiert sind. Einer besonderen Bedeutung kommen dabei wohl am ehesten drei Bereiche der F-Z-Verbringung zu:

1. einer Sporthalle (besonders ältere Gelegenheitssportler fühlen sich laut spontan gegebenen Begründungen in der Halle wohler - schon wegen dem Fehlen 'lästiger' Zuschauer und der Witterungsunabhängigkeit),
2. Schwimmbad (das Angebot ist für den Raum zu gering, sodaß sich für die meisten Bewohner der VG Ki-bo. zu weite Entfernungen ergeben) und Hallenbad (gerade zur Zeit der Befragung - die Wintersaison ging gerade zu Ende - waren viele Bürger über die Überbelegung, den zu geringen Öffnungszeiten und die schlechten Verkehrsverbindungen noch sehr aufgebracht) und
3. Treffpunkt zum ungezwungenen Beisammensein (hierbei war insbesondere für Jugendliche das Angebot an Stätten für die ungezielte Freizeitbeschäftigung ohne Konsumzwang recht mangelhaft. Auch für Frauen, insbesondere für alleinstehende, gab es außer den nur bis 18 Uhr geöffneten Cafés sehr wenig, wo sie hingehen konnten).

Gerade der zuletzt genannten F-Z-Einrichtung kommt eine hohe kommunikative Bedeutung zu, wenngleich wir dies aufgrund unserer Daten nicht schlüssig beweisen können, da wir Variablen der vermutlichen Kommunikationsgegenstände nicht erhoben haben. Kom.-Politik u. ähnliches dürften dies nicht unbedingt sein, eher direkt und persönlich interessierende Themen.

Eine überdurchschnittl. INFORMATIONSTAND bezügl. F-Z-Z korreliert eher mit einer kritischen Einstellung zur Entfernung zur nächsten Stadt-Bücherei ($\text{PHI}=0,249$ ++).

Als weitere Indikatoren für Kritik an den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung stehen uns die Antworten auf die Frage 5 (im Anhang) zur Verfügung. Wir nahmen an, daß die Kritik besonders an dem Fehlen geeigneter F-Z-Einrichtungen eher von jenen geäußert wird, die sich als kom.-politisch 'interessiert' bezeichneten. Dies konnte weder in diesem Fall noch für die Kritik an anderen Voraussetzungen für eine bessere Ausnutzung der F-Zeit bestätigt werden (vgl. Tab. 9.33 unten).

Tab.: 9.33 Kritik an Voraussetzungen für F-Zeitbeschäftigung und INTERESSE an Kom.-Politik

		A-Variable: INTERESSE an Kom.-Pol. <u>Ausprägung: we.int./interessiert</u>
B-Variable:		
Es fehlt an ZEIT	<u>nein</u>	0,071 n.s.
	ja	
GELD	"	0,001 n.s.
GESUNDHEIT	"	0,084 n.s.
PLATZ ZU HAUSE	"	0,103 (+)
EINRICHTUNGEN ZU HAUSE	"	0,053 n.s.
VERKEHRSVERBINDUNGEN	"	0,050 n.s.
EINRICHTUNGEN AUSSER HAUS	"	0,036 n.s.
EIN PAAR LEUTE zum Mit- machen		0,059 n.s.
JEMAND, der anleitet		0,053 n.s.

Nachzutragen bleibt, daß Befragte mit "höherer SCHULBILDUNG" etwas häufiger über zu wenig ZEIT klagten ($\text{PHI}=0,178$ +). In den anderen Punkten konnte auch hier keine Abhängigkeit gefunden werden.

1) Anm.: Zu der Problematik dieser Frage (ZUFRIEDENHEIT) haben wir lange und fruchtbare Diskussionen mit Ariane NIELSEN geführt. Die wesentlichen Gedanken gingen dabei in ihre Jahresarbeit an der Gesamthochschule Frankfurt-Abteilung für Sozialarbeit- über empirische Grundlegung der präventiven Sozialarbeit ein. Vgl. NIELSEN (1971)

2) Vgl.: NIELSEN (1971) 3) Anm.: Bewertung: '1-3' = gut, '4-6' = schlecht.

Hinweise für die Motivierung der "Kritik" an den F-Z-Einrichtungen außer Hause ("Es fehlen...") können die Korrelationen dieser Variable mit der LANGEWEILE ("Ich kenne das Gefühl der Langeweile"; vgl. Frage 8) von $\text{PHI}=0,196 +$ und mit der Ausnutzung der freien Zeit mit F-Z-Beschäftigungen -statt mit Nebenbeschäftigungen- von $\text{PHI}=0,211 ++$.

Die geringe Korrelation zwischen der Variable "es fehlen F-Z-Einrichtungen außer Haus" und der "Unzufriedenheit" mit dem F-Z-Angebot ($\text{PHI}=0,201 +$) zeigt auch, daß die Unzufriedenheit nicht nur durch die Anzahl der F-Z-Einrichtungen in dem Untersuchungsbereich determiniert ist.

Für weitere Interdependenzen sind die entsprechenden PHI-Werte den Tabellen im Anhang zu entnehmen.

9.6.2.2. Vorschläge und Präferenzen

Auf die Frage, welche F-Z-Einrichtungen noch nötig wären, um mehr von der Freizeit zu haben, (vgl. Frage 4, im Anhang), gaben ein Teil der Befragten folgende freie Antworten:

Tab.: 9.34 Vorschläge für F-Z-Einrichtungen¹⁾

Vorschlagskategorie:	Anzahl der Nennungen	
	abs.	in %
		(100%=)
SPORT	28	17,7
TREFFPUNKT	18	11,4
CAFE	5	3,2
FREIBAD	9	5,7
HALLENBAD	21	13,3
KINDERGARTEN	5	3,2
SONSTIGES ²⁾	42	36,6

1) Anm.: Mehrfachnennungen

2) Anm.: Die restlichen Nennungen waren zu heterogen, um für jede eine Kategorie zu bilden. Sie zeigen m.E. jedoch, daß es an Ideen und Anregungen aus der Bevölkerung nicht mangelt. (Vgl. Kap. 7)

In diesem Zusammenhang beschäftigte uns die Frage, wie verhaltensrelevant eine kritische Einstellung zum F-Z-Angebot (UNZUFRIEDENHEIT mit dem F-Z-Angebot) ist. Die Ergebnisse der fol-

genden Analyse können dabei jedoch nur marginale Verhaltenskonsequenzen aufklären, da uns keine direkte Beobachtungsergebnisse (aus einer "participant observation" etwa; vgl. WRIGHT, BARKER u.a.) zu Verfügung stehen. Als Kriterium für 'konsequentes Verhalten' haben wir die Anzahl der gemachten Vorschläge herangezogen. Von denen, die eher 'unzufrieden' mit dem F-Z-Angebot waren, haben mehr mindestens ein Vorschlag gemacht als die eher 'Zufriedenen' ($PHI=0,155 +$). Eine Gegenüberstellung der Anzahl der Vorschläge und der Variablen ZUFRIEDENHEIT zeigt die Tab. 9.35 unten.

Tab.: 9.35 Anzahl der Vorschläge für F-Z-Einrichtungen und ZUFRIEDENHEIT mit F-Z-Angebot (in%)

A-Variable: ZUFRIEDENHEIT mit F-Z-Angebot Ausprägung: zufrieden/unzufrieden Kodierung : (1-2 / 3-6) Nennungen, abs.: N=77 / N= 81		
	(100% =) / (100% =)	
kein Vorschlag	48,1	63,6
mind. ein Vorschlag	51,9	39,4
höchst. 1 Vorschlag	70,4	85,7
mind. 2 Vorschläge	29,6	14,3
höchst. 2 Vorschläge	86,4	96,1
mind. 3 Vorschläge	13,6	3,9

Daß fast 90% der Befragten dafür waren, öffentliche Mittel verstärkt für den Bau von F-Z-Einrichtungen einzusetzen, ist einerseits für jeden erfreulich, der sich für den Bau eines F-Z-Zentrums stark macht. Weitaus interessanter scheint mir im Zusammenhang mit Partizipation, daß sich die Befragten auch Gedanken darüber machen, wo das Geld für die Finanzierung aufgebracht werden soll. Die Forderung nach mehr öffentlichen Mitteln ging durch alle Bevölkerungsteile, etwas häufiger von Gut-Verdienern ($PHI=163 +$) und von jüngeren Befragten ($PHI=0,273 ++$) gestellt. Bei der Aufgabe, fünf Finanzierungsarten für den Bau eines F-Z-Zentrums in eine Rangfolge der Heranziehung für diesen Zweck zu bringen, zeigten sich folgende Plazierungen (wobei Platz '1' bedeutet, daß die Möglichkeit

der Finanzierung als erste auszuschöpfen sei, und der Platz '6', daß diese Möglichkeit an letzter Stelle in Betracht zu ziehen sei):

Tab.: 9.36 Finanzierungsquellen für den Bau eines F-Z-Zentrums nach Reihenfolge der Ausschöpfung geordnet. Mittlere Rangwerte!

<u>Position:</u>	<u>FINANZIERUNGSQUELLE</u>	<u>FINANZIERUNGSQUELLE</u> <u>Mittl. Rangplatz</u> :
2.	"bei anderen Aufgaben einsparen"	2,87
5.	"Steuern erhöhen"	4,05
1.	"Zuschüsse von Bund und Land"	2,13
4.	"Durch Spenden der Einwohner"	3,11
2.	"Durch Abgaben der Großunternehmer"	2,01

Zu diesem Ergebnis sind einige Bemerkungen angebracht:

1. Sowohl der hohe Prozentsatz der Befürworter, mehr öffentliche Mittel für den Bau von F-Z-Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, als auch die vorderen Plätze der Finanzierungsquellen "bei anderen Aufgaben einsparen" und "Bund und Land" sind m.E. auf die isolierte Abhandlung dieses Problems in der Interview-Situation zurückzuführen. Hierbei bedeutet es einen besonderen Mangel der Interviewtechnik und insbesondere unserer Fragebogenkonstruktion, daß keine Konflikte mit anderen Bedürfnissen bzw. Prioritäten hinsichtlich der öffentlichen Aufgaben von Gemeinde und Staat provoziert wurden.
2. Die eindeutige Bevorzugung, als Einwohner lieber für einen bestimmten Zweck zu spenden als sich höhere Steuern aufbürden zu lassen, weist m.E. auf ein latentes Bedürfnis der Bürger hin, über die Verwendung der Gelder einen höheren Einfluß ausüben zu können. Zumindest wird eine Finanzierung auf diese Art wohl auf weniger Widerstand stoßen, als eine hinsichtlich der Verwendung weniger gut kontrollierbaren Erhebung von Steuern.
3. Der vordere Platz, den der Vorschlag innehat, die 'Großunternehmer' an der Finanzierung zu beteiligen, zeigt, daß dieses Thema weit weniger tabuisiert ist, als anfangs von uns angenommen wurde.

4. Die Platzierung der Finanzierungsquelle nach ihrer Reihenfolge der Ausschöpfung hängt -trotz interindividueller Schwankungen- (die Standardabweichungen betragen 1,1 bis 1,3)- kaum von sozialen Schicht-Variablen ab. Ausnahme: Die Neigung, Spenden der Einwohner zur Finanzierung eines F-Z-Zentrums heranzuziehen, hängt vom Alter ab. Während die 14-24-Jährigen noch zu 40% an vorderster Stelle nennen, sind es bei den 25-44-Jährigen nur noch 21,4% und bei den über 45-Jährigen nur 12,5% ($PHI=0,260$ --).

9.7. Eine theoretische Reflexion der Ergebnisse zur Kommunikationsstruktur : Kommunikation und Partizipation .

Wir haben in den Mittelpunkt unseres Interesses die 'kommunale Kommunikationsstruktur' der VG-Kirchheimbolanden gestellt. Die vorliegende Arbeit tut dies anhand eines konkreten Falles : öffentliche Meinungsbildung über den geplanten Bau eines Freizeitzentrums. Der übergeordnete Bezugsrahmen war, wie in Kap. 1 und 2 dargelegt, die Partizipation der Bevölkerung an politischen Entscheidungen (hier: auf kommunaler Ebene). Den empirischen Ergebnisse zur Kommunikationsstruktur, soll hier der Versuch nachfolgen, den Stellenwert der 'Kommunikation' im Bemühen nach gesellschaftlicher Veränderung ("Mehr Partizipation") zu bestimmen. Dazu ist es m.E. notwendig, auf die Verschiebung der sozialwissenschaftlichen und insbesondere der psychologischen Auffassung des Forschungsobjekts - weg von einer individuum-zentrierten Charakterologie zu einer Beziehungspsychologie . So hat mit Einführung der Begriffe "Interaktion" und "Kommunikation" ein theorie- und forschungsrelevanter Wandel zugunsten einer Fokussierung des Interesses auf Strukturen der Verhaltensinterdependenz stattgefunden. Dies hat sich bei einer Vielzahl von neueren Forschungsarbeiten als überaus fruchtbar erwiesen, wenn auch hin und wieder durch m.E. allzu forcierte Übertragung dieses Konzeptes, dessen Aussagegehalt erheblich vermindert wurde (Vgl. GRAUMANN, 1972). Demnach schien plötzlich alles "Kommunikation" zu sein ("Man kann nicht nicht kommunizieren", WATZLAWIK, 1970, S. 44 ff.). Diesem Trend wollten wir nicht folgen, wenn wir der Kommunikation einen so breiten Raum bei unseren Überlegungen zur Partizipation gegeben haben. Uns ging es vielmehr darum, eine bislang in der Praxis des politischen Alltags vernachlässigte Beachtung kommunikativer Aspekte des Handelns in ihrer Auswirkung zu untersuchen und zum Verstehen dieser Aspekte beizutragen.

Die Untersuchung der Kommunikationsstruktur, wie wir sie in diesem Kapitel vorgelegt haben, akzentuiert in Anschluß an die Arbeiten von KRAUCH (1970, 1972) besonders den von WATZLAWIK (1970) beschriebenen "Inhaltsaspekt" der Kommunikation. Bevor wir versuchen, Kommunikation in ein System menschlicher Interaktion

einzuordnen, wollen wir deshalb diesen Begriff um seine 'psychologischen' Komponenten erweitert wissen. Als bestefür Umschreibung des Begriffes Kommunikation erscheint uns die von G. MEAD, die Auffassung als "symbolische Interaktion" (vgl. MEAD, 1969, 1968). Er sieht Sprache (im Sinne von Kommunikation) "im Kontext der Kooperation in einer Gruppe mit Hilfe von Symbolen und Gesten" (MEAD, 1969, S. 174, zit. n. GRAUMANN, 1972).

Das Konzept der "Kommunikationsstruktur" sollte m.E. jedoch auf verfestigte, d.h. signifikant-gesetzmäßige Beziehungen zwischen Individuen beschränkt werden. Danach ist diese Struktur aus Interaktionen mit reinem "Kontaktcharakter" hervorgegangen, d.h. aus wechselseitigem Interagieren, das von keinen raum-zeitlich ausgedehnten Muster beeinflusst ist und nur von Merkmalen der Situation und der ko-präsenten Interaktionspartner abhängt. Zum Zwecke der Kooperation und zur Verfestigung von Tausch-, Status- und Fähigkeitsrelationen haben sich genetisch gesehen dann einerseits "KOMMUNIKATIONSSTRUKTUREN und andererseits INSTITUTIONSSTRUKTUREN, als 'materielles' Komplementär dazu, herausgebildet, die beide raum-zeitlich ausgedehnt und von unterschiedlicher Rigidität gegenüber einer Anpassung an veränderte gesellschaftlicher Entwicklung sind. Dieser Prozeß könnte man 'phylogenetisch' mit "Kulturentwicklung" und 'ontogenetisch' mit "Sozialisation" übersetzen, wobei hierbei prinzipielle Unterschiede zu beachten sind, auf die wir hier nicht weiter eingehen können.

Wir können somit drei Aspekte der Interaktion zumindest theoretisch unterscheiden:

1. "Kontaktstruktur", welche zeitlich nicht überdauert und von Kontakt zu Kontakt neu definiert wird,
2. "Kommunikationsstruktur", welche Regelmäßigkeiten der durch Kontakte definierte Beziehungen in einem symbolischen System abbildet und dadurch über einige Zeit hinweg fixiert, und
3. "Institutionsstruktur", welche die Einhaltung definierter Beziehungsmuster ('oben, unten') durch materielle Disproportionalität, garantiert, d.h. Tauschrelationen verfestigt.

Die Unterscheidung der beiden letzt genannten Strukturen erfolgt analog der beim Individuum wirksamen Verhaltenskontrollen (vgl. JONES & GERARD, 1967): "cue control" oder Informations-

kontrolle vermittelt durch die "Kommunikationsstruktur" und "outcome-control" durch die "Institutionsstruktur".

Das so beschriebene "Interaktionssystem" wollen wir hier als Teilsystem eines "Organismus" und "Umwelt" umfassenden Systems begreifen. (Wir sehen es jedoch nicht als unzulässig an, "Organismus" und "Umwelt" in die oben genannten Interaktionsstrukturen einzuordnen).

Ohne näher auf die Interdependenzen zwischen den drei Komponenten der Interaktion einzugehen, die ohne Zweifel eingehend untersucht werden müßten, können wir jedoch mit Hilfe der hier gemachten Unterscheidung Schwierigkeiten und "Fehlerquellen" der vorliegenden Untersuchung besser einschätzen zu können. Die möglichen Störeinflüsse mußten m.E. bis zu einem gewissen Maße ertragen werden (geringe Rücklaufquote, Gefälligkeitsantworten, verfälschte Antworten usw.), denn sie beschränken sich nicht nur auf Passiva der Kommunikationsstörungen zwischen Interviewer und Befragten, wie sie von LUKASCZYK (1972) aufgeführt werden: "mangelhaft ausgebildetes Bezugssystem, Störungen der motorischen Zeichenbildung oder sensomotorischen Zeichenauffassung, Übertragungsfehler bei der Ver- und Entschlüsselung, sowie Informationsverluste, die durch technische Zwischenglieder der (Kommunikations-)Kette bedingt sind". Eine mehr oder weniger bewußte "Störung" kann auch als Schutz gegen ein "manipulatorisches Kontrollinteresse" im Sinne HOLZKAMP's (1972) zu verstehen sein, wenn der instrumentelle Charakter der Kommunikation ("Inhaltsaspekt") in den Hintergrund tritt. D.h., daß wir uns als "Wissenschaftler" nicht auf einen 'unabhängigen' Standort zurückziehen können, sondern die Wirksamkeit von Kommunikations- und Institutionsstruktur in der Untersuchungs- bzw. Innovationsphase ebenso in Betracht ziehen müssen wie bei der gesamten Fragestellung. Im Laufe der theoretischen Vorüberlegungen zu dieser Arbeit zeigte es sich, daß Untersuchungen zu Fragen der Beziehung zwischen den verschiedenen Strukturen der Interaktionen recht oft (meistens implizit) gefordert aber kaum in Theorienbildung bzw. empirische Überprüfung umgesetzt wurden (vgl. GRAUMANN, 1972, S. 99f., KRAUCH, 1970, S. 20, REIMANN, 1968, S. 31). Dies erschwerte es auch, Partizipation und Kommunikation in eine deduktive theoretische Beziehung zu bringen und sinnvolle empirisch überprüfbare Fragestellungen abzuleiten, die über

den instrumentellen Charakter der Kommunikation hinaus "psychologischere" Aspekte berücksichtigen. Wir kamen zu der Überzeugung, daß zur Partizipation mehr gehört, als nur Informationsübertragungsmodelle zu entwickeln, und sehen in dem oben skizzierten Bezugsrahmen ("Interaktionsstruktur") einen nützlichen Anhaltspunkt für die Einschätzung unserer Arbeit, durch den die hier vorgenommene Akzentuierung der Informationsvermittlung relativiert wird. In diesem Sinne ist auch der Vorwurf der "Machtblindheit" des KRAUCH'schen Kommunikationsmodells, der verschiedentlich geäußert wurde, berechtigt. Um dem Vorwurf die Basis zu entziehen, müßte gezeigt werden, daß dieses Modell Veränderungen mittels einer "Kontaktstruktur" bewirkt und Neudefinitionen der "Kommunikations- und Institutionsstruktur" gleichermaßen zu Folge hat (vgl. oben). Grundsätzlich stimmen wir KRAUCH zu, daß Wissen Macht sei (vgl. KRAUCH 1972, S. 132) und "qualifizierte" Äußerungen von denjenigen Bürgern am ehesten zu erwarten seien, die sich "über den Sachverhalt bereits informiert, ihn durchdacht und diskutiert haben" (KRAUCH, 1970, S. 20). Wie schwer es insbesondere in Anbetracht des diffusen Begriffes "qualifiziert" ist, derartige Behauptungen empirisch aufzuzeigen, hat der Abschnitt 9.4.4. oben gezeigt.

Ein weiteres Problem, das KRAUCH mit seinem Modell der "direkten Demokratie" (wenn auch vorzugsweise für deren informationsvermittelnden Aspekte) zu lösen versucht, soll uns abschließend beschäftigen. GRAUMANN formuliert dieses Problem, indem er danach fragt, welche Kommunikationskanäle (direkter interindividueller Kontakt versus Massenmedium) für die soziale Diffusion von Innovation vorzuziehen seien (vgl. GRAUMANN, 1972, S. 99). Im Abschnitt 9.5.2. konnten wir einige Charakteristika zweier Kommunikationskanäle aufzeigen und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit Kommunal-Politik diskutieren. Weit wichtiger scheint uns aber die von KRAUCH hoch veranschlagte Bedeutung der 'Rückmeldung', die eindrucksvoll durch die Experimente von LEAVITT & MUELLER (1951, zit. n. GRAUMANN, 1972, S. 120) bestätigt wird. Auch bei vorsichtiger Verallgemeinerung der Ergebnisse dieser Experimente halten wir es für wert, darüber nachzudenken, welche Bedeutung Form und Menge der Rückmeldungen für die psychische 'Gesundheit' des Individuums und das gesellschaftliche Zusammenleben haben (vgl. auch IBEN, 1971, S. 69).

10. Ergebnisse der Expertenbefragung

Ziel der Expertenbefragung war es, Wissen und Informationen aus bestimmten Fachgebieten zu gewinnen, fundierte Alternativen und Vorschläge zur Planung eines Freizeitentrums zu erhalten.

Aus den Antworten ergaben sich nur in wenigen Fällen kontroverse Standpunkte zwischen den Experten verschiedener Gebiete. Die Tendenz in den einzelnen Antworten war in etwa gleich, und die Vorschläge ergänzten sich gegenseitig.

Unterschiedliche Ansichten ergaben sich in mehreren Punkten zwischen den Experten und den Bürgermeister. Bei letzteren kam die Involviertheit in die Kommunalpolitik zum Ausdruck. Während die Experten "aus der Ferne" mehr die wünschbaren Ansichten vertraten, waren die Bürgermeister in ihren Antworten mehr auf die gegenwärtigen Verhältnisse in ihrem Gebiet und das Machbare orientiert. Dies zeigte sich am deutlichsten bei den Fragen nach der Finanzierung. Wegen der Bedeutsamkeit der unterschiedlichen Ansichten, werden im folgenden die von den ortsansässigen Politikern vertretenen Meinungen gegen die Expertenmeinungen abgehoben.

Zunächst werden die Antworten zu den einzelnen Fragen dargestellt und anschließend zusammengefaßt unter den Haupt Gesichtspunkten, nach denen der Fragebogen konstruiert worden war. Die Beurteilungen auf den Rating-Skalen finden sich im Anhang.

Frage 1 (Funktionen eines Freizeitentrums)

Die Experten hielten alle drei Funktionen - zweckbestimmtes Lernen, Einübung sozialer und demokratischer Verhaltensweisen, Unterhaltung und Vergnügen - für wichtig; niemand lehnte eine Funktion extrem ab. Die Pädagogen halten das 'zweckbestimmte Lernen' für besonders wichtig, da "damit erst die Grundlagen geschaffen werden für verantwortliches gesellschaftliches Handeln". Ein Mediziner stellt das Einüben von sozialen und demokratischen Verhaltensweisen gegenüber den anderen Funktionen in den Hintergrund, da man es nicht mit der Gestaltung eines Freizeitentrums beeinflussen könne. Dagegen meint ein Soziologe es käme gerade auf diese Funktion an, da überall, wo zwischenmenschlicher Kontakt bestehe, dieser so kanalisiert werden müsse, daß sich ein demokratisches Verhalten herausbildet.

Die Bürgermeister messen dem Vergnügen und der Unterhaltung die

relativ größte Bedeutung zu, während sie den anderen beiden Funktionen distanzierter gegenüberstehen.

Nach Ansicht einiger Experten ist es eine wichtige Funktion eines Freizeitzentrums, zur Kreativität und Eigeninitiative anzuregen.

"Das Zentrum soll als soziales Anregungsfeld gestaltet werden, und seine Einrichtungen sollen Reiz- und Aufforderungscharakter haben".

Frage 2 (Nah-Fernerholungszentrum)

Die Experten, die für ein Naherholungszentrum plädierten, führten folgende Argumente an:

- für die Einübung demokratischer und sozialer Verhaltensweisen ist es notwendig, daß die Leute sich kennenlernen. Die Kontaktdichte ist bei einem Fernerholungszentrum nicht gegeben.
- ein Naherholungszentrum wird mehr von der einheimischen Bevölkerung genutzt.
- Es gibt zu wenig Freizeitangebote für die Einheimischen
- ein Naherholungszentrum ist realistischer.

Diejenigen Experten, die sich für ein Fernerholungszentrum aussprachen, stützten sich auf folgende Argumente:

- Für große Städte sind Erholungsgebiete wichtiger als für Kirchheimbolanden und Umgebung allein.
- Sozialpsychologische Barrieren können überwunden werden, die zwischen Stadt und Land bestehen.
- mit Erholungsmöglichkeiten und Freizeitangeboten kann man eine Alternative schaffen zur Großstadt.

Die Bürgermeister führten für ein Naherholungszentrum an:

- ein Zentrum für Fremde würde zu teuer
- die Ballungsgebiete sollen selber Erholungsmöglichkeiten schaffen

Für ein Fernerholungszentrum wurde angeführt:

- ein Naherholungszentrum lohnt sich nicht, da zu wenig Menschen in der Region leben
- mit einem Fernerholungszentrum würde die Gegend attraktiver für Leute, die sich dort niederlassen wollen.
- ein Fernerholungszentrum mit Fremdenverkehr würde Geld bringen.

Frage 3 (Beziehung zwischen alt und jung)

Insbesondere von den Psychologen wurde darauf hingewiesen, daß ein Zusammenhang besteht, zwischen Generationsunterschieden und unterschiedlichen Interessen, Tätigkeiten und Rollen in verschiedenen Altersstufen. Auf die Verjugendlichung durch die Werbung wurde ebenfalls hingewiesen. Allgemein sahen die Experten die Verständigung zwischen den Generationen als schwierig und kaum vollständig erreichbar an.

Als Möglichkeiten, eine bessere Verständigung zwischen den Altersgruppen zu schaffen, wurden genannt:

- Betätigungsmöglichkeiten schaffen, die von allen benutzt werden können
- mehr Kommunikation und Information übereinander und miteinander
- den Jugendlichen mehr Verantwortung übertragen
- ein origineller Vorschlag von einem Bürgermeister: die Jugend solle straffer und härter angefaßt werden, z.B. durch Militärdienst

Frage 4 (Einrichtungen-öffentliche Bereiche, halböffentliche, separate, Sonderbereiche)

Nach Ansicht der Experten sollte ein "organisches Ganzes" geschaffen werden, in das alle Bereiche zu integrieren sind. Allerdings gibt es wesentliche Unterschiede in den persönlichen Prioritätenlisten. Während die Soziologen den öffentlichen Bereich in den Hintergrund treten lassen, wird er von den Psychologen besonders betont. Die Pädagogen sprechen sich für einen besonders intensiven Ausbau des separaten Bereichs aus, da hier der persönliche Kontakt besser gepflegt werden kann. Während einer der Experten die Sonderbereiche von einem Freizeitzentrum trennen würde, meint ein anderer, daß nach der "bisherigen Konzeption Freizeit und andere Lebensfunktionen zu wenig miteinander verknüpft seien. Eine Integration der Sonderbereiche, wie z.B. Beratungsstellen, könnte dazu führen, Freizeit und reale Lebenssituation miteinander zu verbinden."

Innerhalb der Prioritätenliste der Bürgermeister steht der öffentliche Bereich meistens an erster Stelle, während sie die Sonderbereiche nur bedingt in ein Freizeitzentrum eingliedern würden. Es ist allerdings zu vermuten, daß diese Einschätzung aus einer

mangelnden Vorstellung von den Sonderbereichen resultiert.)

Frage 5 (Welche Gruppen soll man besonders berücksichtigen)
Alte, Kinder, Kranke, Jugendliche

Allgemein wird die Ansicht vertreten, ein Freizeitzentrum sei nicht dazu da, besondere Möglichkeiten für Kranke zu schaffen. Von mehreren wird dies sogar extrem abgelehnt, da ein Freizeitzentrum nicht die Mittel und Einrichtungen haben könne, die man für Kranke brauche. Ein Soziologe vertritt dagegen die Ansicht, durch die Bereitstellung von Einrichtungen für Kranke könne man dazu beitragen ein "gesunderes Verhältnis zum Kranksein" zu bekommen. Einhellig ist man der Meinung, daß Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung des Zentrums besondere Berücksichtigung finden sollen.

Mehrere Experten plädieren dafür, im Freizeitzentrum Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, deren Verwendung nicht von vornherein bestimmt ist, sondern deren Nutzung von den Besuchern des Zentrums bestimmt werden kann. So "vermeidet man die Gefahr, daß Aktivitäten von vornherein kanalisiert werden".

Folgende Vorschläge werden für die einzelnen Gruppen gemacht:

alte Menschen: Börse für Kurzjobs, Nachbarschaftshilfe, Hobbywerkstätten, Musikmöglichkeiten, Zusammenarbeit mit Rehabilitationszentren, Literaturzirkel, Aufgaben bei der Betreuung von Kindern

Kinder: von fast allen Experten werden Abenteuer- oder Robinsonspielplätze genannt; die Kinder sollen selber gestalten und freie Aktivität entwickeln können; weiterhin: Malwände und Malräume; Bolzplätze

Jugendliche: Börse für Kurzjobs, VHS Kurse, Bibliothek, Hobby-Angebote, Druckerei, Töpferei, Diskussionsräume, Fotolabors

Frage 6 + 7 (Mitarbeit von Bürgern an der Planung)

Die Befragten sind sich einig darin, daß man die Planung nicht den Architekten und den Bauämtern allein überlassen sollte. Sie legen durchweg großen Wert auf die Beteiligung der Benutzer und

der Bevölkerung. H. Krauch hält die "Mitwirkung einer repräsentativen Bürgerauswahl für unbedingt notwendig".

Außer den Bürgern sollen Soziologen, Psychologen, Lehrer und Ärzte an der Planung teilnehmen.

Die Bürgermeister treten nicht so einheitlich für die Beteiligung der Bürger ein, da "wenig herauskommt", oder "sich schließlich doch nichts ändern wird".

Eine Realisierung der Bürgerbeteiligung wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur wenig optimistisch gesehen, weil die Bürger zu wenig Information bekommen, weil "die Entscheidungsinstanzen nicht ihre Macht hergeben" und weil "im Grunde genommen, Entscheidungen auf örtlicher Ebene gar nicht mehr getroffen werden können". - Die bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung werden allgemein als unvollkommen angesehen.

Die zu einem System der Bürgerpartizipation von den Experten vorgetragenen Ideen lassen sich etwa so zusammenfassen: Bürger sollen Wünsche äußern, Fachleute planen, Bürger entscheiden über die Planung.

Frage 8 (Zukunftsentwicklung der Freizeit)

Kreative Beschäftigungen werden nach Meinung der meisten Experten im Vordergrund zukünftiger Freizeitgestaltung stehen, zum Teil als Reaktion auf den "Konsumterror" und die Monotonie des Arbeitslebens. Man wird mehr Eigeninitiative entwickeln und nach Selbstdarstellung suchen. Spiele (z.B. auch Planungsspiele, die der Gesellschaft dienen) und Sport werden dabei einen höheren Stellenwert erlangen.

Andere Experten meinen, es sei nicht möglich, Freizeitentwicklungen anzugeben, da eine Vielzahl von Faktoren die Freizeitgestaltung mitbeeinflussen, wie Politik, Wirtschaft, Arbeitsverhältnisse etc.

Frage 9 (Freizeit als pädagogischer Gegenstand)

Eine Reihe von Gründen werden angegeben, aus denen die Wünsche und Bedürfnisse für die Freizeit resultieren:

Erziehung, frühzeitige Konfrontation mit bestimmten Tätigkeiten und Gegenständen, Literatur, innere Unruhe und Wissbegierde, Bewegungsmangel, Monotonie im Berufsleben, mangelnde Selbstverwirklichung.

ung, nervliche Überbeanspruchung durch Beruf und/oder Umwelt, Werbung der Industrie, Vorbilder und Ideale.

Die aus den vielfältigen Gründen resultierenden Wünsche und Bedürfnisse sind nach Meinung der Experten mit in die Freizeitgestaltung miteinzubeziehen. Man soll sich ihnen soweit anpassen, bei der Gestaltung des Freizeitentrums, daß dessen Attraktivität und Nutzung gesichert ist. Andererseits sollte man über die Anpassung hinausgehen und Anregungen zu neuen Betätigungen und Beschäftigungen geben, insbesondere zu solchen, bei denen Kreativität und Eigeninitiative zur Geltung kommen können. Mit der Anregung soll besonders dort angesetzt werden, wo "geäußerte Bedürfnisse einseitig und unvollständig sind und auf Uninformiertheit und Konsumabhängigkeit zurückzuführen sind". Wissenschaftliche Erkenntnisse, z.B. solche, die zum Neugierverhalten gefunden worden sind, sollten herangezogen werden, um den Benutzern in dieser Richtung optimale Möglichkeiten zu geben.

Die Tendenz, den Menschen anzuregen, mit Neuem zu konfrontieren, ihm Alternativen zu konsumorientierten Verhalten zu bieten, wird in der Frage nach der Funktion des Freizeitentrums für die Emanzipation verstärkt.

Einige Bürgermeister bezweifeln allerdings das Interesse des Menschen, sich zu emanzipieren und würden dem Freizeitzentrum auch keine Funktion in dieser Richtung zubilligen.

Frage 11 (Beratungsdienste: med, psycholog, Berufsberat., sozialpädagog. Beratungsstelle)

Die Experten halten jede der angeführten Beratungsstellen für wichtig, wobei die Berufsberatung und die sozialpädagog. Beratung besonders hervorgehoben werden, zum Teil deshalb, weil man meint, daß die medizinische Beratung auch von den im Ort verteilten Ärzten wahrgenommen und die psychologische Beratung mit in die Berufs- und sozialpädagog. Beratung miteingegliedert werden können.

Da ein weitverbreitetes Unwissen über die bereits bestehenden Beratungsmöglichkeiten besteht, schlägt ein Experte einen Beratungsdienst vor, dessen Funktion es ist, darüber zu beraten, wo Probleme am besten gelöst werden können und an wen

man sich wenden kann.

Wie sich schon bei Frage 4 gezeigt hat, stehen die Bürgermeister den Beratungsstellen, außer der Berufsberatung, etwas distanzierter gegenüber. Eine medizinische Beratung halten sie für weniger wichtig, da "die ärztliche Versorgung ausreichend ist".

Frage 13 (Kommerzielle Einrichtungen)

Ein Teil der Experten würde kommerzielle Einrichtungen ganz aus dem Freizeitzentrum herauslassen, da diese die Eigenaktivität der Benutzer hemmen würde. Sie wenden aber nichts gegen preisdeckend arbeitende Cafes oder Restaurationen ein, die von der Gemeinde mitgetragen und an deren Betrieb die Benutzer beteiligt werden. Andere Experten würden nur bestimmte kommerzielle Einrichtungen akzeptieren, wie z.B. Buchläden.

Mehrere Bürgermeister halten private unternehmerische Initiative bei der Einrichtung eines Freizeitzentrums für unbedingt notwendig, um die Kommunen finanziell zu entlasten. "Die Kommunen können die Unterhaltung des Freizeitzentrums nicht selber tragen". Vorschläge für kommerzielle Einrichtungen sind: gastronomische Betriebe, Tiergarten, Minigolfbahn, Autobahn für Jugendliche (Go-cart), Sauna.

Frage 14 (Finanzierung)

Die Pädagogen und Psychologen halten es für sehr notwendig, daß die Kommunen und der Staat auch bei der angespannten Finanzlage Geld für Freizeiteinrichtungen bereitstellt, da "sonst das Problem Freizeit noch größer wird". Die anderen Experten schließen sich dieser Meinung nicht so ausdrücklich an, sondern halten unter den gegenwärtigen Umständen andere Gebiete, wie Bildung und medizinische Forschung für wichtiger.

Angesichts der Finanzmisere und den relativ guten Freizeitverhältnissen in der Region Kirchheimbolanden, sehen es fast alle Experten als nicht äußerst wichtig an, in Kirchheimbolanden Geld für die Freizeit zu investieren.

Anders dagegen die Bürgermeister: Zwar ist auch von ihnen ein Teil der Meinung, daß bei den Finanzverhältnissen im allgemeinen

Investitionen für die Freizeit nicht unbedingt notwendig sind, jedoch sehen sie für Kirchheimbolanden eine größere Notwendigkeit, auf diesem Gebiet zu investieren. Sie versprechen sich von einem verbesserten Freizeitangebot mehr Attraktivität für das Gebiet, eine Abnahme der Abwanderungstendenz, mehr Gewerbesteuer, mehr Fremdenbesuch und damit mehr Geld.

Im folgenden werden die Antworten der Experten kurz zusammengefaßt und nach den 4 Hauptgeischtpunkten gegliedert, nach denen der Fragebogen konstruiert worden war. Es wird dabei besonders abgehoben auf die Alternativen, die zu den einzelnen Punkten vorgebracht worden waren. In dieser Form wurden die Ergebnisse der Expertenbefragung auf dem organisierten Konflikt vorgetragen und erläutert (außer Punkt 4)

1. Zur Funktion des Freizeitentrums

- (E) Ein Freizeitentrum hat Funktionen für zweckbestimmtes Lernen, das Einüben demokratischer und sozialer Verhaltensweisen und für die Unterhaltung und Vergnügung.
- (B) Es ist die besondere Funktion eines Freizeitentrums, der Unterhaltung und Vergnügung zu dienen,
- (B) Ein Freizeitzentrum muß den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt werden, um attraktiv zu sein. Es soll aber auch anregen zu Kreativität und Eigeninitiative. Die Konfrontation mit neuen Beschäftigungen und die Schaffung von alternativen Handlungsmöglichkeiten soll die Möglichkeit geben, dem Konsumterror auszuweichen und sich zu emanzipieren.
- (B) Ein Freizeitzentrum hat keine Funktion für die Emanzipation, da es zweifelhaft ist, ob der Mensch überhaupt ein Interesse daran hat.
- (E) Wegen der Veränderung im Arbeitsleben wird das Bedürfnis nach Eigeninitiative und Selbstverwirklichung in der Freizeit in der Zukunft größer sein, und ein Freizeitzentrum hat sich auf diesen Trend einzustellen.
- (E) Freizeitentwicklung ist nicht vorherzubestimmen. Der beste Weg ist, sich auf das heutige Verhalten einzustellen. Sollte sich

eine Veränderung ergeben,kann man sich eine Veränderung ergeben,
kann man sich später darauf einstellen.

2.Nah-Fernerholungszentrum,Finanzierung,Kommerzielle Einrichtungen

- (E) Naherholungszentrum,weil es mehr von den Einheimischen benutzt wird und für diese eine größere Kommunikationsdichte erlaubt; weil es realistischer ist und ein ausreichendes Freizeitangebot für Kirchheimbolanden fehlt.
- (E) Fernerholungszentrum,weil für die Ballungsgebiete Erholungsmöglichkeiten wichtiger sind als für Kirchheimbolanden und Umgebung allein;weil Verständigungsmöglichkeiten geschaffen werden können zwischen Stadt-und Landbevölkerung;weil Alternativen zur Stadt geschaffen werden.
- (B) Ein Naherholungszentrum ist billiger
- (B) Ein Fernerholungszentrum würde finanzielle Vorteile bringen für die Region Kirchheimbolanden und sie attraktiver machen.
- (E) Investitionen für die Freizeit sind unbedingt wichtig,um das Freizeitproblem nicht noch größer werden zu lassen.
- (E) Andere Bereiche sind wichtiger als die Freizeit,in Kirchheimbolanden insbesondere der Schulausbau.
- (E) Die Freizeitsituation in Kirchheimbolanden ist relativ gut, deshalb sind Investitionen hier weniger wichtig.
- (B) Investitionen für die Freizeit sind in Kirchheimbolanden wichtiger als in anderen Gebieten,um die Attraktivität zu erhöhen und finanzielle Vorteile zu erlangen.
- (E) Kommerzielle Einrichtungen sind nicht in das Freizeitzentrum einzugliedern,da sie die Eigenaktivität hemmen.Nur solche,die von den Benutzern mitgetragen werden.
- (E) Nur bestimmte Einrichtungen wie Cafes und Buchläden.
- (B) Unternehmerische Aktivität ist unbedingt notwendig,um die Kommunen zu entlasten.

3. Für wen?

Das Freizeitzentrum soll allen Gruppen der Bevölkerung Möglichkeiten bieten, wobei Kinder und Jugendliche etwas mehr berücksichtigt werden sollen.

Die Kluft zwischen alt und jung kann durch geeignete Einrichtungen bis zu einem gewissen Grade überwunden werden.

(E) In das Freizeitzentrum sind therapeutische Möglichkeiten für Kranke miteinzuschließen, um das Kranksein mit dem normalen Leben zu integrieren.

(E) Ein Freizeitzentrum kann keine Funktion für Kranke übernehmen.

4. Einrichtung und Gestaltung des Freizeitentrums

(E) Öffentliche, halböffentliche, separate und Sonderbereiche sind miteinander zu integrieren, kein Bereich ist zu bevorzugen.

(B) Besonders der öffentliche Bereich ist auszubauen.

(E) Die Eingliederung von Sonderbereichen kann helfen, die Trennung zwischen Freizeit und realer Lebenssituation aufzuheben.

(B) Sonderbereiche sind nicht zu berücksichtigen in einem Freizeitzentrum.

(E) Es sollen hauptsächlich Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, die von den Benutzern selber ausgestaltet werden können.

Hier soll das Ergebnis des organisierten Konflikts besprochen werden, der dazu geplant war, um Interessen herauszuarbeiten, die sich mit verschiedenen Standpunkten verbinden und Lösungsmöglichkeiten für Konflikte zu erarbeiten. Wie in der Durchführung bereits angedeutet wurde, konnte der organisierte Konflikt nicht mit einem Podium von Fachleuten und Politikern durchgeführt werden und war somit unorganisiert. Da sich damit der Konflikt nicht wesentlich von einer normalen Diskussion unterschied, erübrigt sich eine ausführliche Besprechung des Verlaufs der Veranstaltung.

Der organisierte Konflikt fand 16 Monate nach der ersten Vorstellung der Pläne zu einem Freizeitzentrum statt. Zu diesem Zeitpunkt war das öffentliche Interesse an der Diskussion über das Projekt schon weitgehend erlahmt und auch die Bürgerinitiative, die ein Jahr gearbeitet hatte, war zusammengeschrumpft auf wenige Teilnehmer. Die geringe Beteiligung am organisierten Konflikt war deshalb keine Überraschung!

Nur 47 Personen waren anwesend, während ein Jahr zuvor bei der ersten Versammlung der Bürgerinitiative noch 70 Personen zusammengekommen waren. Unter den 47 Personen waren 15 Bürgermeister der umliegenden Gemeinden, zwei Stadträte von Kirchheimbolanden, Vertreter der politischen Gruppen und der Vereine. Nur 7 Bürger waren nicht organisiert und an Interessengruppen gebunden. Von den 7 Bürgern kamen 2 aus der Umgebung Kirchheimbolandens, die übrigen 5 aus der Stadt. Die geringe Zahl von unabhängigen Bürgern bestätigt, daß nur noch ein geringes Interesse in der allgemeinen Bevölkerung am Freizeitzentrum vorhanden war, und daß das Projekt immer mehr zu einer Sache der Vereine und Kommunalpolitiker geworden war. Zu dieser Vermutung hatte schon Faktor 9 (Kap. 8) der Faktorenanalyse geführt.

Der relativ große Anteil von Personen über 35 Jahre (s. Tab. 11.1) ist zurückzuführen auf den großen Anteil von Politikern und Vereinsvertretern. Eine Bekräftigung unserer Erkenntnis aus der Bevölkerungsbefragung, daß Jugendliche weniger an Kommunalpolitik interessiert sind, kann hieraus wegen der Verzerrung der Teilnehmerstruktur nicht abgeleitet werden.

Die geringere Beteiligung der Frauen steht im Einklang mit

Faktor II der Faktorenanalyse, der ergab, daß Frauen im allgemeinen (in der Region Kirchheimbolanden) passiver sind auch im Bezug auf die Teilnahme an Veranstaltungen.

Tabelle 11.1 Teilnehmerstruktur des organisierten Konflikts
(3. Bürgerversammlung)

	(abs.) N=47	(in %) =100%
Männer	36	71
Frauen	11	29
Alter		
14-20 J	9	18
21-34	7	15
35-44	13	28
45-59	16	34
60+älter	2	4
in Politik oder Verwal- tung tätig	18	38
in Vereinen organisiert	30	70
davon in 1 Verein	9	
2 "	7	
3 "	6	
4 "	4	
5 "	3	
6 "	1	

Die Diskussionen zu den 3 Hauptpunkten läßt sich wie folgt zusammenfassen:

A. Soll das Freizeitzentrum für regionalen oder überregionalen Gebrauch geplant werden?

Von allen Seiten wurde die Realisierung eines Freizeitentrums nicht sehr optimistisch beurteilt. Für den Fall, daß das Freizeitzentrum doch wider Erwarten gebaut werden würde, plädierten die meisten Redner für eine Kombination zwischen Nah- und

Fernerholungszentrum. Bei den vereinzelt Wortmeldungen der unabhängigen Bürger kam zum Ausdruck, daß man eher an einem Naherholungszentrum interessiert sei. Die Politiker trugen dagegen ihre Auffassung vor, ein Freizeitzentrum mit überregionaler Attraktivität würde finanzielle Vorteile bringen. Diese Argumentation schloß sich direkt an die schon in der Expertenbefragung von den Bürgermeister geäußerte Meinung an. Tabelle 11.2 veranschaulicht die Ergebnisse der Abstimmung.

Tabelle 11.2 Ergebnis der Kurzbefragung zur Funktion des Freizeitzentrums

welcher Funktion sollte das Freizeitzentrum dienen?	(abs)	(%)
hauptsächlich für den Fremdenverkehr	0	0
für die regionale <u>und</u> überregionale Bevölkerung	31	65
für die regionale Bevölkerung	16	35

B. Ist die Planung und Realisierung eines Freizeitzentrums oder zunächst nur eines Hallenbades anzustreben?

Zu dieser Frage wurde von allen Anwesenden fast einhellig die Meinung geäußert, daß der Bau eines Hallenbades in naher Zukunft viel wichtiger sei als das Freizeitzentrum, das -wenn überhaupt- aller Voraussicht nach erst in fernerer Zukunft gebaut werden könne. Während man die Notwendigkeit eines Hallenbades sah, wurde das Freizeitzentrum kaum als dringlich eingestuft. Dies spiegelt sich auch im Ergebnis der Kurzbefragung wieder, das im Einklang mit den Erfahrungen, die bei der Bevölkerungsbefragung gemacht wurden, steht. Eine eindeutige Unterstützung der Idee des Freizeitzentrums kam nur von den Mitgliedern der Bürgerinitiative.

Tabelle 11.3 zeigt die Ergebnisse der Kurzbefragung zu diesem Punkt.

Tabelle 11.3 Ergebn. der Kurzbefragung zu "Hallenbad oder Freizeitzentrum"

Welche der acht folgenden kommunalen Aufgaben sind am dringlichsten?

(Rangfolge bilden)	(Rang)	(mittl. Rangpl)
Hallenbad bauen	1	3.09
Kindergarten	2	3,63
Hauptschule	3	3.69
Freizeitzentrum	4	4.26
Industrieansiedlung	5	4.38
Freibad	6	4.60
Kanalisation	7	4.77
neues Rathaus	8	5.27
I		

C Standort des Freizeitentrums-Standort des Hallenbades

Die Standortfrage wurde differenziert diskutiert unter verschiedenen Aspekten. Dabei kam man zu dem Schluß, daß ein Hallenbad kombiniert werden müsse mit dem Schulzentrum, und daß es eine zentrale Lage für die gesamte Verbandsgemeinde haben müsse. Um diese Forderungen zu erfüllen wurde das "Gutleutbachtal" für geeignet gehalten.

Für den Standort des Freizeitentrums wurde die Bedeutung der landschaftlichen Lage hervorgehoben. Da einige Redner die Landschaft im "Judental" für schöner hielten, entwickelte sich eine Tendenz dafür, das Freizeitzentrum im Judental anzusiedeln. Zwei weitere Argumente trugen dazu bei: Der Bau eines Freizeitentrums im Gutleutbachtal, und die Aufstauung eines Sees dort sei viel zu teuer, während man im Judental das vorhandene Schwimmbad nutzen könnte. Zum zweiten spielte die Privatinitiative eines Bauern eine Rolle, der angedeutet hatte, im Judental einen Campingplatz einrichten zu wollen.

An der hohen Zahl der Stimmenthaltungen zur Frage nach dem Standort des Freizeitentrums kommt zum Ausdruck, daß viele Anwesende die Diskussion um das Freizeitzentrum für realitätsfern und müßig hielten.

Tabelle 11.4 veranschaulicht die Ergebnisse der Kurzbefragungen zu diesem Punkt.

Tabelle 11.4 Ergebnisse der Kurzbefragungen zum Standort

Was sollte bei der Standortwahl
des Hallenbades berücksichtigt
werden? (Mehrfachnennungen)

	(abs)
landschaftl. Umgebung	4
Schulnähe	25
zentrale Lage	14
Klima	4
Nähe zum Freibad	9
	<u>56</u>

.....des Freizeitentrums?

landschaftliche Umgebung	15
Schulnähe	1
zentrale Lage	8
Klima	6
Nähe zum Freibad	10
	<u>40</u>

Standort des Freizeitentrums

Gutleutbachtal	11
Judental	14
keine Antwort	15

Standort des Hallenbads

Gutleutbachtal	15
Judental	12
andere Standorte	9
keine Antwort	2

Die Diskussion wurde durch einige Merkmale gekennzeichnet, die in weiteren Experimenten mit dem organisierten Konflikt zu beachten wären:

- über Interessen, die sich mit den einzelnen Alternativen verbanden wurde kaum diskutiert, obwohl der Moderator mehrfach dazu aufforderte. Dies lag zum großen Teil daran, daß keine der

vertretenen "Gruppen" sich im klaren war über ihre Interessenposition und diese auch konsequent vertrat.

Diese Funktion, Interessen herauszuarbeiten, die eine der wesentlichen des organisierten Konflikts ist, kann wahrscheinlich nur erfüllt werden von der ursprünglich geplanten Diskussion zwischen Fachleuten und Politikern.

- die vor den Diskussionspunkten gegebene Information aus der Bevölkerungs- und Expertenbefragung wurde nur zum Teil in die Diskussion einbezogen und berücksichtigt.

Für eine bessere Berücksichtigung scheint eine umfassendere Informationsarbeit vor der Veranstaltung nötig.

- die Datenbank fristete ein Schattendasein und wurde nur zwei Mal in Anspruch genommen.

Um die Unvertrautheit gegenüber diesem, in Diskussionen neuen Element, zu überwinden, müßte die Datenbank systematischer in den Ablauf einbezogen werden.

- die Vertreter der Bürgerinitiative konnten sich den Spielregeln nur sehr zögernd unterwerfen und besonders ihr Vorsitzender versuchte die Rolle des Moderators zu übernehmen, was der Berücksichtigung aller Anwesender in der Diskussion nicht zugute kam.

Es scheint ratsam, besonders engagierte Gruppen mit in den Ablauf einzubeziehen und im Interesse der übrigen Beteiligten ihre Energien zu kanalisieren.

Wir wollen hier ein Résumé des Partizipationsmodells ziehen, zu dem sich in Kap. 2 die Grundüberlegungen und im Design die Planung findet. Die Ergebnisse der einzelnen Elemente des Modells sind in den vorhergehenden Kapiteln schon besprochen worden, so daß wir hier einige Aspekte des Gesamtmodells behandeln wollen. Anschließend versuchen wir, aus den Erfahrungen, die wir gewonnen haben, einige Vorschläge für weitere ähnliche Untersuchungen zu machen.

Das Partizipationsmodell als solches - soweit es durchgeführt werden konnte - erwies sich, technisch gesehen, im Prinzip als durchführbar und praktikabel. Die technischen Schwierigkeiten, die sich der Durchführung entgegenstellten, sind nicht unüberwindbar. Als Einsicht wurde aber gewonnen, daß zur reibungslosen Praktizierung des Modells ein Stab von Mitarbeitern gehört, der die Organisation, Koordination sowie die in hohem Maße anfallenden Routinearbeiten übernimmt. Für die Erledigung dieser Aufgaben erwies es sich in manchen Phasen als sehr nachteilig, daß die Autoren nicht ständig am Ort der Durchführung sein konnten.

Zu den nicht-technischen Schwierigkeiten, die die Durchführung des Modells und die Bürgerbeteiligung selbst erschwerten, gehören mehrere Dinge:

- die ländliche Bevölkerung der Region Kirchheimbolanden ist relativ wenig politisiert und viele Bürger stellten der Möglichkeit der Partizipation ihre Meinung entgegen, daß sich damit doch nichts ändere. Die Idee, durch Beteiligung eigene Interessen vertreten zu können, brachten viele mit den Aktivitäten politischer Parteien in Verbindung und mobilisierten die entsprechenden Ressentiments.
- der inhaltliche Gegenstand des Partizipationsmodells - die Planung eines Freizeitentrums - erwies sich nicht als besonders günstig, da im Freizeitbereich in der Region Kirchheimbolanden 'kein Problemdruck' herrscht, und viele Bürger dem Projekt mit einigem Unverständnis gegenüberstanden. Die Meinung, daß niemand nach Kirchheimbolanden fahre, um dort seine Freizeit zu verbringen und daß es im übrigen genügend Lokale gäbe, war weitverbreitet

besonders in der Umgebung der Stadt. Hinzukam, daß die Bevölkerung sich der allgemeinen Finanzmisere der Region bewußt war und zum Teil deshalb den Bau eines Freizeit zentrums für unnötig hielt.

- die politischen Parteien trugen zur Verwirrung der öffentlichen Diskussion bei, indem sie sich in einer neuen Koalition auf einen Kompromiß für das Freizeitzentrum einigten. Dies geschah ohne Beteiligung der Bevölkerung und machte vielen Bürgern klar, daß eine Bürgerbeteiligung keine Konsequenzen auf die Entscheidung hat.

Diese Momente bereiteten der Durchführung des Modells insofern Schwierigkeiten, als die Motivation bei vielen Bürgern gering war, bei der Befragung mitzuwirken und am organisierten Konflikt teilzunehmen.

- Die "Bürgerinitiative für ein Freizeitzentrum" entwickelte sich zu einem halbstaatlichen Kreis, der die Aktivitäten zum Freizeitzentrum weitgehend für sich beanspruchte. Für das Modell brachte die Initiative relativ wenig Verständnis auf, da ihr die Form der Bürgerbeteiligung in einer Bürgerinitiative näher lag. Zum Teil wurden Befürchtungen laut, daß das Modell den Interessen der Bürgerinitiative nicht entsprechen könnte.

Mit der Haltung der Bürgerinitiative war verbunden, daß die vereinbarte Kooperation nicht besonders gut lief, was z.B. zur Folge hatte, daß die Experten für den organisierten Konflikt nicht eingeladen werden konnten. Daran wurde deutlich, welche Schwierigkeiten einer Partizipation von Halbinstitutioneller Seite entgegenstehen können.

In Kap. 2 gingen wir von gewissen Voraussetzungen für die Bürgerpartizipation aus: Information-Kommunikationsstruktur-Motivation-Aufhebung der Vereinzelung. Für unsere Durchführung des Modells waren diese Voraussetzungen wie folgt gegeben:

- Information über die Planung des Freizeit zentrums wurde in der regionalen Tageszeitung umfangreich und ausführlich gegeben. Von der Information wurde jedoch, wie unsere Ergebnisse zeigten, relativ wenig Kenntnis genommen.
- außer der Zeitung existierten keine weiteren Kommunikationskanäle, durch die Information zu den Bürgern gebracht werden konnte.

Lediglich den Zielpersonen der Bevölkerungsbefragung konnte eine Extrainformation gegeben werden.

- Die Motivation der Bevölkerung, die Partizipationsmöglichkeit wahrzunehmen, war -wie oben schon erwähnt- gering.
- Die Aufhebung der Individualisierung der Bürger gelang zwar insofern, als die Verteilung von Meinungen und Wünschen in der Bevölkerung erfaßt werden konnte und sich nicht mehr Einzelmeinungen darstellten, jedoch konnte die Bevölkerung beim organisierten Konflikt ihre Interessen nicht vertreten, da sie praktisch nicht repräsentiert war.

Das Ziel, durch das Partizipationsmodell Expertenwissen der Bevölkerung zugänglich zu machen und mit der Meinung der Bevölkerung zu integrieren, konnte kaum erfüllt werden, da das Element des Modells, das die Integration zu leisten hatte, der organisierte Konflikt, nicht wie geplant ablief.

Da die Voraussetzungen für das Partizipationsmodell nur zum Teil erfüllt waren, und das Modell selber nicht vollständig durchgeführt werden konnte, ist eine abschließende Betrachtung des Modells nicht angebracht und bleibt weiteren Experimenten vorbehalten.

Aus unseren Erfahrungen können wir dafür einige Anregungen geben:

- der inhaltliche Aspekt eines Partizipationsversuches sollte in Verbindung stehen mit akuten konkreten Problemen der Bevölkerung, um auf einer relativ hohen Motivation der Bevölkerung aufbauen zu können.
- es sollten mehr Kommunikationskanäle erschlossen werden, um Information an die Öffentlichkeit zu verteilen. Das könnte geschehen z.B. mit den oben erwähnten Informationsblättern in Läden und an Bushaltestellen. Das gesamte Modell würde damit an Lebendigkeit gewinnen.
- die Abstimmung mit den politischen Institutionen und den halb-institutionellen Einrichtungen sollte gründlich sein und der Spielraum ihnen gegenüber sollte so groß sein, daß von diesen

Seiten nicht interferiert wird.

- Die Organisation des organisierten Konflikts und die Auswahl der Fachleute und Politiker dafür sollte sehr sorgfältig vorgenommen werden.
- die finanziellen und personellen Mittel sollten ausreichend sein, um die vielfältigen Aufgaben der Organisation und Koordination und Routinearbeiten schnell erledigen zu können.

13. Kritik der Studie

Bei einer kritischen Betrachtung der Studie insgesamt ist nach Ansicht der Autoren zunächst der Umfang der Fragestellung und die mit ihrer Durchführung verbundenen Aspekte zu diskutieren. Das Partizipationsmodell und das Thema Freizeit-Freizeitzentrum barg eine Reihe von Problemstellungen in sich, die ausgereicht hätte für verschiedene weitere Studien. Die Anzahl der thematischen Fragen und die bei ihrer praktischen Bearbeitung gewonnenen Daten brachten die Autoren ständig in Gefahr, das Gesamtkonzept aus den Augen zu verlieren und in der Fülle vom Material zu schwimmen. Die Diskrepanz, die bestehen bleibt zwischen theoretischem Anspruch und praktisch erreichtem Ziel, hängt zusammen damit, daß man dieser Gefahr zum Teil erlag.

Es wäre vielleicht klüger gewesen, von Anfang an die Aufgabenstellung auf eine realistische Größe zu beschneiden, die mit einem, für eine Diplomarbeit zu vertretenden Arbeitsaufwand hätte bewältigt werden können.

Trotz der Schwierigkeiten und Nachteilen, die sich aus der umfassenden Aufgabenstellung ergaben, meinen die Autoren dennoch, daß die Ergebnisse einige wertvolle Hinweise ergeben haben, die von praktischer Relevanz sind.

Ein weiterer Punkt der Kritik ist die Unterschätzung der Schwierigkeiten vor Beginn der Untersuchung. Die zu optimistische Erwartung personeller, finanzieller und materieller Unterstützung wie auch gegenüber der eigenen Arbeitskraft, führte zur Planung von praktischen Schritten, die teilweise nur unzulänglich bewältigt werden konnten, als die Erwartungen sich als falsch herausstellten. Das führte z.B. auch dazu, daß die Bevölkerungsbefragung, die ursprünglich nur als ein Teil geplant und durchgeführt worden war, in den Mittelpunkt der Auswertung und der gesamten Arbeit gerückt werden mußte, und der organisierte Konflikt, dem eine zentrale Stellung im Modell zukommt, nur unzulänglich durchgeführt werden konnte.

Rückblickend kritisch zu vermerken wäre weiterhin, daß die Untersuchung aufbaute auf einer unzureichenden Analyse der örtlichen Situation in Kirchheimbolanden. Die Bürgerinitiative entwickelte sich zu einem etablierten Kreis, dessen Name schließlich nur noch an Bevölkerungsbeteiligung erinnerte und deshalb für ein Partizipationsmodell nicht der optimale Partner war. Die anfängliche Aktivität der Bürgerinitiative hatte auch zu einer Fehleinschätzung des Bürgerinteresses geführt, die leider zu spät korrigiert werden konnte als die Befragungsaktion und der organisierte Konflikt nur auf unzureichende Resonanz stießen. - Falsch eingeschätzt worden war auch die Bereitschaft der politischen Gruppen und Gremien, der Verbandsgemeinde und der Stadt Kirchheimbolanden, das Modell zu unterstützen. Nachdem die Pläne für das Freizeitzentrum von den Parteien vorgestellt worden waren, erfolgte keine weitere Information oder sonstige Unterstützung der Bevölkerungsbeteiligung, sondern fast gegenteilig führten die politischen Gremien mit ihren unverbindlichen Stellungnahmen und ihrem schließlich Beschluß die Bürgerbeteiligung in die Isolation und trugen dazu bei, daß die Lebendigkeit des Partizipationsmodells verloren ging. Daß mit der Vorstellung von Plänen für ein Freizeitzentrum durch die politischen Parteien ein Interesse verbunden war, das sich hauptsächlich auf die Kommunalwahlen bezog, wurde zu spät bemerkt.

Die Reihe der Schwierigkeiten bei der Durchführung der Untersuchung und das Gefühl, einem Wahlschlager aufgesessen zu sein und in Isolation zu arbeiten, führte dazu daß die Motivation der Autoren mit Ablauf der Studie stetig sank und zu einer relevanten Größe bei ihrer Bewältigung wurde. Auf Seiten der Autoren ging als weitere Schwierigkeit in die Arbeit eine mangelnde Kommunikation mit ein, die verursacht war durch verschiedene Ansätze gegenüber der Arbeit. Nachteilig wirkte sich dies z.B. auf den allgemeinen Überbau der Arbeit aus, auf die Diskussion der politischen Aspekte sowie auf die Abstimmung in praktischen Problemen.

Insgesamt sind die Autoren der Ansicht, daß die vielen Probleme der Arbeit, sei es die Bevölkerungsbefragung, die Expertenbefragung oder andere, einen hohen Lerneffekt mit sich brachten, so daß die Autoren tatsächlich und im positiven Sinne sagen können 'hinterher ist man klüger'.

Literaturliste

- Ahrens, H.J., Kurzeinführung in das Konzept der Faktorenanalyse, Skript, 1970
- Andreae, C.A., Ökonomik der Freizeit, Reinbek, 1970
- Argyle, M., Soziale Interaktion, Kiepenheuer & Witsch, 1972
- Baller, H. und Partner, Freizeit 2000, In: Architekturwettbewerbe 64, 1970
- Badura, B., Sprachbarrieren, Stuttgart, Bad Cannstadt, 1971
- Barker, R.G., Ecological Psychology, Stanford, 1968
- Blücher, Viggo Graf, Das Freizeitproblem und seine praktische Bewältigung. In: Zeitwende XXXIII 1962
- Blücher, Viggo Graf, Freizeitbedürfnisse und Wohnsiedlungen der Zukunft, In: Archiv für Kommunalwissenschaften, Band 1/1968, Berlin
- Dietrich, W., Hötzel, A., Irle, A., Laukhuff, W., Wallraven, K., Architektonische, Pädagogische, Psychologische und Soziologische Faktoren beim Bau eines Kommunikationszentrums, Frankfurt, 1970
- Dumazedier, J., Vers une Civilisation du loisir, Paris, 1962
- Ellwein, T., Formierte Verwaltung-Autorität Herrschaft in einer parlamentarischen Demokratie. Beide in: Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen, 1971
- EMNID-Institut GmbH, Freizeit im Ruhrgebiet, Bielefeld u. Essen 1971
- Faßbinder, H., Bürgerinitiativen und Planungsbeteiligung im Kontext kapitalistischer Regionalpolitik, In Enzensberger (Hrsg.): Kursbuch, Berlin, 1972
- Fruchter, B., Introduction to Factor Analysis. Princeton: Nostrand 1954
- Fuchs, W.R., Knaurs Buch der modernen Mathematik, München 1972
- Goffmann, E., Behavior in public places, London 1963
- Graumann, C.F., Interaktion und Kommunikation, Handb. d. Psychologie Bd. 7, 1972
- Großhans, H., Öffentlichkeit und Stadtentwicklungsplanung, Düsseldorf, 1972
- Grossmann, E., (Hrsg.), Bürgerinitiativen-Schritte zur Veränderung? Frankfurt, 1971
- Guilford, J.P., Fundamentals Statistics in Psychology, Toronto, 1965
- Haas, L., Röhm, Wacker, Weidle, Werner, Jugend und Freizeit. Leongerg 1970
- Habermas, J., Arbeit-Freizeit-Konsum, Merkur, VIII, 8, 1954
- Harman, H.H., Modern Factor Analysis, Chicago, 1967
- Hays, W.L., Statistics, New York, 1963
- Hanhart, D., Arbeiter in der Freizeit, Bern, 1964
- Hoffmann & Patellis, Demokratie als Nebenprodukt-Versuch einer öffentlichen Planung, München, 1971

- Holzcamp, K., Kritische Psychologie, Frankfurt, 1972
- Ibn, G., Menschen unterm Planquadrat, München 1971
- Janssen, Krausse, Schlandt, Stadtplaner und Reformgeister, Berlin, 1970
- Jutzlar, K., Die Pflicht zur Information, Hamburg 1970
- Kamlah & Lorenzen, Logische Propedeutik, Mannheim, 1967
- Kellerer, H., Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben, Reinbek, 1967
- Korte, H., (Hrsg) Zur Politisierung der Stadtplanung, Düsseldorf, 1971
- Kirchheimbolanden, Die kleine Residenz-600 Jahre Stadt, 1968
- Kommunalbrevier Rheinlandpfalz, Mainz, 1969
- Krauch, H., Prioritäten für die Forschungspolitik, München, 1971
- Krauch, H., Computer-Demokratie, Düsseldorf, 1972
- Krauch, H., Entscheidung durch die Bürger im Medienverbund, Düsseldorf 1971
- Kriz, J., Statistik in den Sozialwissenschaften, Hamburg, 1970
- Lawley & Maxwell, Factor Analysis as a Statistical Method, London, 1963
- Lazarsfeld/Berelson, Wahlen und Wähler, Berlin 1969
- Lehr, U., Probleme der Sozialisation geschlechtsspezifischen Verhaltens, Handb. f. Sozialpsychologie
- Lienert, G.A., Testaufbau und Testanalyse, Weinheim, 1964
- Lukasczyk, K., Kommunikation, Wörterbuch der Soziologie, Fischer, Frankfurt, 1972
- Lüdtk, H., Freizeit in der Industriegesellschaft, Opladen, 1972
- Mayntz et.al., Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie Köln, 1969
- Maccoby, E.E., The Development of Sex Differences, Stanford 1966
- Mitscherlich, A., Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt, 1971
- Müller, C.W. & Nimmermann, P., Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit, München 1971
- Noelle-Neumann, E., Umfragen in der Massengesellschaft, Reinbek, 1968
- Negt, O., & Kluge, A., Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt, 1972
- Offe, C., Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. In: Kress & Senghaas (Hrsg) Politikwissenschaft - Eine Einführung in ihre Probleme, Frankfurt, 1969
- Offe, C., Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus. In: Grossmann, H., Bürgerinitiativen - Schritte zur Veränderung, Frankfurt, 1971
- Offe, C., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972

- Opp,K.D.,Methoden der Sozialwissenschaften,Reinbek,1970
- Prüss,K.P.u.Tschoepe,A.,Sozialplanung-Eine Einführung in ihre Probleme und Begriffe,In:Theorie und Praxis der sozialen Arbeit,5,1972
- Rheinpfalz,Hrsg.im Auftrag des Instituts für staatsbürgerliche Bildung in Rheinland-Pfalz,Mainz,1969
- Report über Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik,In:Der Spiegel, Nr.48,1972
- Ronge,V.,Schmitz,G.,(Hrsg)Politische Planung in Theorie und Praxis München 1971
- Roth,W.(Hrsg),Kommunalpolitik-für wen? Frankfurt 1971
- Rutenfranz,J.,Belastung und Erholung um Leben des jugendlichen Arbeiters,In:Jugendarbeitsschutz.Stimmen aus Wissenschaft und Praxis,3,Düsseldorf,1957
- Scharpf,F.,Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung,Konstanz 1970
- Städtebauwelt 1972,33,Planen nach dem Städtebauförderungsgesetz
- Scheuch,E.K.u.Meyersohn,R. (Hrsg) Soziologie der Freizeit,Köln 1972
- Scherer,K.R.,Non-verbale Kommunikation,Hamburg,1970
- Schilling,J.,Gesellungsformen Jugendlicher im Freizeitbereich und ihre Relevanz für die Jugendarbeit,Inst.f. Sozialw.,Uni Konstanz
- Studiengruppe für Systemforschung,Entwicklungstendenzen der Anwendung der Technik in der Schule,Heidelberg,1971,
- Studiengruppe für Systemforschung,ORAKEL-ein partizipatorisches Planungs-und Entscheidungsmodell,Mitteilungen Juli 1972, Heidelberg,
- Schmitz-Scherzer,R.Freizeitverhalten und sozialer Kontext,In: Zeitschrift für Sozialpsychologie,Bern,Stuttgart,Wien,III,2,1972
- Steffani,W.,Parlamentarische Demokratie-Zur Problematik von Effizienz,Transparenz und Partizipation
- Strzelewicz,W.,Jugend in ihrer freien Zeit,Deutsches Jugendinstitut,Band 11,München,1965
- Von Krokow,C.,Mehr Demokratie-weniger Freiheit,In:Die Zeit,Nr.9 1973
- Von Petzold,Modelle für morgen-Probleme von Städtebau und Umweltplanung,Reinbek,1972
- Wright,H.F.,Eine Verhaltensstudie in natürlicher Umgebung,New York,1967 (Übersetzung:Paper 1972)
- Wald,R.,Freizeitprobleme der Industriearbeiter,In:Deutsche Bauzeitung,7,1969
- Watzlawik,Menschliche Kommunikation,Bern,1969

Weber, E., Das Freizeitproblem, Freiburg/Basel, 1963

Wittig, H.E., Schule und Freizeit, Bad Harzburg, 1964

Zimpel, G., Der beschäftigte Mensch-Beiträge zur sozialen und politischen Partizipation, München 1970

Zoll, R. u. Hennig, E., Massenmedien und Meinungsbildung, München, 1970

Zusatz

Fischer, K., Donnersberg-regionale und kommunale Entwicklungsplanung zur Freizeit, Erholungswesen und Fremdenverkehr, Kirchheimbolanden, 1970

Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1972, hrsg. von der Stadtverwaltung Kirchheimbolanden, Kibo 1972

Kommunalebrevier Rheinlandpfalz, Mainz, 1969



Das Bild oben zeigt den Ausschnitt "Datenbank" des während der 3. Bürgerversammlung zum Thema Freizeitzentrum organisierten Konflikts. (vgl. Kapitel 6).

Foto: Lind

Frage	Aufgabe	No	Bezeichnung	I.
Karte 1				
1-3		1.	Personenkennzahl	
4		2. Var.	Kartennummer	
5	2.1 A	3. 1 ✓	Wie gerne?	Lesen von Sachbüchern
6	2.2. A	4. 2 ✓	"	Lesen von Romanen
7	2.3. A	5. 3 ✓	"	Unterhaltungsendungen
8	2.4 A	6. 4 ✓	"	Informationsendungen
9	2.5 A	7. 5 ✓	"	Gartenarbeit
10	2.6 A	8. 6 ✓	"	Basteln
11	2.7 A	9. 7 ✓	"	Nadelarbeit
12	2.8 A	10. 8 ✓	"	Musizieren
13	2.9 A	11. 9 ✓	"	Malen
14	2.10 A	12. 10 ✓	"	Keramik
15	2.11 A	13. 11 ✓	"	Lairenspiel
16	2.12 A	14. 12 ✓	"	Fortbildung
17	2.13 A	15. 13 ✓	"	aktiver Sport
18	2.14 A	16. 14 ✓	"	passiver Sport
19	2.15 A	17. 15 ✓	"	Spiel
20	2.16 A	18. 16 ✓	"	Geselliges Zusammensein
21	2.17 A	19. 17 ✓	"	an Diskussionen teilnehmen
22	2.18 A	20. 18 ✓	"	Tanzen
23	2.19 A	21. 19 ✓	"	ins Kino gehen
24	2.20 A	22. 20 ✓	"	Theater besuchen
25	2.21 A	23. 21 ✓	"	Museum "
26	2.22 A	24. 22 ✓	"	Im Verein betätigen
27	2.23 A	25. 23 ✓	"	Im Haushalt helfen
28	2.24 A	26. 24 ✓	"	Wandern
29	2.25 A	27. 25 ✓	"	Spazierengehen
30	2.26 A	28. 26 ✓	"	Schwimmen
31	2.27 A	29. 27. ✓	"	Zuschauen

			Verrechnung	Hr.
32	2.1 B	30. 28.	Wie oft?	Lesen von Sachbüchern
33	2.2 B	31. 29.	"	Lesen von Romanen
34	2.3 B	32. 30	"	Unterhaltungssendungen
35	2.4 B	33. 31	"	Informationssendungen
36	2.5 B	34. 32	"	Gartenarbeit
37	2.6 B	35. 33	"	Basteln
38	2.7 B	36. 34	"	Nadelarbeit
39	2.8 B	37. 35	"	Musizieren
40	2.9 B	38. 36	"	Malen
41	2.10 B	39. 37	"	Keramik
42	2.11 B	40. 38	"	Laienspiel
43	2.12 B	41. 39	"	Fortbildung
44	2.13 B	42. 40	"	aktiver Sport
45	2.14 B	43. 41	"	passiver Sport
46	2.15 B	44. 42	"	Spiel
47	2.16 B	45. 43	"	geselliges Beisammensein
48	2.17 B	46. 44	"	an Diskussionen teilnehmen
49	2.18 B	47. 45	"	Tanzen
50	2.19 B	48. 46	"	ins Kino gehen
51	2.20 B	49. 47	"	Theater besuchen
52	2.21 B	50. 48	"	Museum "
53	2.22 B	51. 49	"	im Verein tätigen
54	2.23 B	52. 50	"	im Haushalt mithelfen
55	2.24 B	53. 51	"	Wandern
56	2.25 B	54. 52	"	Spazieren gehen
57	2.26 B	55. 53	"	Schwimmen
58	2.27 B	56. 54	"	Zuschauen
59	2.1 C	57.	Was öfter?	Sachbücher lesen
60	2.2 C	58.	"	Romane "
61-80	2.23 C	59. 883.	"	Unterhaltungssendungen - 182

Spalte		Anzahl		Bezeichnung	
Karte 2				Personenkennzahl	
1-3					
4				Kartenzahl	
5-9		2.23 C	84-88	Was öfter?	im Haushalt helfen
		2.27 C	Var.		zuschauen
10	3.1 A	89 55	Entfernung zum Sportplatz a		
11	3.2 A	90 56	" zur Sporthalle b		
12	3.3 A	91 57	" zu Grünflächen c		
13	3.4 A	92 58	" zum Tanzlokal d		
14	3.5 A	93 59 ✓	" zum Freibad e		
15	3.6 A	94 60 ✓	" zum Hallenbad f		
16	3.7 A	95 61	" zum Kino g		
17	3.8 A	96 62	" zur Bücherei h		
18	3.9 A	97 63	" zu Hobbyräumen i		
19	3.10 A	98 64 ✓	" zum Kindergarten j		
20	3.11 A	99 65	" zu Treffpunkt f. ungewun- genes Beis. in		
21	3.12 A	100 66	" zum Kinderspielplatz k		
22-33	3.1 B	101-112	Größe u. Ausattung von Sportplatz		
	3.12 B	79-90	" " Kinderspielplatz		
34-45	3.1 C	113-124	Öffnungszeiten von Sportplatz		
	3.12 C	91-102	" " von Kinderspielplatz		
46-57	3.1 D	125-136	Eintrittspreis von Sportplatz		
	3.12 D	103-106	" " von Kinderspielplatz		
58-61	4.	137	Vorschläge für Einrichtungen		
				keine = 0 Sport = 1 Treffpunkt = 2 Café = 3 Freibad = 4 Hallenbad = 5 Kindergarten = 6 Sonstiges = 7	
62-70	5.1	138 107	Was fehlt? Zeit		
63	5.2	139 108	" Taschengeld		
64	5.3	140 109	" Gesundheit		
65	5.4	141 110	" Platz zuhause		

- 183 -

Spalte	ausgabe	U ₂	bezeichnung	IV.
66	5.5	142 111	Einrichtungen zuhause	
67	5.6	143 112	Verkehrsverbindungen	
68	5.7	144 113	Einrichtungen außer Hause	
69	5.8	145 114	paar Leute, die mitmachen	
70	5.9	146 115	jemand, der einem anleitet	
71	6	147 116	Suche gleichgerunte für Hobby	
72	7.1.1.	148 117 F + H	freie Zeit werktag - vormittags	
73	7.1.2	149 118 "	" " - nachmittags	
74	7.1.3	150 119 "	" " - abends	
75	7.2.1	151 120 "	" samstag - vormittags	
76	7.2.2	152 121 "	" " - nachmittags	
77	7.2.3	153 122 "	" " - abends	
78	7.3.1	154 123 "	" sonntag - vormittags	
79	7.3.2	155 124 "	" " - nachmittags	
80	7.3.3	156 125 "	" " - abends	
Karte 3 = 1-3				
4			Personenkenntzahl	
			Kartennummer	
5	8	157 F 126	Langeweile ? Ja = 1 Nein = 0	K.A. = 2
6	9	158 127 S	Wie häufig ? 1 2 3 4 5 6	K.A. = 0
7	10.1	159 128 S	Warum ? "zu müde, um..."	K.A. = 2 Ja = 1, Nein = 2, 1-2
8	10.2	160 129	" " nicht wissen..."	"
9	10.3	161 130	" " keine Gelegenheit..."	"
10	10.4	162 131	" " keine Freunde besuchen können..."	"
11	10.5	163 132	" " eigene Antwort"	"
12	10.6	164 133	" " ich weiß nicht"	"
13	10.7	165 134	" " K. A."	"
14-15	11	166 ? 135	Wieviel Urlaubstage ? // in Ziffern	
16	12	167 136	Wo Urlaubsverbringung ?	

Spalte	Aufgabe	No.	Merkmal
(Karte 3)			
17	13.1	168 ¹³⁷ F r.H	In der Freizeit gern alleine? 1 - 6
18	13.2	169 ¹³⁸	" " " " mit Freunden
19	13.3	170 ¹³⁹	oder Bekannten zw. ? 1 - 6
20-30	14	171 r.H	Wo halten Sie sich in Ihrer FZ gerne auf? mit Familie (Eltern) zusammen? 1 - 6
31	15	172 F ¹⁴¹ r.H	Treffpunkt (zuhause - außerhalb)
32	16	173 F ¹⁵² r.H	Machen Sie gerne neue Bekanntschaften? Ja = 1, Nein = 0
33	17	174 F ¹⁵³ r.H	Gehören Sie einer Partei oder Gewerksch. an? Ja = 1, " = 0
34-36	18	175 F ¹⁵⁴⁻¹⁵⁶	Vereinsmitglied? Wo? Sport-, Musikverein, Sonstige. = 1 = 1 = 1
37	19	176 ? r.H	Ehrenamt? Ja = 1
38	20	177 ? r.H	Wie oft Teilnahme an Mitgliederversammlungen häufig 1 - 6
39	22	178 ¹⁵⁹	Wo Arbeitsplatz? innerhalb = 1, außerhalb = 2
40	23	179 F ¹⁶⁰ ? r.H	Arbeitsweglänge? 0-30 km = 1, 30-60 km = 2, länger = 3
41-42	24	180 ¹⁶¹ r.H.!	Arbeitszeitlänge? in Stunden/Woche
43	25	181 ¹⁶² r.H.!	Kann man am Arbeitsplatz u. Probleme reden? 1 - 6
44	26	182 ? ¹⁶³	Steigende Arbeitszeit? Ja = 1
45-53	27	183 r.H. F?	Beschreibung der Arbeitstätigkeit
54	28	184 ¹⁷³ r.H.	Einkommen?
55	29	185 ¹⁷⁴ r.H. F?	Taschengeld f. FZ Zwecke?
56	30	186 F ¹⁷⁵ r.H	FS Präferenz Lohn? Zeit? = 1 = 2
57	31	187 ¹⁷⁶ r.H.	FS Freizeitverwendung beimehr FZ
58-59	31	188 ¹⁷⁷ r.H. F	FS Geldverwendung beimehr feld; Prozente f. FZ Zwecke
60	32	189 ¹⁷⁸ r.H. F	Mehr öffentliche Mittel f. FZ Zwecke? Ja = 1
61-65	33	190 ¹⁷⁹⁻¹⁸³	Wohin Geld erhalten?
66-70	34	191 ¹⁸⁴⁻¹⁸⁸	Rangreihe (190)
71-74	35	192 ¹⁸⁹⁻¹⁹²	Wozu gehört?
75	37	193 ¹⁹³	von Bürgerinitiative gehört?
76-80	38	194 ¹⁹⁸	von Argumenten gehört?
(Karte 4)			
#5	38	194 ¹⁹⁹	" " "
6-13	39	195 ¹⁹⁷⁻²⁰⁵	Politiker u. Parteien zuordnen

Spalte	Aufgabe	Nr	Merkmale
14	40	196 208	Interesse an kommunalpolitik 1-6 1 = sehr, 6 = nicht
15-19	41	197 209-213	Wohin von F.-Z.-Z. gehört?
20-21	42	198 214	Alter? in Ziffern
22-23	43	199 215	Wie lange in VB Kibz gewohnt? in Ziffern
24	44	200 216	Familienstand
25	45	201 217	Beruf (9)
26	46	202 218	Wo beschäftigt? (5)
27	47	203 219	Welche Schule besucht?
28-29	48	204 220	Wieviel Personen (außer selbst) im Haushalt? in Ziffern
30	48	205 221	Eigenes Zimmer?
31-32	49	206 222	Wieviel Personen unter 14 Jahren? in Ziffern
33-34	50	207 223	Wieviel Räume in der Wohnung? in Ziffern
35	51	208 224	Besitzen Sie ein Auto im Haushalt? Ja = 1
36	52	209 225	Umgebung des Hauses?
37	53	210 226	Mit Freizeitangebot zufrieden? 1-6
38	54	211 227	Wenn unzufrieden, wegziehen? Ja = 1
39	55	212 228	Wohin das soll das F.-Z.-Z.? Schul = 1 Baad = 2 sonstiges = 3
40	56	213 229	Note für Fragebogen
41	57	214 230	Geschlecht ♂ = 1, ♀ = 2
42	58	215 231	Wohnort Krichleimhol. Stadt = 1 Gamsheim (2) = 2 Kriegsplot (3) = 3 Hornheim (4) = 4 Boland (5) = 5 Rittersheim (6) = 6 Rittersheim (7) = 7

***** Variablenliste

1	INTERESSE AN KOMMUNALPOLITIK	04	14	1	1	1	6
2	WOHER VOM ZENTRUM GEHOERT	04	15	2	1	0	1
3	WOHER VON FZ ZENTRUM GEHOERT	04	16	3	1	0	1
4	WOHER	04	17	4	1	0	1
5	WOHER	04	18	5	1	0	1
6	WOHER	04	19	6	1	0	1
7	ALTER	04	21	7	1	1	7
8	STAND	04	24	8	1	1	4
9	BERUF	04	25	9	1	1	9
10	WO BESCHAEFTIGT	04	26	10	1	1	5
11	WELCHE SCHULE BESUCHT	04	27	11	1	1	5
12	EIGENES ZIMMER	04	30	12	1	0	1
13	EIN AUTO IM HAUSHALT	04	35	13	1	0	1
14	MIT FREIZEITANGEBOT ZUFRIEDEN	04	37	14	1	1	6
15	WOHIN SOLL FREIZEITZENTRUM	04	39	15	1	1	3
16	NOTE FUER FRAGEBOGEN	04	40	16	1	1	6
17	GESCHLECHT	04	41	17	1	1	2
18	WOHNORT	04	42	18	1	1	7
19	KENNEN SIE LANGEWEILE	03	5	19	1	0	1
20	WIE HAEUFIG LANGEWEILE	03	6	20	1	1	6
21	WO URLAUBSVERBRINGUNG	03	16	21	1	1	3
22	IN DER FREIZEIT GERNE ALLEINE	03	17	22	1	1	6
23	IM DER FREIZEIT MIT FREUNDEN	03	18	23	1	1	6
24	IN DER FZ MIT DER FAMILIE	03	19	24	1	1	6
25	GERNE IN DIE DISKOTHEK	03	20	25	1	0	1
26	GERNE AUF DEM SPORTPLATZ	03	21	26	1	0	1
27	GERNE IM GRT	03	22	27	1	0	1
28	GERNE IN DER NATUR	03	23	28	1	0	1
29	GERNE ZU HAUSE	03	24	29	1	0	1
30	GERNE IM GARTEN	03	25	30	1	0	1
31	GERNE BEI FREUNDEN	03	26	31	1	0	1
32	IM LOKAL ZUM ESSEN UND TRINKEN	03	27	32	1	0	1
33	IM LOKAL ZUM KEGELN ODER SKAT	03	28	33	1	0	1
34	IM CAFE	03	29	34	1	0	1
35	IM EISCAFE	03	30	35	1	0	1
36	TREFF AUSSERHALB	03	31	36	1	0	1
37	GERNE NEUE BEKANNTSCHAFTEN	03	32	37	1	0	1
38	WO ARBEITSPLATZ	03	39	38	1	1	2
39	SCHWERARBEIT	03	45	39	1	0	1
40	NERVLICHE BELASTUNG	03	48	40	1	0	1
41	LANGEWEILE BEI DER ARBEIT	03	49	41	1	0	1
42	KEINE BELASTENDE ARBEIT	03	53	42	1	0	1
43	PRAEFERENZ LOHN FREIZEIT	03	56	43	1	1	2
44	FREIZEITVERWENDUNG	03	57	44	1	1	4
45	MEHR OEFFENTL MITTEL FUER FZ EINRICHTUNGEN			45	1	0	1
46	MITTEL DURCH EINSPAREN	03	61	46	1	0	1
47	STEUERMITTEL	03	62	47	1	0	1
48	MITTEL VON BUND UND LAND	03	63	48	1	0	1
49	SPENDEN DER EINWOHNER	03	64	49	1	0	1
50	ABGABE VON GROSSUNTERNEHMER	03	65	50	1	0	1
51	GEHOERT VON HAUPTSCHULE	03	71	51	1	0	1
52	GEHOERT VON STADTHAUS	03	72	52	1	0	1
53	GEHOERT VON FREIZEITZENTRUM	03	73	53	1	0	1
54	VON BUERGERINITIATIVE GEHOERT	03	75	54	1	0	1
55	KENNE ARGUMENT EINS	03	76	55	1	1	2
56	KENNE ARGUMENT ZWEI	03	77	56	1	1	2
57	KENNE ARGUMENT DREI	03	78	57	1	1	2
58	KENNE ARGUMENT VIER	03	79	58	1	1	2
59	KENNE ARGUMENT FUENF	03	80	59	1	1	2
60	ENTFERNUNG ZUM SPORTPLATZ	02	10	60	1	1	6
61	ENTFG ZUR SPORTHALLE	02	11	61	1	1	6
62	ENTFG ZU GRUENFLAECHE	02	12	62	1	1	6
63	ENTFG ZUM ANZLOKAL	02	13	63	1	1	6
64	ENTFG ZUM FREIBAD	02	14	64	1	1	6
65	ENTFG ZUM HALLENBAD	02	15	65	1	1	6
66	ENTFG ZUM KINO	02	16	66	1	1	6
67	ENTFG ZUR BUECHEREI	02	17	67	1	1	6
68	ENTFG ZU HOBBYRAEUMEN	02	18	68	1	1	6
69	ENTFG ZUM KINDERGARTEN	02	19	69	1	1	6

70 ENTFG ZU TREFFPKT 02 20
 71 ENTFG ZU SPIELPLATZ 02 21
 72 GROESSE FREIBAD 02 26
 73 GROESSE HALLENBAD 02 27
 74 VORSCHLAEGE 02 58
 75 VORSCHLAEGE 02 59
 76 VORSCHLAEGE 02 60
 77 VORSCHLAEGE 02 61
 78 ES FEHLT AN ZEIT 02 62
 79 ES FEHLT AN GELD 02 63
 80 ES FEHLT GUTE GESUNDHEIT 02 64
 81 ES FEHLT PLATZ ZUHAUSE 02 65
 82 ES FEHLEN EINRICHTUNGEN ZUHAUSE 02 66
 83 ES FEHLEN VERKEHRSVERBINDUNGEN 02 67
 84 ES FEHLEN EINRICHTGN AUSSER HAUSE 02 68
 85 ES FEHLEN EIN PAAR LEUTE 02 69
 86 ES FEHLT AN ANLEITUNG 02 70
 87 FZ WERKTAGS VORM 02 72
 88 FZ WERKT NACHM 02 73
 89 FZ WERKT ABENDS 02 74
 90 FZ SAMSTAG VORM 02 75
 91 FZ SAMSTAG NACHM 02 76
 92 FZ SAMSTAG ABENDS 02 77
 93 FREIZEIT SONN VORM 02 78
 94 FZ SONNTAG NACHM 02 79
 95 FZ SONNTAG ABENDS 02 80
 96 WIE GERNE SACHBUECHER 01 5
 97 WIE GERNE ROMANE USW 01 6
 98 WIE GERNE UNTERHALTUNGSSENDGN 01 7
 99 WIE GERNE INFORMATIONSENDGN 01 8
 100 WIE GERNE GARTENARBEIT 01 9
 101 WIE GERNE BASTELN 01 10
 102 WIE GERNE NADELARBEIT 01 11
 103 WIE GERNE MUSIK 01 12
 104 WIE GERNE MALEN 01 13
 105 WIE GERNE KERAMIK 01 14
 106 WIE GERNE LAIENSPIEL 01 15
 107 WIE GERNE FORTBILDUNG 01 16
 108 WIE GERNE AKTIVER SPORT 01 17
 109 WIE GERNE PASSIVER SPORT 01 18
 110 WIE GERNE SPIEL 01 19
 111 WIE GERNE GESLIGES BEISAMMENSEIN 01 20
 112 WIE GERNE DISKUSSION 01 21
 113 WIE GERNE TANZEN 01 22
 114 WIE GERNE INS KINO GEHEN 01 23
 115 WIE GERNE INS THEATER GEHEN 01 24
 116 WIE GERNE INS MUSEUM 01 25
 117 WIE GERNE IM VEREIN 01 26
 118 WIE GERNE IM HAUSHALT HELFEN 01 27
 119 WIE GERNE WANDERN 01 28
 120 WIE GERNE SPAZIEREN GEHEN 01 29
 121 WIE GERNE SCHWIMMEN 01 30
 122 WIE GERNE ZUSCHAUEN 01 31
 123 WIE OFT SACHBUECHER 01 32
 124 WIE OFT ROMANE 01 33
 125 WIE OFT UNTERHALTUNGSSENDGN 01 34
 126 WIE OFT INFORMATIONSENDGN 01 35
 127 WIE OFT GARTENARBEIT 01 36
 128 WIE OFT BASTELN 01 37
 129 WIE OFT NADELARBEIT 01 38
 130 WIE OFT MUSIK MACHEN 01 39
 131 WIE OFT MALEN 01 40
 132 WIE OFT KERAMIK 01 41
 133 WIE OFT LAIENSPIEL 01 42
 134 WIE OFT FORTBILDUNG 01 43
 135 WIE OFT AKTIVER SPORT 01 44
 136 WIE OFT PASSIVER SPORT 01 45
 137 WIE OFT SPIEL 01 46
 138 WIE OFT GESELLIGES BEISAMMENSEIN 01 47
 139 WIE OFT DISKUSSION 01 48

70 1 1 6
 71 1 1 6
 72 1 1 6
 73 1 1 6
 74 1 1 7
 75 1 1 7
 76 1 1 7
 77 1 1 7
 78 1 0 1
 79 1 0 1
 80 1 0 1
 81 1 0 1
 82 1 0 1
 83 1 0 1
 84 1 0 1
 85 1 0 1
 86 1 0 1
 87 1 1 9
 88 1 1 9
 89 1 1 9
 90 1 1 9
 91 1 1 9
 92 1 1 9
 93 1 1 9
 94 1 1 9
 95 1 1 9
 96 1 1 6
 97 1 1 6
 98 1 1 6
 99 1 1 6
 100 1 1 6
 101 1 1 6
 102 1 1 6
 103 1 1 6
 104 1 1 6
 105 1 1 6
 106 1 1 6
 107 1 1 6
 108 1 1 6
 109 1 1 6
 110 1 1 6
 111 1 1 6
 112 1 1 6
 113 1 1 6
 114 1 1 6
 115 1 1 6
 116 1 1 6
 117 1 1 6
 118 1 1 6
 119 1 1 6
 120 1 1 6
 121 1 1 6
 122 1 1 6
 123 1 1 6
 124 1 1 6
 125 1 1 6
 126 1 1 6
 127 1 1 6
 128 1 1 6
 129 1 1 6
 130 1 1 6
 131 1 1 6
 132 1 1 6
 133 1 1 6
 134 1 1 6
 135 1 1 6
 136 1 1 6
 137 1 1 6
 138 1 1 6
 139 1 1 6

140	WIE OFT TANZEN GEHEN	01	49	140	1	1	6
141	WIE OFT INS KINO GEHEN	01	50	141	1	1	6
142	WIE OFT INS THEATER GEHEN	01	51	142	1	1	6
143	WIE OFT INS MUSEUM GEHEN	01	52	143	1	1	6
144	WIE OFT IM VEREIN	01	53	144	1	1	6
145	WIE OFT IM HAUSHALT HELFEN	01	54	145	1	1	6
146	WIE OFT WANDERN	01	55	146	1	1	6
147	WIE OFT SPAZIEREN	01	56	147	1	1	6
148	WIE OFT SCHWIMMEN	01	57	148	1	1	6
149	WIE OFT ZUSCHAUEN	01	58	149	1	1	6

(13x, 6 I1, 1x, I1, 2x, 4 I1, 2x, I1, 4x, I1, 1x, I1, 1x, 4 I1, 38x/4x, 2 I1, 9x, 17 I1, 6x, I1, 5x, I1, 2x, 2 I1, 3x, I1, 2x, 2 I1, 2x, 6 I1, 5x, 3 I1, 1x, 6 I1/9x, 12 I1, 4x, 2 I1, 30x, 13 I1, 1x, 9 I1/4x, 54 I1, 22 x)

150 WIE OFT ...
151 WIE OFT ...
152 WIE OFT ...
153 WIE OFT ...
154 WIE OFT ...
155 WIE OFT ...
156 WIE OFT ...
157 WIE OFT ...
158 WIE OFT ...
159 WIE OFT ...
160 WIE OFT ...
161 WIE OFT ...
162 WIE OFT ...
163 WIE OFT ...
164 WIE OFT ...
165 WIE OFT ...
166 WIE OFT ...
167 WIE OFT ...
168 WIE OFT ...
169 WIE OFT ...
170 WIE OFT ...
171 WIE OFT ...
172 WIE OFT ...
173 WIE OFT ...
174 WIE OFT ...
175 WIE OFT ...
176 WIE OFT ...
177 WIE OFT ...
178 WIE OFT ...
179 WIE OFT ...
180 WIE OFT ...
181 WIE OFT ...
182 WIE OFT ...
183 WIE OFT ...
184 WIE OFT ...
185 WIE OFT ...
186 WIE OFT ...
187 WIE OFT ...
188 WIE OFT ...
189 WIE OFT ...
190 WIE OFT ...
191 WIE OFT ...
192 WIE OFT ...
193 WIE OFT ...
194 WIE OFT ...
195 WIE OFT ...
196 WIE OFT ...
197 WIE OFT ...
198 WIE OFT ...
199 WIE OFT ...
200 WIE OFT ...

57
58
59

171
172

173
174

BLOCKANFANG

LEERSP. 4

1 =
2 =

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18

15 / Code 1 = ja, 2 = nein
1 Code 1 = ja, 2 = nein
über 0; 2 = unter 0 ?
01-12 / Code 1 = ja, 2 = nein
13 / Code 1 = ja, 2 = nein
14 / Code 0-6 = Anzahl der richtigen
15 / Code ?
16 / Code 1 = interessiert, 2 = nicht int.
17 / Code 0 = trifft nicht zu, 1 = trifft
18 / Code ?
19 / Code 1 = ganz weit, 2 = irgendwie
mit; 2 = weibl.
10; 2 = Land

mit Bleistift bitte "?"
aufgeben

BLOCKANFANG

LEERSP. 58

LEERSP. 13

19 / Code 1 = sehr interessiert
6 = überhaupt nicht interessiert

LEERSP. 1

2
21
4 = 35-44; 5 = 45-54; 6 = 55-64; 7 = über 65 Jahre
2 = nicht genannt
2 = 18-24; 3 = 25-34; 4 = 35-44; 5 = 45-54; 6 = 55-64; 7 = über 65 Jahre

LEERSP. 2

2 = verp.; 3 = verp. für Kopie
4 = Landwirt; 5 = Hausfrau; 6 = Hausfrau + TFA; 7 = Hausfrau + VFA; 8 = Hausfrau + TFA + VFA; 9 = Hausfrau + TFA + VFA + FFA
1 = Selbstst.; 2 = Landwirt; 3 = Hausfrau; 4 = Hausfrau + TFA; 5 = Hausfrau + VFA; 6 = Hausfrau + TFA + VFA; 7 = Hausfrau + TFA + VFA + FFA; 8 = Hausfrau + TFA + VFA + FFA + FFA; 9 = Hausfrau + TFA + VFA + FFA + FFA + FFA
10 / Code 1 = Mikrodiale 2 = Eigenes 3 = Hochschule
2 = Mikrodiale 3 = Eigenes 4 = Hochschule

LEERSP. 2

10
2 = ja
3 = nein

LEERSP. 4

10 / Code 0 = Nein
1 = Ja

LEERSP. 1

37 (29)

LEERSP. 43

BLOCKANFANG

LEERSP. 4

19
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

LEERSP. 10

17
8

Fr. 1. Wo treffen Sie sich gerne mit Freunden? 02-16
Fr. 13 Wie oft treffen Sie Ihre Freunde? 02-16
mit Freunden und Bekannten, wie oft Sie das tun?
Code 1 = sehr gern
6 = sehr ungern

Fr. 15 Wo treffen Sie sich gerne mit Freunden? 02-31

1 = Zuhause 2 = außerhalb

(46)

LISTE DER VARIABLEN

NUMMER	ANZ. DER SPA.	UNT. GREN ZE	OB. GREN ZE	TEXT
				Fr. 7 Wieviel Freizeit?
1.	1 0	1	2	000 FREIE ZEIT WERKTAGS 01-05
2.	1 0	1	2	000 FREIE ZEIT SAMSTAGS 01-06
3.	1 0	1	2	000 FREIE ZEIT SONNTAGS 01-07
4.	1 0	1	2	000 FREIE ZEIT INSGESAMT 01-08
5.	1 0	1	2	000 NEUE BEKANNTSCHAFTEN MACHEN 01-09
6.	1 0	1	2	000 VEREINSZUGEHÖRIGKEIT 01-10
7.	1 0	1	2	000 EINKOMMEN 01-11
8.	1 0	1	2	000 VOM BAU E. FREIZEITZENTRUMS GEHÖRT
9.	1 0	1	2	000 VON BÜRGERINITIATIVE GEHÖRT 01-
10.	1 0	0	6	000 INFORMIERT UEB. FZZENTRUM 01-14
11.	1 0	1	2	000 INFORMIERT UEBER KOMMUNALPOL. 01-
12.	1 0	1	2	000 INTERESSE AN KOMMUNALPOL. 01-16
13.	1 0	0	1	000 UEB. F.Z.Z. IN D. ZEITUNG INFORMIERT
14.	1 0	0	1	000 UEB. F.Z.Z. VON BEKANNTEN GEHÖRT
15.	1 0	1	2	000 ZAHL DER PERS. U. VIERZ.J. 01-19
16.	1 0	1	2	000 STANDORT DES F.Z.ZENTRUMS 01-20
17.	1 0	1	2	000 GESCHLECHT 01-21
18.	1 0	1	2	000 WOHNORT 01-22
				Fr. 40
19.	1 0	1	6	000 INTERESSE AN KOMMUNALPOLITIK 04-
20.	1 0	0	1	000 WOHER VOM ZENTRUM GEHÖRT 04 15
21.	1 0	0	1	000 WOHER 04 17
22.	1 0	1	7	000 ALTER 04-21
23.	1 0	1	4	000 STAND 04-24
24.	1 0	1	9	000 BERUF 04-25
25.	1 0	1	5	000 WO BESCHÄFTIGT 04-26
26.	1 0	1	5	000 WELCHE SCHULE BESUCHT 04-27
27.	1 0	0	1	000 EIGENES ZIMMER 04 30
28.	1 0	0	1	000 EIN AUTO IM HAUSHALT 04 35
29.	1 0	1	6	000 MIT FREIZEITANGEBOT ZUFRIEDEN 04-
30.	1 0	0	1	000 KENNEN SIE LANGEWEILE 03-5
31.	1 0	1	3	000 WO URLAUBSVERBRINGUNG 03 16
32.	1 0	1	6	000 IN DER FREIZEIT GERNE ALLEINE 03
33.	1 0	1	6	000 IN DER FREIZEIT MIT FREUNDEN 03
34.	1 0	1	6	000 IN DER FZ MIT DER FAMILIE 03 19
35.	1 0	0	1	000 GERNE IN DIE DISKOTHEK 03 20
36.	1 0	0	1	000 GERNE AUF DEM SPORTPLATZ 03 21
37.	1 0	0	1	000 GERNE IM ORT 03 22
38.	1 0	0	1	000 GERNE IN DER NATUR 03 23
39.	1 0	0	1	000 GERNE ZU HAUSE 03 24
40.	1 0	0	1	000 GERNE IM GARTEN 03 25
41.	1 0	0	1	000 GERNE BEI FREUNDEN 03 26
42.	1 0	0	1	000 IM LOKAL ZUM ESSEN UND TRINKEN 03
43.	1 0	0	1	000 IM LOKAL ZUM KEGELN ODER SKAT 03
44.	1 0	0	1	000 IM CAFE 03 29
45.	1 0	0	1	000 IM EISCAFE 03 30
46.	1 0	0	1	000 TREFF AUSSERHALB 03 31

47.	1	0	0	1	000	GERNE NEUE BEKANNTSCHAFTEN	03	32
48.	1	0	1	2	000	WO ARBEITSPLATZ	03	39
49.	1	0	0	1	000	SCHWERARBEIT	03	45
50.	1	0	0	1	000	NERVLICHE BELASTUNG	03	48
51.	1	0	0	1	000	LANGWEILE BEI DER ARBEIT	03	49
52.	1	0	0	1	000	KEINE BELASTENDE ARBEIT	03	53
53.	1	0	1	2	000	PRAEFERENZ LOHN FREIZEIT	03	56
54.	1	0	1	4	000	FREIZEITVERWENDUNG	03	57
55.	1	0	0	1	000	MEHR OEFFENTL MITTEL FUER FZ EINRIC		
56.	1	0	0	1	000	MITTEL DURCH EINSPIAREN	03	61
57.	1	0	0	1	000	STEUERMittel	03	62
58.	1	0	0	1	000	MITTEL VON BUND UND LAND	03	63
59.	1	0	0	1	000	SPENDEN DER EINWOHNER	03	64
60.	1	0	0	1	000	ABGABE VON GROSSUNTERNEHMER	03	65
61.	1	0	0	1	000	GEHOERT VON HAUPTSCHULE	03	71
62.	1	0	0	1	000	GEHOERT VON STADTHAUS	03	72
63.	1	0	1	6	000	ENTFERNUNG ZUM SPORTPLATZ	02	10
64.	1	0	1	6	000	ENTFG ZUR SPORHALLE	02	11
65.	1	0	1	6	000	ENTFG ZU GRUENFLAECHEN	02	12
66.	1	0	1	6	000	ENTFG ZUM TANZLOKAL	02	13
67.	1	0	1	6	000	ENTFG ZUM FREIBAD	02	14
68.	1	0	1	6	000	ENTFG ZUM HALLENBAD	02	15
69.	1	0	1	6	000	ENTFG ZUM KINO	02	16
70.	1	0	1	6	000	ENTFG ZUR BUECHEREI	02	17
71.	1	0	1	6	000	ETFG ZU HOBBYRAEUMEN	02	18
72.	1	0	1	6	000	ENTFG ZUM SINDERGARTEN	02	19
73.	1	0	1	6	000	ENTFG ZU TREFFPKT	02	20
74.	1	0	1	6	000	ENTFG ZU SPIELPLATZ	02	21
75.	1	0	1	6	000	GROESSE FREIBAD	02	26
76.	1	0	1	6	000	GROESSE HALLENBAD	02	27
77.	1	0	1	7	000	VORSCHLAEGE	02	58
78.	1	0	1	7	000	VORSCHLAEGE	02	59
79.	1	0	1	7	000	VORSCHLAEGE	02	60
80.	1	0	1	7	000	VORSCHLAEGE	02	61
81.	1	0	0	1	000	ES FEHLT AN ZEIT	02	62
82.	1	0	0	1	000	ES FEHLT AN GELD	02	63
83.	1	0	0	1	000	ES FEHLT GUTE GESUNDHEIT	02	64
84.	1	0	0	1	000	ES FEHLT PLATZ ZUHAUSE	02	65
85.	1	0	0	1	000	ES FEHLEN EINRICHTUNGEN ZUHAUSE	02	
86.	1	0	0	1	000	ES FEHLEN VERKEHRSVERBINDUNGEN	02	
87.	1	0	0	1	000	ES FEHLEN EINRICHTGN AUSSER HAUSE		
88.	1	0	0	1	000	ESFEHLEN EIN PAAR LEUTE	02	69
89.	1	0	0	1	000	ES FEHLT AN ANLEITUNG	02	70
90.	1	0	1	9	000	FZ SAMSTAG ABENDS	02	77
91.	1	0	1	9	000	FREIZEIT SONN VORM	02	78
92.	1	0	1	9	000	FZ SONNTAG NACHM	02	79
93.	1	0	1	9	000	FZ SONNTAG ABENDS	02	80
94.	1	0	1	6	000			
95.	1	0	1	6	000			
96.	1	0	1	6	000			
97.	1	0	1	6	000			

Fr. 18 Haben Sie eine neue Bekanntschaft? 03-32 (47)

37 Code 1 = ja
2 = Nein

Fr. 22 Wo ist Arbeitsplatz LEERSP. 6 03-34 (48)

38 Code 1 = innerhalb VB kipo
2 = außerhalb LEERSP. 5 03-34

39 Fr. 27: Beschreibung der Arbeitsverhältnisse 03-45 (49-56)

40 Code 1 = Kategorie trifft zu LEERSP. 2

41 2 = " " nicht zu

42 LEERSP. 3

43 LEERSP. 2

44 Fr. 30: Präferenz Lohn oder F-7? 03-56 (53)

Code 1 = Lohn
2 = Freizeit

Fr. 31: F-7-Verwendung LEERSP. 2 03-52 (54)

45 Fr. 33 Woher sollen die Mittel für F-7-Einrichtungen
46 kommen? 03-60 (55-60)

47 Code 1 =

48 2 =

49 Fr. 34 Rangfolge der Quellen für F-7-Einrichtungen
50 03-66 (56-60)

51 Fr. 35 Von wem sollen LEERSP. 5
52 kommunalen Behörden Gelder? 03-74 (61-62)

Code 1 = LEERSP. 8

BLOCKANFANG LEERSP. 9

60

61

62

64 Fr. 3 Kritik an bestehenden F-7-Ein-
65 richtungen 02-10 (63-76)

66 Code 1 = sehr zufrieden

67 2 = sehr unzufrieden

68

69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

Fr. 4: Vorschläge für F-7-Einrichtungen 02-58 (77-80)

Code 0 = keine Vorschläge 5 = Halbes
1 = Sport 3 = Café 6 = Kneipe
2 = Treffpunkt 4 = Freizeid 7 = Kneipe

Fr. 5: Was fehlt Ihnen, um F-7-Beschäftigten
nachgehen zu können? 02-62 (81-89)

Code 1 = betreffendes fehlt

2 = " fehlt nicht

3 = k.A.

LEERSP. 6

Frage 7: Wie viel Freizeit? 02-77 (90-93)

Code 1 = weniger als 1/2 Std. 4 = mehr als 1 1/2 Std.
2 = mehr als 1/2 Std. 5 = mehr als 2 Std.
3 = mehr als 1 Std. 6 = mehr als 3 Std.
7 = mehr als 4 Std.

BLOCKANFANG LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

LEERSP. 4

Inhalt des Anhangs

(Die einzelnen Abschnitte sind durch blaue Blätter getrennt)

1. Über Kirchheimbolanden
 Pläne zum Freizeitzentrum
 Zeitplan der Studie
2. Zur Bevölkerungsbefragung
3. Zur Auswertung der Kommunikationsstruktur
4. Zur Faktorenanalyse
5. Zur Expertenbefragung
6. Zum organisierten Konflikt

Ü b e r s i c h t

Seite	Inhalt
371-397	Über Kirchheimbolanden; sozio-ökonomischer Kontext
398-407	Tabellen zum Kapitel 9
408-410	Tabellen zum Kapitel 8 : Angaben zur Dichotomisierung der Variablen
411-	Tabelle zu Kapitel 10
412-423	Ablauf und Durchführung der empirischen Untersuchung (ältere Version; G.L.)
424-444	Fragebogen

2. Über Kirchheimbolanden

Inhaltsübersicht:

- 2.1 -entfällt-
- 2.2 Soziale und ökologische Grundlagen
- 2.3 Die politische und ökonomische Situation
- 2.4 Freizeit in der VG Kirchheimbolanden

2. Über Kirchheimbolanden

Wer nicht mit dem Gebiet, in dem wir die vorliegende Arbeit durchführten, vertraut ist, wird es schwer haben, sich anhand einer knappen Einführung ein genaues Bild von Kirchheimbolanden und den umliegenden Gemeinden zu machen. Um die Ergebnisse der empirischen Fragestellung für ähnliche Untersuchungen und vergleichende Studien zugänglich zu machen, womit die Arbeit eine größere Bedeutung über den Untersuchungsraum hinaus bekommen würde, sind im Folgenden in Form eines Almanach die wichtigsten Fakten zusammengetragen. Dabei zeigen sich zahlreiche Querverbindungen zu unserer Arbeit, die auch andeuten sollen, daß mit einer bestimmten Fragestellung keine Einengung des zu berücksichtigenden Datenmaterials einherzu gehen braucht.

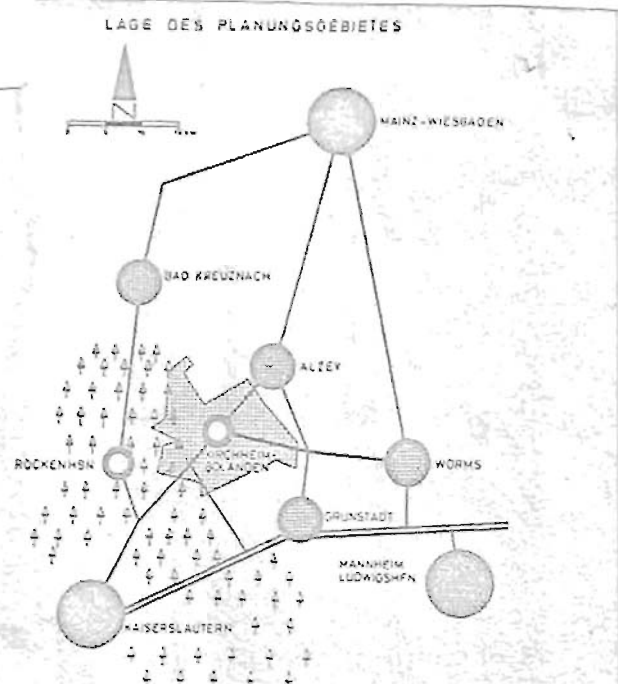
2.2 Soziale und ökologische Grundlagen

2.2.1 Überregionale Raumgliederung

Nach FISCHER (1971, S.39) liegt "Kirchheimbolanden ... außerhalb der Grenzen unbestrittener Umlandsbedeutung der Städtegruppen Mainz/Wiesbaden, Kaiserslautern und Mannheim/Ludwigshafen als Oberzentren, (die Stadt) läßt sich also keinem höherem Zentrum unmittelbar zuordnen". Kirchheimbolanden wird "hiernach als nicht vollausgestatteter zentraler Ort mittlerer Stufe bezeichnet". Die wesentliche Nordsüd-Achse im Untersuchungsgebiet ist die B 40, die schon im vorigen Jahrhundert als "Kaiserstraße" von Bedeutung für die verkehrsmäßige Anbindung des Raumes an überregionale Großzentren war (Vgl. Skizze und Text unten; entnommen: FISCHER 1968)

Schaubild 2.1

Betrachtet man die naturräumliche Gliederung (72) dieser Landschaft, so fällt die "Raumgrenze" in unmittelbarer Nähe der Stadt Kirchheimbolanden auf: Gegen Osten erstreckt sich das Alzeier Hügelland, ein gewelltes, lößbedecktes Plateau, das in Stufen zum Rhein abfällt mit einer trockenwarmen und überwiegend bodenbegünstigten Acker- und Weinbaulandschaft. Im Westen schließt sich das Glan-Alsenz-Berg- und Hügelland an, mit einem stark bewegten Relief, einer Vielfalt von Gesteinen und Böden, mannigfaltigen Unterschieden des örtlichen Klimas und einer ausgeprägten, kleinräumigen Gliederung der natürlichen Pflanzengesellschaften und der menschlichen Landnutzung.



Am Beispiel der in der Vergangenheit bedeutsamsten Ortschaften soll der geschichtliche Hintergrund für die neuere Entwicklung in Form eines kurzen Abrisses dargestellt werden.

Im 12. Jahrhundert war das Reichsministerialiengeschlecht der Bolander die dominierende Macht im Bereich der heutigen VG-Kirchheimbolanden. Ihr Gebiet umfaßte den größten Teil der Gebietskörperschaft einschließlich der Stadt Kirchheimbolanden, soweit sich diese nicht in unmittelbarem Reichsbesitz befanden. Auf Betreiben Heinrichs von Sponheim - die Sponheimer waren ein mit den Bolander verschwägertes und diese im Bereich Kirchheimbolanden ablösendes Haus, das ebenfalls im Bereich der VG ansässig war - erhielt Kibo 1368 die Stadtrechte verliehen. Im 18. Jhdt. erreichte die Stadt ihre Blütezeit als Residenzstadt der Fürsten von Nassau-Weilburg und als Verwaltungszentrum des südlichen Teils dieser "Territorialherrschaft", die in wesentlichen Teilen flächenmäßig mit dem neuen Donnerbergkreis (seit 1969) übereinstimmt. Die damalige "Selbständigkeit" wurde dann im Anschluß an die französische Revolution in größeren Staatsverbänden der franz. Republik bzw. des napoleonischen Kaiserreichs integriert; Kibo wurde Kantonsstadt im "Department Mont Tonnier (Donnersberg)" (1797-1814). 1814 wurde Kibo zusammen mit der rheinhessischen Pfalz dem Königreich Bayern eingegliedert. Die Stadt blieb weiterhin Sitz zentraler Verwaltungsbehörden (Landratsamt). Um 1900 wurde der Landkreis geteilt und nahm die Form an, die er bis zur Kreisreform (1969) behielt. Heute ist Kibo Sitz des Donnersbergkreises, der aus der Vereinigung des bestehenden Kreises mit dem im Westen liegenden Kreis Rockenhausen entstand.²⁾

Infrastruktur und Selbstverständnis der Stadt sind durch diese geschichtliche Entwicklung besser verstehbar: Die überwiegende Residenz- und Verwaltungsfunktion setzt sich bis heute fort. Dagegen wurde erst seit wenigen Jahren dem wirtschaftlichen Sek

1) Anm.: Für diesen Abschnitt verdankt der Verf. Anregung und kritische Durchsicht Herrn Dr. E. Bischoff, Kirchheimbolanden.

2) Vgl.: "Die kleine Residenz, 600 Jahre..." (1968) K. HEINZ

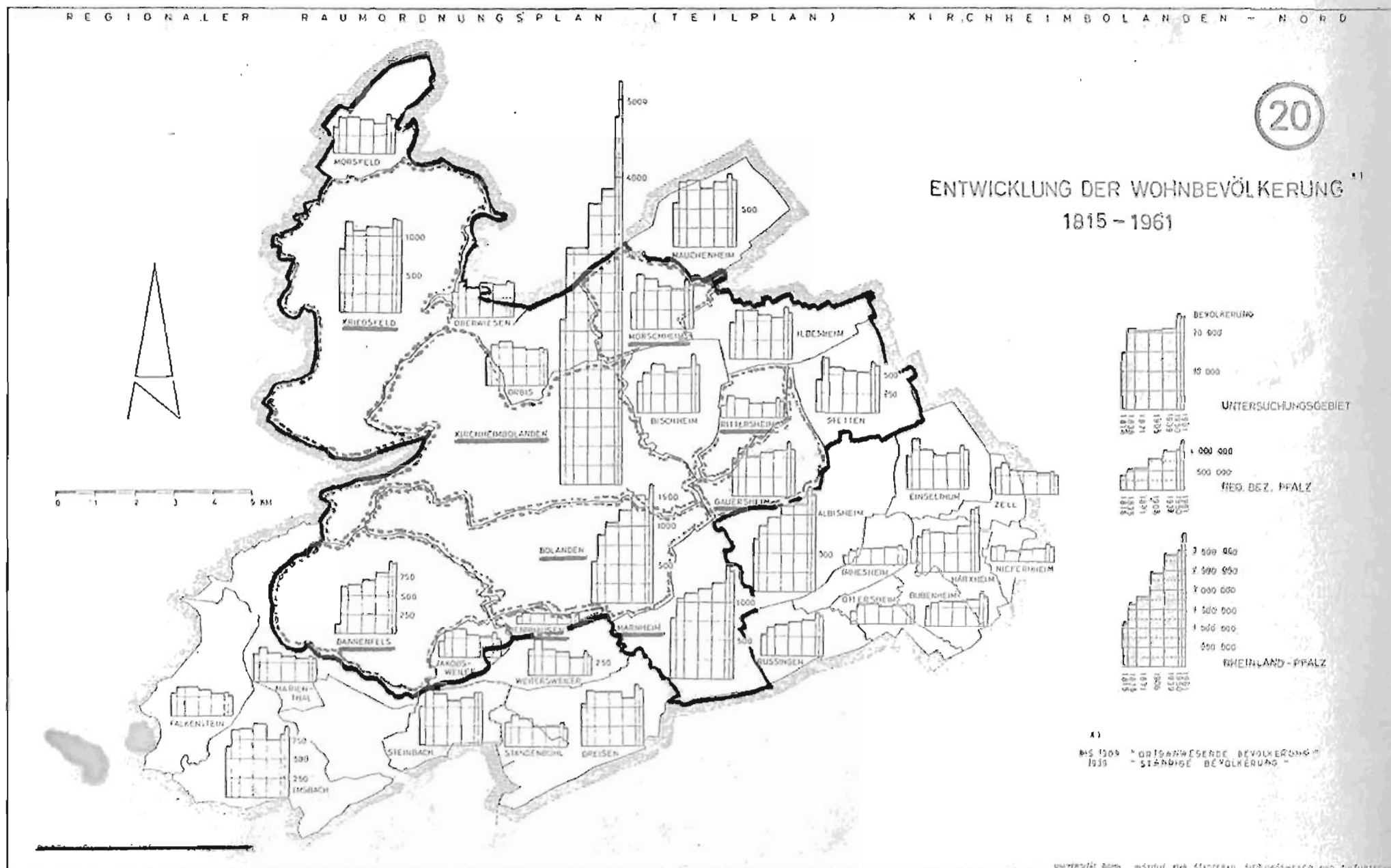
tor genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Die durch das Arbeiterproletariat im 19. Jhdt. ausgelösten sozialen Konflikte mit ihrem heute noch wirksamen Einfluß auf die (Kommunal-) Politik haben die Stadt nur insoweit beeinflußt, als landes- und bundes-politische Entscheidungsprozesse und wirksamen Massenmedien eine isolierte Entwicklung der Stadt unmöglich machen. Dagegen bildete sich für Deutschland sehr früh und wohl als Folge der Erlebnisse der Bürgerlichen Freiheit im Anschluß und als Errungenschaft der franz. Revolution ein ausgeprägtes freiheitlich-demokratisches Bewußtsein heraus, das sich 1848 politisch zu manifestieren versuchte. Der liberale Monarch in München gestattete schließlich ein Zusammenleben dieser liberalen mit den konservativ-monarchistischen Kräften.¹⁾ Daraus mag sich eine relative Toleranz auf religiösem und politischem Gebiet und die Fixierung einer sonst im ländlichen Bereich weniger etablierten Partei wie die der Sozial-Demokraten²⁾ erklären, sich aus der Zusammensetzung der Bevölkerung allein kaum ableiten läßt.

/ deren Stärke

Das bedeutet, das auch heute noch ein Konkurrenzverhältnis zwischen progressiven Bemühungen und konservativen Grundströmungen in diesem Gebiet nicht ausbleiben kann. Sofern diese Probleme relevant für die kommunale Kommunikation sind, werden wir diese in den entsprechenden Abschnitten erörtern.

1) Anm.: Ein typisches Beispiel für diese Art von "Koexistenz" dürfte das auf dem Friedhofsgelände stehende Denkmal für die gefallenen Freischärler (1848) sein, errichtet u.a. von dem königl.-bayrischen Landrat!

2) Anm.: Wie bei Kenntnis der historischen Wurzeln der SPD in diesem Gebiet, ist diese dort heute eher repräsentativ für den "liberalen" Flügel der Gesamtpartei als für den "sozialistischen".
zu vermuten



AUS K. FISCHER, 1968;

VG-GEBIET: fette Umrandung
Befragte Gebiete: unterbrochene Umrandung

Aus der Fülle des uns vorliegenden Materials werden wir auch in diesen Abschnitt nur einige Orientierungsdaten über 1) Bevölkerungsentwicklung

2. Alters- und
3. Geschlechtsverteilung
4. Berufe und Berufssparten und
5. Stadt-Landverteilung .

Die Einwohneranzahl der VG-Kibo beträgt heute

Verbandsgemeinde Kirchheimbol.	15 580
davon Stadt Kibo	5 525

(Stand: 27.5.1970)¹⁾.

Da wir im Zusammenhang mit unserer Untersuchung besonders auf unterschiedliche Entwicklungen und Ausprägungsformen in Stadt Kibo und den übrigen Gemeinden der VG Kibo achten wollen, soll auch hier die Bevölkerungsentwicklung getrennt für beide Bereiche dargestellt werden:

Tab: 2.1 Bevölkerungsentwicklung in Kibo-Stadt

Jahr	1905	1939	1950	1961	1970
Zuwachs (Kibo-Stadt)	-	+ 5,3	+24,6	+10,0	+5,4
in % (Rh.-land-Pf.)	-	+18,1	+4,5	+14,0	- a)

a) für Rh.-land-Pfalz liegen uns für 1970 keine Zahlen vor.

Sieht man von der hohen Zuwachsrate von 1950⁽⁺¹²⁾, die durch die Ansiedelung von Vertriebenen nach dem Krieg bedingt ist, ab, so ergibt sich für die Stadt-Kibo eine stetige, wenn auch im Vergleich zum Landesdurchschnitt niedrige Aufwärtsentwicklung der Einwohnerzahl. Dagegen stagniert die Einwohnerzahl in den restlichen Gemeinden - außer in Bolanden⁽⁺¹⁴⁾, Marnheim⁽⁺⁹⁾, Oberwiesen⁽⁺¹²⁾ und Jakobsweiler⁽⁺⁶⁾ - oder geht gar zurück.¹⁾

Festzustellen bleibt noch, daß die Stadt-Kibo aus dem Bevölkerungszustrom nach dem Krieg keinen Aufschwung des wirtschaftlichen Wachstums ableiten konnte, wie es z.B. in Wertheim/Badeh-Wtbg. laut ELLWEIN et.al. durch Integration des Flüchtlingszustroms geschah¹⁾. Eine forcierte Industrieansiedlung findet erst seit kurzem statt.

1) Vgl. Volkszählung 1970 . 2) ELLWEIN et.al. "Wertheim I" (196)
und Schaubild Nr.2

Die Altersstruktur der VG weist einen hohen Anteil der Älteren (über 65-jährigen) auf, wozu die Frauen einen deutlichen Beitrag leisten. Im Einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

Tab:2.2 Alters-und Geschlechtstruktur ¹⁾

	absolut	%	/Anteil in %		
			/männlich	weiblich	
unter 15 J.	3 670	23,6	/ 50 %	50 %	=100 %
15 - 20 J.	1 449	10,7	/ 55	45	=100
21 - 44 J.	4 233	25,2	/ 52	48	=100
45 - 64 J.	3 222	20,7	/ 42	58	=100
65 u.älter	2 114	13,6	/ 40	60	=100
		93,8	/ 49	51	=100
(insg.ohne ²⁾ 14 688 Dannenfels)					

Von den insgesamt 4 964 Haushalten im VG-Gebiet sind immerhin 920 Einzelpersonenhaushalte, wovon wiederum 722 aus alleinstehende zumeist ältere Frauen bestehen. Fast Tausend Haushalte umfassen 5 und mehr Personen.

Einer Erwerbsquote von ^{Bund: 42,5% ³⁾} knapp 37% stehen immerhin 17% gegenüber, die ihren Lebensunterhalt vorwiegend durch Renten, Pensionen oder Arbeitslosenhilfe bestreiten.

Die Selbständigen nehmen innerhalb der Erwerbstätigen einen hohen Prozentsatz ein (Landwirte, Handwerker!):

Tab:2.3 Beruflicher Status ¹⁾

	absolut	in %	im Bund: (%) ³⁾
Selbständige	889	14,0	10,2
Mithelfende Familienangehörige	681	10,1	6,3
Beamte, Angestellte und Lehrlinge	1678	26,4	5,6 Beamte 31,2 Abgest.
Arbeiter und Lehrlinge	3115	48,9	46,7
			<u>100%</u>
Insgesamt	6 363	99,4	zu 100% (Differenz durch Rundungsfehler bedingt)

Sieht man sich an, in welchen Sparten die Erwerbstätigen beschäftigt sind, so zeigt sich für Kibo-Stadt wieder das typische Bild einer Beamten- und Dienstleistungsstadt:

1) Anm.: Eigene Berechnung aufgrund den Daten der Volkszählung 1970

2) Anm.: Angaben für die Gem. Dannenf. waren nicht vorhanden.

3) Vgl. Fischer Weltalmanach 73, Frankfurt (Sept. 1972) S. 60.

Tab.: 2.1 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1)

	Land- und Forstwirtsch.	Industrie u. Handwerk	Handel u. Verkehr	öffentl. D. u. Dienstl. Stg.
VG-Kibo (1970)	16,2	45,3	13,9	24,6 = 100%
Stadt-Kibo (1970)	3,6	45,4	15,6	35,5 = 100%
BRD (1971) ²⁾	9,0	48,4	17,5	25,4 = 100%

Der Anteil der im öffentlichen Sektor Beschäftigten ist in der Stadt-Kibo 1971 erneut erhöht worden, nach^{dem} bei der Verbandsgemeindebildung alle Gemeindebediensteten in die Verbandsgemeindeverwaltung eingegliedert wurden. Dagegen ist der Anteil der im produzierenden Gewerbe und Handel u. Verkehr Beschäftigten trotz steigender Tendenz noch unter dem Bundesdurchschnitt.³⁾ Ähnlich wie in gleichartig strukturierten Gebieten, findet im Bereich der Landwirtschaft eine tiefgreifende Veränderung statt. Daraus ergeben sich für die Gemeindepolitik eine Reihe von Problemen, die m.E. noch gar nicht in adäquater Weise erfaßt sind.

Während die Stadt-Kibo eine positive Einpendler-Auspender-Bilanz aufzeigt, ist diese bei allen übrigen Orten der VG-Kibo negativ. Ein beträchtlicher Teil der Berufspendler muß dabei täglich^{bis} in die nächsten Oberzentren (Mainz, Ludwigshafen, Kaiserslautern usw.) zur Arbeit pendeln.

2.2.4. Schulen und Kindergärten

Trotz verstärkten Maßnahmen ist die Kindergartensituation im VG-Gebiet immer noch mangelhaft. In Kibo-Stadt und Bolanden gibt es jeweils einen Kindergarten. In zwei weiteren Orten sind welche im Bau. Der schleppende Bau dieser beiden Gebäude ist nicht nur Ausdruck der Finanzlage der Gemeinden und der Umstände bei der Mittelzuweisung durch das Land sondern auch Ausdruck des geringen Stellenwerts, den dieser besitzt. Gerade die ^{mangelnde gesellschaftliche Repräsentation der} Kleinkinder und deren meist jungen Eltern sind Beispiele dafür, daß die pluralistische Demokratieform schwerwiegende Fehlentwicklungen hervorgebracht hat" (KRAUCH; 1972, S. 11).⁴⁾

1) Anm.: Berechnet auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung 1970

2) Anm.: Aus Fischer Almanach '73, Frankfurt 1972.

3) Vgl. Anm. (2))

4) Vgl. KRAUCH, Computerdemokratie, 1972
uns Kap. 3

Durch die Zusammenlegung von Grundschulen in wenigen Gemeinden wurden gravierende Mängel der noch in den 60-er Jahren propagierten Zwergschule inzwischen weitgehend reduziert. Dafür entstanden neue Probleme durch den oft umständlichen Transport der Schüler und die Wahl der Grundschulstandorte. Die nun leerstehenden zum Teil recht neuen Grundschulgebäude sind nicht immer andersweitig sinnvoll benutzbar, so daß vergangene¹⁾ Fehlplanungen als echter volkswirtschaftlicher Verlust zu werten sind.

Daß schon 1960 in Kibo-Stadt eine Mittelpunkt-(Haupt-)schule gebaut wird, nimmt sich auf dem Hintergrund der rheinland-pfälzischen Kulturpolitik positiv aus. Aber dennoch²⁾ mußte gerade in der ländlichen Flächengemeinde (VG-Kibo) eine ganztägige (Gesamt-)Schule dringend in die Überlegung um eine Reform des Schulsystems einbezogen werden,¹⁾ zumal es auch dem Gebiet der beruflichen Ausbildung mangels Angebot und Ausstattung einige Verbesserungen geben mußte.²⁾

Im VG-Gebiet befinden sich zwei Gymnasien mit jeweils neusprachlichem und math.-naturwissenschaftlichen Zweigen. Das staatliche "Nordpfalzgymnasium" hat 1965 ein neues Gebäude mit Lehrschwimmbecken, Turnhalle, Sprachlabor und Werkräumen bezogen. im Gutleutbachtal³⁾ bezogen. Das andere ist eine private Internatsschule in Bolanden, die auch von Tagesschülern der umliegenden Gemeinden besucht wird.

Als dringendes Bauvorhaben auf dem Schulsektor wird der Bau einer neuen Hauptschule angesehen, da einige Klassen^{wegen Raumnot} sogar in andere Gemeinden ausgelagert werden mußten.⁴⁾

Als weitere schulische Einrichtungen sind zu nennen:

eine Handelsschule (Zweigstelle der Berufsschule Grünstadt)

eine Landwirtschaftsschule (Auflösung ist absehbar)

und eine Schwesternschule, die dem Kreiskrankenhaus angegliedert ist.

Außerdem führt das Volksbildungswerk Kurse, Seminare (1971 waren es insgesamt 10) und Vortragsreihen durch. In Dännefels und Kibo-Stadt veranstaltet die jeweilige evangelische Gemeinde Vortragsreihen zu Erziehungsfragen und Fragen von allgemeinem Interesse. In ähnlicher Weise ist

1) FISCHER, 1968, S. 173; 2) Kibo, 1968, E. HERZOG; 3) Standort! 4) Beschluß des VG-Rats

Schaubild No. 3:

	ZUKUNFTIGER GEMEINDE-TYP (NACH LINDE)	STRUKTURELLE MASSNAHMEN IN DEN SEKTOREN					EIN- WOHNER	BAUFLÄCHEN		ANLA- GEN DES GEMEIN- BEDARFS	PRIVATE FOLGE- EINRICHTUN- GEN	AUS- SIED- LUNG	KANALISA- TION
								WOHNEN	GEWER- BE				
		LAND- WIRT- SCHAFT	GEWER- BE	SER- VICE	ERNEU- LUNG								
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1	RECHTSHAM	GEWERBE- UND DIENSTLEISTUNGSGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM BETRIEBSGEMEINDECHARAKTER	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	
2	BENNHAUSEN	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND LANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG	-	-	-	○	-	-	-	-	-	-	
3	BISCHHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	-	-	-	○	○	-	+	-	○	
4	BOLANDEN	LANDLICHE GEWERBE- UND DIENSTLEISTUNGSGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	+	+	-	+	+	+	+	+	○	
5	JÜDENHEIM	LANDLICHE INDUSTRIEGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG	○	○	-	-	○	○	○	-	-	○	
6	DANNENFELS	LANDLICHE GEWERBE- UND DIENSTLEISTUNGSGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDE- UND FREIZEITVERKEHRSSCHWACH	-	-	+	+	+	+	-	+	+	○	
7	ÖRTSCHEN	LANDLICHE GEWERBE- UND DIENSTLEISTUNGSGEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	○	○	-	+	+	○	○	○	○	
8	EINSELSTROM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	+	-	-	-	○	○	-	-	-	+	
9	GAVERSHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	-	-	-	○	○	-	-	-	○	
10	HACHHEIM	LANDLICHE GEWERBE- UND DIENSTLEISTUNGSGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	○	+	-	+	+	○	+	+	○	
11	ILBESHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	+	-	-	-	○	○	-	-	-	○	
12	IMPELSTROM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG	○	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
13	JAKOBSSWEILER	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	-	-	-	○	-	-	-	-	-	-	
14	KIRCHHEIMBOLANDEN	INDUSTRIEGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM BETRIEBSGEMEINDECHARAKTER	○	+	+	+	+	+	+	+	+	+	
15	KRIEGSFELD	LANDLICHE INDUSTRIEGEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG	○	○	+	-	○	○	○	+	+	○	
16	MARNHEIM	GEWERBE- UND DIENSTLEISTUNGSGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM BETRIEBSGEMEINDECHARAKTER	○	+	+	-	+	+	+	+	+	○	
17	MAUSCHENHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	+	-	○	-	○	○	-	-	○	○	
18	MORSFELD	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	-	-	-	-	-	-	-	-	+	
19	MORSCHHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	-	-	-	○	○	-	-	-	○	
20	MUEFFELHAGEN	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG	+	-	-	-	-	-	-	-	-	+	
21	OBERWIESEN	LANDLICHE GEWERBE- UND DIENSTLEISTUNGSGEMEINDE MIT AUSGESPROCHENEM NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDE- UND FREIZEITVERKEHRSSCHWACH	-	-	+	+	+	+	-	○	+	○	
22	ORBIS	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	-	-	-	○	○	-	○	-	○	
23	ÖTTERHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG	+	-	-	-	-	-	-	-	-	+	
24	RITTERSHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND LANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG	○	-	-	-	-	-	-	-	-	+	
25	ROSSHEIM	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	+	-	-	-	○	○	-	-	-	○	
26	STANDENBORN	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	○	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
27	STETTEN	AGARDEMEINDE MIT ÜBERWIEGEND NICHTLANDWIRTSCHAFTLICHEM WOHNBELVÖLKERUNG UND HERVORTRETENDEM WOHNGEMEINDECHARAKTER	+	-	-	-	○	○	-	-	-	○	

☒ FÖRDERUNG NOTWENDIG
 ☐ BESCHRÄNKUNG AUF EIGENENTWICKLUNG
 ☐ KEINE FÖRDERUNG

Aus K. FISCHER (1968)

2. 2.5. Entwicklungsziele

In seinem 1968 veröffentlichten Gutachten zur Bereichsplanung Kirchheimbolanden hat FISCHER unter anderem die Gemeinden der VG-Kibo charakterisiert und eine Entwicklungstafel aufgestellt, die zusammenfassend alle Planungsempfehlungen seiner Untersuchung darstellt. Das Schaubild auf der nächsten Seite reproduziert die Tafel. FISCHER zielt besonders auf eine Anhebung der Wohnbevölkerung und vermehrte Industrieansiedlung ab. Aber auch soziale und Freizeiteinrichtungen verdienen laut FISCHER erhöhte Aufmerksamkeit. Darüber informiert Schaubild Nr. 2.3, das im Übrigen auch als eine Orientierungshilfe bei der geographischen Zuordnung der Gemeinden der VG-Kibo anschauliche Hilfe leistet. Mit diesem

~~Überblick~~ Überblick über die sozio-ökonomische Grundlagen des Raumes sind nun die Voraussetzungen geschaffen, die kommunalpolitische Situation der VG-Kibo darzustellen () und mit dem Abschnitt über die Freizeiteinrichtungen () zu dem experimentellen Teil unserer Untersuchung überzuleiten.

2.3. Die politische Situation

Auch wenn sich unsere Arbeit auf einige Kommunikationsaspekte der politischen Meinungsbildung innerhalb einer Gemeinde beschränkt, so ist es u.E. doch notwendig, die politische Institutionen und Kompetenzen als Randbedingungen explizieren. Im Folgenden sind deshalb skizzenhaft Angaben über

1. die Bildung der VG-Kibo,
2. die relevanten gesetzlichen Regelungen,
3. die Haushaltslage der VG-Kibo und
4. die Parteien

zu finden.

2.3.1. Die Bildung der Verbandsgemeinde

Im Zuge der Funktions- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz hat die Stadt Kirchheimbolanden (Stadt-Kibo) 1971 mit 15 weiteren Gemeinden (Vgl. Schaubild 2.1 u. 2.4) eine Verbandsgemeinde (VG) gebildet. Begründet wurde die Zusammenlegung der Einzelverwaltungen mit "Zentralisierung und Spezialisierung der Verwaltungsvorgänge". Zu diesen Aufgaben der neu gebildeten Gebietskörperschaft kommen im Zuge der De-

Aufgaben der zentralis - ierung der/Kreiskörperschaft neue Kompetenzen. Die Einzelgemeinden behalten weiterhin einen Gemeinderat und einen Bürgermeister, ihre Verwaltungsaufgaben werden jetzt aber alle von der VG übernommen. Im Zuständigkeitsbereich der Einzelgemeinden verbleiben das Haushaltsrecht, und Regelungen von Forst-, Friedhofs-, Straßenangelegenheiten und ähnliches. Der VG kommt hauptsächlich ne-Beratungs- und Verwaltungsfunktion die Übernahme der Zuständigkeit der verschiedenen Zweckverbände (für Wasser, Schulen u.ä.) zu, die sich auf dem Gebiet der VG befinden. Hinzu kommen Koordination und Ausarbeitung der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung, sowie der Standortauswahl für Industrie, Handwerk und Freizeitanlagen.¹⁾ Sitz der VG ist die Kreisstadt Kirchheimbolanden. Nach den Plänen der Landesregierung²⁾ und übereinstimmend mit den Gutachten der Planungsgemeinschaft Westpfalz (PGW)³⁾ soll die Stadt-Kibo zum vollausgebauten Mittelzentrum⁴⁾ ausgebaut werden. Außerdem ist Kibo-Stadt (noch) Bundesausbauort und kann dementsprechend bezuschußt werden.

2.3.2. Einige relevante gesetzlichen Regelungen

2.3.2.1. Die in den Bundesländern z.T. verschiedenen Stellung der Gemeinden innerhalb der öffentlichen Kompetenz-hierarchie und die verschiedenen Selbstverwaltungsformen machen eine kurze Einführung in die verfassungsmäßige und gesetzliche Situation der Gemeinden notwendig, ^{auch} wenn dies nicht schon mit der Thematik unserer Untersuchung begründbar wäre (Vgl. Kap.1).

Paragraph 2 Absatz 1 der Gemeindeordnung (GO)⁵⁾ legt das Wesen der Gemeinden fest:

"Die Gemeinden sind Gebietskörperschaften. Sie sind in ihrem Gebiet unter eigener Verantwortung nach Maßgabe der Verfassung und der Gesetze die ausschließlichen Träger der gesamten öffentlichen Verwaltung"⁷⁾.

1) W. SEEL (Verbandsbürgermeister) in "RHEINPFALZ"-Interview vom 19.5.72

2) Vgl. "Raumordnung in Rheinland-Pfalz", Hrsg. Staatskanzlei von Rhld.-Pf. (oberste Landesplanungsbehörde, Mainz, 1971)

3) Vgl. "Die Westpfalz morgen", Hrsg. Planungsgemeinschaft W. Pfalz, (Geschäftsführer: K. FISCHER), Kaiserslautern, 1972.

4) Vgl. 2) S.11; 5) Vgl. G V Bl. S.145 in Kommunalbrevier, 1969

6) Hervorhebung; vom Verf. 7) s. nächste Seite

der
Neben/Möglichkeit, öffentliche Aufgaben zu übernehmen,
haben die Gemeinden die Pflicht, gesetzlich übertragene
Aufgaben durchzuführen (Pragraph 2,2 der GO). Diese zweite
Bestimmung des Selbstverwaltungsgesetzes schränkt auch die
die Selbstverwaltung ein, soweit dies "im . drin-
genden öffentlichen Interesse" notwendig ist. Über-
einstimmend mit der Landesverfassung regelt Pragraph 2,3
die Zuweisung der erforderliche Mittel für die Auftrags-
arbeiten. Paragraph 49 der Landesverfassung bestimmt auch,
daß "für ihre (der Gemeinde, d. Verf.) freiwillige öffentliche
Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmens-
quellen zur Verfügung " gestellt werden müssen.

Exkurs: In der Praxis stehen den Gemeinden jedoch nicht im
Ausreichenden Maße "in eigener Verantwortung zu verwal-
tende Einnahmensquellen" zur Verfügung. Daran ist im We-
sentlichen Politik der Bezuschussung schuld: Das Land regelt z.B. durch
Gesetz den Bau von Kindergärten und teilt sich mit der Ge-
meinde als Träger in den Kosten. Dies führt erstens dazu,
daß der Gemeinde, will sie nicht dem einmalig hohen Zuschuß
des Landes verlustig gehen, nichts übrig bleibt, als bei
laufenden Projekten Geld zurückzuhalten, was deren Voll-
endung vorläufig stoppt und damit auch verteuert. Der Landes-
zuschuß wird aber nun nicht für die volle Bausumme gewährt,
sondern wird jedes Haushaltsjahr von der Landesregierung neu
festgesetzt, so daß es auch dem Kindergarten passieren kann,
daß monatelang nicht daran gebaut wird.
Deshalb haben die kommunalen Politiker auch schon be-
antragt, daß der Anteil der ^{Gemeinden-}Einnahmen aus den Steuern dras-
tig erhöht wird, um Zuschüsse überflüssig zu machen.¹⁾ Ob die
angekündigte große Steuerreform des Bundes sich diese Ar-
gumente zu eigen macht, ist zu bezweifeln, da die Länder dazu
auf eine wesentliche ^{Einflußnahme auf die} Kommunale Politik
verzichten müßten.

- zu S.11 zu 5) § 4 der GO in Kommunalbrevier, 1969, S.4; vgl. LAUX: Grund-
lagen der Gemeinden, in Kommunalbr. (1969) S.145: "...der
Ernst und das Ausmaß des staatlichen Bekenntnisses (zur
Selbstverwaltung, d. Verf.) (wird) bestimmt durch die finan-
zielle Bewegungsfreiheit, die der Staat... gewährt."
zu 7) Anm.: Dies entspricht auch dem Grundgesetz Artikel 28, II.
Außerdem übernimmt der Bund gemäß Artikel 28, III
sogar eine Garantie dafür, daß die Länder den
Bestimmungen entsprechen.

S.12 1) Vgl. E. MATTERN (Ratsmitglied der Stadt-Kibo) zu dem Etat 1972
(zitiert von "RHEINPFALZ" vom 10.3.72): "Für freiwillige Leistungen
ist kein Spielraum mehr". siehe nächste Seite

2.3.2.2. Die Stellung des Bürgermeisters ist in dem südlichen Teil von Rheinland-Pfalz, der zeitweise unter bayrischer Herrschaft stand, wesentlich stärker als in den ehemals von Preußen beherrschten Gebieten. Der Bürgermeister ist politischer Vertreter der Gemeinde (Gemeinderatsvorsitzender) und Chef der Verwaltung. Sein Aufgabenbereich ist in § 47 der Gemeindeordnung festgelegt (Kommunalbrevier, S. 36).

Durch die Kompetenzfülle und die lange Amtsdauer, mit der er ausgestattet ist, hat der Bürgermeister eine starke Stellung gegenüber dem Gemeinde- bzw. Verbandsgemeinderat. In der Regel neigt er dazu sich über die Parteipolitik zu stellen, um so mehr, als er damit den Abneigungen der Bevölkerung gegen Parteien entgegenkommt. Er wird zwar nicht direkt von der Bevölkerung gewählt und hat der Partei, die ihn nominiert und im Gemeinderat gewählt hat, eine gewisse Dankesschuld abzutragen, er steht jedoch für lange Zeit unangreifbar an der Spitze der Gemeinde und muß keine Neuwahlen fürchten. Wegen seiner Aufgabe als Chef der Verwaltung ist die Zahl der potentiellen Mitbewerber beim Kampf um die Wahl gering. Die Parteien scheinen diesen Posten allein dem Kreis der Verwaltungsbeamten anzubieten. Diese Praxis macht es auch verständlich, warum das Amt des Bürgermeisters mehr nach Maßgabe allgemeiner Verwaltungsrichtlinien und ~~naht~~ nach politischen Zielvorstellungen ausgefüllt wird.¹⁾

2.3.2.3. Die Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates ist in § 31 der GO geregelt. So wählten die Bürger der Verbandsgemeinde Kirchheimbollen 27 Ratsmitglieder für 5 Jahre in den VG-Rat (§ 32, 1 GO). Ihnen obliegen

- a) die Überwachung der Verwaltung,
- b) die Beschlußfassung über alle Gemeindeangelegenheiten und
- c) Unterrichtung über die Ausführung des Haushaltsplans, soweit nicht der Bürgermeister zuständig ist (!).

(Fußnoten zu S. 12, Fortsetzung:)

1) ... Die RHEINPFALZ fährt fort: "mit der Forderung nach besserer Ausstattung der Kommunen mache er (MATTERN) sich zum Sprecher aller". Vgl. auch das Interview mit Dr. SIESSL (SPD-Ratsmitglied) vom 17.2.72 (unveröffentl.).

1) Anm.: Zum politischen Klima in Kleinstädten finden sich gute Darstellungen in AMERY (Hrsg.) 1966.

Exkurs: In diesem Zusammenhang interessieren natürlich besonders Repräsentativität der Bürgervertretung und das Ausmaß der Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse. Wir werden unten versuchen mehr Licht in diese Probleme zu bringen

. Aus eigener Anschauung jedoch kann der Autor schon hier berichten, daß der Andrang der Öffentlichkeit bei VG-Ratssitzungen sich auf maximal fünf Zuhörer beschränkt, wenn nicht - und das sollte zu entsprechenden Überlegungen Anlaß geben - eine Sitzung mit anschließender öffentlicher Diskussion stattfindet. Dann kann bei entsprechender Werbung damit gerechnet werden, daß bis zu achtzig und mehr Zuhörer kommen.

2.3.3. Die Finanzen der VG-Kirchheimbolanden

Dieser Abschnitt ist wiederum unterteilt in vier Unterabschnitte: 1. Steuerkraft ,

2. ordentlicher Haushalt ,

3. außerordentlicher Haushalt und

4. Vermögen,

und beschreibt in erster Linie die finanzielle Situation der Stadt-Kirchheimbolanden, da es für die VG-Kibo noch keinen errechneten Haushalt sondern nur Planungsansätze und Einzelbeschlüsse gibt.

2.3.3.1. Steuerkraft

Die kommunalen Aktivitäten werden außer durch das Engagement der Politiker, durch die Flexibilität der Verwaltung und der Teilnahme der Bevölkerung auch durch die Wirtschaftskraft des Gebietes bestimmt, wobei natürlich ein hohes Maß an Interdependenz zwischen diesen Faktoren existiert.

Als Index für die Wirtschaftskraft werden gewöhnlich die Steuereinnahmen (bzw. das pro Kopf-Aufkommen an Steuern) herangezogen.

Die jüngsten vergleichbaren Zahlen stammen aus dem Jahr 1964 und sollen den wirtschaftlichen Rückstand des Gebietes dokumentieren:

Tab.:2.5 Pro-Kopf-Steueraufkommen²⁾

	DM/Einwohner
<u>Gewerbesteueraufkommen</u>	
Kibo-Stadt	105,40
VG-Kibo ¹⁾	55,70
<u>Steueraufkommen insgesamt</u>	
Kibo-Stadt	138, -
VG-Kibo ¹⁾	90,50
Donnersbergkreis	124,70
Rh. land-Pfalz	171,50

Bis 1969 sind die Steuereinnahmen der Gemeinden im Donnersbergkreis um durchschnittlich 30% gestiegen. Das Steueraufkommen pro Einwohner in Kibo-Stadt betrug demnach 1969 ungefähr 180.- DM und blieb damit weiterhin etwas unter dem der Landkreise (!) (197.-DM/Einw.) und sehr viel unter dem des Landes (251.-DM/Einw.)).

2.3.3.2. Der ordentliche Haushalt

Die niedrige Steuerkraft des VG-Gebietes wird in ihren Auswirkungen auf die Finanzpolitik der betroffenen Gemeinden durch niedrigere Lebenshaltungskosten und durch den Steuer- ausgleich etwas abgemildert. Mit der Einführung eines Gemein- deanteils an der Einkommensteuer hat sich der verfügbare Steuerbetrag um ungefähr 10% erhöht. Dennoch, der verfassungsmäßig garantierte Spielraum für freiwillige und damit politisch wirksamen Leistungen hat sich dadurch noch nicht eingestellt. Dies wird aus der Haushaltslage der Stadt- Kibo ersichtlich, die durch folgende Tabelle dargestellt wird.

Tab.:2.6 Haushaltslage der Stadt Kibo

	1971 DM	1972 DM
ordentlicher Haushalt		
Einnahmen	3.430.445.-	3.601.140.-
Ausgaben (davon Schulden- dienst)	4.347.663.-	4.316.379.- (21%)
außerordentl. Haushalt Fehlbe	3.924.716.- 909.218.-	3.923.650.- 715.239.-

- zu S.15 1)Anm.:Mit VG-Kibo sind die Gemeinden gemeint,die seit 1971 die VG-Kibo bilden.
 2)Anm.:Daten aufgrund eigener Berechnu^{ng}en anhand der Angaben in FISCHER(1968)
 3)Anm.:Entnommen den statistischen Bericht der Statistischen Landesamtes Rh.land-Pfalz,Bad Ems(1970)
 4)Anm.:Steurreform^{ist} 1970 wirksam gew₋orden.Vgl.Haushaltsplan und Haushaltssatzung der Stadt Kibo für das Rechnungsjahr 1972.

Dabei muß bei der Einschätzung des Haushaltsvolumens berücksichtigt werden,daß in den Ausgaben des o.Haushalts über 40% Schuldendienst und Steuerumlagen an den Landkreis und schwächer gestellte Gemeinden enthalten sind.¹⁾(S.53u.99)

Soweit dies für unsere Überlegungen zum Thema Freizeit ist,sollen noch einige Zahlen des Planungsansatzes für das Haushaltsjahr 1972 vorgestellt werden.An dieser Stelle muß auch auf die ent~~w~~prechenden Zahlen unten über die Höhe von Investitionen auf dem Gebiet Freizeit(im weitesten Sinne) verwiesen werden,da der ordentliche Haushalt bekanntlich nur die laufenden Ausgaben ausweist..

Tab.:2.7.Haushaltsansätze für Freizeit- und sonstige Einrichtungen

Park-und Gartenanlagen	ca.61	Tsd.DM	
Theater u.Konzerte	ca. 49	"	
Badeanstalten	ca. 46	"	
Heimatspflege	ca. 45	"	
Einrichtungen der Jugendhilfe (z.B.Kindergarten)	ca.144	"	
Fremdenverkehr	ca. 23	"	
Mozartorgel (Restaurierung)	ca. 5	"	
Sport	ca 17	"	
freie Wohlfahrt	ca. 5	"	
Erwachsenbildung	ca. 1	"	
Stadthalle	ca. 0,7	"	
Volksbücherei	ca. 0,7	"	
Insgesamt(Freizeit u.Bildung)	ca. 387,4	"	= 9,0 % der Gesamtausgaben

1) Vgl. Haushaltssatzung...(1972),S.53 und S.99 .

2)Vgl.: " " ,S.2 ff.

Bemerkenswert sind dabei auch die nach Sachgebiet auf-
gegliederten Einnahmen. Daraus ergeben sich z.B. für ein
Subventionsbedarf für Theater und Konzerte von ca.
30 Tsd. DM und für ~~die~~ die Badeanstalten in der Höhe von
36 Tsd. DM, die mit Eintrittsgeldern nicht gedeckt werden
können.

2.3.3.3. Der außerordentliche Haushalt der Stadt-Kibo

Das wesentliche Instrument für kommunale Strukturpolitik
ist der außerordentliche Haushalt, indem gemäß der Gemeinde-
ordnung alle Darlehensaufnahmen zum Bestreiten von Inves-
titionskosten abgewickelt werden müssen.

1972 überwiegen hier Anstrengungen im Bereich der Bauland-
erschließung (595.000.-DM) und dem dem Bereich Wasserent-
sorgung (Kanalisation)/Wirtschaftsförderung¹⁾. Nicht zuletzt
die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommenssteuer hat
die Politiker der Stadt-Kibo veranlaßt im verstärkten Maße
(einkommensstarke) Neubürger anzulocken, indem neues Bauland
erschlossen wird.²⁾

Für den Erweiterungsbau des Kindergartens wurden immerhin
in den Jahren 1971 (460 Tsd) und 1972 (172 Tsd. DM) hohe Investitionen
~~gewen~~ getätigt. Damit wächst aber auch die Diskrepanz zwi-
schen der Stadt und den übrigen Gemeinden hinsichtlich der
Versorgung mit Kindergartenplätzen.

2.3.3.4. Das Vermögen der Stadt-Kibo

Mit einem Schuldendienst in Höhe von 21% der Ausgaben des
ordentl. Haushalts hat die Stadt die vom Innenminister er-
lassenen Richtlinien für die Verschuldung beträchtlich über-
schritten. Die Schulden der Stadt belaufen sich auf knapp
6 Millionen DM bei einem Vermögensstand von etwas über
9 Mil. DM.³⁾

Bei einem Reinvermögen von 3,3 Mill. DM erhebt sich

in die
Gemeinden bei der Verfolgung ihrer Aufgaben, ihre
Kreditwürdigkeit ^{nicht} im selben Maße ausschöpfen wie die Pri-
vatwirtschaft. Vielleicht ist hier ein echter Ansatz für
eine größere Investitionsbereitschaft auf dem Gebiet Freizeit
und Bildung zu finden. Voraussetzung allerdings wäre, daß
die "Zinsen" solcher Maßnahmen (bessere Gesund-
heit, höhere Produktivität usw.) in die Gemeinde zurückfließen

Bemerkenswert sind dabei auch die nach Sachgebiet auf-
gegliederten Einnahmen. Daraus ergeben sich z.B. für ein
Subventionsbedarf für Theater und Konzerte von ca.
30 Tsd.DM und für ~~die~~ die Badeanstalten in der Höhe von
36 Tsd.DM, die mit Eintrittsgeldern nicht gedeckt werden
können.

2.3.3.3. Der außerordentliche Haushalt der Stadt-Kibo

Das wesentliche Instrument für kommunale Strukturpolitik
ist der außerordentliche Haushalt, indem gemäß der Gemeinde-
ordnung alle Darlehensaufnahmen zum Bestreiten von Inves-
titionskosten abgewickelt werden müssen.

1972 überwiegen hier Anstrengungen im Bereich der Bauland-
erschließung (595.000.-DM) und dem dem Bereich Wasserent-
sorgung (Kanalisation)/Wirtschaftsförderung¹⁾. Nicht zuletzt
die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommenssteuer hat
die Politiker der Stadt-Kibo veranlaßt im verstärkten Maße
(einkommensstarke) Neubürger anzulocken, indem neues Bauland
erschlossen wird²⁾.

Für den Erweiterungsbau des Kindergartens wurden immerhin
in den Jahren 1971 (460 Tsd) und 1972 (172 Tsd.DM) hohe Investitionen
~~gew~~ getätigt. Damit wächst aber auch die Diskrepanz zwi-
schen der Stadt und den übrigen Gemeinden hinsichtlich der
Versorgung mit Kindergartenplätzen.

2.3.3.4. Das Vermögen der Stadt-Kibo

Mit einem Schuldendienst in Höhe von 21% der Ausgaben des
ordentl. Haushalts hat die Stadt die vom Innenminister er-
lassenen Richtlinien für die Verschuldung beträchtlich über-
schritten. Die Schulden der Stadt belaufen sich auf knapp
6 Millionen DM bei einem Vermögensstand von etwas über
9 Mil.DM.³⁾

Bei einem Reinvermögen von 3,3 Mill.DM erhebt sich

an die
Gemeinden bei der Verfolgung ihrer Aufgaben, ihre
Kreditwürdigkeit/ ^{nicht} im selben Maße ausschöpfen wie die Pri-
vatwirtschaft. Vielleicht ist hier ein echter Ansatz für
eine größere Investitionsbereitschaft auf dem Gebiet Freizeit
und Bildung zu finden. Voraussetzung allerdings wäre, daß
die "Zinsen" solcher Maßnahmen (bessere Gesund-
heit, höhere Produktivität usw.) in die Gemeinde zurückfließen

1) Vgl. Haushaltssatzung, S. 77 ff.; 2) Äußerung des Bürgermeisters
3) Vgl. "Spiegel" Nr. 25/1972 Tit. 1

In dem Verbandsgemeinderat vertreten sind nur drei Listenverbindungen, nämlich die

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD),
der Christlich-Demokratischen Union (CDU) und die
der Wählergruppe Dr. Brandt (WGr.).

Die anderen kleinen Parteien (FDP, NPD, DKP und ähnliche) sind momentan auch nicht in den Gemeinderäte der Einzelgemeinden vertreten. Die VG-Ratswahl vom 24. Oktober 1971 erbrachte folgende Verteilung der Stimmen und Sitze:

Tab: 2.8 Stimm- und Sitzverteilung in der VG-Kibo

	Stimmenanteil:	Sitze im VG-Rat:
SPD	42,5 %	13
CDU	18,0 %	5
WGr.	39,4 %	9
Insgesamt:	99,9 %	27

Die Wahlbeteiligung lag mit 77,2% nur knapp unter der bei den letzten Kommunalwahlen in Rh. land-Pfalz¹⁾ und dürfte die Vermutung nahelegen, daß die Bevölkerung diese neue politische Größe akzeptiert. Weniger glücklich waren einige über die überraschende Koalition zwischen SPD und CDU, die auch Vorbild für eine ähnliche Koalition im Rat der Stadt wurde, nachdem dort die WGr. jahrelang mit der CDU den Bürgermeister stellte.²⁾ Als erster Verbandsbürgermeister wurde der Oberamtsrat bei der Kreisverwaltung W. Seel³⁾ (SPD) gewählt, als sein Stellvertreter (1. Beigeordneter) und neuer Bürgermeister von Kibo-Stadt der CDU-Politiker E. Reichert. Welche Interessen in dem neuen VG-Rat überwiegen, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt schwer einschätzen. Jedoch ist eine Aufschlüsselung der VG-Ratsmitglieder nach ihrer beruflichen Bindung recht aufschlußreich:

Tab: 2.9 Die Berufe der VG-Ratsmitglieder

	SPD	WGr.	CDU	Insg.
Kreisverwaltung	4	1	-	5
Schule	2 (1 Frau)	1	1	4
Landwirtschaft	1	4	2	7
Arbeiter	1	-	-	1
Angestellte	2	1	-	3
Unternehmer/Selbstst.	1	2	2	5
Sonstige	2	-	-	2

	e Berufe			
Insg.	SPD	WGr.	CDU	
	13	9	5	27
davon weibliche Mitglieder	1	-	-	1
davon Bürgermeister	1	3	-	4

- 1) Vgl. W. GÖTZ: "Entstehung und politische Entwicklung", in "Rheinlandpfalz", Mainz (1969), S. 79.
- 2) Anm.: Die "RHEINPFALZ" brachte nach der VG-Wahl eine Umfrage (unrepräsentativ, hauptsächlich "Prominenz" umfassend), in der sich einige Bürger sehr erschreckt zeigten, nun von den "Roten" regiert zu werden.
- 3) Anm.: Seel ist außerdem Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Bolanden.
- 4) Vgl. "RHEINPFALZ"-Artikel "So wurde gewählt" vom 26.10.1971; Anm.: Die Berufsgruppen sind nur dann unabhängig und die Zuordnung eindeutig, wenn die Kategorien folgendermaßen gelesen werden: Wer ^{Z.B.} nicht in der Kreisverwaltung tätig und Angestellter ist, ~~ist~~ ist unter 'Angestellter' zu finden; unter Unternehmer ist nur zu finden, wer/ auch Landwirt ist, usw..

S. 19

Daß man nun aus dieser Abweichung von der statistischen Repräsentativität keine direkten Rückschlüsse auf die Ausgewogenheit der Interessenlagen der Bevölkerungen ziehen kann, muß nicht erst betont werden. Aber es ist fraglich, ob das Einfühlungsvermögen der Ratsmitglieder, ^{ausreicht}, all diejenigen gesellschaftlichen Gruppen adäquat zu vertreten, die überhaupt nicht in dem Gremium vertreten sind.

Hinweis: Hier könnte sich eine Darstellung der Bürgerinitiative Freizeitzentrum Kirchheimbolanden und deren politische Funktion anschließen. Wir werden dies jedoch in ^(nach) dem Kap. 4 Abschnitt 5.5. (Kommunikation) tun, weil dort auch die Verbindung zu unserer Untersuchung hergestellt werden soll.

(Fortsetzung Tab.2.9.Die Berufe)

Insg.	SPD 13	WGr. 9	CDU 5	27
davon weibliche Mitglieder	1	-	-	1
davon Bürgermeister	1	3	-	4

1) Vgl. W. GÖTZ: "Entstehung und politische Entwicklung", in
"Rheinlandpfalz", Mainz (1969), S. 79.

2) Anm.: Die "RHEINPFALZ" brachte nach der VG-Wahl eine Um-
frage (unrepräsentativ, hauptsächlich "Prominenz" um-
fassend), in der sich einige Bürger sehr erschreckt
zeigten, nun von den "Roten" regiert zu werden.

3) Anm.: Seel ist außerdem Bürgermeister seiner Heimatgemeinde
Bolanden.

4) Vgl. "RHEINPFALZ"-Artikel "So wurde gewählt" vom 26.10.1971;
Anm.: Die Berufsgruppen sind nur dann unabhängig und
die Zuordnung eindeutig, wenn die Kategorien folgender-
maßen gelesen werden: Wer ^{2. B.} nicht in der Kreisver-
waltung tätig und Angestellter ist, ist unter
"Angestellter" zu finden; unter Unternehmer ist nur zu
finden, wer/ auch Landwirt ist, usw..
nicht

S. 19

Daß man nun aus dieser Abweichung von der statistischen Re-
präsentativität keine direkten Rückschlüsse auf die Ausge-
wogenheit der Interessenlagen der Bevölkerungen ziehen kann,
muß nicht erst betont werden. Aber es ist fraglich, ob

das Einfühlungsvermögen der Ratsmitglieder ^{ausreicht}, all
jenen gesellschaftlichen Gruppen adäquat zu vertreten, die
überhaupt nicht in dem Gremium vertreten sind.

Hinweis: Hier könnte sich eine Darstellung der Bürgerinitiative
Freizeitzentrum Kirchheimbolanden und deren politische Funk-
tion anschließen. Wir werden dies jedoch in ^(nach) dem Kap. 4
~~Abschnitt 3.5.~~ (Kommunikation) tun, weil dort auch die Ver-
bindung zu unserer Untersuchung hergestellt
werden soll.

Jährlich verlassen Schulabgänger zur beruflichen Weiterbildung - viele für immer - den Raum der VG Kibo. Junge Erwerbspersonen ziehen samt Familie zwecks Stellenwechsel in die Ballungszentren. Wie wir gesehen haben (Vgl. Kap. 3.3.) kann dieser Trend nicht verhindert werden, wenn es auf dem Gebiet der weiterführenden Schulen und der qualifizierten Arbeitsplätze keine verstärkten Bemühungen gibt. Aber auch der Freizeitwert der VG darf in diesen Überlegungen keine untergeordnete Rolle spielen, wenn in den Gemeinden der VG keine alten städtebaulichen Fehler wiederholt werden sollen, indem man reine Schlafgemeinden¹⁾ anstatt voll funktionsfähiger Wohn- und Arbeitsgemeinden²⁾ projiziert. Einen weiteren Grund nennt FISCHER (1971) in seinem Gutachten, er hält "den Ansatzpunkt, über Fremdenverkehr (im weitesten Sinne) den Entwicklungsrückstand im Donnersberggebiet (wozu die VG zu zählen ist, Anm. d. Verf.) aufholen zu wollen" für richtig. Diese beiden Aspekte der Freizeitwertanhebung wollen wir fortan auseinanderhalten und in erster Linie den ersten behandeln, insbesondere, als die von FISCHER vorgeschlagenen Projekte mehr in die Kompetenz des Kreises fallen und auch in ihrer Intention nicht voll von uns unterstützt werden können (Vgl. Abschnitt 4.4. ____).

Die folgenden Beobachtungen und Überlegungen sind vor der Auswertung der Bevölkerungsbefragung gemacht worden. Sie umfassen die Bereiche Freizeitleben,

Freizeiteinrichtungen,
Konsum und Freizeit,
außerörtliche Freizeiteinrichtungen und
Fremdenverkehr .

2.4.1. Das Freizeitleben

Bevor wir dazu übergehen, darzustellen, was alles in der VG fehlt, sollen die Punkte erwähnt werden, die hier im Gegensatz zur Großstadt vorhanden sind. Da ist heute schon zu nennen: die bessere Luft, längere und nicht durch Smog gefilterte Sonneneinstrahlung, Wander- und Spielgelegenheiten in Wald und Feld, landschaftliche Anziehungs- und Aussichtspunkte, preiswerte Einkehr- und Einkaufsmöglichkeiten.

2) Vgl. BAHRDT (1961) u. MITSCHERLICH (1971 u. 1969)

1) Vgl. FISCHER (1971) S. 11

Um das typische des Freizeitlebens in der VG herauszu-
arbeiten ist es notwendig zwischen Kibo-Stadt und den
übrigen Einzelgemeinden zu unterscheiden. Die Stadt be-
findet sich gemessen an dem Freizeitangebot in einer
wenig attraktiven Lage, (wenngleich auch hier das Angebot an
Festlichkeiten nicht gering ist). Die Stadt ist auf der
einen Seite (wegen ihrer Größe?) nicht mehr in dem Maße
von spontanen Freizeitaktivitäten geprägt, wie die kleinen
Gemeinden, wo es vorkommt, daß Parties zu Dorfereignissen
und ein gemeinsamer Weg dorthin zu Umzügen auswachsen.¹⁾
Andererseits, ist die Stadt zu klein für ein entsprechendes
kommerzielles Engagement²⁾.

Aus Anlaß (und der findet sich in den kleinen Gemeinden
wieder mehr als in der Stadt) von Feiertagen, Festen oder
Jahrmärkten sind die Gaststätten oft bis in den frühen
Morgen geöffnet; In der Stadt seltener und alles schön
nach polizeilicher Vorschrift, in den Dörfern mehr spontan
und von der Müdigkeit des Wirtes bestimmt. So sind die
Straßen der Stadt ab 22 Uhr fast menschenleer. Sicher
spielt dabei die Angst vor (dunkelhäutigen) Angehörigen der
amerikanischen Soldaten der nahebei stationierten
Streitkräfte, vor betrunkenen Passanten und vor jugendlichen
"Rockern" eine Rolle. Ob diese Angst auf Hilflosigkeit
infolge inadäquater Verhaltensmuster für Konfliktsitu-
ationen oder einer anerzogenen Scheu vor der Dunkelheit
allein zurückzuführen ist, läßt sich schwer entscheiden.

Exkurs: Einige Beobachtungen könnten jedenfalls Hinweise erbringen:

- a) während bei den dörflichen Festen Kinder bis in
den frühen Morgen aufbleiben und auch von sehr frühem
Alter an, unkontrolliert alkoholische Getränke versuchen
dürfen, werden in der Stadt in der Regel den formalrechtlichen
Entwicklungsgrenzen entsprechende Verbote durch-
gesetzt und Jugendlichen unter 18 Jahren sogar im
privaten Bereich Limits gesetzt.
- b) Tätlichkeiten und Raufereien unter Erwachsenen werden
in den Dörfern eher als "Caudi" bezeichnet und auch
akzeptiert (als Krafterprobung oder ähnliches). In der
Stadt dagegen werden Vorfälle solcher Art (häufig in-
folge von Alkoholgenuß) eher als kriminelle Handlungen
interpretiert und arbeitsteilig mit polizeilicher
Gewalt geschnitten.

1) Anm.: In den Zeitraum der Untersuchung fiel eine
Aktion ~~der~~ einiger Einwohner aus Bolanden, die einem
Nachbarort durch Veranstaltung eines improvisierten
Festes den diesmal ausgefallenen Jahrmarkt ersetzten.

2) Anm.: 1971 mußte so z.B. das alljährlich stattfindende Re-
sidenzfest ausfallen. Der Stadtrat hatte zuvor 2000.-
DM verweigert, um das Defizit abzudecken, das durch
durch kostspielige Schweinlagen entstanden war.

Um das typische des Freizeitlebens in der VG herauszuarbeiten ist es notwendig zwischen Kibo-Stadt und den übrigen Einzelgemeinden zu unterscheiden. Die Stadt befindet sich gemessen an dem Freizeitangebot in einer wenig attraktiven Lage¹⁾, (wenngleich auch hier das Angebot an Festlichkeiten nicht gering ist). Die Stadt ist auf der einen Seite (wegen ihrer Größe?) nicht mehr in dem Maße von spontanen Freizeitaktivitäten geprägt, wie die kleinen Gemeinden, wo es vorkommt, daß Parties zu Dorfereignissen und ein gemeinsamer Weg dorthin zu Umzügen auswachsen.¹⁾ Andererseits, ist die Stadt zu klein für ein entsprechendes kommerzielles Engagement²⁾.

Aus Anlaß (und der findet sich in den kleinen Gemeinden wieder mehr als in der Stadt) von Feiertagen, Festen oder Jahrmärkten sind die Gaststätten oft bis in den frühen Morgen geöffnet. In der Stadt seltener und alles schön nach polizeilicher Vorschrift, in den Dörfern mehr spontan und von der Müdigkeit des Wirtes bestimmt. So sind die Straßen der Stadt ab 22 Uhr fast menschenleer. Sicher spielt dabei die Angst vor (dunkelhäutigen) Angehörigen der amerikanischen Soldaten³⁾ der nahebei stationierten Streitkräfte, vor Betrunknen Passanten und vor jugendlichen "Rockern" eine Rolle. Ob diese Angst auf Hilflosigkeit infolge inadäquater Verhaltensmuster⁴⁾ für Konfliktsituationen oder einer anerzogenen Scheu vor der Dunkelheit allein zurückzuführen ist, läßt sich schwer entscheiden.

Exkurs: Einige Beobachtungen könnten jedenfalls Hinweise erbringen:

- a) während bei den dörflichen Festen Kinder bis in den frühen Morgen aufbleiben und auch von sehr frühem Alter an, unkontrolliert alkoholische Getränke versuchen dürfen, werden in der Stadt in der Regel den formalrechtlichen Entwicklungsgrenzen entsprechende Verbote durchgesetzt und Jugendlichen unter 18 Jahren sogar im privaten Bereich Limits gesetzt.
- b) Tätlichkeiten und Raufereien unter Erwachsenen werden in den Dörfern eher als "Gaudi" bezeichnet und auch akzeptiert (als Krafterprobung oder ähnliches). In der Stadt dagegen werden Vorfälle solcher Art (häufig infolge von Alkoholgenuß) eher als kriminelle Handlungen interpretiert und arbeitsteilig mit polizeilicher Gewalt geahndet.

1) Anm.: In den Zeitraum der Untersuchung fiel eine Aktion ~~von~~ einiger Einwohner aus Bolanden, die einem Nachbarort durch Veranstaltung eines improvisierten Festes den diesmal ausgefallenen Jahrmarkt ersetzten.

2) Anm.: 1971 mußte so z.B. das alljährlich stattfindende Residenzfest ausfallen. Der Stadtrat hatte zuvor 2000.- DM verweigert, um das Defizit abzudecken, das durch kostspielige Showeinlagen entstanden war.

Eine wirkliche Belebung des Straßenbildes erfährt die Stadt Kibo zu folgenden Zeitpunkten: nach Schulschluß, wenn einige Schüler zwischen Schule und Mahlzeit noch einen Besuch in einem der beiden Eiscafés einlegen; am Abend, wenn Berufstätige nach Hause strömen oder noch einige Einkäufe betätigen, an den Samstagen zum Großeinkauf fürs Wochenende und an den Sonn- und Feiertagen, an denen es eine Alternative zum Verbringen der Freizeit in der Stadt gibt.

2.4.2. Die Vereine

Entgegen den Angaben von FISCHER (1968) (im folgenden jeweils in Klammern) konnten allein in Kibo-Stadt sechs (vier) Musikvereine und sieben (zwei) Sportvereine ausfindig gemacht werden¹⁾. Außerdem gibt es einen Karnevalverein und zahlreiche Züchtervereinigungen. Daneben sind noch besonders erwähnenswert die "Pollichia", ein Verein, der sich besonders der Heimatkunde und -pflege annimmt, und der "Verein Heimatmuseum", der in Kibo-Stadt ein heimatkundliches Museum unterhält (mit 800-1 000 Besucher im Jahr 1971 !).²⁾

Die Anzahl der Vereine im VG-Gebiet dürfte weit über 40 (der Zahl, die sich aus den Angaben von FISCHER ergibt) liegen. Der Schwerpunkt des Angebots liegt zweifellos bei Sport und Gesang. Ob dieses Angebot differenziert genug ist, das Interesse aller Einwohner angemessen zu genügen, ist trotz Quantität des Angebots zweifelhaft. Gerade bei Jugendlichen wird auch hier der Ruf nach organisierter Freizeitgestaltung und anregenden Beschäftigungsmöglichkeiten.

2.4.3. Die Freizeitanlagen

Außer dem schon erwähnten Heimatmuseum, das nach Bekunden des Vereins auch in der Fachwelt Resonanz findet, sind das Theater- und Konzertprogramm in der Aula des Nordpfalzgymnasiums (bestritten von Tournee-Ensembles) und die öffentlichen Büchereien die "Kulturträger" der VG-Kibo.

Während die Theater- und Konzertveranstaltungen gut untergebracht und ebenso gut besucht sind, kann dies nur von wenigen Büchereien behauptet werden. // 1) E. BECKER (1968) i. Kibo; 2) L. SIESSL

Zu dem Programm der beiden Kinos gehören Pornofilme ebenso wie Kriminal- und Westernfilme. Seit die Internatsschule einmal in der Woche "anspruchsvolle"^{Filme} in eigener Regie vorführt ist dieses Genre vollkommen aus der Palette des kommerziellen Angebots verschwunden.

Zur aktiven Freizeitgestaltung stehen inner^{halb} der VG Sportplätze, Sporthallen (3 in der Stadt/6 in der VG insgesamt), ein Tennisplatz (1/1) und Freibäder (1/2) zur Verfügung. Ein Freibad ist beheizt und befindet sich in Bolanden. Das andere in Kibo-Stadt hat keine Heizanlage und obendrein mangelhafte Umkleideanlagen. Die Möglichkeiten

für den Schwimmsport^{sport} sind deshalb in letzter Zeit heftiger Kritik in der Öffentlichkeit ausgesetzt, zumal auch das Lehrschwimmbecken des schulischen Hallenbads

als einzige Schwimmgelegenheit im Winter der Nachfrage bei weitem nicht entsprechen¹⁾.

Als besonders nennenswert erscheinen zwei kleine Freizeit- und Sportzentren in Marnheim und Kriegsfeld, deren Mittelpunkt jeweils eine Mehrzweckhalle ist²⁾. Mit diesen Einrichtungen wurde eine unrentable und auch im sozialpsychologischen Sinne unvernünftige Funktionsteilung vermieden, wie sie sich in Kibo-Stadt finden läßt.

Für Versammlungen stehen der Bevölkerung in der Stadt die Nebenräume einiger Gaststätten und das evangelische Gemeindehaus (seit Frühjahr 1972) zur Verfügung. Ein katholisches Gemeindezentrum ist im Bau. Trotz dieser vielen Möglichkeiten finden sich keine geeigneten Räume für Jugendveranstaltungen, Bastelarbeiten oder Veranstaltungsproben von Jugendgruppen³⁾.

Ein eigentliches Gemeindezentrum für alle als Ort für informelle und informative Ansammlungen oder Veranstaltungen fehlt in der VG-Kibo, sieht man von in dieser Richtung^{2. 3. 4.} Ansätzen in Marnheim^{1.} und Kriegsfeld ab.

2.4.4. Konsum und Freizeit

Vorausgesetzt, man ist gewillt, Einkaufen in den Bereich der freien Zeit mit einzu beziehen, so sind einige Daten auf diesem Gebiet von Bedeutung.

1) Vgl. E. HIRSCH ü. die Misere auf diesem Gebiet in mehreren "RHEINPFALZ"-Artikeln (vom)

zu S.23/ 2)Anm.:Das Zentrum in Marnheim besitzt sogar eine Sauna.Auch den Kindergarten einzugliedern scheiterte an dem Einspruch der Aufsichtsbehörde.

3)Anm.:Einige Beispiele sind der "RHEINPFALZ" zu entnehmen.Pfadfinder(^{am} 21.2.72)Kindertrachtengruppe(am 28.11.72)die "Falken" (?) haben zu beklagen,daß sie keine oder nur unzureichend beheizbare und beleuchtbare Räume haben.

->Vgl.dazu Kap.5(FZZ) und 3.5.(Kommunikation).Ein Beispiel für ein Gemeindezentrum im "eigentlichen Sinne" ist die "Agora" in Dronten/Niederlande(Vgl. in "Die Zeit"Nr.

Zunächst die Einkaufsmöglichkeiten.Die Lebenshaltungskosten sind im Vergleich niedrig,insofern man sich auf Lebensmittel,Hebesätze der Gemeinden und einige bestimmte Artikel(z.B. Benzin)bei der Ableitung eines Indexes beschränkt.Auf anderen Gebieten ist entweder das Angebot unzumutbar beschränkt(handwerkliche Werkzeuge)¹⁾ oder die Preise liegen über denen der umliegenden Einkaufszentren.Deshalb ist eine Einkaufsfahrt ein- oder mehrmals in der Woche in diese Zentren lohnend.Dies bringt natürlich erhebliche Einschränkungen der freiverfügbaren Zeit mit sich,wenn man als durchschnittliche Wegzeit zu den nächstgelegenen Einkaufszentren 45 Minuten mit dem eigenen Wagen und das doppelte für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel annimmt.

Auf dem Gaststättensektor sieht es recht unterschiedlich aus,je nachdem welche Ansprüche von Seiten der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Mit Gaststätten als "Stammkneipe" und als Getränkeausschank ist die VG ausreichend ausgestattet.Die Qualität der Speisegaststätten genügt jedoch nicht,um den gehobenen Ansprüchen einer Fremdenverkehrs-gemeinde, gerecht zu werden.²⁾

3.4.5. Außerörtliche Freizeiteinrichtungen

Als außerörtliche FZ-Einrichtungen für die Einwohner der VG-Kibo spielen hauptsächlich die Schwimmbäder in Eisenberg(unbeheizt) und Rockenhausen (beheizt auf 25°),die

1)Anm.:Das letzte Geschäft für Werkzeuge soll auch geschlossen werd

2)Vgl.Landrat RITTER in einem Gespräch mit der "RHEINPFALZ"1.8.72.

Theater in Kaiserslauter, Worms und Mannheim, die Kinos in Alzey, die Sauna in Eisenberg und die Wanderziele eine Rolle. Eine Gemeindepartnerschaft mit der Gemeinde Ritten in Tirol bietet sich darüber hinaus als eines der ferner gelegenen Freizeitziele an. Besonders eifrig gepflogen wird diese Partnerschaft von den Verwaltungsangehörigen¹⁾.

2.4.6 Der Fremdenverkehr im VG-Gebiet

Eine Mindestausstattung für den Fremdenverkehr bieten nur die Stadt-Kibo, dannenfels und Oberwiesen²⁾. In diesen Gemeinden gibt es zwölf Gaststätten bzw. Hotels mit Übernachtungsmöglichkeiten. In der Stadt Kibo waren es 1972 nur 92 Betten³⁾. Die Zahl der privaten Quatiere ist vernachlässigbar und kann dem Nachfrageüberhang nicht kompensieren. Ebenfalls zu klein ist der städtische Campingplatz am Freibad. Hier soll ein privater Campingplatz ab 1973 zur Verfügung stehen.

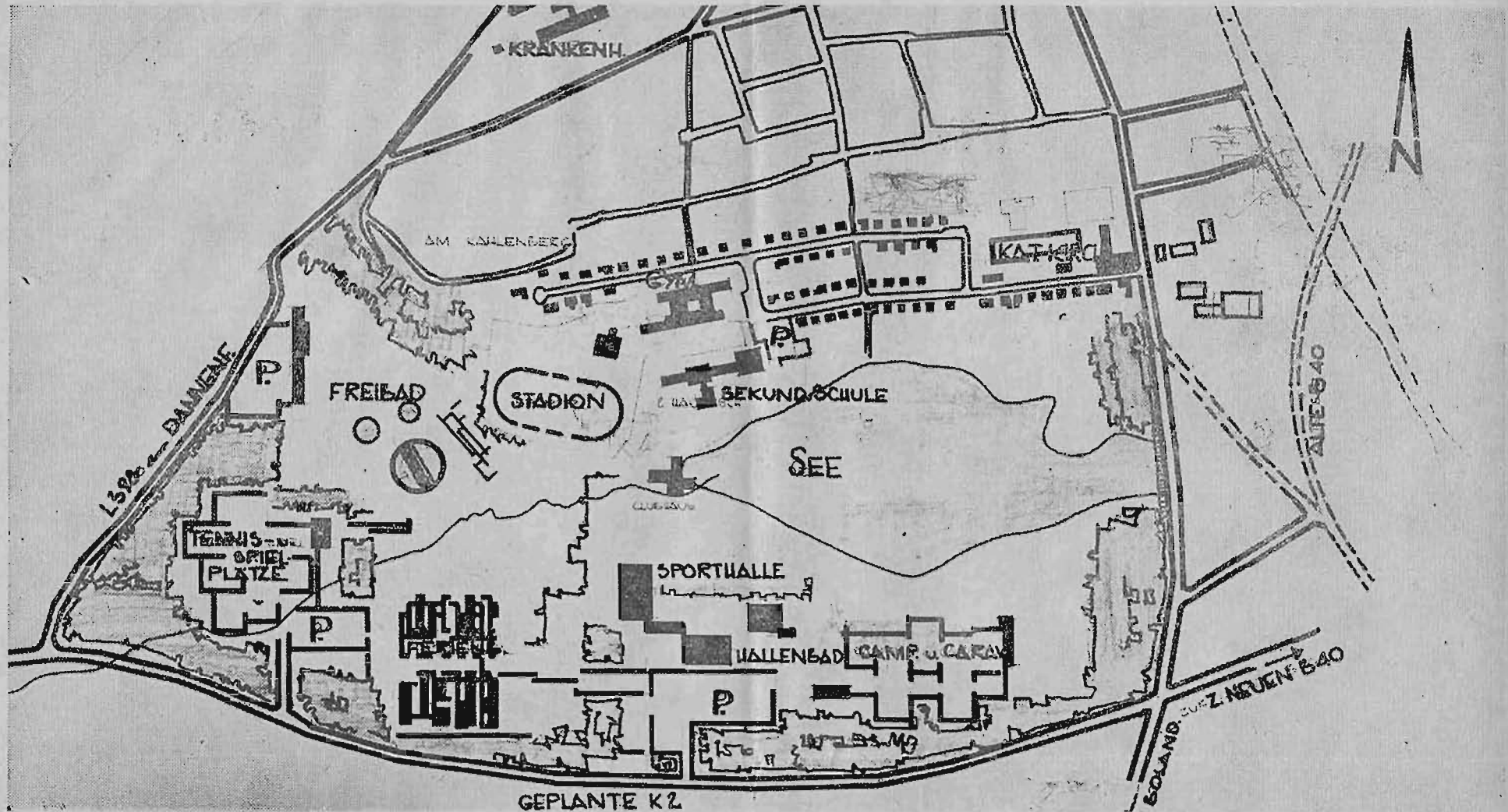
Im Allgemeinen läßt sich in allen ~~in allen~~ Bereichen des F.V.s ein großer Investitionsbedarf konstatieren. Die Gelder müßten /aber durch eine koordinierende Fremdenverkehrspolitik wirksam eingesetzt werden, ~~um~~ um Fehlinvestitionen und Umweltbelastung in Grenzen zu halten.⁴⁾ Nachdem die Stadt Kibo als Erholungsort anerkannt ist, wird zur Zeit noch geprüft, ob eine Aufwertung zum Luftkurort erfolgen kann.

1) Anm.: Zur Pflege der Partnerschaft sind im Haushalt 1972 der Stadt wie in den vorausgegangenen Jahren 500,-DM angesetzt (Vgl. Haushaltssatzung...; 1972)

2) Vgl.: "Donnersberg" FISCHER (1971)

3) Vgl.: "RHEINPFALZ"-Interview mit städtischen Verkehrsamt Kibo vom 20.5.72

4) Vgl.: FISCHER (1971) und Landrat RITTER in Interview mit "RHEINPF." vom 1.8.72



Kirchheimbolanden. Seit einigen Jahren liegt im Rathaus der Vorschlag der SPD zur Errichtung eines Freizeitzentrums vor. Wir stellen heute diesen Plan der SPD erstmals mit einer Skizze vor. Nach diesem Vorschlag soll im Süden der Stadt, im Gutleutbachtal, in einem Langzeitprogramm ein Freizeitzentrum entstehen, das auch den Anforderungen der nächsten 50 Jahre ent-

SPD legt ihren Vorschlag zum Freizeitzentrum vor

„Investition muß sich lohnen: Für die Zukunft planen und keine Mini-Lösung“

Von Reiner Jackwerth

und verantwortungsbewußten Bürgerschaft eine in die Zukunft weisende Lösung. Man ist der Ansicht, daß sich alle Vorstellungen im Gutleutbachtal verwirklichen lassen.

Denn, so sagt die SPD, dort bestehe bei günstigen Verkehrsanbindungen und höchster Zentralität keine Raumnot. Die bereits in unmittelbarer Nähe befindlichen Anlagen (Schulen mit Sportanla-

spricht. „Ein solches Vornaben sollte nicht am grünen Tisch und von einzelnen ohne Diskussion auf breiter Basis entschieden werden“, meint die SPD. Deshalb wird die gesamte Bürgerschaft um ihre Mitarbeit gebeten.

In den vergangenen Jahren wurden in den verschiedenen Gremien der örtlichen SPD drei Alternativen zur Standortfrage durchdiskutiert. So wollte man einen Ort für das Freizeitzentrum finden, an dem eine optimale Nutzung möglich ist. Der Standort „Judental“ schied aus verschiedenen Gründen aus. So war man bei der SPD der Meinung, daß dort die Verkehrsanbindung ungünstig ist, daß Raumnot besteht und daß wegen der Tiefe des Tales die Sonneneinstrahlung ungünstig sei. Außerdem sei der Aufwand zu erheblich, weil die dort bestehende Anlage von Grund auf sanierungsbedürftig sei.

Ebenso wurde der Standort „Kläranlage“ wegen der unmittelbaren Nähe der Kläranlage bzw. des Regenklärbeckens und der benachbarten Bundesstraße 40 und der damit verbundenen Lärm-, Staub- und Abgasentwicklung abgelehnt.

Aus diesen Überlegungen wählte die SPD den ihrer Meinung nach günstigen Standort des Freizeitentrums: Das Gutleutbachtal.

„Für 50 Jahre planen“

Der SPD ist es bewußt, daß die Schaffung eines Freizeitentrums erhebliche Mittel erfordert, insgesamt etliche Millionen Mark. Aus diesem und auch aus planerischen, arbeits- und verfahrensmäßigen Gründen soll es sich um ein Langzeitprogramm handeln. Das erfordert, so meint die SPD, einen Standort, der allen Anforderungen gerecht wird und mindestens für die nächsten 50 Jahre richtig ist.

Und das versteht die SPD unter einem modernen Freizeitzentrum, das auch die Jugend ansprechen und überregionale Bedeutung für den Donnersbergraum als gesellschaftlichen Mittelpunkt erhalten soll:

1. Sportstätten mit Frei- und Hallenbad, Stadion, Tennisplätzen und Kinderhort.

2. Kulturelle Einrichtungen, Theater, Mehrzweckhalle, Hobbyräume, Bücherei.

3. Camping und Caravanmöglichkeiten mit der Kapazität für einen Luftkurort.

4. Moderne gastronomische Betriebe und Clubräume.

5. Möglichkeiten zum Bau von Ferienhäusern.

6. Anlegung eines Sees mit seinen vielseitigen sportlichen Nutzungsmöglichkeiten als besonderer Anziehungspunkt.

7. Großzügige Parkmöglichkeiten.

Ein solches Freizeitzentrum nach den Vorstellungen der SPD zu schaffen, ist nach Meinung dieser Partei im Judental nicht möglich. Die SPD: „Das von der CDU und der Wählergruppe Dr. Brand vorgeschlagene Projekt verdient nicht die Bezeichnung ‚Freizeitzentrum‘. Dort geht es nur um ein Hallenbad mit Mini-Sport und Mini-Campinganlagen, die nur von einem kleinen Personenkreis genutzt werden können.“

Die SPD will nach ihrer Aussage mit der Unterstützung einer „weitblickenden

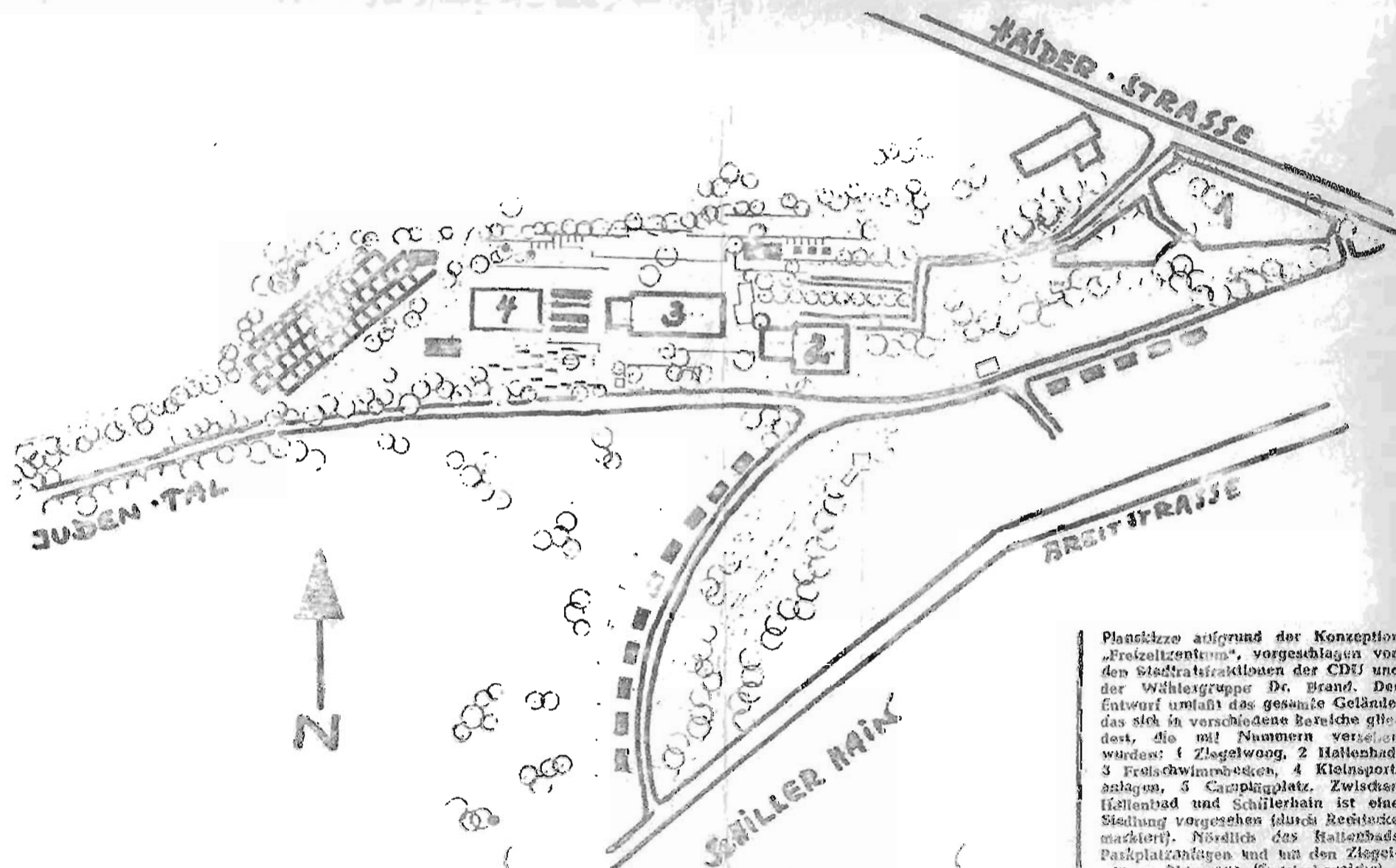
gen, Krankenhaus, diakonische Siedlung, Kirchenzentrum, Kindergarten, Aula) ließen sich ideal in das Konzept einbinden.

Anziehungspunkt für Touristen

Die landschaftlich reizvolle Lage biete einen nicht zu unterschätzenden Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr. Die SPD: „Unser Plan kann und will nur eine Diskussionsgrundlage sein“. Er soll andeuten, welche Einrichtungen im Gutleutbachtal unter Berücksichtigung einer Planung (Architektenwettbewerb, Finanzierungs- und Zeitplan) geschaffen werden könnten. Die Gesamtfinanzierung sei unter Ausnutzung aller Zuschußmöglichkeiten sowie unter weitgehender Mobilisierung von Privatinitiativen zu erreichen. Nach Ansicht der SPD darf der Plan aber nicht dazu führen, daß andere vordringliche städtische Maßnahmen zurückgestellt werden.

„Wir wollen nicht am grünen Tisch entscheiden“, erklärt die Kirchheimbolander SPD. „Wir bitten deshalb die gesamte Bürgerschaft um ihre Mithilfe und Beteiligung an der Diskussion“.

» FREIZEITZENTRUM KIRCHHEIMBOLANDEN «



Planskizze aufgrund der Konzeption „Freizeitzentrum“, vorgeschlagen von den Stadtratsfraktionen der CDU und der Wählergruppe Dr. Brand. Der Entwurf umfaßt das gesamte Gelände, das sich in verschiedene Bereiche gliedert, die mit Nummern versehen wurden: 1 Ziegelwoog, 2 Hallenbad, 3 Freischwimmbekken, 4 Kleinsportanlagen, 5 Campingplatz. Zwischen Hallenbad und Schillerweg ist eine Siedlung vorgesehen (durch Rechtecke markiert). Nördlich des Hallenbads Parkplatzanlagen und um den Ziegelwoog Rückwege (Spazierbereiche).

CDU und Wählergruppe Dr. Brand: „Investitionen in verteilbarem Umfang“

KIRCHHEIMBOLANDER RUNDSCHAU

Das Freizeitzentrum an den finanziellen Realitäten orientieren Planer Dr. Fischer: „Die schmalen Kräfte zusammenfassen!“



Dr. Klaus Fischer

bs. Kirchheimbolanden. Schützenhilfe von kompetenter Seite erhielten die Kirchheimbolander für ihr Freizeitzentrum. Nicht nur, daß sie sehr viel Neues erfuhren, auch wurden viele Planer und Verfechter durch die nüchterne Betrachtungsweise der objektiven Experten auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Die „Seifenblasenzerstörer“ haben sich schon lange im Rahmen auch der Entwicklung unserer Region Gedanken gemacht und trugen nun ihre Ergebnisse vor. Es handelte sich um Regierungsdirektor Karl Schmitt als Vertreter des Sozialministeriums in Mainz und um den Leiter der Planungsgemeinschaft Westpfalz Oberbaurat Dr. Klaus Fischer. Der ebenfalls geladene Vertreter der Bezirksregierung „mußte nach Hause“.

„Ich beschäftige mich schon seit Jahren mit diesem Problem“, dämpfte Schmitt zunächst aufkeimenden Optimismus, „aber ich kann immer noch nicht sagen welcher Vorschlag der bessere ist, möglicherweise wird etwas zu viel gewünscht. Die Stadt ist sehr hoch verschuldet“, fuhr der Regierungsdirektor fort, „und man sollte sich daran orientieren was realisierbar ist“.

In seiner Analyse setzte sich der Landtagsabgeordnete für ein kombiniertes Hallen- und Freibad ein, eine Trennung habe nach seiner Ansicht keine Zukunft. Dann

ging Schmitt auf die vorgelegten Planvorschläge ein. Für den CDU-Entwurf (Judental) spricht demnach:

1. das Gelände gehört der Stadt,
2. die klimatischen Bedingungen scheinen besser zu sein, weil der Westen abgeschirmt ist,
3. eine befriedigende Erschließung ist vorhanden,
4. die Wasserversorgung ist gesichert,
5. Einrichtungen des alten Schwimmbades könnten genutzt werden und schließlich
6. der geringere finanzielle Aufwand.

Gegen das gemeinsame Produkt von CDU und Wählergruppe Brand spricht laut Schmitt:

1. die Enge; Erweiterungen wären teuer,
2. die Entfernung von den Schulen und
3. die dezentrale Lage.

Für den SPD-Entwurf führte Karl Schmitt an:

1. das größere Gelände, leicht ausbaufähig,
2. die weniger starke Hängigkeit,
3. die Schuttlage, außerdem nicht weit von der geplanten Hauptschule und den Sportanlagen.

Bei diesem Plan, bemängelte der Referent allerdings:

1. die Ungeschütztheit vor dem Wind,
2. nur wenig Gelände gehört der Stadt,
3. die unzureichende Erschließung.

Eine nicht unwesentliche Rolle, und darin waren sich die beiden Experten einig, würde der Standort der neuen Hauptschule spielen. Ebenso stimmten sie darin überein, daß noch eine ganze Reihe von Ermittlungen notwendig seien, ehe eine Entscheidung gefällt werden könnte. Diese würden, so Schmitt, vielleicht dazu führen, daß noch ein dritter günstiger Standort gefunden wird.

Oberbaurat Dr. Klaus Fischer von der Planungsgemeinschaft Westpfalz beleuchtete das Problem von drei Seiten. Als Planungstechnokrat meinte er: „Der Standort Judental ist kurzfristig und das Gelände Gutleutbachtal ist langfristig besser“. Er hielt es ebenfalls für unerlässlich den Standort der neuen Hauptschule in das Konzept miteinzubeziehen.

„Als Städteplaner würde ich das gestalterisch verlockende Gutleutbachtal mit dem Donnersberg als Blickfang favorisieren, allerdings“, insistierte Dr. Fischer, „beim Zusammenwachsen von Bolanden und Kirchheimbolanden einen Grünstreifen belassen“.

Von der regionalen Warte aus hält der Planer ein kombiniertes Frei- und Hallen-

bad für „angemessen“. Für ein Hallenbad allein bestünden keine Chancen, zumal außer in Rockenhausen und Gölheim auch in Eisenberg und Winnweiler Hallenbäder geplant seien.

Unverhohlen verriet der Regionalplaner: „Auf dem Fremdenverkehrssektor sind Sie sehr gering“. Als Gründe nannte er das unzureichende Angebot, das angesichts der unheimlichen Konkurrenz beispielsweise in den Alpen oder in den Nachbarländern, wohin man äußerst preiswerte Wochenendflüge buchen könne, ohne Zukunft wäre.

Sein Fazit: „Zusammenfassung der schmalen Kräfte auf einen geeigneten Standort“. Nicht fünf Freizeitzentren in der „Diaspora“, die sich Konkurrenz machten, sondern ein einziges das rentabel wäre und mit bereits vorhandenen mithalten könnte. Auch dann, wenn es nicht – unter Umständen wegen unverhältnismäßig hoher Grundstückspreise – in unmittelbarer Nähe der Kreisstadt liege. Es würde trotzdem noch genügend Spuren hinterlassen, die sich auch für die Kirchheimbolander Geldbeutel positiv bemerkbar machten.

Für Kibo selbst, führte der Planungschef abschließend aus, genüge ein auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenes Projekt.



Regierungsdirektor Karl Schmitt

Aktionausschuss muß nach Dingen sein

1. Zeitplan

Übersicht über Termine, Datenerhebung und Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit stehen.

1971

- | | |
|------------------|---|
| März | CDU/Wählergruppe veröffentlicht ihr Konzept für ein Freizeitzentrum in Kirchheimbolanden |
| 23. März | SPD veröffentlicht ihr Konzept in der RHEINPFALZ |
| <u>26. April</u> | 1. Bürgerversammlung; auf Initiative der Ortsgruppe der SPD - Kirchheimbolanden |
| 25. Mai | Briefe an Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen (BStW) und BM für Bildung und Wissenschaft (BBW): Anfrage wegen Förderungsmöglichkeiten eines Untersuchungsprogramms zum Freizeitzentrum. |
| 28. Mai | Briefe an Bürgermeister Seel (aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Verbandsbürgermeisters), an R. Kaffka, MdB, J. Vogel (Vorsitzender des Stadtags) wegen Förderungsmöglichkeiten (kurz: Fö. Mö.). |
| 6. Juni | Erste Bestrebungen, eine Bürgerinitiative zu gründen (Dr. Bischoff, Lind; Schüler) |
| 17. Juni | Brief an Stiftung zur Förderung der Kommunalwissenschaften, Berlin |
| 26. Juni | Absage von Vogel, BBW und "Freunde der Universität Heidelberg" (Anfrage wegen Förderung einer Diplomarbeit). |
| 29. Juni | Leitartikel in der RHEINPFALZ über Bürgerinitiative (Lind) |
| <u>30. Juni</u> | 2. Bürgerversammlung; auf Initiative des Stadtrates. Mitglieder der Bürgerinitiative werden "gewählt". Kurzbefragung in der Versammlung. |
| 1. Juli | Versuch unternommen, Kommilitonen an der Uni für das Projekt "Kommunale Kommunikation" zu gewinnen. |
| 7. Juli | Weiterer Notiz in der RHEINPFALZ ü. Bürgerinitiative (Lind) |
| <u>12. Juli</u> | Konstituierende Sitzung der Bürgerinitiative Freizeitzentrum Kirchheimbolanden e.V. (Kurzbefragung). |
| 13. Juli | Absagen von Stftg. f. Kom. Wissenschaften, BStW, Friedrich-Ebert-Stiftung. |
| 19. Aug. | Gespräch mit Prof. H. Krauch (Studiengruppe für Systemforschung, Heidelberg) |
| <u>24. Aug.</u> | a) Gespräch zw. Lind und Dr. Schirrar (SWF-3. Fernsehprogramm) in Mainz. Termin für "organisierten Konflikt und einer Mitwirkung des Fernsehens (live)" wird vorläufig auf den 9. März 1972 festgelegt. Die Abendschau sollte darüberhinaus am 9. Sept. über Sitzung der Bürgerinitiative berichten.
b) Gespräch zw. Lind und Reg. Dir. K. Schmidt (Soz. Ministerium, Mainz) wegen Fö. Mö. |

Zeitplan(Fortsetzung)

S.2

- 8.Sept. Diskussion mit Schülern des Gymnasiums in Weier-
hof/Bolanden über Freizeitzentrum
- 9.Sept. 2.Sitzung der Bürgerinitiative(Aufzeichnung durch
Abendschau des SWF)
- 27.Sept. Absage von Staatskanzlei(Min.Dirig.Stark,Mainz)
- Okt. Gespräche mit Prof.Irle,Mannheim,und Leiter der
Stadtplanung Hieb,Ludwigshafen;Schitajewski in
Frankfurt:Antrag für Bundeszentrale f.pol.Bildung.
- 13.Okt. Bei Wahlkampfveranstaltung der SPD(Verbandsgemeinde-
ratswahlen) mit K.Ravens,MdB,(Staatssekretär im
BStW) gesprochen wegen Fö.Mö.
- 19.Okt. Sitzung der Bürgerinitiative(B.i.),protokolliert.
- Nov. a)Gespräche mit Landrat K.Ritter(Donnnersbergkreis),
VG-Vertreter W.Seel,O-Amtsrat Orchiedt(Stadtver-
waltung Kirchheimbolanden wegen finanzieller und
ideeller Fö.Mö.(Lind).
b)2.Entwurf für Projekt "Kommunale Kommunikation"
(siehe Anhang 3)
- 4.Nov. Brief an Dr.Schirrar(SWF) wegen Terminfestlegung
- 16.Nov. Briefe an Dröscher,Mdl(Fraktionsvorsitzender,SPD),
OB Ludwig,Ludwigshafen,OB Fuchs,Mainz(Refernet der
SPD für Kommunalpolitik) wegen Fö.Mö.
- 18.Nov. a)Gespräch zwischen Studiengruppe"Kommunale Kommuni-
kation" und Prof.Graumann(vertagt auf 14.Dez.).
b)Krauch ruft BStW an und erhält mündl.Zusage,daß
das Projekt "Kom.Kommunikation"gefördert werden
kann
- 19.Nov. Sitzung der Bürgerinitiative
- 20.Nov. Kolloquium über das Projekt im psych.Institut
- 23.Nov. Absage vom Bundes-Gesundheitsministerium,Bonn.
- 16.Dez. Sitzung der B.i. (5)

7.
1972

- 7.Januar Absage von Landeszentrale f.pol. Bildung
- 11.Jan. Briefliche Ankündigung an alle Bürgermeister der
VG wegen "Expertenbefragung".
- ab 18.Jan Adressenermittlung für repräsentative Befragung im
bis 26.Jan Gebiet der VG.
- 17.Jan Bürgerinitiative eingeladen,um über Fragebogen zu
dikutieren(außer einem alle verhindert!)
- 17.Feb. Beginn der Expertenbefragung(Dr.Sießl,SPD, und
L.Walter,CDU,)in Ki-bo.-Stadt.
- 21.Feb. Absage vom SWF,Mainz bezüglich der Direktübertra-
gung des "organisierten Konflikts"

Zeitplan (Fortsetzung)

S.3

- 23.Feb. Beginn der Werbung und Schulung von Interviewern
(Diskussionen mit Klassen der Gymnasium-Oberstufe,
mit Jugendgruppen;Einschaltung des Arbeitsamtes
Kirchheimbolanden)
- 9.März a)Fragebogen für Repräsentativ-Befragung erstellt,
zusammengelegt und geheftet
b) Sitzung der B.i.
- 11.März Gespräch zw. Lind und R.Kaffka,MdB, wegen Fö.Mö.
- 14.März Vorbesprechung mit Interviewern
- 16.März Beginn der Befragung
- 20.März Nornig(BStW,Bonn) bestätigt,daß Projekt geprüft
werde,ob Fö.Mö. bestehe
- 28.April
und
9.Mai Vorstand der B.i. tagt,um 3.Bürgerversammlung vor-
zubereiten
- Mai Fortführung der Expertenbefragung
- 2.Juni Bürgerinitiative diskutiert über 3.Bürgerversamm-
lung
- 11.Juni Einladungen zur Bürgerversammlung mit Lageskiz-
zen an alle Teilnehmer der Befragung verschickt
(300 Exemplare)
- 27.Juni Vorbereitung der Bürgervers. (Kiefer,Schramm,Lind)
- 30.Juni 3.Bürgersammlung,"organisierter Konflikt"
- 7.Juli Beginn der Auswertung(EDV) und der Schwierigkeiten,
in angemessener Zeit damit fertig zu werden.

Verbandsgemeinde
Kirchheimbolanden/Pf.

Kirchheimbolanden, den 13.3.1972

An die
Bürger der Verbandsgemeinde

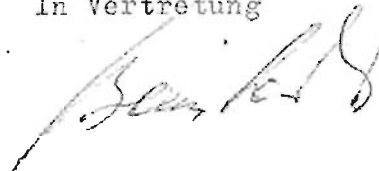
6719 Kirchheimbolanden

Die Studiengruppe "Freizeit- und Bildungszentrum Heidelberg" führt in der Zeit vom 13. März bis zum 30. März 1972 eine repräsentative Bevölkerungsbefragung bei rd. 400 Einwohnern der gesamten Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden zum Thema "FREIZEITZENTRUM KIRCHHEIMBOLANDEN" durch.

Diese Arbeiten liegen im Interesse unseres engeren Bereiches bzw. der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden.

Wir bitten, die Arbeit zu unterstützen und nach Möglichkeit die Fragebogen auszufüllen.

In Vertretung



1. Verbandsbeigeordneter

Tab.: 2 INTERESSE an KOM.-Politik in Abhängigkeit von demographischen Variablen

		A-Variable: INTERESSE AN KOM.-POLITIK			Korrelation, Sign. Niveau
		Ausprägung: wenig inter./interes:			
		Kodierung : 4-6 / 1-3			
		Insgesamt :	N	N	PHI, alpha
			%	%	
Insgesamt:		N=157			
		=100%	91	66	
			=100%	=100%	

B-Variable: Ausprägung :					
GESCHLECHT	männl.	83	38	35	0,259 --
		53,2	42,2	68,2	
	weibl.	73	52	21	
		46,8	57,8	31,8	

ALTER	14-34J.	71	-	-	0,364 +
		45,2	23,2	60,0	
	35-54J.	59	-	-	
		37,6	57,2	26,9	
	55J.u.ä.	26	-	-	
		16,6	19,6	13,1	

EINKOMMEN	unt.1200,-	111	67	44	0,075 n.s.
		70,7	73,6	66,7	
	üb.1200,-	46	24	22	
		29,3	26,4	33,3	

STAND	ledig	53	41	12	0,300 ++
		33,5	44,6	18,2	
	verh.	105	51	54	
		66,5	55,4	81,8	

WOHNORT	Land	89	54	35	0,052 n.s.
		56,7	59,3	53,0	
	Standt	68	37	35	
		43,3	40,7	47,0	

SCHULBILDUNG Volkss					0,119 (+)
hö.h.Sch.					

Tab.: 3

INTERESSE AN KOM.-POLITIK in Abhängigkeit von Einstellungen und Meinungen, Vereinsangehörigk. u. eign. Z.

		A-Variable: INTERESSE AN KOM.-POL. Ausprägung: wenig int./interessiert Kodierung: 4-6 / 1-3		Korrelation Sign. Niveau
Insgesamt:		N %	N %	PHI, alpha
Insgesamt:		158 =100%	92 =100%	66 =100%
B-Variable: Ausprägung:				
LANGeweile	Nein	104 65,8	55 59,8	49 74,2
	Ja	54 34,2	37 40,2	17 25,8
GERNE IN DER DISKOTHEK	Nein	140 89,2	75 82,4	65 98,5
	Ja	17 10,8	16 17,6	1 1,5
GERNE NEUE BEKANNTSCH. MACHEN	Nein	65 41,1	34 37,0	31 47,0
	Ja	93 58,9	58 63,0	35 53,0
Testvar.: Alter		unt. 34 J. üb. 35 J.		0,020 n.s. 0,005 n.s.
VEREINSANGEHÖ- RIGKEIT	Nein	93 58,9	61 66,3	32 48,5
	Ja	65 41,1	31 33,7	34 51,5
Testvar.: Alter		unt. 34 J. üb. 35 J.		0,191 (+) 0,175 (+)
Geschl. männl. weibl.				0,130 (+) 0,110 (+)
EIGENES ZIMMER	Nein	72 45,6	49 53,3	23 34,8
	Ja	86 54,4	43 46,7	43 65,2
Testvar.: Alter		unt. 34 J. üb. 35 J.		0,070 n.s. 0,261 +

Tab.: 4

INFORMATIONSSSTAND bezügl.KOM-POLITIK in Abhängigkeit von demographischen Variablen

A-Variable :INFORM.STAND bezügl. KOM.-POLITIK		Korrelation, Sign.Niveau	
Ausprägung : wenig inf./informiert		PHI,alpha	
Kodierung : 1 / 2			
N	N	N	
%	%	%	
Insgesamt: 157	81	76	
=100%	=100%	=100%	
B-Variable:			
GESCHLECHT	männl.	83 53,2	45,0
	weibl.	73 46,8	61,8
		55,0	38,2
			0,169 --
ALTER	unt.34 J.	71,5 45,5	50,2
	üb.35 J.	85 54,5	39,5
		49,8	60,5
			0,114 (+)
WOHNORT	Land	89 56,7	56,7
	Stadt	68 43,3	59,3
		40,7	53,9
			0,054 n.s.
EINKOMMEN	unt.1200.-	111 70,7	46
		29,3	75,3
		24,7	65,8
			0,107
Testvar.:			
Wohnort	Land		0,037 n.s.
	Stadt		0,152 (+)
Anzahl der Personen im Haushalt	keine unt.14J.	475 47,8	49,4
	1 u. mehr	82 52,2	46,1
		50,6	53,9
			0,033 n.s.

Tab.: 5 INFORMATIONSSSTAND bezügl.KOM.-POLITIK in Abhängig-
keit von weiteren Variablen

A-Variable: INFORMATIONSSSTAND bezügl. KOM.-POLITIK				Korrelation
Ausprägung: wenig inf./informiert				Sign.Niveau
Kodierung : 1 / 2				
Nennungen : in %		in %	PHI, alpha	
Insgesamt:				
157		81	76	
=100%		=100%	=100%	

B-Variable:				
GERNE NEUE BEKANNT- SCHAFTEN MACHEN	Nein	64		
		40,8	40,7	40,8
	Ja	93		
		59,2	59,3	59,2

VERINSANGEHÖ- RIGKEIT	Nein	92		
		58,6	66,7	50,0
	Ja	165		
		41,4	33,3	50,0

INFORMIERTSEIN über F-Z-Zentrum	Nein	34		
		21,7	33,3	9,2
	Ja	123		
		78,3	66,7	90,8

INFORMIERTSEIN über BÜRGERINI- TIATIVE	Nein	66		
		42,0	59,3	23,7
	Ja	91		
		58,0	40,7	76,3

Tab.: INFORMATIONSSTAND bezügl. FREIZEITZENTRUM in Abhängigkeit von demographischen Variablen

A-Variable: INFORM. STAND bezügl. F-Z-ZENTRUM				Korrelation Sign.Niveau
Ausprägung: wenig inf./informiert				
Kodierung :	1	/	2	
Nennungen	in %		in %	PHI, alpha

Insgesamt:	158	113	45	
	=100%	=100%	=100%	

B-Variable:				
GESCHLECHT	männl.	83		
		52,9	45,5	21,1
	weibl.	74		0,232 --
		47,1	54,6	28,2

Testvar.: INTERESSE AN KOM.-POLITIK				0,304 --
we.inter.				
interess.				0,085 n.s.

WOHNORT	Land			0,252 -
	Stadt			0,192 (-)

WOHNORT	Land	89		
		56,3	66,4	31,1
	Stadt	69		0,321 +++
		43,7	33,6	68,8

Testvar.: SCHULBILDUNG				0,376 +++
Volks.				
höch. S.				0,123 (+)

ALTER	unt. 34 J.	71		
		45,8	46,4	44,2
	üb. 35 J.	84		0,020 n.s.
		54,2	53,6	55,8

EINKOMMEN	unt. 1200.-	111		
		70,7	75,2	59,1
		46		0,159 +
		29,3	24,8	40,9

ANZAHL D. PERSONEN unt. 14 J. im Haushalt	keine	76		
		48,1	49,6	44,4
	1 u. mehr	82		0,081 n.s.
		51,9	50,4	55,6

FREIE ZEIT				
samstags	unt. Ø	78		
		49,7	55,8	34,1
	üb. Ø	79,3		0,195 +
		50,3	44,2	65,9

FREIE ZEIT sonntags	unt. Ø (71)	45,2	50,4	31,8
	üb. Ø (86)	54,8	49,6	68,2

Tab.: 7 INFORMATIONSSTAND bezügl.F-Z-ZENTRUM in Abhängig-
keit von weiteren Variablen

A-Variable:INFORM.STAND bezügl. F-Z-ZENTRUM				Korrelation
Ausprägung:we.inf./informiert				Sign.Niveau
Nennungen	in %	in %		PHI,alpha
Insgesamt:				
158	113	45		
=100%	=100%	=100%		

B-Variable:				
GERNE NEUE BEKANNT-				
SCHAFTEN MACHEN	Nein	64		
		40,8	41,6	38,6
	Ja	93		0,091 n.s.
		59,6	58,4	61,4

VEREINSANGEHÖRIG-				
KEIT	Nein	92		
		58,6	56,6	63,6
	Ja	65		0,104 (+)
		41,4	43,4	36,4

INFORMATIONSS-				
STAND bezügl.	we.inf.	81		
KOM.-POL.		51,6	57,5	36,4
	inform.	76		0,190 +
		48,4	42,5	63,6

INTERESSE an				
KOM.-POLITIK	we.int.	91		
		58,0	64,6	40,9
	interes.	66		0,216 ++
		42,0	35,4	59,1

A-Variable: INFORM.STAND bezüglich INFORMIERTSEIN über
KOM.-POL , F-Z-Zentrum F-Z-Z , Bürg.-Ini., ...
Ausprägung : we.i./inter., we.inf./inf.; nein/ja, nein/ja

Korrelationen: PHI,alpha PHI,alpha PHI,alpha PHI,alpha

B-Variable:

INTERESSE AN 0,230 ++ 0,216 ++ 0,103 (+) 0,305 +++
KOM.-POLITIK

Testvar.:

Wohnort:Land 0,133 (+) 0,158 (+) 0,062 n.s. 0,318 ++

Stadt 0,357 ++ 0,257 + 0,151 (+) 0,280 +

Geschl.:männl. 0,074 n.s. 0,082 n.s. 0,026 n.s. 0,262 +

weibl. 0,350 ++ 0,290 ++ 0,170 (+) 0,362 ++

Alter:unt.34J 0,191 (+) 0,210 (+) 0,116 (+) 0,214 (+)

üb.35J. 0,217 + 0,249 + 0,083 n.s. 0,326 ++

Einkom- unt.Ø 0,160 (+) 0,180 (+) 0,104 n.s. 0,244 +
men : ü.Ø 0,401 ++ 0,302 + 0,009 n.s. 0,425 ++

Schul- Volks. 0,180 (+) 0,148 (+) 0,116 n.s. 0,214 (+)
bildung: höh.S. 0,260 + 0,351 + 0,083 n.s. 0,326 ++

INFORM.-STAND 0,190 + 0 - 0,259 ++ 0,244 ++
bezügl.F-Z-Z

Testvar.:

Interesse an 0,118 (+) - 0,162 (+) 0,105 n.s.

Kom.-Politik 0,182 (+) - 0,361 ++ 0,311 ++

Schul- Volks.: 0,066 n.s. - 0,282 ++ 0,201 ++
bildg.: höh.S.: 0,550 ++ - 0,135 (+) 0,093 n.s.

Tab.: (Fortsetzung)

INFORMIERTSEIN über
 Stadthaus , Schulbau
 nein/ja nein/ja

PHI, alpha PHI, alpha

0,219 ++	0,166 +
0,155 (+)	0,280 ++
0,282 +	0,022 n.s.
0,138 (+)	0,114 n.s.
0,268 +	0,189 (+)
0,359 ++	0,304 ++
0,091 n.s.	0,026 n.s.
-	-
-	-
-	-
-	-

0,140 (+)	0,099 n.s.
0,070 n.s.	0,071 n.s.
0,124 (+)	0,099 n.s.
0,017 n.s.	0,071 n.s.
0,439 ++	0,139 (+)

Tab. 33 : KANALMODALITÄT in Abhängigkeit von verschiedenen Variablen (Mehrebenenanalyse; Stärke der Abhängigkeit, PHI-Koeffizient und Signifikanzniveau)

Variable:		"ZEITUNG"		vs.	"BEKANNTE"	
Ausprägung:		Nein/Ja			Nein/Ja	
		N= /			N= /	
Variable:	Ausprägung:	N=				
WOHNORT	Land	0,207 ++			0,002 n.s.	
	Stadt					
GESCHLECHT	männl.	0,037 n.s.			0,154 +	
	weibl.					
ALTER	unt. 34 J.	0,037 n.s.			0,129 (-)	
	üb. 35 J.					
SCHULBILDUNG	Volkssch.b.	0,278 +++			0,038 n.s.	
	höh.Sch.b.					
Testvariable:						
"Wohnort"	Land $\frac{V.}{h.}$	0,294 +			0,048 n.s.	
	Stadt $\frac{V.}{h.}$	0,194 (+)			0,018 n.s.	
"Geschlecht"	männl. $\frac{V.}{h.}$	0,222 +			0,003 n.s.	
	weibl. $\frac{V.}{h.}$	0,338 ++			0,115 (-)	
"Alter"	unt. 34 J. $\frac{V.}{h.}$	69	0,291 +		0,044 n.s.	
	üb. 35 J. $\frac{V.}{h.}$	84	0,219 +		0,030 n.s.	
EINKOMMEN	unter 1200.-	0,147 (+)			0,230 ++	
	über 1200.-					
T.V.:						
"Wohnort"	Land $\frac{u. 1200}{ü. 1200}$	0,121 (+)			0,183 (+)	
	Stadt $\frac{u. 1200}{ü. 1200}$	0,056 n.s.			0,305 +	
"Geschlecht"	männl. $\frac{unt.}{üb.}$	0,126 (+)			0,245 +	
	weibl. $\frac{unt.}{üb.}$	0,120 (+)			0,189 (+)	
"Alter"	unt. 34 $\frac{unt.}{üb.}$	0,222 (+) < 10%				
	üb. 35 $\frac{unt.}{üb.}$	0,077 n.s.				
INTERESSE AN	wenig int.	0,160 +			0,045 n.s.	
KOMMUNALPOLITIK	interessiert					
T.V.:						
"Wohnort"	Land $\frac{w. int.}{inter.}$	0,119 (+)			n.s.	
	Stadt $\frac{w. i.}{int.}$	0,238 +			n.s.	
"Geschlecht"	männl. $\frac{w. int.}{inter.}$	0,004 n.s.			0,044 n.s.	
	weibl. $\frac{w. int.}{inter.}$	0,265 +			0,134 (+)	
"Alter"	unt. 34 $\frac{w. int.}{inter.}$	0,060 n.s.			0,156 (+)	
	üb. 34 J. $\frac{w. int.}{inter.}$	0,166 (+)			0,006 n.s.	
"Einkommen"	unt. 1200 $\frac{w. i.}{(über. -) int.}$	0,165 (+)			0,049 n.s.	
		0,156 (+)			0,004 n.s.	

10
Tab. 4, 35 : KANALMODALITÄT in Abhängigkeit von verschiedenen
(Fortsetzung) Variablen (Mehrebenenanalyse; PHI, alpha)

Variable:		Variable:	"ZEITUNG"		"BEKANNTE"
Ausprägung:		Nein/Ja			Nein/Ja
		(N=)			(N= 98/58)
Variable:	Ausprägung:	(N=)	PHI=		PHI=
INFORMIERTHEIT	wenig inform.	(113)			
ÜB.FREIZEITZ.	informiert	(43)	0,322 +++		0,236 ++
T.V.:					
"Wohnort"	Land	w.inf. inform.	0,357 ++		0,241 +
	Stadt	w.inf. inform.	0,166 (+)		0,228 fast +
"Geschlecht"	männl.	w.inf. inform.	0,298 ++		0,267 +
	weibl.	w.inf. inform.	0,278 +		0,117 (+)
"Alter"	unt.34	w.inf. inform.	0,330 ++		0,092 n.s.
	üb.35J	w.inf. inform.	0,317 ++		0,375 +++

INFORMIERTHEIT	wenig inform.	()			
ÜB.KOMMUNALPOL.	informiert	()	0,369 +++		0,078 n.s.

GERNE NEUE BE-	nein	()			
KANNTSCH.MACHEN	ja	()	0,19 n.s.		0,226 ++

VEREINSANGEHÖ-	nein	()			
RIGKEIT	ja	()	0,043 n.s.		0,076 n.s.

ZUFRIEDENHEIT M.	unzufried.	()			
FREIZ.Einricht-	zufrieden	()	0,161 -		0,223 --
ungen					

Tabelle 8.1 (Anhang) Angaben zur Dichotomisierung der Variablen, die in die Faktorenanalyse einbezogen wurden.

Variable

1- 27	Freizeitbeschäftigungen	Skalenwerte 1 (sehr gern) 2 3 = 2 4 5 = 1 6 (sehr ungern)
	Eine Aufteilung in dieser Weise war notwendig, wegen der Verrechnung der Werte durch den Phi-Koeffizienten, in den die Häufigkeiten der Personen eingehen.	
28	Suchen Sie Gleichgesinnte für ein Hobby?	ja=2 nein=1
29	Haben Sie Langeweile	nein=2 ja=2
30	Alleinesein in der Freizeit	1,2,3 =1 4,5,6=2
31	mit Freunden und Bekannten zusammensein	1,2,3=2 4,5,6=1
32	mit der Familie zusammensein	wie 31
33	mit Freunden und Bekannten treffen	wenn zuhause angegeben wurde =1 wenn ein anderer Ort angegeben wurde=2
34	gern neue Bekanntschaften machen	=2
35	Clubzugehörigkeit	wurde die Mitgliedschaft in mindestens 1 Club angegeben =2 sonst =1
36	Einkommen: aus den Angaben wurde der Mittelwert errechnet (um 800,-DM), Angaben darüber wurden mit 2 codiert, Angaben darunter oder gleich, wurden mit 1 codiert.	
37	lieber eine Arbeitszeitverkürzung=2 lieber Lohnerhöhung=	
38	bei mehr Zeit, mehr davon für Freizeitinteressen aufwenden=2 .. sich mehr um Familie, Nebenverdienst kümmern=1	
39	bei mehr Geld, mehr % davon für die Freizeit ausgeben=2 dabei wurde aus den Prozentangaben der Durchschnitt errechnet, wobei dann die Werte über dem Durchschnitt mit 2 codiert wurden.	

- 40 gehört vom Bau des Freizeitentrums ja=2 nein=1
- 41 ist die Bürgerinitiative bekannt? ja=2 nein=1
- 42 Information über Kommunalpolitik. Aus der Anzahl der richtigen wurde der Durchschnitt gebildet, wobei die Werte über dem Durchschnitt mit einer 2 codiert wurden und die Werte unter dem Durchschnitt mit einer 1
- 43 Interessiert an Kommunalpolitik 1,2,3,=2 4,5,6=1
- 44 Alter 14-30 J.=2 Das Alter wurde in 3 Gruppen aufgeteilt
30-70 J.=1 wobei eine Altersgruppe durch die Codierung mit einer 2 herausgehoben wurde und somit der Einfluß dieses Altersbereiches gegenüber den anderen Altersbereichen erfaßt werden konnte.
- 45 Alter 31-50 J=2
unter 31 und über 50=1
- 46 Alter älter als 50=2
jünger als 50 =1
- 47 wird ein eigenes Zimmer besessen ja=2 nein=1
- 48 Personen unter 14 im Haushalt keine=1
eine und mehr =2
- 49 Wie gefällt ihnen die Umgebung des Wohnhauses
schmutzig
eintönig
mittelmäßig =1
nett
augelockert
ländlich =2
- 50 wie gefällt ihnen das Freizeitangebot? 1 sehr gut
2
3 =2
4
5 =1
6 sehr schlecht
- 51 Standort des Freizeitentrums
lieber im Gutleutbachtal=2
lieber im Judental=1
- 52 Geschlecht männlich=1
weiblich =2
- 53 Wohnort in Kirchheimbolanden=2
nicht in Kirchheimbolanden=1

Tabelle 8.2 Aufklärung der Variablenvarianzen durch eine
verschiedene Anzahl von rotierten Faktoren

	kumulierte Varianzaufkl.
9 Faktoren	46.65
10 Faktoren	49.35
11 Faktoren	51.75
12 Faktoren	54.23
13 Faktoren	56.48
14 Faktoren	58.59

Die in dem Dreieck Mainz-Ludwigshafen-Kaiserslautern liegende Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden hat die Absicht, in der nächsten Zeit ein Freizeitzentrum zu bauen. Um dieses optimal zu gestalten, haben wir die Aufgabe übernommen, das Freizeitverhalten der Bevölkerung zu untersuchen und deren Bedürfnisse und Wünsche herauszufinden. Diese Untersuchung wollen wir ergänzen durch Meinungen und Stellungnahmen von Fachleuten, die in Gebieten tätig sind, welche mit Freizeitgestaltung zusammenhängen. In diesem Rahmen möchten wir Sie um Ihre Mitarbeit bitten.

Wir sind eine Arbeitsgruppe am Psychologischen Institut der Universität Heidelberg. Die Leitung der Arbeit liegt bei den Diplom-Psychologen Dr. Ahrens und Dr. Rogge. Die Studiengruppe für Systemforschung Heidelberg e.V. wirkt beratend an der Arbeit mit.

Bei der Planung eines Freizeitzentrums sind eine Vielzahl von Aspekten zu berücksichtigen. Soziologische, psychologische, politische und verschiedene andere Faktoren müssen analysiert und in die Planung integriert werden, wenn man ein Freizeitzentrum erstellen will, daß der Bevölkerung ein hohes Maß an Nutzen bietet. Einige wenige Planer können diese Aufgabe nur unbefriedigend lösen, wie sich in der Vergangenheit an mehreren ähnlichen Projekten gezeigt hat.

Um der Aufgabe gerechter zu werden, stellen wir mehreren Fachleuten Fragen zu den verschiedensten Gesichtspunkten, die für die Planung interessant sind. Wir hoffen, daß die Auswertung der Meinungen zu den Fragen und ihre Zusammenfassung mit den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung eine umfassende Planungsarbeit ermöglicht.

Die Planung für das Freizeitzentrum wird erst in Angriff genommen, wenn die Ergebnisse dieser Studie vorliegen. Ihre Meinung ist also mit ausschlaggebend und bedeutsam für die Planung und hat für die Bevölkerung eine Nutzenwirkung.

Neben der realen Planungshilfe verfolgt unsere folgendes Ziel: Wir wollen untersuchen, ob und wie eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung am Entscheidungsprozeß möglich

ist und wie Expertenwissen mit der Bevölkerungsmeinung für die Planung optimal zu verbinden ist.

Zur Bearbeitung des Fragebogens einige Hinweise:

Die roten Blätter enthalten notwendige Informationen über die örtlichen Gegebenheiten Kirchheimbolandens und über die Planung des Freizeitentrums, um den Fragebogen beantworten zu können. Dazu gehören auch die beiden Zeitungsausschnitte, die den roten Blättern folgen. Die weißen Blätter enthalten den Fragebogen. Lesen Sie sich die Fragen bitte genau durch. Falls Sie Lust haben, können Sie die Fragen sofort beantworten. Bei manchen wird Sie dies aber zeitlich etwas beanspruchen, da einige Sätze geschrieben werden müssen. Um Ihnen diese Arbeit abzunehmen, bitten wir Sie, uns auf der Antwortkarte einen Termin zu nennen, an dem wir Sie kurz interviewen können. Dem Interview wird der Fragebogen als Leitfaden dienen. Auf diese Weise halten wir Ihre Arbeitsbelastung gering. Wir hoffen auf Ihre Mitarbeit und erwarten Ihre Antwort.

Mit freundlichen Grüßen

Informationen zu den Gegebenheiten in der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden und zur Planung eines Freizeitentrums

Kirchheimbolanden:	Stadt: ca. 6 000 Einwohner Verbandsgem: 16 000 Einwohner
Haushaltsvolumen:	4,3 Mio DM
Defizit	0,9 Mio DM
a.o. Haushalt	4,0 Mio DM
<u>Freizeiteinrichtungen:</u>	ein Freibad (1930); 2 Kinos; 2 Sportplätze; 2 Eiscafes; 12 Gaststätten.
<u>Schulen:</u>	Gymnasium (600 Schüler); Mittelschule (2 000 Schüler); Kreisberufsschule (600 Schüler); Landwirtschaftsschule
<u>Vereine:</u>	2 Sportvereine; 4 Gesangsvereine; 7 Jugendvereine; 1 Schützenverein; 1 Heimatverein. Neu: Bürgerinitiative "Freizeitzentrum".

Dem Gemeindeverband gehören außer der Stadt Kirchheimbolanden noch 15 weitere Gemeinden an in der Größenordnung von 100-1700 Einwohnern. Diese Gemeinden liegen im Umkreis von etwa 10 km um Kirchheimbolanden herum. Ein Teil dieser Gemeinden ist vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichtet, ein anderer Teil besteht aus reinen Wohngemeinden.

Zur allgemeinen Struktur +)

Wirtschaftlich gesehen, treten in der Verbandsgemeinde Übergangsmerkmale von der landwirtschaftlichen zu einer mehr gewerblichen Struktur hervor, wobei dem Dienstleistungsbereich eine größere Bedeutung zukommt. Die mehr traditionell geprägten Strukturen und ihre geringe Anpassung an industrie-gesellschaftliche Verhaltensweisen sind jedoch kennzeichnend. Die Kleinregion Kirchheimbolanden zeigt sich den größeren Verdichtungen (Mainz, Kaiserslautern, Ludwigshafen etc.) zu eng benachbart, wenn man auf gewisse Selbstständigkeit und rein landwirtschaftliche Strukturen abstellen möchte

aber zu weit entfernt, wenn man engste Verflechtungen, mehr Führungsvorteile oder daraus erwachsende kommunale Eigen-
dynamik erhofft.

Bevölkerungsstruktur

Einige Schlüsselzahlen zum kurzfristigen Trend in der Bevölkerungsentwicklung: im Zeitraum 1956-1964 je 1 000 Einw. und Jahr in der Kleinregion Kirchheimbolanden -1,0, im Land Rheinland-Pfalz +1,0, im Bundesgebiet +1,2. Davon positive Geburtenbilanz(+6,7) und negative Wanderungsbilanz(-7,7); Bevölkerungsveränderung 1950-1961 in der Region um knapp -600, das sind -2,4%, im Land Rheinland-Pfalz +14%.

Auch in Zukunft kann mit keiner nennenswerten Bevölkerungszunahme gerechnet werden.

Die Analyse des Altersaufbaus der Bevölkerung läßt erkennen, daß im Mittel ein beträchtlicher Rückgang der 15-bis unter 21 Jährigen von 9,3% (1950) auf 7,2% (1961) zu verzeichnen ist; dem entspricht die Zunahmerate der über 65 Jährigen von 10,9% auf 12,0%.

Wirtschaftsgrundlage

Die Analyse des Kirchheimbolandener Raumes läßt bezüglich der Erwerbsgrundlagen gewisse Merkmale einer Unterentwicklung erkennen. Schon der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbspersonen ist recht hoch (1961= 34%); der Anteil der Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe (38%) ist ebenso niedrig wie im Dienstleistungsbereich (28%).

Soziale Schichtung

Die Erwerbsquote entspricht nicht der einer fortgeschrittenen Entwicklung, der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist überdurchschnittlich stark, der Ausbildungsstand insgesamt ist ungenügend.

In der Region Kirchheimbolanden (Zahlen für das Bundesgebiet in Klammern) sind 41% (46%) Arbeiter, 14% (27%) Beamte und Angestellte, 19% (12%) Selbstständige, 22% (10%) mithelfende Familienangehörige.

Steueraufkommen

Die Realsteueraufbringungskraft läßt als brauchbares Vergleichsmaß die mangelhafte Finanzkraft offenkundig werden: der Gebietsmittelwert nahm nur von 60,-- (1958) auf 79,-- (1964) DM/Einw. zu, der Landesdurchschnitt dagegen von 92,-- auf 157,-- DM. Die Realsteueraufbringungskraft je Einwohner ist im Landesdurchschnitt also doppelt so hoch wie im Raum Kirchheimbolanden.

Pendlerstruktur

64% der Erwerbspersonen arbeiten an dem Ort, wo sie auch wohnen, oder: jede dritte Erwerbsperson pendelt aus.

77% aller Erwerbspersonen finden in einer Gemeinde der Region einen Arbeitsplatz, oder: jede vierte Erwerbsperson hat ihren Arbeitsplatz außerhalb der Region.

Besonders im produzierenden Gewerbe ist der Anteil der Pendler beträchtlich hoch, im Dienstleistungssektor ist er weit weniger ausgeprägt.

FRAGEBOGEN

1. FUNKTION

Bevor man ein Freizeitzentrum plant, muß man sich klarwerden über seine Funktion, da hierauf die Räumlichkeiten und Einrichtungen eingestellt werden müssen. Funktionen, die ein Freizeitzentrum ausüben könnte wären:

1. Förderung von zweckbestimmtem Lernen, etwa nach Muster der Volkshochschulen mit Seminaren und Kursen.
2. Einübung sozialer und demokratischer Pflichten durch Versammlungen und Diskussionen.
3. Unterhaltung und Vergnügung durch Organisieren von z.B. Sportveranstaltungen, Filmvorführungen, "Bunte Abende" usw.

Die genannten Funktionen überschneiden sich zwar, aber sie geben an, wo Schwerpunkte liegen könnten. Bitte sagen Sie uns anhand einer 6-Punkte Skala, für wie wichtig Sie die einzelnen Funktionen erachten im Hinblick auf die Gestaltung des Freizeitzentrums.

Funktion 1	sehr wichtig	1	2	3	4	5	6	unwichtig
Funktion 2	sehr wichtig	1	2	3	4	5	6	unwichtig
Funktion 3	sehr wichtig	1	2	3	4	5	6	unwichtig

Würden Sie eine andere Funktion in den Vordergrund stellen wollen?

2. Nah-Fernerholungszentrum

Bezogen auf die Lage und die Verhältnisse Kirchheimbolandens, halten Sie es für besser, ein Freizeitzentrum zu erstellen für die Bevölkerung in der näheren Umgebung ("Naherholungszentrum") oder sollte man es auch attraktiv gestalten für die Bewohner der etwas entfernteren Industriestädte Mainz, Kaiserslautern, Ludwigshafen (jeweils 30 km entfernt)? Bei der Abwägung dieser Alternativen sind Kosten-Nutzen Aspekte abzuschätzen und soziologische und sozialpsychologische Momente miteinzubeziehen, die entstehen, wenn Menschen aus der weiteren Umgebung zusammenkommen mit der Bevölkerung Kirchheimbolandens.

Naherholungszentrum; warum?

Fernerholungszentrum; warum?

3. Beziehung zwischen alt und jung

Seit jeher bestehen Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen jung und alt, die man allgemein mit Generationsunterschieden bezeichnet. Meinen Sie daß diese Erscheinung naturgegeben und unumgänglich ist?

Wenn Sie meinen, daß die Schwierigkeiten abzubauen sind, ,
worin sehen Sie die Fehler, die zu diesen Schwierigkeiten geführt haben und sehen Sie Möglichkeiten, eine bessere Verständigung zwischen den Generationen herbeizuführen?

4. Einrichtungen

Räumlichkeiten und Einrichtungen sind abhängig davon, welchen Gruppen man welche Aktivitäten ermöglichen will. Eine mögliche Klassifizierung von Räumlichkeiten könnte man etwa so vornehmen:

- a. öffentliche Bereiche (Rasenflächen, Sportanlagen, Lokal, Cafe, usw.)
- b. halböffentliche Bereiche (Diskussionsräume, Bibliothek, Diskothek, usw.)
- c. separate Bereiche (Musikzimmer, Film-Fotolabor, Hobbywerkstatt, usw.)
- d. Sonderbereiche (med. psycholog. Beratungsstelle, usw.)

Welche Bereiche würden Sie verstärkt in einem Freizeitzentrum ausbauen? Schätzen Sie dies bitte auf einer 6-Punkte Skala ein.

- a. besonders intensiv ausbauen 1 2 3 4 5 6 nicht beim Bau berücksichtigen
- b. 1 2 3 4 5 6
- c. 1 2 3 4 5 6
- d. 1 2 3 4 5 6

5. Gruppen

In unserer Gesellschaft gibt es Gruppen, die sehr vernachlässigt werden. Dies sind insbesondere die alten Menschen, die Kinder, die Kranken, die Jugendlichen.

Bei aller Verschiedenheit dieser Gruppen, ist ihnen doch gemeinsam, daß vielen ihrer Mitglieder

nur wenige Möglichkeiten geboten werden, sich sinnvoll in der freien Zeit zu beschäftigen.

Meinen Sie, es sollte Aufgabe des Freizeitzentrums sein, sich dieser Gruppen besonders anzunehmen? Beantworten Sie diese Frage bitte für jede Gruppe getrennt anhand einer 6-Punkte-Skala:

- alte Menschen sehr stark annehmen 1 2 3 4 5 6 nicht besonders annehmen
- Kinder 1 2 3 4 5 6
- Kranke 1 2 3 4 5 6
- Jugendliche 1 2 3 4 5 6

- 5a. Haben Sie Ideen, was man für die einzelnen Gruppen tun könnte im Rahmen eines Freizeitentrums und welche Einrichtungen man schaffen sollte?
- alte Menschen

Kinder

Kranke

Jugendliche

.....

6. Planung

Freizeit ist ein recht komplexes Gebiet und die Planung eines Freizeitentrums somit problematisch. Meinen Sie, daß es bei einem solchen Projekt ausreicht, die Planung dem Bauamt und den Architekten allein zu überlassen?

Ja

Nein

- 6a. Wenn Sie meinen, daß nicht nur Architekten und Bauamt die Planung übernehmen sollten, wer sollte dann noch daran teilnehmen?

7. Mitarbeit der Bürger an der Planung

Nur selten hat man bisher die Bevölkerung an der Planung von öffentlichen Projekten mitwirken lassen. Die Gründe dafür sind vielfältig und nur einige seien hier genannt: Informationsrückstand der Bürger; der bürokratisierte und verselbstständigte Planungsapparat ist nicht flexibel und offen genug für Einwirkung von aussen, das Fehlen eines Systems, welches ökonomisch die Meinung der Bevölkerung herausfinden und in die Planung integrieren könnte; etc. Halten Sie es a) für notwendig und b.) für möglich, daß die Bürger teilnehmen an öffentlichen Planungen?

(mit "möglich" sind Aspekte der Praktikabilität unter den gegenwärtigen Umständen gemeint)

(Mitarbeit der Bürger)

Schätzen Sie dies bitte auf einer 6 Punkte Skala ein.

sehr notwendig 1 2 3 4 5 6 überhaupt nicht notwendig

sehr gut möglich 1 2 3 4 5 6 nicht möglich

- 7a. Für wie notwendig erachten Sie die Entwicklung eines Systems, das es ermöglicht, den Bürgern Information zukommen zu lassen, ihre Meinung herausfindet und in die Planung integriert?

sehr notwendig 1 2 3 4 5 6 nicht notwendig

8. Zukunftsentwicklung

Man muß Annahmen über die Zukunft machen, wenn man nicht nur für die Gegenwart planen will. Sehen Sie einen Trend für die zukünftige Freizeitbeschäftigung, werden bestimmte Beschäftigungsarten im Vordergrund stehen?

9. Freizeit als pädagogischer Gegenstand

Menschen haben gewisse Wünsche und Bedürfnisse bestimmte Tätigkeiten in der freien Zeit auszuüben.

Woraus entstehen nach ihrer Meinung diese Wünsche?

- 9a. Soll man sich bei der Gestaltung des Freizeitentrums den Wünschen der Bevölkerung anpassen oder soll man die Freizeit als pädagogischen Gegenstand betrachten und die Bevölkerung zu bestimmten Tätigkeiten anregen?

-
10. Wenn man Freizeitgestaltung unter dem Aspekt sieht, daß sie Ausgleich für inhaltleere und einseitige Arbeit darstellt (industrialisierung, Bürokratisierung), ist dann überhaupt ein Freizeitzentrum ausschließlich für die Region Kibo sinnvoll?

11. Emanzipation

Die Freizeit wird immer konsumorientierter. Der Mensch verliert dadurch an Kreativität und gerät immer ^{Mehr} in ein Abhängigkeitsverhältnis industrieller Manipulation. Diese Entwicklung kann und muß aufgehalten werden, indem man dem Menschen hilft, sich zu emanzipieren.

Was haben Sie an dieser Aussage auszusetzen?

11a. Wie kann ein Freizeitzentrum dazu beitragen, die Emanzipation zu fördern und sollte dies überhaupt eine Aufgabe des Freizeitentrums sein?

12. Beratungsdienste

Für wie wichtig halten Sie es, daß in das Zentrum Beratungsstellen eingegliedert werden, die der gesamten Bevölkerung Kirchheimbolandens zur Verfügung stehen?

medizinischer Beratungsdienst	sehr wichtig	1	2	3	4	5	6	unwichtig
psychologischer Beratungsdienst		1	2	3	4	5	6	
Berufsberatungsdienst		1	2	3	4	5	6	
sozial-pädagog. Betreuungsstelle		1	2	3	4	5	6	
andere?		1	2	3	4	5	6	

13. Kommerzielle Einrichtungen

Meinen Sie, daß man in ein Freizeitzentrum kommerzielle Einrichtungen eingliedern sollte?

.....

Ja Nein

13a. Wenn ja, welche?

Wenn nein, warum nicht?

- 14. Finanzierung

Bei Projekten wie Freizeitzentren ist die Finanzierung eines der größten Probleme, denn Gemeinden und Länder stecken in einer Finanzmisere. Halten Sie es angesichts dieser Tatsache für nötig, Geld auszugeben für Einrichtungen, die der Beschäftigung der Menschen in der freien Zeit dienen? Schätzen Sie dies bitte auf einer 6 Punkte Skala ein.

sehr nötig 1 2 3 4 5 6 nicht nötig

14a. Wie beantworten Sie diese Frage speziell für die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden, wenn Sie die im Informationsblatt geschilderten Verhältnisse berücksichtigen?

sehr nötig 1 2 3 4 5 6 nicht nötig

15. Kritik

Welche Kritik haben Sie auszusetzen an der heutigen Freizeitgestaltung im allgemeinen, an der Freizeitgestaltung verschiedener Gruppen, an den staatlichen Maßnahmen auf dem Freizeitsektor und an der Planung und Forschung auf diesem Gebiet?

Allgemein:

15 a. Freizeitgestaltung der Jugend?

15b. Freizeitgestaltung der alten Menschen?

15c. Freizeitgestaltung der Frauen?

15d. Freizeitgestaltung der Männer?

15e. Kritik an den staatlichen Maßnahmen

15f. Kritik an der Forschung und an der Planung

16. Pläne für das Freizeitzentrum

Sie haben sich die Pläne der CDU/WGr. und der SPD für das Freizeitzentrum angesehen? Wie beurteilen Sie diese Pläne und welche Kritik haben Sie daran?

Tabelle 10.1 Ratings zu den Fragen 1,4,5,7 12,14

		soziologen	psychologen	Architekten	Kommunalpol.	Pädagogen	Mediziner	Bürgermeister
Frage 1								
Funktion1	2 3	4 1	3 3	1 1	3 2	2 2	2 5 6 1 3 6 5 4	
Funktion2	1 2	1 3	2 1	2 2	1 2	2 4	2 4 3 2 4 4 3 3	
Funktion3	2 4	2 1	1 2	3 2	2 1	1 2	1 2 2 2 2 1 2 3	
Frage 4								
öffentl. Bereich	3 5	1 1	2 3	2 1	2 1	2 2	1 2 1 1 1 1 2 1	
halböff.	2 3	2 3	2 1	2 2	2 2	3 2	1 3 2 4 3 2 2 1	
Seprat.B.	2 2	2 1	1 2	1 2	3 2	2 2	1 2 5 2 4 3 3 1	
Sonderb.	1 3	1	3 2	2 2	3 3	1 2	4 3 4 3 3 2 3 2	
Frage 5								
Alte	3 1	1 2	2 1	2 2	1 1	1 2	2 5 3 3 2 3 2 1	
Kinder	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 2 1 1 1 1 1 1	
Kranke	1 2	6 3	3 2	4 2	2 2	3 2	4 6 2 4 3 3 2 2	
Jugendl.	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1 1 1 1 1 1 1	
Frage 7								
Mitarb.d. Bürger notwendig	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 1	1 2 3 2 2 1 2 1	
Mitarb. mögl.	2 2	2 1	2 3	2 2	1 2	2 3	3 3 5 2 4 2 3 2	
Entw. ein. System	1 1	1 1	1 2	2 2	1 2	2 2	4 2 2 2 3 2 3 2	
Frage 12								
med.	1 5	1 1	2 1	3 2	2 2	3 2	3 3 4 2 3 1 3 2	
psychol.	3 2	2 2	3 2	3 3	2 2	2 2	3 3 3 2 3 3 3 3	
Beruf	1 2	1 1	2 1	2 1	1 1	2 1	2 2 2 1 2 1 2 1	
soz.Päd	1 1	1 1	2 2	2 1	1 2	1 1	2 2 3 3 2 2 2 1	
Frage 14								
allg.	2 2	1 2	2 1	3 2	1 1	2 1	2 3 1 2 3 3 2 2	
für Kibo	3 5	2 2	2 2	3 2	2 3	3 2	2 2 1 1 2 3 2 2	

Studiengruppe sucht Mitarbeiter

gl. Kirchheimbolanden. Für die Durchführung einer Ende Juni stattfindenden Bürgerversammlung zum Thema Freizeitzentrum sucht die Studiengruppe zwanzig Helfer und Helferinnen. Interessenten mögen sich Dienstag, 20. Juni, 19 Uhr, im Bahnhofshotel zu einer Vorbesprechung einfinden.

19.6.72

19.6.72

21.6.72

Bürgerentscheid am 30. Juni

red. Kirchheimbolanden. Die Bürgerinitiative Freizeitzentrum Kirchheimbolanden veranstaltet am 30. Juni im evangelischen Gemeindehaus um 20 Uhr eine öffentliche Bürgerversammlung mit dem Bürgerentscheid, welcher Art von Freizeitzentrum der Vorzug gegeben werden soll, ob ein zu bauendes Hallenbad mit einem Freizeitzentrum verbunden werden soll, über die Standortfrage des Hallenbades und auch des Freizeitzentrums. In der Versammlung sind Kurzinformationen des Vorsitzenden sowie Podiumsdiskussionen mit Experten und dem Plenum vorgesehen. Politiker, Behördenvertreter und Vertreter von Schulen, Kirchen und Verbänden sind auch eingeladen.

21.6.72

29.6.72

Bus zur Bürgerversammlung

gl. Kirchheimbolanden. Zu der morgen im evangelischen Gemeindehaus stattfindenden Diskussion wird von der Studiengruppe „Lind“ ein Sonderbus eingesetzt, damit auch Interessierte aus der näheren Umgebung daran teilnehmen können. Abfahrtszeiten sind: Bolanden ab 19.20 Uhr, Marnheim 19.25 Uhr, Gauertheim 19.35 Uhr, Rittersheim 19.40 Uhr und Halde 19.50 Uhr. Die Rückfahrt erfolgt voraussichtlich gegen 23 Uhr. Für alle, die an dieser Bürgerversammlung teilnehmen wollen, entstehen keine Fahrtkosten.

29.6.72

28.6.72

Die Bürger sollen selbst entscheiden

red. Kirchheimbolanden. Die Bürgerinitiative Freizeitzentrum Kirchheimbolanden hat zu einer öffentlichen Bürgerversammlung mit Bürgerentscheid für den 30. Juni eingeladen.

Außer den Behördenvertretern und Experten wie Dr. Klaus Fischer vom Planungsausschuß Westpfalz, Ministerialdirektor Karl Schmitt vom Sozialministerium in Mainz, sind die Vertreter der Schulen, Vereine, Kirchen, der Gewerkschaft, des Gaststätten- und Einzelhandelsverbandes, der Industriebetriebe und der Forstverwaltung eingeladen. Selbstverständlich auch die Bürgerschaft.

Ein Jahr hat die Bürgerinitiative Freizeitzentrum Kirchheimbolanden in Sachen Freizeitverhalten der Bevölkerung ermittelt. Erfahrungen durchgeführt, Vergleiche mit anderen Gemeinden gezogen und deren Erfahrungen notiert, sie hat Experten befragt und Fachliteratur studiert.

In der Bürgerversammlung sollen die Bürger über die gesammelten Daten

in Kurzform unterrichtet werden. Außerdem soll, wie bereits kurz berichtet, durch einen Bürgerentscheid darüber befunden werden, welcher Art von Freizeitzentrum man den Vorrang geben soll: Einbeziehung des Fremdenverkehrs, Wochenendfreizeit oder für die Tagesfreizeit nur für die Bevölkerung der Umgebung oder eine kombinierte Version. Es wird zu entscheiden sein, ob ein Hallenbad mit dem Freizeitzentrum verbunden werden oder für sich in der Nähe der Schulen gebaut werden soll.

Schließlich sollen die Standorte des Hallenbades und des Freizeitentrums entschieden werden. Nach der Kurzinformation durch den Vorsitzenden folgen die Stellungnahmen und Vorschläge der politischen Fraktionen, sodann eine Podiumsdiskussion mit Experten, eine Kurzdiskussion des Plenums, eine Podiumsdiskussion über Standortfragen und schließlich allgemeine Fragen und Vorschläge aus dem Plenum.

Der Bau eines Hallenbades stand stets im Vordergrund

Die Bürgerinitiative hat Weichen gestellt — Lebhaftige Diskussionen

eh. Kirchheimbalden. Die Kreisstadt Kirchheimbalden braucht dringend ein Hallenbad. Das ist die etwas überraschende Forderung, die unübersehbar den Gesamtkomplex eines zu erstellenden Freizeitzentrums etwas in den Hintergrund treten ließ. In diesem einen Punkt waren sich die interessierten Bürger wie die Vertreter der Fachbehörden, Verbände, Schulen, Kirchen und Vereine durchaus einig.

Überraschenderweise blieb die von Kennern der Probleme erwartete und teilweise auch befürchtete „Kampfabstimmung“ über die in verschiedenen Varianten propagierten Projekte „Gutleutbachtal“ und „Judenbachtal“ aus. Statt dessen setzte sich ein Trend zu einer Dezentralisierung durch, der unübersehbar von den finanziellen Realitäten seine Impulse erhielt.

Lothar Kiefer, Initiator der Bürgerversammlung, der mit kaum noch zu steigender Aktivität eine Fülle von Informationsmaterial gesammelt hatte, bedauerte in seiner Einleitung, daß die Fraktionssprecher der SPD und CDU der Versammlung ferngeblieben waren, um, wie es hieß, eine unbeeinflusste Beschlußfassung zu garantieren. Lothar Kiefer und mit ihm die engagierten Bürger hätten sich sehr gerne mit den Vertretern der beiden Parteien auseinandergesetzt und an Ort und Stelle bestehende Differenzen ausgeräumt. Vertreten war dagegen die Wählergruppe Dr. Brand durch ihren Oppositionsführer, der sich auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schwimmvereins mit den Problemen eines zu schaffenden Freizeitzentrums auseinandersetzte.

Nicht zu viele Varianten

Bevor Dekan Werner Schramm als Moderator die Diskussion eröffnete, umriß Lothar Kiefer noch einmal den Fragenkomplex, um die Akzente für die erwartete Meinungsäußerung zu setzen. Es gehe nicht an, meinte Lothar Kiefer, daß allzu viele Varianten die Szene beherrschten. Man müsse sich im Interesse einer baldigen Realisierung durchführbarer Pläne endlich auf ein Projekt einigen. Selbstverständlich sollten dabei alle für und wider sprechenden Fakten Berücksichtigung finden. Bisher sei wenig Kooperation zu sehen gewesen. Der immer noch vorherrschende Spartengedanke müsse endlich abgebaut werden. Es sei an der Zeit, daß der Bürger mit seiner Meinung an den zu fassenden Beschlüssen mitarbeite. Niemand soll sagen können, er sei nicht um seine Meinung gefragt worden.

Obwohl die Fachexperten Dr. Klaus Fischer von der Planungsgemeinschaft Westpfalz und Regierungsdirektor Karl Schmitt vom Sozialministerium Mainz wegen anderweitiger Inanspruchnahmen nicht an der Versammlung teilnehmen konnten, entwickelte sich eine überaus rego Diskussion, die dank der Aufmerk-

samkeit von Dekan Schramm nicht ins Uferlose abglitt.

Für baldige Realisierung

Bei allen Wortmeldungen war immer wieder zu vernehmen, daß der Bau eines Hallenbades vordringlich in Angriff genommen werden müsse. Unter vorläufiger Ausklammerung der Standortfrage ergab sich ein offensichtliches Übergewicht für die baldige Realisierung dieses Objektes, das nicht unbedingt mit einem Freizeitzentrum gekoppelt sein müsse. Die Einigkeit in der Frage des Hallenbadbaues wurde auch durch die finanziellen Realitäten beeinflusst. Hier wurde allenthalben die Auffassung vertreten, daß der Bau eines Hallenbades die Finanzkraft der Stadt keineswegs übersteigen würde, vorausgesetzt, man erstelle kein „Denkmal“, sondern baue wirtschaftlich und zweckmäßig.

Wichtiges Informationsmaterial unterbreitete Oberstudiendirektor Rödel vom Nordpfalzgymnasium, der das bestehende Lehrschwimmbekken der Schule für die eigenen Bedürfnisse als ausreichend bezeichnete. Die Kapazität dieser Einrichtung sei bei einer laufenden Inanspruchnahme von 8 bis 22 Uhr erschöpft. Man müsse sich jetzt schon Gedanken darüber machen, ob nicht im Interesse einwandfreier hygienischer Verhältnisse die Benutzungszeit



An diesem Tisch saßen viele Bürgermeister aus dem Verbandsgemeindegebiet. Die Studiengruppe Lind hatte ihnen mit umfangreichen Fragebogen den Papierkrieg angesagt und manches Kopfzerbrechen verursacht.

durch schulfremde Gruppen reduziert werden müsse.

Unerwartete „Schützenhilfe“ erhielten die Verfechter eines „schnellstmöglichen“ Hallenbadbaues durch Amtsrat Luitpold Orschiedt von der Stadterverwaltung Kirchheimbalden, der ein günstiges Bild der Finanzierung zeichnen konnte, einschränkend jedoch mitteilte, daß diese günstige Entwicklung sich ins Gegenteil verkehren könne, wenn Kirchheimbalden, was über Nacht möglich sei, aus der Förderungsfähigkeit als Bundesausbauort ausscheide. Dies bedeute aber, daß man sich schnell entziehen müsse. Dieser Auffassung schloß sich auch Verbandsbürgermeister Wehrmann Seel an, der sich in verschiedenen Wortmeldungen ebenfalls für den baldigen Bau eines Hallenbades aussprach.

Die daran anschließende erste Abstimmung über die Frage, ob ein Freizeitzentrum in erster Linie dem Fremdenverkehr, den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung oder beiden gleichermaßen dienen sollte, ließ deutlich werden, daß beide Gruppen in die Überlegungen einbezogen werden sollten.

Unbedingt in Schulsnähe

Bei der Frage nach dem Standort brachte die Diskussion sehr nachdrücklich und deutlich zum Ausdruck, daß das Hallenbad unbedingt in Schulsnähe zu liegen sei. Neben der Zweckmäßigkeit gaben die Bestimmungen des „Goldenen Planes“ den Ausschlag, wonach eine finanzielle Bezuschussung davon abhängig gemacht wird, daß das Hallenbad nicht mehr als 500 Meter Fußweg von der Schule entfernt sein darf.

Als mögliche Bauplätze für das Hallenbad wurde das Gutleutbachtal, und der Goldmannsche Garten (bei der Landwirtschaftsschule) vorgeschlagen. Die letzte Entscheidung hat jedoch die Verbandsgemeindeverwaltung zu treffen, die sich wohl am künftigen Sitz der zu bauenden Hauptschule orientieren wird.

Für Thielwoog eingesetzt

Überraschenderweise setzte sich ein überwiegender Teil der Diskussionsteilnehmer für die Erhaltung der bereits bestehenden Schwimmanlage am Thielwoog ein. Offensichtlich standen finanzielle Überlegungen hier im Vordergrund. Das Freibad soll renoviert und zu einer modernen Anlage umgebaut werden. Der Ausbau einer Warmwasserbereitungsanlage in die Überlegungen einbezogen werden. Für die Erhaltung des bereits bestehenden Schwimmbades sprach auch die von Landwirt Emil Reinhard entwickelte Privatinitiative. Bereits in absehbarer Zeit sollen auf dem Gelände rechts des Schwimmbades ein Campingplatz und weitere Freizeiteinrichtungen entstehen.

Über die Mitwirkung der Studiengruppe Lind, die durch eine Fleißarbeit eine Fülle von Informationsmaterial geliefert hatte, wird gesondert berichtet werden.

Die Weichen sind nun gestellt. Bleibt zu hoffen, daß in Kürze die Vorplanung für ein Hallenbad in Angriff genommen werden kann. Den Worten sollten nun endlich Taten folgen.

Freizeitzentrum im Zahlenspiegel

Studiengruppe Georg Lind berichtet über das Abstimmungsergebnis

gl. Kirchheimbolanden. Die Diskussion des Themas Freizeitzentrum kann nun ihre ersten Ergebnisse aufweisen. Bevölkerungsumfrage und die letzte Bürgerversammlung haben nach den Angaben der Studiengruppe Lind (wir berichteten bereits darüber) Klarheit gebracht, daß das Bedürfnis nach Bademöglichkeiten weit verbreitet ist und konkrete Abhilfe in Form eines Hallenbades erfordert.

Dazu ermittelte die Studiengruppe folgende Zahlen: 62 Prozent gehen sehr gern schwimmen; unter 27 Möglichkeiten rangiert Schwimmen an vierter Stelle. Das Lehrschwimmbecken zog wegen zu kurzer Öffnungszeiten die meiste Kritik auf sich. Zwölf Prozent der Befragten der Verbandsgemeinde wünschten spontan ein Hallenbad. Mehr waren es nur noch bei Sportanlagen (17) und Kindergarten (13 Prozent). In der Saison gehen immerhin 17 Prozent mehrmals in der Woche und weitere 37 Prozent mehrmals im Monat schwimmen.

Außerdem erbrachte die Befragung, daß Kirchheimbolanden nicht ausreichend mit Freizeiteinrichtungen versorgt sei.

Mit dem Freizeitangebot nicht mehr zufrieden oder ganz unzufrieden waren 40 bzw. elf Prozent der Befragten. Immerhin kannten 34 Prozent das Gefühl der Langeweile und begründeten es überwiegend damit, daß sie keine Gelegenheit dazu hätten, das zu tun, was sie gern täten.

Investitionen nötig

Da 65 Prozent der Befragten den Urlaub zu Hause verbringen, und weil eine verstärkte Industrieansiedlung ein besseres Freizeitniveau zur Voraussetzung hat, stellte Georg Lind, der Sprecher der Studiengruppe fest, daß Investitionen auf diesem Gebiet unbedingt notwendig seien. Der zu erwartende Gewinn an Aktivität der Verbandsgemeinde, auch in Form allgemeiner Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, ließe sich zwar nur schwer in Mark- und Pfennig ausdrücken, er dürfte die Kosten jedoch bei weitem überschreiten.

So stellte sich bei der Verwaltung der Bürgerinitiative nicht mehr die Frage, ob überhaupt Freizeiteinrichtungen notwendig seien. Über diese Dringlichkeit waren sich alle einig. Deshalb waren die vorbereiteten Blitzbefragungen der Anwesenden ganz auf die Standortfrage abgestellt. Ob-

wohl in keiner Weise für die Bevölkerung repräsentativ, entsprachen die Ergebnisse einer ersten Abstimmung über den Standort eines Freizeitentrums (23 von 45 für Gutleuthachtal; 14 für Judental) denen der Bevölkerungsbefragung (63 Prozent für Gutleuthachtal, 28 für Judental).

Zuerst ein Hallenbad

Eindeutig (31 gegen 16) sprach man sich für Freizeitanlagen aus, die sowohl der Bevölkerung als auch dem Fremdenverkehr dienen können. 70 Prozent der Anwesenden entschieden sich, daß der Standort eines Hallenbades davon abhängig sein solle, ob es mit weiteren Einrichtungen sinnvoll kombiniert werden könne, aber auch davon, wo die neue Hauptschule hin- komme (44 Prozent).

Für den Standort des Freizeitentrums zählte vor allem landschaftliche Schönheit (13 von 40) und momentane finanzielle Lage. Deshalb konnte ein Ausbau des Bades im Judental zumindest als mittelfristige Lösung während der Diskussion drei neue Befürworter gewinnen.

Von acht vorgegebenen öffentlichen Aufgaben wurde das Hallenbad an die erste Stelle gesetzt. Der schon beschlossene Bau eines neuen Rathauses landete am Ende.

Studiengruppe Lind dankt

gl. Kirchheimbolanden. Die Studiengruppe möchte sich am Schluß ihrer Berichterstattung über ihre Arbeit bei allen bedanken, die diese Arbeit ermöglicht haben; besonders bei den Befragten, die geduldig über 200 Fragen haben über sich ergehen lassen, und allen Politikern und Mitgliedern der Bürgerinitiative, die die Arbeit der Studiengruppe aktiv mit Rat und Tat unterstützten. Neben eigenen Mitteln und Mitteln der Universität Heidelberg haben die Zuschüsse durch den Donnersbergkreis und die Verbandsgemeinde der Untersuchung erst die nötige finanzielle Basis gegeben. Als Gegenleistung wird die Gruppe selbstverständlich ihr gesammeltes Wissen zur Verfügung stellen.

A C K T U E L L

Der folgende Fragebogen wurde Ihnen vorgelegt, damit alles, worüber heute Abend entschieden wird, objektiv und wissenschaftlich answerbar dokumentiert werden kann.

BEACHTEN ! Lesen Sie nun die Ihnen vorliegenden ersten Fragebogen aufmerksam durch und geben diese bitte ausgefüllt zur Auswertungsstelle bzw. dem eingesetzten Helfern durch.

BEACHTEN ! Die weiteren Fragebogen sind Gegenstand der ersten Diskussionsrunde. Füllen Sie diese Bogen erst nach Ende der Diskussion aus. Vorher sollen Ihnen die Fragen nur dazu dienen, das Thema der Diskussion im Auge behalten zu können.

Beim Einsammeln der weißen Fragebogen werden Bogen mit grüner Farbe ausgeteilt, die Fragen zu der zweiten Diskussionsrunde enthalten. Zusammen mit dem letzten weißen Bogen ausgefüllt danach bitte abgeben.

N = 47	1.	2.	3.	4.
P = 17	M = 36			
X = 7	N = 14			

Teilnehmergruppe: 1. Kasten: Geschlecht (M, W)

K einsetzen, wenn Sie von der Studiengruppe einmal befragt wurden. 2. Kasten: Geburtsmonat (in Ziffern)

B einsetzen, wenn sie in Politik oder Verwaltung verantwortlich tätig sind. 3. Kasten: Geburtsjahr (in Ziffern)

nichts einsetzen, wenn Sie keiner der obigen Gruppen angehören !

4. Kasten: Wohnort (für Mölenden = 1 ; Gauersheim = 2 ; Kriegsfeld = 3 ; Larnheim = 4 ; Mölenden = 5 ; Lorschheim = 6 ; Rittersheim = 7 ; alle anderen = 8)

ERLEUTERUNG
ZUM BEITRAG
DER PERSONEN-
KENNZEIFER
(Bitte aufbewahren !)

Obige Kennziffer übertragen Sie nun bitte auf die folgenden Fragebogen ! Werden mehr Fragebogen benötigt als Sie vorfinden, dann füllen Sie bitte auch dort die Kennziffer ein !

--

1.

--

2.

--

3.

--

4.

--

--

ZUR PERSONGehören Sie einem Verein an? (Welchem?) 30 von 46 (69%)8 jedes der Anwesenden in 2,1 Vereinen

Welchen Beruf üben Sie z.Zt. aus? _____

ZUR SACHE

1. Welchen der folgenden Standorte
geben Sie nach dem jetzigen Kennt-
nisstand den Vorzug?

a) im Gutleutbachtal am Gymnasium 23b) im Judental am alten Freibad 14c) einem anderen Standort 5Welchem? Manheim, Weiskopf, Goldmannhof 4.7. 3
45

Bürgerversammlung am 30. Juni 1978 -

--

1.

--

2.

--

3.

--

4.

--

ZUR SACHE

2. Wenn Sie daran denken, was Sie hier in-
nerhalb der Verbandsgemeinde Kirchheim-
belanden in Ihrer Freizeit geboten be-
kommen oder auch nicht geboten bekommen,
wie gefällt es Ihnen dann hier im Allge-
meinen?

2,6
"sehr gut" 1 2 3 4 5 6 "sehr schlecht"

3. Sind Sie als Allgemeinm. an Kommunal-
politik interessiert?

"sehr interessiert" 1 2 3 4 5 6 "überhaupt nicht
interessiert"

Personenkennzahl!	1.	2.	3.	4.	5.

ENTSCHEIDUNGEN

1. Funktion

Wem sollte ein Freizeitzentrum in erster Linie dienen ?

- a) dem Fremdenverkehr ✓
- b) den Bedürfnissen der eigenen Bevölkerung 16
- c) oder beidem gleichermaßen 31

(Zutreffendes bitte ankreuzen !!)

Personenkennzahl !	1.	2.	3.	4.

ENTSCHEIDUNGEN

2. Ausbaufähigkeit

Es gibt bei der Standortfrage zwei grundsätzlich verschiedenen Meinungen; welcher würden Sie eher zustimmen, A oder B ?

"A": Man muß vorausschauend planen, um Fehlplanungen zu vermeiden. Das gewünschte Hallenbad soll deshalb so gebaut werden, daß es ~~weiter~~ erweiterungsfähig bleibt und mit weiteren Einrichtungen sinnvoll kombiniert werden kann.

"B": Wenn man so ~~unfassenhaft~~ unfassenhaft vorgreift, geht die Fertigstellung des Hallenbades ~~in die Ferne~~ in die Ferne und sollte bei der Wahl des Standortes keine Rücksicht auf die Erweiterungsfähigkeit genommen werden. Nein

37 Ja

10 Nein

	1.	2.	3.	4.
Personenkennzahl!				

STANDORTWAHL

1. G r ü n d e

Auf was sollte man Ihrer Meinung nach
bei der Standortwahl für ein Hallenbad-Freizeit-
zentrum

(Pro Spalte je ein Kreuz set- zen !)	b e s o n d e r s a c h t e n ?	?	?
a) landschaftliche Umgebung . .	<u>4</u>	;	<u>15</u>
oder oder b) Schulnähe	<u>25</u>	;	<u>1</u>
oder oder c) Zentrale Lage f. Verbandsgemeinde . . .	<u>14</u>	;	<u>8</u>
oder oder d) Klimatische Bedingungen . .	<u>4</u>	;	<u>6</u>
oder oder e) Einbeziehung des alten Bades	<u>9</u>	;	<u>10</u>
oder oder f) -----	<u>56</u>	;	<u>40</u>

Mehrfachnennungen

	1.	2.	3.	4.
Personenkennzahl!				

STANDORTWAHL - ENTSCHEIDUNG

2. E n t s c h e i d u n g

Welchem der folgenden Standorte geben
Sie nun, nachdem Sie nochmals pro und
contra gehört haben, den Vorzug ?

a) im Gutleutbachtal am Gymnasium	<u>15</u>
b) im Judental am alten Freibad	<u>12</u>
c) einem anderen Standort <i>Soldmannsche Gasse</i>	<u>09</u>
welchem ? <i>Münchheim</i>	<u>2</u>

777

11

14

k.A. 15

38

38

Personenkennzahl :

LEISTUNGEN

1. Glauben Sie, daß Ihre Mitarbeit bei dieser Entscheidungsfindung einen Sinn gehabt hat? Ja 16

Nein 9

2. Sind Sie bereit, auf irgendeine Weise bei der Verwirklichung des Freizeitentrums mitzuhelfen? Ja 23

Nein 1

3. Wo sehen Sie bei dem ganzen Vorgehen in Sache Freizeitzentrum Ansetzpunkte zu Kritik? (Mehrfachantworten möglich.)

a) ich hab' zu wenig Interesse -b) die Bürgerinitiative ist zu exklusiv . . . 5c) die Politiker machen doch was sie wollen . 8(eigene Antw.) d) Zu viel Planung, Bevölkerung nimmt zu wenig teil, Partei-polit. nicht verstanden werden. u. s. w.

Lieber Bürger,

die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden plant, ein Freizeitzentrum zu bauen, dessen Einrichtungen Ihnen den Vorteil bieten sollen, die Freizeit, die Sie haben, sinnvoll zu nützen. - Fest geplant für das Freizeitzentrum ist bisher nur ein Hallenbad. Alle anderen Einrichtungen - es können zum Beispiel Hobbywerkstätten, eine Bibliothek, Diskussionsräume oder ein Cafe sein - sollen erst dann gebaut werden, wenn die Verbandsgemeinde weiß, was die Bevölkerung wünscht. Ihre Wünsche und Vorstellungen sind also entscheidend für das, was gebaut wird.

Um Ihre Wünsche zu erfahren, haben wir einen Fragebogen aufgestellt über das Thema "Freizeit".

Vielfach wird das Problem, das die Freizeit mit sich bringt, noch nicht voll erkannt, vielleicht weil eine große Zahl von Menschen noch nicht über viel freie Zeit verfügt. Landwirte, Hausfrauen oder Krankenschwestern zum Beispiel werden zeitlich sehr von ihrem Beruf in Anspruch genommen. Aber jeder Mensch verfügt doch über mehr oder weniger freie Zeit, etwa am Abend oder an den Wochenenden, und jeder Mensch hat das Bestreben, seine freie Zeit möglichst sinnvoll zu verbringen. Die sinnvolle Gestaltung der freien Zeit wird in der Zukunft noch bedeutsamer, da die Freizeit sich vermehren wird.

Die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden möchte durch den Bau eines Freizeitentrums helfen, der Bevölkerung eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen. Dazu muß die Gemeinde wissen, wie der Bürger zur Freizeit steht. Dieser Fragebogen soll der Gemeinde Aufschluss darüber geben.

Die Fragen des Fragebogens sind nicht schwer zu beantworten. Es geht immer nur um Ihre Haltung und Einstellung zur Freizeit und was Sie darin tun. Bei den Antworten gibt es kein "richtig" oder "falsch". Versuchen Sie bitte alle Fragen genau zu beantworten, denn es ist klar, daß oberflächlich bearbeitete Fragebögen uns nicht helfen.

Wir wünschen Ihnen Freude beim Beantworten der Fragen und danken Ihnen im Voraus.

Einleitung

Wir bitten Sie und vertrauen darauf, daß Sie nicht vor-
blättern, bevor Sie nicht alle Fragen der Reihe nach be-
antwortet haben. Aber wir wollen Ihnen eine Übersicht
über die Fragen geben, damit Sie im Bilde sind.

Sie werden in diesem //leider etwas unpersönlichen// Inter-
view Fragen vorfinden über:

- a) Freizeitbeschäftigung, Freizeitdauer und so weiter
- b) Ihre Wünsche und Meinung zum Thema Freizeit
- c) das Verhältnis von Arbeit und Freizeit
- d) Ihre Arbeit
- e) Freizeit und Öffentlichkeit
- f) Bekanntheit der Diskussion um die Freizeit
- g) ergänzende Fragen, soweit diese für diese Untersuchung
wichtig sind

Und nun die Fragen

1. Bevor ich Sie über Ihre "Freizeit"
befrage, möchte ich gern wissen, was
Sie nach und neben der Arbeit noch
tun müssen. Welche notwendigen Din-
ge sind da noch zu verrichten ?
- A n t w o r t :

// HINWEIS: Antwort bitte in Stichworten
nebenan auf den freien Platz
schreiben ! //

2. Was tun Sie, nachdem Sie die Berufsarbeit und alle
notwendigen Dinge erledigt haben? Was sind also Ih-
re Freizeitbeschäftigungen ?

- a) Wie gern üben Sie diese Beschäftigung aus ? L I S T E (A)
 - b) Wie oft üben Sie diese aus ?
 - c) und welche Freizeitbeschäftigung würden Sie gerne
öfter als bisher oder zusätzlich ausüben wollen ?
- L I S T E (B)

! Um Ihnen die Arbeit bei der Beantwortung
der Fragen zu erleichtern, haben wir zwei
Listen mit Freizeitbeschäftigungen zusam-
mengestellt. Für Frage a) Liste (A)
Für Fragen b) und c) Liste (B)

! Ihre Antwort zu Frage a) ist in Liste (A) mit den Ziffern 1-6
vorgegeben. " 1 " bedeutet dabei: "diese Beschäftigung übe ich
sehr gern aus"

" 6 " bedeutet dabei: "dies tue ich sehr un-gern"

! Die dazwischenliegenden Ziffern 2,3,4,5 sind Abstufungen,
ähnlich den Schulnoten gedacht. ! Liste (A) nun bitte bearbeiten!

! Nachdem Sie Liste (A) erfolgreich und vollständig ausgefüllt
haben, wird es Ihnen sicher leicht fallen nunmehr Liste (B)
auszufüllen.

" Wie g e r n e üben Sie folgende Freizeitbeschäftigungen
aus ? "

1 = "sehr
gern"

6 = "sehr
un-gerne"

- | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Lösen von SACHBÜCHERN (über Technik, Politik, Reisen, Gartenbau u.s.w.) | | | | | | |
| 2. Lesen von ROMANEN (Erzählungen, Gedichte, Illustrierten, Comic's u.s.w.) | | | | | | |
| 3. UNTERHALTUNGSENDUNGEN im Radio oder im Fernsehen (Musik, Quiz, Film..) | | | | | | |
| 4. INFORMATIONSENDUNGEN im Radio oder im Fernsehen (Nachrichten, Politik Dokumentarfilme, Bildung u.s.w.) | | | | | | |
| 5. GARTENARBEIT und Tierzucht | | | | | | |
| 6. BASTELN und Reparieren (Modellbau, Autoreparatur, Schreinern u.s.w.) | | | | | | |
| 7. NADELARBEIT (Stricken, Nähen u.s.w.) | | | | | | |
| 8. MUSIZIEREN (Chor, Instrumentspielen) . . . | | | | | | |
| 9. MALEN (Zeichnen, Graphik, Batik u.s.w.) | | | | | | |
| 10. KERAMIK (Töpferei, Modellieren, Mosaik..) | | | | | | |
| 11. LAIENSPIEL (Aufführungen, Volkstanz) | | | | | | |
| 12. FORTBILDUNG (Abendschule, Funkkolleg..) | | | | | | |
| 13. AKTIVER SPORT (Hand-, Fuß-, Basketball, ..) | | | | | | |

(Fortsetzung)

14.	PASSIVEN SPORT (Zuschauen bei Sportveranstaltungen)	1	2	3	4	5	6
15.	SPIEL (Schach, Skat, Quartett, Fragespiel)	1	2	3	4	5	6
16.	GESELLIGES BEISAMENSEIN mit Familie oder Freunden	1	2	3	4	5	6
17.	An DISKUSSIONEN teilnehmen	1	2	3	4	5	6
18.	TANZPARTIES besuchen	1	2	3	4	5	6
19.	In's KINO gehen	1	2	3	4	5	6
20.	THEATER, Konzerte, Boatveranstaltungen.. besuchen.	1	2	3	4	5	6
21.	MUSEUM, Ausstellungen u.s.w. besuchen	1	2	3	4	5	6
22.	In VEREIN, Club, Arbeitskreis betätigen	1	2	3	4	5	6
23.	In HAUSHALT mithelfen	1	2	3	4	5	6
24.	WANDERN (Tagesausflüge, Radwanderung..)	1	2	3	4	5	6
25.	SPAZIERGANGEN, kleine Rundgänge, Dummel	1	2	3	4	5	6
26.	SCHWEITEN	1	2	3	4	5	6
27.	ZUSCHAUEN, wenn andere spielen; aus dem Fenster schauen u.s.w.	1	2	3	4	5	6
28.	Sonstiges (?)	1	2	3	4	5	6

"Wie oft üben Sie folgende Freizeit-
beschäftigungen aus?"

HINWEIS: Zutreffendes bitte
ankreuzen!

"Was würden Sie
gerne noch öf-
ter oder zusätz-
lich ausüben?"

	fast tägl- lich	2-3mal in der Woche	fast jede Woche	fast jeden Monat	sel- ten	nie
1. Lesen von SACHBÜCHERN						
2. Lesen von ROMANEN u.s.w.						
3. UNTERRICHTUNGSENDUNGEN an- sehen oder hören						
4. INFORMATIONSENDUNGEN an- sehen oder hören						
5. GARTENARBEIT u. Tierzucht						
6. BASTELN						
7. MODELLBAU						
8. MUSIZIEREN (Chor, Instrumen- te)						
9. ZEICHNEN (Zeichnen, u.s.w.)						
10. KERAMIK (Töpfern u.s.w.)						
11. KARTENSPIEL						
12. FORTBILDUNG						
13. ANTIQUARIAT						

(Portsetzung)

		fast	2-3x	fast	fast	sel-	nie	öfter oder zusätz- lich
		täg-	in derjede	jeden	son-	tenor		
		lich	Woche	Woche	Monat			
14.	PASSIVER SPO (Zuschauen)							
15.	SPIEL (Schach, Skat, usw.)							
16.	GESSELLIGES BEISAMMENKOMMEN							
17.	AN DISKUSSIONEN teilnehmen							
18.	FEIERPARTIES besuchen							
19.	In's KINO gehen							
20.	THEATER , Konzerte usw.							
21.	MUSEUM , Ausstellungen be- suchen							
22.	Im VEREIN , Club betätigen							
23.	Im HAUSHALT mithelfen							
24.	FAHRTEN							
25.	SPAZIERENGANGEN							
26.	SCHWIMMEN							
27.	ZUSCHAUEN, wenn andere spie- len							
28.	Sonstigen !							

3. Zu bestimmten Freizeitbeschäftigungen braucht man geeignete Einrichtungen. Es kommt nun auf Ihre Meinung zu diesen Einrichtungen an. Mit welchen Einrichtungen sind Sie aus bestimmten Gründen unzufrieden?

- Es geht dabei um a) die Entfernung dieser Einrichtungen
b) die Ausstattung und Größe der Einrichtungen
c) die Öffnungszeiten
und d) den Eintrittspreis und sonstige Kosten

! Hier habe ich wieder eine Liste.
Diesmal mit Freizeiteinrichtungen.

Diese stehen links. Rechts stehen wie bei Liste (A) der letzten Frage Ziffern von 1 bis 6.

"1" = "ich bin mit der Entfernung zu dieser Einrichtung
(oder der Ausstattung und Größe
oder) sehr zufrieden."

"6" = "ich bin damit sehr unzufrieden."

Die Ziffern 2,3,4,5, sind wieder Abstufungen
wie bei den Schulnoten!

Freizeit einrichtung:	Bei nebenstehenden Einrichtungen finde ich																							
	Entfernung dazu						die Größe und Ausstattung						Öffnungs- zeiten						Eintritts- preis					
1. Sportplatz	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
2. Sporthalle	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
3. Grünflächen	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
4. Tanzlokal	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
5. Freibad	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
6. Hallenbad	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
7. Kino	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
8. Bibliothek	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
9. Hobbyräume	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
10. Kindergarten	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
11. Treffpunkt für ungezwun- genes Zusam- mensein	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
12. Kinderspiel- platz	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
13.	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6
14.	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6	1	2	3	4	5	6

13 und 14 kann selbst eingesetzt werden! "Benoten" Sie auch diese
Einrichtungen bitte!

4. Haben Sie noch Vorschläge, welche Einrichtungen man noch haben müßte, damit Sie mehr von der Freizeit hätten ?
-
-

5. Um einer bestimmten Freizeit-Beschäftigung nachzugehen, braucht man unter anderem folgende Voraussetzungen :

1. Zeit _____
2. genügend Taschengeld _____
3. gute Gesundheit _____
4. genügend Platz zuhause _____
5. geeignete Einrichtungen _____
zuhause
6. gute Verkehrsverbindungen _____
zu Einrichtungen außer Haus
7. die richtigen Einrichtungen _____
außer Haus
8. ein paar Leute ,die mit- _____
machen
9. jemand ,der einem anleitet _____

Welche der oben genannten Voraussetzungen fehlen Ihnen, um das alles zu tun, was Sie in Ihrer freien Zeit gerne tun wollen ?

! Setzen Sie Ihr Kreuz bitte hinter _____
die betreffende Voraussetzung ! Mehrfachnennungen möglich!

6. Suchen Sie Gleichgesinnte, mit denen Sie ein Hobby zusammen betreiben wollen?

! Zutreffendes bitte ankreuzen !

"Ja" _____

"Nein" _____

7. Wenn Sie die Zeit abziehen, die Sie für alle notwendigen Arbeiten brauchen, wieviel Zeit bleibt dann noch für Ihre Freizeit ?

! Auch hier wollen wir Ihnen die Beantwortung etwas erleichtern. Wir haben eine Woche aufgeteilt in werktags , samstags und sonntags und jeden Tag in vormittags , nachmittags und abends .

L I S T E (C) !

L I S T E (C) - Wieviel Freizeit?

(7) Zeit-Einteilung:

- | | |
|------------------------|----------------------------------|
| 1.0 Werktags | 0.1 Vormittags (6 bis 12 Uhr) |
| 2.0 Samstags | 0.2 Nachmittags (12 bis 18 Uhr) |
| 3.0 Sonn- u. Feiertags | 0.3 Abends (18 bis 24 Uhr) |

! Unterstreichen Sie bitte die Stundenzahl, die Sie
gewöhnlich zu dieser Zeit zur Verfügung haben !

	weniger als	mehr als	mehr als	mehr als	mehr als	mehr als	mehr als
1.1 werktags- vormittags	1/2 Std.	1/2 Std.	1 Std.	1 1/2 Std.	2 Std.	3 Std.	4 Std.
1.2. werktags- nachmittags	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.
1.3 werktags- abends	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.
2.1. samstag- vormittags	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.
2.2 samstag- nachmittags	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.
2.3 samstag- abends	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.
3.1 sonntag- vormittags	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.
3.2 sonntag- nachmittags	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.
3.3 sonntag- abends	weniger	1/2	1	1 1/2	2	3	4 Std.

8. Eine Zwischenfrage: Können Sie das Gefühl, daß eben an Sonn- oder Feiertagen oder an Feierabenden die Zeit ein bißchen zu lang wird ?

1 "Ja, das kenne ich"

2 "Nein, das kenne ich nicht"

Wenn Frage 8 mit "Nein" beantwortet: bitte weiter zu Frage 11 gehen

9. Wenn Sie das Gefühl der Langeweile kennen, können Sie mit Hilfe der Ziffern von 1 - 6 angeben

wie häufig das vorkommt ? "sehr häufig 1 2 3 4 5 6 sehr
selten"

10. Woran glauben Sie, liegt es, wenn Sie sich langweilen?

! Zutreffendes bitte ankreuzen.

Mehrfachantworten sind möglich!

"Ich langweile mich dann, (1) wenn ich zu müde bin, um et-
was richtiges anzufangen"

(2) wenn ich einfach nicht weiß, was ich machen soll "

(3) wenn ich keine Gelegenheit habe, das zu tun, was ich gern machen will"

(4) wenn ich keine Freunde besuchen kann oder nicht bedacht werde"

(5) wenn

• • • • •

(6) "Ich weiß nicht"

(7) " keine Antwort

11. Wieviel Urlaubstage haben Sie
im Jahr ? _____ Tage im Jahr

12. Was machen Sie vorwiegend
in Ihrem Urlaub ?

! Zutreffendes bitte
ankreuzen !

1. "Ich erhole mich zu
hause oder in der
näheren Umgebung" _____
2. "Ich bleibe zu hause
und übe eine Neben-
beschäftigung aus" _____
3. "Ich fahre gewöhn-
lich weiter weg" _____

13. Vergeben Sie bitte nocheinmal
"Schulnoten", und zwar dafür wie
gern Sie Ihre Freizeit
alleine
mit Freunden oder Bekannten
mit Ihrer Familie
verbringen .

! Zutreffende Ziffer
bitte ankreuzen !

1. " alleine bin ich in meiner Freizeit
sehr gern 1 2 3 4 5 6 sehr ungern
2. "mit Freunden und Bekannten zusammen
bin ich
sehr gern 1 2 3 4 5 6 sehr ungern
3. "mit meiner Familie(Eltern) zusam-
men bin ich
sehr gern 1 2 3 4 5 6 sehr ungern

14. Wo halten Sie sich in Ihrer
Freizeit gerne auf ?

! Sie können mehrere
zutreffende Antwor-
ten ankreuzen !

1. "In der Diskothek" _____
2. "Auf dem Sportplatz" _____
3. "Im Ort, in der Stadt" _____
4. "In der Natur" _____

5. "bei mir zuhause " _____
6. "im Garten" _____
7. " bei Freunden oder Be-
kannten " _____
8. "Im Lokal zum Essen oder
Trinken " _____
9. "Im Lokal zum Kegeln oder
Skat " _____
10. " Im Cafe " _____
11. " Im Eiscafe " _____

15. Wenn Sie Freunde oder Bekannte antreffen wollen, wo gehen Sie da hin ?

! Tragen Sie rechts einen oder zwei Plätze ein ! oder

16. Sind Sie ein Mensch, der gerne neue Bekanntschaften macht ?
1. "Ich lerne gerne neue Menschen kennen " _____
! Zutreffendes bitte ankreuzen !
2. "Mir genügt mein Bekanntenkreis " _____

17. Gehören Sie einer Partei, Gewerkschaft oder sonstigen beruflichen Interessenvereinigung an ?
"Ja" _____
"Nein" _____

18. Gehören Sie einem Verein, Club oder einer Gruppe an, die in irgendeiner Weise mit Ihren Freizeitbeschäftigungen zu tun haben ?
"Ja" _____
! Wenn "Nein", bitte zu Frage 21 auf der nächsten Seite übergehen!
Wenn "Ja" , welchen Vereinen , Clubs ...
.
.

19. Wenn "Ja" (Frage 18!), haben Sie dort ein Ehrenamt (Vorstand, Trainer u.s.w.) inne ?
"Ja" _____
"Nein" _____

20. Nehmen Sie an Mitgliederversammlungen oder Veranstaltungen Ihres(r) Vereins(e) teil? Wie oft tun Sie das ? "fast immer" 1 2 3 4 5 6 "fast nie"
! Zutreffendes bitte durchkreuzen !

22. Für BERUFSTÄTIGE und SCHÜLER/LEHRLINGE: für andere :weiter
zu Frage 27 nächste
Seite!
Wo liegt Ihr Arbeitsplatz ?
oder Ihre Schule ?

"Innerhalb der Verbands-
gemeinde Kirchheimbolanden" _____

! Zur Verbandsgemeinde
Kirchheimbolanden ge-
hören:

"Außerhalb der Verbands-
gemeinde" _____

Bennhausen, Fischheim,
Bolanden, Dannenfels,
Gauersheim, Ilbesheim,
Jakobsweiler, Kirchheim-
bolanden, Kriegsfeld,
Larnheim, Mörsfeld,
Morschheim, Oberwiesen,
Orbis, Rittersheim, Stetten.

23. Wielange brauchen Sie, um an Ihren
Arbeitsplatz (Schulort) zu kommen ?

1. 0 - 30 Minuten _____

2. 30 - 60 Minuten _____

! Zutreffendes bitte
ankreuzen !

3. mehr als 60 Min. _____

24. Wieviel Stunden arbeiten Sie
durchschnittlich pro Woche ?
oder wieviel Schulstunden ha-
ben Sie ?

" _____ Stunden/Woche"

25. Wenn man irgendwie Schwierigkeiten
hat, dann kann man in manchen Betrie-
ben (oder Schulen) mit jemanden spre-
chen, "wo einem der Schuh drückt"

Wie ist damit in Ihrem Betrieb (oder
Schule) bestellt ?

"sehr
gut" 1 2 3 4 5 6 "sehr
schlecht"

! Bitte rechts zutreffendes
ankreuzen !

26. Nur BERUFSTÄTIGE !!

Können Sie Anfang und Ende Ihrer
Arbeitszeit selbst bestimmen ?

"Ja " _____

"Nein" _____

27. Wieder für ALLE !!!

Wie sieht Ihre Arbeit aus?
Sie haben hier wieder eine
Liste mit vorgegebenen Ant-
worten. Suchen Sie bitte all-
diejenigen heraus, die Sie
für zutreffend halten !

1. "Körperliche Schwerarbeit" _____
2. "Körperliche Arbeit ohne
besondere Belastung" _____
3. "Sitzende Tätigkeit" _____
4. "Große nervliche Belastung" _____
5. "Langweilige, monotone Ar-
beit" _____
6. "Stehende Tätigkeit" _____
7. "Ungesunde Arbeit in
Schmutz und Lärm" _____
8. "Arbeit im Freien, Außen-
dienst" _____
9. "Keine besonders belastende
Arbeit" _____

28.

Welcher der folgenden Einkommens-
gruppe gehören Sie an ?

(! Für solche, die noch kein
eigenes Einkommen haben:

Welcher Einkommensgruppe gehört
der Ernährer der Familie an ?

! Zutreffendes bitte
ankreuzen!

Wenn Sie es nicht genau
wissen, dann schätzen Sie
bitte.

Ihre Antworten dienen
nur dieser Befragung
und werden sonst voll
vertraulich behandelt!!

- "bis 400.- DM monatlich _____
- 400 - 800.- DM monatlich _____
- 800 - 1 200.- DM monatlich _____
- 1 200 - 1 600.- DM monatlich _____
- 1 600 - 2 000.- DM monatlich _____
- 2 000 - 2 400.- DM monatlich _____
- 2 4000-2 800.- DM monatlich _____
- mehr als 2 800.-DM monatlich _____

29.

Wieviel Taschengeld steht Ihnen
pro Monat ungefähr zur Verfü-
gung, das Sie für Freizeit Zwecke
ausgeben können ?

! Zutreffendes bitte
ankreuzen !

- "Im Monat weniger als 5.-DM _____
- 5.-bis 55.-DM _____
- 55.-bis 155.-DM _____
- 155.-bis 205.-DM _____
- mehr als 205.-DM _____

32. Bis jetzt haben wir noch nicht über die Freizeitpolitik der Gemeinden gesprochen.
- Sie wissen, daß jede Gemeinde eine Vielfalt von Aufgaben zu bewältigen hat : Erschließung und Bereitstellung von Baugebieten, Kanalisation, Müllbeseitigung, Energieversorgung, Bau von Kindergärten und Schulen.
- Neben diesen Investitionen muß die Gemeinde auch für ausreichende Freizeiteinrichtungen sorgen (z.B. Schwimmbad, Jugendhaus und Ähnliches)

Was meinen Sie, sollte die Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden den Bau von Freizeiteinrichtungen stärker als bisher fördern ?

"Ja" _____

"Nein" _____

33. Wenn "Nein" ,dann bitte weiter zu Frage 35 (nächste Seite)gehen!

20

Nun ist aber die Verbandsgemeinde wie fast alle Gemeinden hoch verschuldet. Wie sollten Ihrer Meinung nach die finanziellen Mittel für den Bau von Freizeiteinrichtungen aufgebracht werden ?

! Zutreffendes bitte ankreuzen!

"Ich meine, die Gelder sollten dadurch aufgebracht werden,

1. daß bei anderen Aufgaben Geld eingespart wird" _____

2. daß die Steuern allgemein angehoben werden" _____

3. daß Bund und Länder den Gemeinden mehr Geld gibt" _____

4. daß die Einwohner freiwillig spenden" _____

5. daß Großunternehmer eine Abgabe entrichten" _____

34. Welche Möglichkeit sollte zuerst ausgenutzt werden, welche dann, welche Möglichkeit an dritter Stelle u.s.w. ?

"Zuerst __, dann __, als 3. __, als 4. __, als 5. __."

! Bitte zutreffende Ziffer einsetzen!

35. Wieder für ALLE !!

Von welchen der folgenden Pro-

jekten haben Sie schon gehört ? 1. vom Bau einer neuen

Oder daß darüber diskutiert wird? Hauptschule "

2. "vom Umzug oder Neubau

des Stadthauses"

3. "vom Bau eines Freizeit-

zentrum"

4. "vom Neubau des Kreis-

krankenhauses"

! Kreuzen Sie das Zu-

treffende bitte an!

37. Ist Ihnen die Bürgerinitiative
Freizeitzentrum Kirchheimbolan-
den bekannt ?

" Ja" _____

"Nein" _____

38. Wie bekannt ist die Diskussion
um das Freizeitzentrum ?

Zu dieser Frage vorab erst ein
paar Informationen.

Zu einem "Freizeitzentrum" in Kirchheimbolanden gibt es zur Zeit zwei wichtige Vorschläge: Ein Vorschlag kommt von der C D U und der Wählergruppe Dr. Brandt in Kirchheimbolanden, der andere kommt von der S P D. Bei den Vorschlägen ist der Wunsch gemeinsam, den Freizeitwert der Verbandsgemeinde zu vergrößern. Soweit die Gemeinsamkeiten. Verschiedener Meinung ist man über den Weg, wie man das ausführen soll. Zwar sind beide Gruppen für den Bau eines Hallenbades, aber wo soll das Bad und damit das Freizeitzentrum hin? C D U/ Wählergruppe sagt in's Judental (altes Schwimmbad) Die S P D sagt in's Gutleutbachtal (Nähe Gymnasium). Jeder hat gute Argumente für seinen Plan.

Wer hat die folgenden Argumente gebraucht?

Argument:	S P D?	CDU/Wgr?	Ich weiß nicht
1. In "unserem Gelände gehört der Stadt mehr Gelände, man Braucht weniger kaufen.	_____	_____	_____
2. "Unser" Gelände ist ausbau-fähiger für zukünftige Entwicklungen.	_____	_____	_____
3. Die neue Hauptschule wird sicherlich in die Nähe "unseres" Geländes gebaut.	_____	_____	_____
4. "Wir" wollen einen kleinen See anlegen.	_____	_____	_____
5. Die Windverhältnisse sind bei "uns" günstiger.	_____	_____	_____
6. Bei "uns" soll (privat finanziert) ein Pferde-Turnierplatz angelegt werden.	_____	_____	_____

39. Der kleine Ausflug in die Gemeindepolitik soll fortgesetzt werden mit der Frage:

Welcher der folgenden Politiker gehört welcher Partei an?

	"Der Politiker gehört der	S F D	C D U	Wählergruppe
	Wehrmann Seel	_____	_____	_____an"
	Willi Planz	_____	_____	_____
!Bitte ein Kreuz an die zutreffende Stelle setzen !	Dr. Lothar Sießl	_____	_____	_____
	Ludwig Walter	_____	_____	_____
	Albert Ostermeyer	_____	_____	_____
	Martin Schäfer	_____	_____	_____
	Freidel Frambach	_____	_____	_____
	Dr. Gerd Brandt	_____	_____	_____

40. Sind Sie allgemein an Kommunalpolitik interessiert ?

!Zutreffende Ziffer bitte ankreuzen !

"Ich bin <u>sehr</u> interessiert"	1	2	3	4	5	6	"Ich bin überhaupt <u>nicht</u> daran interessiert"
---------------------------------------	---	---	---	---	---	---	---

41. Woher hatten Sie vom Freizeitzentrum gehört ?

!Mehrfachnennungen möglich !

1. "aus der Zeitung" _____
2. "vom Fernsehen" _____
3. "von Bekannten oder Verwandten" _____
4. "von Bürgerversammlungen" _____
5. "heute zum erstenmal davon gehört" _____

Nun folgen noch ein paar Fragen zu Person.
Ihre Angaben werden selbstverständlich genau so vertraulich behandelt wie alle übrigen Antworten von Ihnen !

42. Wie alt oder wie jung sind Sie? _____ Jahr

43. Seit wieviel Jahren wohnen Sie innerhalb der Verbandsgemeinde Kirchheimbolanden ? seit _____ Jahren

44. Sind Sie
1. "ledig" _____
 2. "verheiratet" _____
 3. "verwitwet" _____
 4. "geschieden" _____ ??
- ! Zutreffendes bitte ankreuzen !
-

45. Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus?

- ! Zutreffendes bitte ankreuzen !
1. "Schüler" _____
 2. "Lehrling" _____
 3. "Arbeiter" _____
 4. "Landwirt" _____
 5. "Angestellter" _____
 6. "Hausfrau mit Teilzeitarbeit" _____
 7. "Hausfrau mit Vollzeitarbeit" _____
 8. "Nur-Hausfrau" _____
 9. "Beamter" _____
 10. "Freie Berufe und Unternehmer" _____
-

46. Wo sind Sie beschäftigt?
(Oder der Ernährer der Familie beschäftigt?)
1. "Behörde oder Büro" _____
 2. "Land- und Forstwirtschaft" _____
 3. "Handwerk u. Industrie" _____
 4. "Handel u. Banken" _____
 5. "Sonstiges" _____
- ! Zutreffendes bitte ankreuzen !
-

47. Welchen Schulabschluß haben Sie
oder streben Sie an ?
1. "Volksschule" _____
 2. "Mittelschule" _____
 3. "Gymnasium" _____
 4. "Fachschule" _____
 5. "Hochschule" _____
- ! Bitte nur einen Schulabschluß ankreuzen !
-

48. Wieviel Personen leben zur Zeit
in Ihrem Haushalt außer Ihnen ?
- " _____ Personen "

48. Haben Sie ein eigenes Zimmer für sich? "Ja" _____

"Nein" _____

49. Wieviel Personen in Ihrem Haushalt
sind unter 14 Jahre alt ? Insgesamt _____ Personen

50. Wieviel Räume sind in der Wohnung? _____ Räume

51. Besitzen Sie ein Auto im Haushalt? "Ja" _____

"Nein" _____

52. Wie ist die Umgebung des Hauses, in dem Sie wohnen ?

1. "schmutzig, hässlich"	_____
2. "eintönig, langweilig"	_____
3. "mittelmäßig"	_____
4. "modern, nett"	_____
5. "aufgelockert, durchgrünt"	_____
6. "ländlich"	_____

53. Wenn Sie daran denken, was Sie hier innerhalb der Verbandsgemeinde in Ihrer Freizeit geboten bekommen oder auch nicht geboten bekommen, wie gefällt es Ihnen hier dann im Allgemeinen?

Die zutreffende Ziffer "sehr
bitte wieder durchkreuzen! gut" 1 2 3 4 5 6 "sehr
schlecht"

54. ! Wenn 1, 2 oder 3 ,dann bitte weiter zu Frage 55 !

Wenn es Ihnen eher schlecht gefällt (4, 5 oder 6),
würden Sie deshalb wegziehen wollen?

"Ja" _____

"Nein" _____

55. Nun kommen wir noch einmal zum "Freizeitzentrum" zurück.
Wie würden Sie nach dem jetzigen Kenntnisstand, also vorläufig entscheiden, wo das zukünftige Hallenbad hinkommen soll und damit auch das Freizeitzentrum, falls es verwirklicht wird?

- 1 "In die Nähe des Gymnasiums (Gutleutbachtal)" _____
- 2 "In die Nähe des alten Schwimmbads (Judental)" _____
- 3 "An eine andere Stelle:"

56. Und nun eine Frage in eigener Sache:

Wie verständlich oder unverständlich fanden Sie diesen Fragebogen?

Seien Sie ganz offen bitte!

Bitte wieder Schulnoten vergeben!

"sehr verständlich" 1 2 3 4 5 6 "sehr unverständlich"

M e r k b l a t t

Lieber Luthürger!

Mit dieser Befragung ist unsere Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Aber für Sie ist der schwierigste Teil gelaufen. Von nun an wollen wir Sie nicht mehr so sehr mit Fragen belästigen, jetzt haben Sie ein Recht darauf zu Fragen! Nur so kommen wir zu einem Gespräch.

In ähnlicher Weise wie wir Sie befragt haben, befragen wir auch die Politiker der Verbandsgemeinde, Ihre Vertreter also, und die verschiedenen Fachleute, die bei der Planung eines Freizeitentrums mitwirken könnten. Die wichtigsten Endergebnisse dieser Befragungen werden wir Ihnen mitteilen.

Von da an hängt es weitgehend von Ihnen ab, wie weiterverfahren wird! Geben Sie Anregungen für weitere Kurzbefragungen, für Fragen an Ihre politischen Vertreter oder kommen Sie zu Versammlungen der Bürgerinitiative! Sie wurden so ausgewählt, daß Sie praktisch für die gesamte Bevölkerung der Verbandsgemeinde repräsentativ sind. Dieser Umstand garantiert, daß auch die Meinung derer ins Gewicht fällt, die keiner starken Interessenvertretung angehören.

Machen Sie deshalb von dieser Möglichkeit Gebrauch und helfen Sie Ihren politischen Vertretern bei der Entscheidung über ein Freizeitzentrum, damit Fehler vermieden werden und uns die Zukunft im wahrsten Sinne des Wortes nicht verbaut wird!

Dies ist ein Experiment. Aber Sie sind keine Versuchskaninchen! Deshalb versuchen wir weitgehendst auf Ihre Wünsche einzugehen und nicht umgekehrt. Wenn Sie Lust zum Mitmachen haben, dann wenden Sie sich bitte entweder an Herrn Lothar Kiefer, Kirchheimbolanden, Donnersbergstraße 5 (Bürgerinitiative) oder an mich stellvertretend für die Studiengruppe: Georg Lind, 69 Heidelberg, Brunnengasse 20, Tel. (06221) 35097.

Mit freundlichen Grüßen,

(Georg Lind)

Georg Lind

für die "Studiengruppe Freizeit- und Bildungszentrum H'bolanden"